

Pressemitteilung	4
Sprechzettel.....	7
Vorbemerkung	12
1 Entwicklungen im Extremismus 1999	13
1.1 Entwicklungstendenzen im Rechtsextremismus	13
1.1.1 Exkurs: Analyse der Kommunalwahl NRW 1999.....	19
1.1.2 Exkurs: Aktuelle Agitationsschwerpunkte	24
1.2 Entwicklungstendenzen im Linksextremismus	27
1.3 Entwicklungstendenzen im Ausländerextremismus	30
1.4 Mitglieder in extremistischen Organisationen.....	34
1.5 Politisch motivierte Straf- und Gewalttaten	35
1.5.1 Bericht des Landeskriminalamts (LKA).....	35
1.5.1.1 Gesamtentwicklung aller politisch motivierten Straftaten	35
1.5.1.2 Rechtsextremistische und fremdenfeindliche Straftaten	36
1.5.1.3 Linksextremismus	39
1.5.1.4 Ausländerextremismus.....	40
1.5.1.5 Sonstige bzw. unklare Motivlage.....	41
1.5.1.6 Bewertung.....	42
1.5.2 Analyse des NRW-Verfassungsschutzes	42
1.6 Bericht des Justizministeriums NRW	45
1.7 Extremismus und moderne Medien.....	46
1.7.1 Rechtsextremismus	46
1.7.2 Linksextremismus	50
2 Rechtsextremismus	53
2.1 Rechtsextremistische Parteien.....	53
2.1.1 Die Republikaner (REP)	53
2.1.2 Deutsche Volksunion (DVU).....	60
2.1.3 Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)	63
2.1.4 Junge Nationaldemokraten (JN).....	71
2.1.5 Ab jetzt ... Bündnis für Deutschland (BfD)	73
2.1.6 Bund freier Bürger	74
2.1.7 Sonstige Organisationen	77
2.1.7.1 Deutsche Liga für Volk und Heimat (DLVH).....	77
2.1.7.2 Gesellschaft für Freie Publizistik e.V. (GFP).....	78
2.1.7.3 Deutsches Kulturwerk	78
2.1.7.4 Krefelder Gesprächskreis.....	79
2.2 Neonazismus	79
2.2.1 Neonazis auf Bundesebene	79
2.2.1.1 Neue Neonazi-Organisation.....	80
2.2.2 Die Neonazi-Szene in NRW	80
2.2.2.1 Lokale und regionale Neonazi-Gruppierungen.....	80
2.2.2.2 »Freie Kameradschaften«	81
2.2.2.3 Sauerländer Aktionsfront (SAF)	82
2.2.2.4 Kontakte ins benachbarte Ausland	82
2.2.2.5 »Zentralorgan«	83
2.2.3 Rudolf Heß-Aktionen	83
2.2.4 Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei/Auslands- und Aufbauorganisation (NSDAP/AO).....	84

2.2.5 Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG).....	84
2.2.6 Die Artgemeinschaft-Germanische Glaubensgemeinschaft wesensgemäßer Lebensgestaltung e.V.....	85
2.3 Rechtsextremistische Skinheads	85
2.3.1 Neue volksverhetzende CD »Die Härte«	86
2.3.2 Skinhead-Konzerte	86
2.3.3 Polizeiliche und justizielle Maßnahmen	87
2.3.4 Neues Skinhead-Fanzine »White Supremacy«	87
2.3.5 Neue Ausgabe von »Blood & Honour«, Berlin.....	87
2.3.6 Auflösung von »NS 88«	88
2.3.7 Auswirkungen von MP3-Dateien	88
2.4 Revisionismus.....	88
2.4.1 Revisionisten und revisionistische Bestrebungen.....	90
2.4.1.1 Dr. Fredrick Toben, Australien	90
2.4.1.2 Germar Scheerer geb. Rudolf, Großbritannien	90
2.4.1.3 Udo Walendy	91
2.4.1.4 Erhard Kemper.....	91
2.4.1.5 National Journal	91
2.4.1.6 Stiftung »Vrij Historisch Onderzoek« (VHO), Belgien	91
2.4.1.7 Vierteljahreshefte für freie Geschichtsforschung (VffG)	92
2.4.1.8 Vereinigung für Gesamtdeutsche Politik e.V. (VGP).....	93
2.5 Neue Rechte	94
2.5.1 Junge Freiheit (JF)	94
2.5.2 Nation & Europa - Deutsche Monatshefte (NE).....	97
2.5.3 Opposition - Magazin für Deutschland.....	99
2.5.4 Signal (ehemals Europa vorn)	99
2.5.5 Staatsbriefe	100
2.5.6 Sleipnir- Zeitschrift für Kultur, Geschichte und Politik.....	102
2.5.7 Deutsches Kolleg (DK)	102
2.5.8 Thule-Seminar - Forschungs- und Lehrgemeinschaft für die indoeuropäische Kultur e.V.....	103
2.5.9 Deutsch-Europäische Studiengesellschaft (DESG).....	104
2.6 Rechtsextremistische Verlage, Vertriebe, Publikationen.....	104
2.6.1 RK Druck und Vertrieb.....	104
2.6.2 Unabhängige Nachrichten (UN).....	105
2.6.3 Verlag für Volkstum und Zeitgeschichtsforschung.....	105
2.6.4 Der Schlesier	106
3 Linksextremismus und –terrorismus	108
3.1 Linksextremistische Parteien	108
3.1.1 Deutsche Kommunistische Partei (DKP)	108
3.1.2 Partei des Demokratischen Sozialismus, Landesverband Nordrhein-Westfalen (PDS NRW).....	110
3.1.3 Vereinigung für Sozialistische Politik (VSP)	114
3.1.4 Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)	115
3.2 Militante Linksextremisten u.a. Autonome Mobilisierungsschwäche des deutschen linksextremistischen Spektrums.....	117
3.3 Antiimperialistischer Widerstand	131

3.3.1 Kurdistan-Solidarität des Antiimperialistischen Widerstands	132
3.4 Linksextremistischer Terrorismus.....	137
3.4.1 Antiimperialistische Zelle (AIZ)	137
3.4.2 Rote Armee Fraktion (RAF).....	138
3.4.3 Revolutionäre Zellen (RZ)/Rote Zora.....	141
4 Ausländerextremismus und terrorismus	144
4.1 Türken.....	144
4.1.1 »Der Kalifatsstaat« (Hilafet Devleti), vormals: Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e. V., sog. KAPLAN-Verband.....	144
4.1.2 Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V. (Islam Toplumunu Milli Görüs) IGMG früher AMGT (Vereinigung der neuen Weltsicht).....	147
4.1.3 Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front Devrimci Halk Kurtulus Partisi- Cephesi (DHKP-C)	152
4.1.4 Türkische Kommunistische Partei/Marxisten Leninisten (TKP/ML)	154
4.1.5 Marxistisch Leninistische Kommunistische Partei (MLKP) und Kommunistische Partei-Aufbauorganisation (KP-IÖ).....	157
4.1.6 Bündnis linksextremistischer türkischer Gruppierungen und PKK.....	158
4.2 Kurden: Verbotene Arbeiterpartei Kurdistan (PKK), Partya Karkaren Kurdistan und unterstützende Organisationen	159
4.3 Araber	170
4.3.1 Algerien; Islamische Heilsfront (FIS); Bewaffnete Islamische Gruppe (GIA) 170	
4.3.1.1 Islamische Heilsfront - Front Islamique du Salut (FIS)	170
4.3.1.2 Bewaffnete Islamische Gruppe - Group Islamique Armé (GIA) -.....	171
4.3.2 Palästinenser: Islamischer Bund Palästina (IBP); Stellvertreter der HAMAS (Harakat Al-Muquawama Al-Islamiya = Islamische Widerstandsbewegung).....	171
4.3.3 Libanesen: Hizb-Allah (Partei Gottes)	172
4.3.4 Demonstration anlässlich des Ghods-Tages in Berlin	173
4.4 Iraner.....	173
4.4.1 Anhänger der iranischen Regierung; Union islamischer Studentenvereine in Europa (U.I.S.A.)	174
4.4.2 Gegner der iranischen Regierung; Nationaler Widerstandsrat Iran (NWRI) 174	
4.5 Kosovo-Albaner-Volksbewegung von Kosovo (LPK)	176
4.6 Sri-Lanker/Tamilien: Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE)	177
4.7 Sikhs: Babbar Khalsa International (BK): International Sikh Youth Federation (ISYF).....	179
5 Spionageabwehr.....	180
6 Wirtschafts- und Geheimschutz.....	187
7 Scientology-Organisation.....	188
8 Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen.....	190
8.1 Strukturdaten	190
8.2 Verfassungsschutz durch Aufklärung - Öffentlichkeitsarbeit	191

Pressemitteilung



Düsseldorf, 18.04.2000

NRW-Innenminister Behrens warnt: Rechtsextremistische Sogwirkung auf Jugendliche nicht unterschätzen - NPD, Neonazis und Skinheads provozieren mit Aufmärschen demokratischen Rechtsstaat

Das Innenministerium teilt mit:

„Vor wachsendem rechtsextremistischem Einfluss auf junge männliche Erwachsene“ hat Innenminister Dr. Fritz Behrens gewarnt. Der Minister wies auf die Ergebnisse der Kommunalwahl NRW im vergangenen Herbst hin. Damals hatten die rechtsextreme DVU in Dortmund mit 9,9 Prozent und die REP in Herne mit 15 Prozent bei den 16- bis 25jährigen Männern weit überdurchschnittlich abgeschnitten. Bei der Vorstellung des aktuellen NRW-Verfassungsschutzberichts 1999 heute in Düsseldorf bilanzierte der Minister: "Die rechtsextremistische Szene ist weiter tief zerstritten und das Aufspringen deutscher Rechtsextremisten auf den "Haider-Zug" ist gescheitert. Trotzdem darf die zunehmende Sogwirkung rechtsextremistischen Gedankenguts vor allem auf Jugendliche nicht unterschätzt werden.

Gegenwärtig versuchten Rechtsextremisten aller Braun-Schattierungen, so der Innenminister, aus der unter dem Stichwort "Parteiaffären" öffentlich geführten Debatte „Kapital zu schlagen“. Vor allem die rechtsextremistischen Parteien wie REP, DVU, NPD und die so genannte "Neue Rechte" agitieren gegen unser parlamentarisch-demokratisches Regierungssystem, um sich selbst als "saubere Alternative" anzupreisen. Behrens: "Verschwiegen wird dabei, dass das Fehlverhalten von Politikern und Amtsträgern gerade in einer demokratischen und pluralistischen Gesellschaft ans Tageslicht kommt und zu politischen und persönlichen Konsequenzen führt“.

Bei den rechtsextremistischen "Republikanern" (REP) haben sich die innerparteilichen Macht- und Richtungskämpfe verschärft, berichtete Behrens. Ungeachtet bestehender Abgrenzungsbeschlüsse hätten verschiedene Parteigliederungen eine engere Kooperation mit der DVU und anderen rechtsextremistischen Organisationen gefordert. Der "Schlingerkurs" der Partei werde in Nordrhein-Westfalen durch einen rasanten Wechsel im Führungspersonal unterstrichen. So habe der gerade erst am 24. Oktober 1999 neu gekürte Landesvorsitzende Burghard Schmanck wegen heftiger Intrigen bereits im Dezember Landesvorsitz und Mitgliedschaft wieder aufgegeben.

Die REP sind mit ihrem Versuch gescheitert, bei der am 14. Mai in Nordrhein-Westfalen stattfindenden Landtagswahl in allen 151 Wahlkreisen mit Direktkandidaten anzutreten. Die NPD wird nach Verzicht auf die Aufstellung einer Landesliste nur in einzelnen Wahlkreisen kandidieren. Die DVU hat auf eine Teilnahme ganz verzichtet. Behrens: „In 19 Wahlkreisen haben die REP ihr Ziel, mit Direktkandidaten anzutreten, verfehlt. Nicht ausgeräumte Vorwürfe der Manipulation von Unterstützungsunterschriften in einzelnen Kreisen zeigen zudem, dass die Inszenierung der REP als „ehrenwerte Alternative“ eine Schmierkomödie ist.“ Behrens forderte Politik, Gesellschaft und alle Bürgerinnen und Bürger auf, in ihrem Engagement gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit nicht nachzulassen.

Die NPD profilierte sich mit öffentlichen Aufmärschen und Kundgebungen immer stärker als aktionistische und systemfeindliche Partei. "Der ‚Kampf um die Straße‘ ist ihr wichtiger als der ‚Kampf um die Parlamente‘", betonte der Innenminister. Mit diesem Aktionismus wolle sie vor allem in die Medien und jugendliche Skinheads und Neonazis an sich binden.

Behrens: "NPD, Neonazis und Skins provozieren mit Aufmärschen in der neuen Bundeshauptstadt Berlin den demokratischen Rechtsstaat." Schon zweimal, am 29. Januar und am 12. März dieses Jahres, marschierten 500 bis 700 Szene-Anhänger symbolträchtig durch das bzw. zum Brandenburger Tor. Eine weitere Aktion sei bereits für den 1. Mai angekündigt. Behrens: „Verstöße gegen Gesetze und Gefährdungen der öffentlichen Sicherheit dürfen unter keinen Umständen hingenommen werden. Außerdem müssen wir die politische Auseinandersetzung verstärkt führen“. Auch in NRW komme es immer offener zu arbeitsteiliger Kooperation: Während die NPD - wie zuletzt am 22. Mai und 2. Oktober 1999 in Köln - die Demonstrationen anmelde, sorgten Skins und Neonazis für lautstarke Präsenz auf der Straße.

Besorgt äußerte sich der Innenminister über das "rasante Anwachsen" rechtsextremistischer, vor allem rassistischer und gewaltverherrlichender Propaganda im Internet. Der NRW-Verfassungsschutz begegne dem mit verstärkter Öffentlichkeitsarbeit über die neuen Medien "Internet und CD-ROM", denn Strafverfolgung scheitere leider häufig an der internationalen Dimension des Internets. Bereits zum 2. Mal sei der Verfassungsschutz jetzt mit einer Info-CD auf alle weiterführenden Schulen des Landes zugegangen. "Die Absicht, alle Schulen ans Netz zu bringen, ist auch unter diesem Aspekt goldrichtig. Es geht darum, den Schülerinnen und Schülern nicht nur im technischen Umgang mit diesem ‚Zukunfts-Medium Kompetenzen‘ zu vermitteln“, meinte der Innenminister.

Zunehmende Bedeutung gewinnt das Internet nach Angaben von Behrens auch bei der Verbreitung rassistischer und volksverhetzender Skinhead-Musik: "Mittels so genannter MP3-Dateien können Musik-CDs einfach aus dem Internet geladen und vervielfältigt werden. Dies dürfte allerdings bald den "Skin-Musik-Handel" auf den Plan rufen, dessen Einnahmen hierdurch verschlechtert werden." Für manche Jugendliche, so Behrens, sei Skin-Musik eine gefährliche "Einstiegsdroge" in die rechtsextremistische Szene. Entsprechende CDs fänden Absatz weit über die eigentliche Skinhead-Szene hinaus. Behrens: "Hier treffen sich politische und kommerzielle Interessen rechtsextremistischer Produzenten, Verleger und Händler. Politisch oft unerfahrene Jugendliche werden instrumentalisiert."

Positiv vermerkte Behrens, dass fremdenfeindliche Straftaten in NRW insgesamt wieder deutlich um rund 16 Prozent auf 567 Fälle zurückgegangen sind. Den größten Anteil machten Propaganda-Delikte und Volksverhetzungen aus. Mit Besorgnis registrierte er allerdings, dass gegen Fremde gerichtete Körperverletzungen um 18 Fälle auf 68 angestiegen sind.

Im Bereich des Linksextremismus stellen gewaltbereite Autonome das bedeutendste Gefährdungspotenzial für die öffentliche Sicherheit dar, sagte Behrens. Im Rahmen einer Antifaschismus-Kampagne, die sich im Wege "antifaschistischer Selbsthilfe" auch zu Gewaltaktionen berechtigt sehe, sei es - vor allem anlässlich rechtsextremistischen Protests gegen die "Wehrmachtsausstellung" - immer wieder zu Rechts-Links-Konfrontationen gekommen, die teilweise nur durch massiven Polizeieinsatz unterbunden werden konnten. Die im Übrigen eher verhaltene "Antifa-Offensive 99" habe in NRW unter anderem zu Protestaktionen in Köln, Münster und dem Kreis Wesel geführt.

Im PDS-Landesverband Nordrhein-Westfalen bestünden auch weiterhin linksextremistische Strukturen, die ihren Ursprung in der ehemaligen dogmatischen Neuen Linken (so genannte K-Gruppen) haben, erklärte Behrens. Außerdem pflege die PDS in Nordrhein-Westfalen nach wie vor Kontakte zu weiten Teilen des linksextremistischen Spektrums, u.a. zur DKP und zur autonomen Szene. Behrens: "Wie bei der Kommunalwahl 1999 will die PDS auch zur NRW-Landtagswahl mit einer "offenen Liste" antreten. Auf diese Weise wird anderen Linksextremisten

ermöglicht, "auf dem PDS-Ticket" für die Landtagswahl zu kandidieren."

Im Bereich des Ausländerextremismus, so Behrens, verstärken sich die Anhaltspunkte dafür, dass die PKK den bewaffneten Kampf nun endgültig aufgeben will. Die Organisation wolle, wie sie auf ihrem Parteikongress im Januar 2000 verkündet habe, die vorhandenen Strukturen auflösen und durch demokratisch legitimierte Strukturen ersetzen. Ferner sei beschlossen worden, Auseinandersetzungen künftig nur noch mit legalen politischen Mitteln zu führen. Behrens: "Allerdings ist kaum vorhersehbar, wie die Anhänger der PKK, von denen es in NRW rund 2.000 gibt, reagieren werden, wenn das Todesurteil gegen Öcalan tatsächlich vollstreckt wird."

Unter den islamisch-extremistischen Organisationen ist nach wie vor die "Islamische Gemeinschaft Milli Görüs" mit 7.500 Mitgliedern die zahlenmäßig stärkste Vereinigung. Die IGMG, ein Ableger der in der Türkei verbotenen Refah-Partei, passe sich zwar chamäleonhaft den jeweiligen Forderungen an und betone ihr Demokratieverständnis. Ihr Ziel sei aber die Ausgrenzung der Muslime aus der pluralistischen Gesellschaftsordnung. "Die Gefahren der subtilen Einflussnahme insbesondere auf Jugendliche sollten nicht unterschätzt werden", warnte der Minister. Im Verhältnis zu den etwa einer Million in NRW lebenden Muslimen sei die Anzahl der aktiven Anhänger aber vergleichsweise gering.

Der aktuelle Verfassungsschutzbericht kann ab sofort online im Internet Angebot des NRW-Verfassungsschutzes unter "www.verfassungsschutz.nrw.de" gelesen werden. Mit einem flexiblen Update-Modul kann der Bericht darüber hinaus auf den heimischen PC geladen und dort zusammen mit der Info-CD-ROM des NRW-Verfassungsschutzes "VS-info NRW 2000" verwendet werden.

Sprechzettel

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ein wichtiger Bestandteil der Aufklärungsarbeit des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes ist der jährliche Verfassungsschutzbericht, der wesentliche Erkenntnisse des Verfassungsschutzes zusammenfasst, Zusammenhänge bewertet und für die Öffentlichkeit transparent macht. Denn die nötige politische Auseinandersetzung mit dem Extremismus kann nur auf der Basis von abgesicherten Fakten und mit überzeugenden Bewertungen geführt werden.

Die Beobachtung rechtsextremistischer Organisationen, Parteien und jugendlicher Subkulturen hat für den nordrhein-westfälischen Verfassungsschutz zur Zeit hohe Priorität. Besonders beunruhigend finde ich, dass rechtsextremistische Parteien, Organisationen und Musikverlage die politische Unerfahrenheit und die Lust vor allem vieler junger Männer auf "Tabu-Bruch" für ihre Zwecke - politisch und kommerziell - ausnutzen. Zukunftsängste, Ängste um den Ausbildungs- oder Arbeitsplatz oder andere subjektiv empfundene Benachteiligungen werden dabei schamlos instrumentalisiert - und z.B. mit ausländerfeindlicher Propaganda beantwortet.

Es wäre ein Fehler, die Sogwirkung rechtsextremistischen Gedankenguts gerade auf junge Menschen zu unterschätzen. So hat z.B. die DVU bei der Kommunalwahl im vergangenen Herbst in Dortmund einen Stimmenanteil von 9,9% bei den 16- bis 25-jährigen Männern erzielt, die REP kamen bei derselben Wählergruppe in Herne sogar auf 15%.

Was ist zu tun? Unseren Jugendlichen politische Orientierung, Zukunftsperspektiven, Arbeit, Ausbildungsplätze und eine wertorientierte - auf Toleranz ausgerichtete - Erziehung zu geben, ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die demokratischen Parteien und Politiker aber sollten durch eine besonnene Auswahl und Formulierung von Themen verhindern, dass sie den Boden für rechtsextremistische und fremdenfeindliche Propaganda bereiten.

Zur Lage im Einzelnen:

Bei den sieben Landtagswahlen im Jahr 1999 und der Wahl zum Europäischen Parlament konnte lediglich die rechtsextremistische DVU Erfolge verbuchen. In Brandenburg und in Bremen gelang ihr der Einzug in das jeweilige Landesparlament.

Angesichts der durch interne Streitigkeiten geschwächten rechtsextremistischen "Republikaner" sowie erheblicher Imageverluste der DVU durch die Spaltung der Landtagsfraktion von Sachsen-Anhalt - nach zahlreichen Austritten - gehe ich nicht davon aus, dass diese Parteien aus der öffentlich geführten "Partei-Affären-Debatte" Kapital schlagen können. Auch die NPD dürfte aufgrund ihrer besonderen Stigmatisierung im rechtsextremen Lager kaum davon profitieren. Dafür spricht schon ihr mageres Ergebnis bei der Landtagswahl in Schleswig-Holstein am 27. Februar 2000, bei der ohne Konkurrenz von DVU und REP nur 1,0% der Zweitstimmen gewinnen konnte.

Dennoch: Seit Ende 1999/Anfang 2000 verwerten Rechtsextremisten aller Schattierungen die intensive öffentliche Diskussion um das Selbstverständnis und Finanzgebaren demokratischer Parteien für ihre Propaganda gegen das parlamentarisch-demokratische Regierungssystem, um sich selbst als "saubere Alternative" anzupreisen. Wohlweislich wird dabei allerdings unterschlagen, dass Fehlverhalten von Politikern und Amtsträgern gerade in einer demokratischen und pluralistischen Gesellschaftsordnung ans Tageslicht kommt und auch zu politischen und persönlichen Konsequenzen führt. Die gegenwärtige öffentliche Diskussion ist sicher eher ein Beleg für das Funktionieren der politischen und journalistischen Kontrollmechanismen.

Weitere aktuelle Agitationsschwerpunkte von Rechtsextremisten sind die Themen "Entschädigung der Zwangsarbeiter des NS-Regimes" und die Regierungsbeteiligung der FPÖ

in Österreich. Gegen die jetzt erfolgreich zum Abschluss geführte Zwangsarbeiterentschädigung agitieren Rechtsextremisten mit dem Schlagwort "jüdische Erpressung". Häufig sind deutliche antisemitische Töne zu vernehmen.

Die von einigen Rechtsextremisten, vor allem von REP, DVU, NPD und Publikationsorganen der so genannten "Neuen Rechten" geäußerte Erwartung, an den Erfolg der FPÖ und Haider in Österreich auch in Deutschland anknüpfen zu können, halte ich momentan für unrealistisches Wunschdenken: All zu tief ist das rechtsextremistische Lager zerstritten. Abgesehen davon fehlt eine das rechte Lager zusammenhaltende Integrationsfigur, die ich - auch am Horizont - derzeit nicht erkennen kann. Trotzdem bleibt eine gewisse Vorsicht geboten: Gäbe es eine solche populistische Führungsperson mit den PR-Fähigkeiten eines Jörg Haider in Deutschland, müsste die Situation vielleicht anders bewertet werden.

Bei den rechtsextremistischen Republikanern haben sich die innerparteilichen Macht- und Richtungskämpfe verschärft. Ungeachtet bestehender Abgrenzungsbeschlüsse wird aus verschiedenen Parteigliederungen der Ruf nach engerer Kooperation mit der DVU und anderen rechtsextremistischen Organisationen lauter. Für die Landtagswahlen in Brandenburg, Berlin, Hessen und Bremen wurden Vereinbarungen mit der DVU zur Vermeidung von Konkurrenzmandaturen getroffen.

Dieser Schlingerkurs der REP wird in Nordrhein-Westfalen durch einen rasanten Wechsel ihres Führungspersonals unterstrichen. Der gerade erst am 24. Oktober 1999 für die abgewählte Uschi Winkelsett neu gekürte Landesvorsitzende Burkhard Schmanck hat bereits im letzten Dezember Landesvorsitz und Mitgliedschaft wieder aufgegeben.

Aktuell sind die REP mit ihrem Versuch gescheitert, bei der am 14. Mai in Nordrhein-Westfalen stattfindenden Landtagswahl in allen 151 Wahlkreisen mit Direktkandidaten anzutreten. In 19 Wahlkreisen konnten sie die erforderlichen Unterstützungsunterschriften nicht zusammen bekommen. Die nicht ausgeräumten Vorwürfe der Manipulation von Unterstützungsunterschriften in einzelnen Kreisen zeigen zudem, dass das Selbstbildnis der REP als „saubere Alternative“ eine Fälschung ist.

Die NPD wird nach Verzicht auf die Aufstellung einer Landesliste nur in wenigen Wahlkreisen kandidieren. Die NPD setzt weiter auf öffentlichkeitswirksame Demonstrationen, Kundgebungen und Aufmärsche. Der "Kampf um die Straße" ist ihr wichtiger als der "Kampf um die Parlamente". Die von der NPD und ihrer Jugendorganisation, den Jungen Nationaldemokraten, angemeldeten Aufmärsche werden immer stärker von Neonazis und Skinheads beherrscht. Mittlerweile ist sogar üblich, dass führende Neonazis auf solchen Kundgebungen Rederecht erhalten.

Abgesehen davon hat die Neonazi-Szene erkannt, dass sie mit aufsehenerregenden Demonstrationen und Aufmärschen in der neuen Bundeshauptstadt Berlin den demokratischen Rechtsstaat besonders provozieren kann. Schon zweimal marschierten in diesem Jahr einige 100 Szene-Anhänger symbolträchtig durch das bzw. zum Brandenburger Tor. Eine weitere Aktion ist bereits für den 1. Mai angekündigt.

Der demokratische Rechtsstaat sollte mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln reagieren und sich nicht zu Panikreaktionen hinreißen lassen. Ich bin schon der Auffassung, dass derartige Auftritte von Rechtsextremisten dem Ansehen Deutschlands in der Welt großen Schaden zufügen. Deshalb dürfen Gesetzesverstöße und Gefährdungen der öffentlichen Sicherheit unter keinen Umständen hingenommen werden. Allerdings - das sage ich auch - muss eine demokratische Gesellschaft bis zu einem bestimmten Grad auch die Betätigung von Extremisten aushalten und ihr mit politischer Auseinandersetzung begegnen.

In Nordrhein-Westfalen hat sich die Neonazi-Szene inzwischen wieder stabilisiert. Das lässt sich - bei aller Unschärfe solcher Erhebungen - , an steigenden Mitgliederzahlen festmachen. Die

Jungen Nationaldemokraten, die Jugendorganisation der NPD, sind allerdings durch interne Macht- und Flügelkämpfe geschwächt. Dies führte zur Abspaltung eines Teils der JN, der sich unter dem Namen "Bildungswerk deutsche Volksgemeinschaft" neu organisiert hat.

Auch in Nordrhein-Westfalen kam es zwischen NPD und Neonazi-Szene immer offener zu arbeitsteiliger Kooperation: Das zeigte sich zuletzt am 22. Mai und am 2. Oktober 1999 in Köln. Die NPD hatte jeweils die Demonstrationen gegen "Wehrmachtsausstellung" und "Doppelte Staatsangehörigkeit" angemeldet, rund 350 bzw. 550 Personen aus der Neonazi- und Skinheadszone sorgten für wuchtige Präsenz auf der Straße.

Besondere Sorge bereitet mir die politisch und kommerziell motivierte Einflussnahme von Rechtsextremisten auf jugendliche Subkulturen. Skinmusik mit häufig volksverhetzenden, rassistischen und gewaltverherrlichenden Texten findet bei Jugendlichen - und zwar weit über die engere Skinheadszone hinaus - Anklang und zahlreiche Abnehmer. Die aggressive Musik ist für männliche Jugendliche eine gefährliche "Einstiegsdroge" in die rechtsextremistische Szene. Dabei gewinnt ein neuer Verbreitungsweg mehr und mehr an Bedeutung - nämlich die Möglichkeit, mittels so genannter MP3-Dateien Skinmusik aus dem Internet herunterzuladen und zu vervielfältigen. Dies erschwert die Arbeit der Strafverfolgungsbehörden in nicht zu unterschätzender Weise. Gespannt darf man allerdings sein, wie Verlage und Skinmusik-Handel auf diese neue Verbreitungsart reagieren werden. Die gegenwärtige Entwicklung dürfte kaum mit deren kommerziellen Interessen im Einklang stehen.

Wachsamkeit erfordern weiterhin die Aktivitäten von Rechtsextremisten im Internet. Sie haben ihre Präsenz in allen Bereichen des Internets sprunghaft ausgebaut - mit weiter steigender Tendenz. Ihre oft anonym betriebenen Homepages speichern sie häufig auf ausländischen Servern, insbesondere in den USA, Kanada, Belgien und den Niederlanden. In dem Glauben, so vor einer Identifizierung sicher zu sein, stellen sie dort strafbare Inhalte wie volksverhetzende Texte, Bombenbauanleitungen, Hakenkreuzsymbole und ähnliches ein. Solche Angebote sind dem Zugriff deutscher Strafverfolgungsbehörden in aller Regel entzogen.

Um so wichtiger ist eine zielgerichtete Aufklärungsarbeit gerade über die neuen Medien. Das nordrhein-westfälische Innenministerium begegnet dem Phänomen mit verstärkter Öffentlichkeitsarbeit über Internet und CD-ROM. Bereits zum zweiten Mal ist der Verfassungsschutz jetzt mit einer Info-CD auf alle weiterführenden Schulen des Landes zugegangen. Die CD-ROM stösst nicht nur in Deutschland, sondern auch in europäischen Nachbarländern auf reges Interesse. Weit über 2 Millionen Zugriffe hat es bereits auf das Informationsangebot des NRW-Verfassungsschutzes im Internet gegeben, das regelmässig aktualisiert und ausgebaut wird. Ich halte die Absicht, alle Schulen ans Netz zu bringen, auch unter diesem Aspekt für einen erfolgversprechenden Weg. Denn es geht darum, die Schülerinnen und Schüler nicht nur im technischen Umgang mit diesem "Zukunftsmedium" zu schulen, sondern ihnen "Medien-Kompetenz" im umfassenden Sinne zu vermitteln.

Es ist nach wie vor geboten, nicht nur auf die dumpfen Parolen und Auftritte Ewiggestriger aufmerksam zu machen, sondern auch auf eine "Neue Rechte" hinzuweisen, die im "Biedermeier-Gewand" versucht, populäre Themenfelder zu besetzen, um langsam in die bürgerliche Mitte der Gesellschaft vorzudringen. Publikationsorgane der so genannten "Neuen Rechten", allen voran die „Junge Freiheit“, griffen z.B. die Debatten um den Kosovo-Konflikt intensiv auf. Der Kosovo-Konflikt wurde häufig mit ausländerfeindlicher Agitation verknüpft. Eine angebliche Gefahr ähnlich brutaler Konflikte in Deutschland aufgrund der ausländischen Bevölkerungsanteile wurde beschworen.

Im Zuge der Debatte um die "doppelte Staatsbürgerschaft" wurde mit für Rechtsextremisten typischer Wortwahl u.a. gegen die Bundesregierung mit der Unterstellung polemisiert, sie strebe einen - so wörtlich - "Austausch des deutschen Volkes" oder eine "Umvolkung" an.

Bei den fremdenfeindlichen und rechtsextremistischen Straf- und Gewalttaten ergibt sich kein

einheitliches Bild. Positiv ist sicher, dass die Zahl der fremdenfeindlichen und rechtsextremistischen Straftaten im Jahr 1999 insgesamt deutlich um rund 14% zurückgegangen ist. Den größten Anteil machen weiterhin Propaganda-Delikte wie das Verwenden und Verbreiten verbotener Kennzeichen und Volksverhetzungen aus. Leider gilt dieser positive Trend aber nicht für alle Deliktbereiche. Mit Besorgnis sehe ich, dass die Zahl der gegen Fremde gerichteten Körperverletzungen im vergangenen Jahr um 18 auf 68 Fälle angestiegen ist.

Im Bereich des Linksextremismus stellen nach wie vor gewaltbereite Autonome das bedeutendste Gefährdungspotenzial für die öffentliche Sicherheit dar. Rund 800 Personen sind in der nordrhein-westfälischen Szene für überregionale Aktionen mobilisierbar. Ein wichtiges Themenfeld für Autonome ist das Thema Antifaschismus. Im Rahmen ihrer "Antifaschismus-Kampagne" sehen sich Autonome unter dem Titel "antifaschistische Selbsthilfe" auch zu Gewaltaktionen berechtigt.

Vor allem im Hinblick auf rechtsextremistischen Protest gegen die "Wehrmachtsausstellung" kam es auch im Jahr 1999 immer wieder zu Rechts-Links-Konfrontationen, die teilweise nur durch massiven Polizeieinsatz unterbunden werden konnten. Im Übrigen hatte die "Antifa-Offensive 99" eine eher verhaltene Resonanz. In Nordrhein-Westfalen kam es u.a. in Köln, Münster und dem Kreis Wesel zu Protestaktionen.

Trotz europaweiter Gegenmobilisierung hat die Polizei einen reibungslosen und weitgehend friedlichen Verlauf der EU- und Weltwirtschaftstreffen im Juni 99 in Köln gewährleisten können. Allerdings ist auch eine gewisse Mobilisierungsschwäche des linksextremistischen Spektrums nicht zu verkennen. So blieben die Teilnehmerzahlen deutlich hinter den Erwartungen der Veranstalter zurück. Trotzdem kam es neben einigen Besetzungsaktionen, die u.a. ein Lufthansa-Büro und das Büro des Kreisverbandes der Partei Bündnis 90/Die Grünen betrafen, auch zu Sabotagehandlungen.

Seit längerem bereiten sich Linksextremisten jetzt auf Störaktionen gegen die Expo 2000 in Hannover vor. Es haben bereits mehrere Vorbereitungstreffen - auch in Nordrhein-Westfalen - stattgefunden. Linksextremisten sehen in der Expo ein Herrschaftsprojekt, bei dem sich Deutschland als Weltmacht darstellen will. Im Rahmen des Widerstands wird dabei auch auf Militanz gesetzt.

Bei den linksextremistischen Parteien konnte allein die PDS ihre Mitgliederzahl von 750 auf jetzt mittlerweile 1200 Mitglieder ausbauen. Weiterhin bestehen im PDS-Landesverband Nordrhein-Westfalen linksextremistische Strukturen, die ihren Ursprung in der ehemaligen dogmatischen Neuen Linken, den so genannten K-Gruppen haben. Unverändert pflegt die PDS in Nordrhein-Westfalen auch Kontakte zu weiten Teilen des linksextremistischen Spektrums, ich nenne hier die DKP und die autonome Szene.

In meinen Augen hat der Bundesparteitag der PDS in Münster deutlich gemacht, dass das über die Medien vermittelte Bild nicht den tatsächlichen Zustand der PDS widerspiegelt. Die PDS hat es nicht geschafft, realistische politische Konzepte zu entwickeln und den dogmatischen Ballast abzuwerfen. Nur Gregor Gysi hat auf dem Parteitag kein Blatt vor den Mund genommen, sondern klar zum Ausdruck gebracht, dass sich gerade die westlichen Landesverbände als Hemmschuh gegen einen Richtungswechsel erwiesen haben.

Bei der am 14. Mai anstehenden Landtagswahl wird die PDS, wie schon bei der Kommunalwahl im letzten Herbst, wieder mit einer "offenen Liste" antreten. So werden andere Linksextremisten, z.B. DKP-Mitglieder, in die Lage versetzt, als Direktkandidaten auf der Liste der PDS für die Landtagswahl zu kandidieren. Diese Tatsache und der Verlauf des Bundesparteitages in Münster machen deutlich, wie notwendig es ist, dass der Verfassungsschutz die PDS auch weiterhin im Auge behält.

Im Ausländerextremismus verstärken sich die Anhaltspunkte dafür, dass die PKK sich entschlossen hat, den bewaffneten Kampf nun endgültig aufzugeben. Auf ihrem 7. Parteikongress im Januar dieses Jahres hat sie verkündet, dass sie die jetzt vorhandenen Strukturen durch demokratisch legitimierte ersetzen will. Gleichzeitig fiel der Beschluss, Auseinandersetzungen künftig nur noch mit legalen politischen Mitteln zu führen. Weder ich noch irgend jemand sonst kann allerdings vorhersehen, wie die Anhänger der PKK - davon gibt es in Nordrhein-Westfalen etwa 2000 - reagieren werden, wenn das Todesurteil gegen Öcalan tatsächlich vollstreckt werden sollte.

Unter den islamisch-extremistischen Organisationen ist nach wie vor die islamische Gemeinschaft Milli Görüs mit 7500 Mitgliedern die zahlenmäßig stärkste Gruppierung. Die IGMG ist ein Ableger der in der Türkei verbotenen Refah-Partei. Sie ist bemüht, die Meinungsführerschaft unter den Muslimen in Deutschland zu erlangen und ihre mit religiösen Forderungen verbrämten politischen Interessen durchzusetzen. Beharrlich verfolgt die IGMG ihr Ziel, die Anerkennung als Religionsgemeinschaft zu erlangen. Dieses Ziel verfolgt sie nicht nur innerhalb der eigenen Organisation, sondern auch durch Einflussnahme auf andere Institutionen wie z.B. den von ihr dominierten Islamrat. Diesem gehören übrigens auch kleinere Organisationen an, die nicht extremistisch sind. Die IGMG hat wiederholt beteuert, die freiheitliche demokratische Grundordnung anzuerkennen. Doch diese Darstellung steht im Widerspruch zu ihrer internen Organisation, mit der die IGMG das demokratische System letztlich ablehnt und unter dem Begriff der gerechten Ordnung "ein Leben nach Koran und Scharia" fordert.

Vorrangig sind die Bestrebungen islamistischer Organisationen darauf gerichtet, die Anwendung des islamischen Gesetzes (Scharia) in ihren muslimischen Heimatländern durchzusetzen und dort einen Gottesstaat zu errichten. Darüber hinaus haben jedoch die meisten dieser Gruppierungen - auch die IGMG - das Fernziel einer weltweiten Islamisierung.

Der Ihnen hier in Papierfassung vorliegende Verfassungsschutzbericht kann ab sofort auch online im Internet-Angebot des NRW-Verfassungsschutzes gelesen werden. Außerdem kann der Bericht mit einem flexiblen Update-Modul auf den heimischen PC geladen und dort zusammen mit der Info-CD-ROM "VS-Info NRW 2000", die am Eingang ausliegt, verwendet werden.

Vorbemerkung

Dieser Verfassungsschutzbericht erwähnt nicht alle Beobachtungsobjekte der Verfassungsschutzbehörde Nordrhein-Westfalens, sondern nur die bedeutenderen Organisationen und Gruppierungen.

Hinweise auf Geschehnisse außerhalb des Landes Nordrhein-Westfalen wurden aufgenommen, soweit sie für das Verständnis des Berichts und der enthaltenen Analysen erforderlich sind.

Einige wichtige Ereignisse aus dem Jahr 2000 wurden berücksichtigt. Die inhaltliche Bearbeitung des Berichts wurde am 29. Februar 2000 abgeschlossen.

1 Entwicklungen im Extremismus 1999

1.1 Entwicklungstendenzen im Rechtsextremismus

Im Rechtsextremismus waren im Laufe des Jahres 1999 folgende Entwicklungen erkennbar:

- Bei den Kommunalwahlen in NRW konnten die rechtsextremistischen Parteien aufgrund des Wegfalls der 5 %-Hürde 44 Mandate, vorwiegend im Ruhrgebiet und an der Rheinschiene, gewinnen. Hierbei blieben die Prozentzahlen der rechtsextremistischen Parteien allerdings eher bescheiden.
- Bei den »Republikanern« setzten sich - verstärkt durch die ständigen Wahlpleiten - die Macht- und Richtungskämpfe fort. In NRW wurde die bisherige Landesvorsitzende Uschi Winkelsett abgewählt. Der gewählte Nachfolger Burghardt Schmanck erklärte nach heftigen Intrigen bereits am 26. Dezember 1999 seinen Rücktritt und trat aus der Partei aus.
- Die DVU kandidierte erstmals bei Kommunalwahlen in NRW. In den beiden Gemeinden, in denen sie antrat, gelang jeweils der Einzug in die Ratsvertretung.
- Der wechselseitige Verzicht zwischen REP und DVU auf Kandidaturen bei Wahlen zugunsten der jeweils anderen Partei setzte sich fort.
- Die NPD profilierte sich weiter als systemfeindliche und aktionistische Partei mit zahlreichen öffentlichkeitswirksamen Aufzügen und Kundgebungen. Sie kooperierte immer offener mit Neonazis. Die JN sind durch interne Machtkämpfe, in deren Gefolge es zu einer Abspaltung kam, geschwächt.
- Die Kampagne gegen die Ausstellung »Vernichtungskrieg - Die Verbrechen der Wehrmacht von 1941-1944« wurde fortgesetzt.
- Die Neonaziszene in NRW stabilisierte sich und verstärkte ihre Aktivitäten. Öffentlichkeitswirksame Aktionen im Rahmen der für den 9. - 22. August 1999 ausgerufenen »Rudolf-Heß-Aktionswochen« konnten aber von Verfassungsschutz und Polizei im Ansatz aufgeklärt und unterbunden werden.
- Rechtsextremisten aller Schattierungen griffen den NATO-Einsatz unter deutscher Beteiligung im Kosovo in ihrer Propaganda intensiv auf. Fast durchweg wurde hierbei das deutsche Engagement abgelehnt.
- Der »intellektuelle Rechtsextremismus« der sog. »Neuen Rechten« griff die Themen Kosovo-Konflikt und doppelte Staatsbürgerschaft in seinen Publikationen intensiv auf.
- Seit Ende 1999/Anfang 2000 wird von Rechtsextremisten aller Schattierungen die intensive öffentliche Diskussion um das Selbstverständnis und Finanzgebaren demokratischer Parteien unter dem Stichwort »Affären« zu eigenen Propagandazwecken verwertet. Weitere aktuelle Agitationsschwerpunkte sind die Themen »Entschädigung der Zwangsarbeiter des NS-Regimes« (Zwangsarbeiterentschädigung) und die Regierungsbeteiligung der FPÖ in Österreich.
- Skinhead-Musik mit z. T. rassistischen, rechtsextremistischen und gewaltverherrlichenden Texten findet nach wie vor viele Abnehmer bei Jugendlichen - auch weit über die eigentliche Skinhead-Szene hinaus. Auch im Jahre 1999 kam es zu zahlreichen Strafverfolgungsmaßnahmen, die den Vertrieb von Skinhead-Musik mit strafbewehrten Texten allerdings nicht nachhaltig beeinträchtigen konnte.
- Entsprechend der allgemein zunehmenden Bedeutung des Internets nimmt auch die Verbreitung rechtsextremistischer Propaganda im Internet weiter zu. Neue technische Möglichkeiten (z.B. MP3-Dateien oder SMS-Nachrichten) werden von der rechtsextremistischen Szene schnell übernommen.

- Die Zahl fremdenfeindlicher und rechtsextremistischer Straftaten ist im Jahr 1999 wieder deutlich um rund 14 % zurückgegangen. Den größten Anteil machen weiterhin Propaganda-Delikte wie das Verwenden oder Verbreiten verbotener Kennzeichen und Volksverhetzungen aus.
- Bei den 7 Landtagswahlen 1999 und den Wahlen zum Europäischen Parlament konnte lediglich die DVU Erfolge aufweisen. In Brandenburg und in Bremen gelang ihr der Einzug in das jeweilige Landesparlament.

DIE REPUBLIKANER

**Parteispendenskandal:
Jetzt muß ausgemistet werden!**

Geldwäsche, Schmie
beinahe jeder Tag br
Die mafiaähnlichen K
kratie in eine tiefe K
wortung übernehme
Vertrauen der recht

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger!

■ Die Republikaner können diese Forderungen im Gegensatz zu den
Altparteien glaubwürdig vertreten. Bei uns hat kein Waffenhänd-
ler millionenschwere Geldkoffer abgeliefert, kein Finanzjongleur
Schwarzgeld hin- und hergeschoben. Unsere Weste ist sauber.
Deshalb sagen wir: Der „Verfassungsschutz“, der bislang keine
Mühen gescheut hat, eine rechtstreue demokratische Partei wie die Repu-
blikaner auszuspionieren, muß sich jetzt intensiv um den Abgrund an Orga-
nisierter Kriminalität kümmern, der sich bei der CDU täglich tiefer auftut!

■ Resignation und Wahlverweigerung helfen nicht weiter. Aus diesem
Grunde sind wir Republikaner auch bereit, Verantwortung für eine bessere
Politik in unserem Land zu übernehmen. Die größte Gefahr für unsere
Demokratie entsteht dort, wo die Anständigen und Rechtstreuen sang-
und klanglos das Feld räumen.

■ Deshalb unsere dringende Bitte: Wenden Sie sich nicht ab, auch wenn
Sie glauben, diesen Sumpf nicht mehr ertragen zu können. Engagieren Sie
sich statt dessen mit uns für eine ehrliche, saubere und unbestechliche
deutsche Politik.

■ **Wir Republik**
und schonungslos
und die strenge /

■ **Wir wollen al**
zur Aufgabe ihre

■ **Wir sagen: P**
den als einfache

■ **Wir fordern**
Wer die Bürger
stopfen, darf nicht

DIE REPUBLIKANER

noch mehr Infos:

Schreiben Sie uns. Coupon ausschneiden und einstecken!

Abesender nicht vergessen:

Name _____

Inkl. PLZ, Ort _____

Ich möchte weitere Informationen

Ich möchte zu einer Parteiveranstaltung eingeladen werden

Ich möchte Mitglied werden

*Flugblatt der
Republikaner*

REP
REPUBLIKANER
Bundesgeschäftsstelle
Postfach 87 82 18
13162 Berlin

Rechtsextremistische Parteien bei den Wahlen im Jahr 1999 im Überblick

Wahlen	REP		DVU		NPD	
	1999	Ergebnisse der letzten Wahl	1999	Ergebnisse der letzten Wahl	1999	Ergebnisse der letzten Wahl
Europawahl 13. Juni 1999						
Bund:	1,7 %	3,9 %	-	-	0,4 %	0,2 %
NRW:	0,9 %	2,7 %	-	-	0,3 %	0,2 %
Landtagswahlen						
Brandenburg 5. September 1999	-	1,1 %	5,3 %	-	0,7 %	-
Bremen 6. Juni 1999	-	-	3,0 %	2,5 %	0,3 %	0,1 %
Hessen 7. Februar 1999	2,7 %	2,0 %	-	-	0,2 %	0,3 %
Saarland 5. September 1999	1,3 %	1,4 %	-	-	-	-
Sachsen 19. September 1999	1,5 %	1,3 %	-	-	1,4 %	-
Thüringen 12. September 1999	0,8 %	1,3 %	3,1 %	-	0,2 %	-
Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus 10. Oktober 1999	2,7 %	2,7 %	-	-	0,8 %	-
Kommunalwahl NRW/ Mandate insgesamt 12. September 1999	32	0	8	-	3	0

Erläuterung: - bedeutet »nicht zur Wahl angetreten«.

0 bedeutet »angetreten, aber wegen der 5 %-Sperrklausel kein Mandat erhalten«.

Die Republikaner (REP)

Auch im Jahre 1999 setzten sich bei den REP die innerparteilichen Richtungs- und Machtkämpfe fort. Wiederholt wurden aus verschiedenen Parteigliederungen Forderungen nach einer engeren Kooperation mit anderen rechtsextremistischen Organisationen, wie z.B. der DVU, erhoben. Auch gab es wiederholt Kontakte von REP-Mitgliedern und REP-Funktionären zu anderen rechtsextremistischen Organisationen oder Personen. Die Parteiführung reagierte auf diese Aktivitäten zum Teil mit Parteiordnungsverfahren, was angesichts der bestehenden Kontakte auf höchster Parteiebene zur Vermeidung von Konkurrenzmandaturen mit der DVU bei größeren Teilen der REP-Mitgliedschaft auf Unverständnis stieß. Der derzeitige »Schlingerkurs« der Parteiführung dürfte nicht zuletzt auf die ständigen Wahlniederlagen zurückzuführen sein.

Auf dem Landesparteitag der REP am 24. Oktober 1999 wurde die bisherige Landesvorsitzende Uschi Winkelsett gestürzt. Sie unterlag knapp ihrem Gegenkandidaten Burghard Schmanck. Schmanck steht zwar wie die bisherige Landesvorsitzende für eine strikte Abgrenzung zur DVU und zu anderen rechtsextremistischen Organisationen. Er wurde allerdings auch von großen Teilen derjenigen unterstützt, die für eine engere Kooperation mit solchen Organisationen eintreten. Inzwischen hat Schmanck den Landesvorsitz und seine Mitgliedschaft wegen heftiger

Intrigen gegen ihn wieder aufgegeben.

Deutsche Volksunion (DVU)

Trotz der Wahlerfolge in Bremen und Brandenburg musste die DVU Ansehensverluste im rechtsextremistischen Lager hinnehmen. Diese resultieren nicht zuletzt aus den Zerfallsprozessen in der DVU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt. 1998 war dort mit spektakulären 12,9 % der Einzug in den Magdeburger Landtag gelungen. Ständige Enthüllungen und Peinlichkeiten hinsichtlich einiger DVU-Landtagsabgeordneter sowie die Spaltung in eine Frey-treue Fraktion und eine weitere Fraktion, die sich von der DVU abwandte, führten zu Imageverlusten. Die Vorgänge um die DVU-Landtagsfraktion in Sachsen-Anhalt bewirkten zudem einen gewissen Autoritätsverlust von Frey. Zunehmend kam und kommt es zu »Unbotmäßigkeiten« und er kann seine (Personal-) Vorstellungen nicht mehr vollständig und nur nach Überwindung von Widerständen durchsetzen.



Propaganda der DVU

Nationaldemokratische Partei Deutschland (NPD)

Wie im Vorjahr setzte die NPD auch 1999 insbesondere auf öffentlichkeitswirksame Demonstrationen, Kundgebungen und Aufmärsche. Allerdings beschränkte sie sich hierbei weitgehend auf regionale Aktionen. Nationale Großkundgebungen gelangen 1999 nicht. Zwar war eine solche Großkundgebung mit bundesweiter Mobilisierung am 1. Mai 1999 in Bremen geplant, doch wurde diese mit einem verwaltungsgerichtlich bestätigten Verbot belegt. In NRW kam es am 22. Mai und am 2. Oktober 1999 jeweils in Köln zu größeren - von der NPD angemeldeten - Demonstrationen mit ca. 350 bzw. 550 Teilnehmern.



*Protest gegen das Holocaust-Mahnmal:
Demonstranten ziehen am 29.1.2000 durch
das Brandenburger Tor in Berlin./Bild: dpa*

Die von der NPD/JN angemeldeten Aufmärsche werden - nicht nur vom äußeren Erscheinungsbild her - zunehmend von Neonazis und Skinheads beherrscht. So ist es mittlerweile üblich, dass führende Neonazis auf solchen Kundgebungen Rederecht erhalten. Die enge Kooperation zwischen NPD und Neonazis zeigte sich auch bei der Aufsehen erregenden Demonstration am 29. Januar 2000 in Berlin. Die im Namen einer »Bürgerinitiative« gegen das Holocaust-Mahnmal angemeldete Demonstration wurde von ca. 500-700 Neonazis und NPD-Anhängern beherrscht, die u.a. mit wehenden NPD-Fahnen durch das Brandenburger Tor zogen. Inhaltlich setzte die NPD ihren betont antikapitalistischen Kurs fort. Der Aufschwung der NPD in den letzten Jahren, der sich u.a. an steigenden Mitgliederzahlen ablesen ließ, hat sich - bundesweit gesehen - abgeschwächt, wenn auch in NRW die Mitgliederzahl noch eine steigende Tendenz hat.

Die JN sind durch interne Macht- und Flügelkämpfe geschwächt. Die internen Auseinandersetzungen führten zur Abspaltung eines Teils der JN, der sich unter dem Namen »Bildungswerk deutsche Volksgemeinschaft« (BdVG) neu organisierte. Die nordrhein-westfälischen JN sind neben den baden-württembergischen und sächsischen JN-Landesverbänden von dieser Abspaltung besonders betroffen. Der bisherige nordrhein-westfälische JN-Landesvorsitzende Ezer verließ mit etlichen Anhängern die JN und gehörte zu den maßgeblichen Gründern der Abspaltung.

Neonazis

1999 stabilisierte sich die Neonaziszene in NRW und verstärkte ihre Aktivitäten. Auf lokaler und regionaler Ebene wird versucht, das vorhandene Potential durch gemeinschaftsbezogene Veranstaltungen wie Kameradschaftsabende mobilisierbar zu halten, wobei auf solchen Veranstaltungen nicht immer die direkte politische Agitation im Vordergrund steht. Häufig nehmen solche Abende auch den Charakter von »Trinkrunden« an. In NRW kam es 1999 auch zu mehreren größeren, überregionalen Saalveranstaltungen, an denen auch Neonazis aus anderen Ländern und dem Ausland teilnahmen. Der Trend einer steigenden Feindseligkeit und Aggressivität gegenüber dem Staat und seinen Organen setzte sich auch 1999 bei den Neonazis fort.

»Intellektueller Rechtsextremismus«

Die Publikationen der sog. »Neuen Rechten« griffen die Debatten um den Kosovo-Konflikt und die doppelte Staatsbürgerschaft auf. Hierbei wurde das deutsche Engagement im Kosovo-Konflikt fast durchweg abgelehnt. Der Kosovo-Konflikt wurde häufig mit ausländerfeindlicher Agitation verknüpft. U.a. wurde die vermeintliche Gefahr ähnlich brutaler Konflikte in Deutschland aufgrund der ausländischen Bevölkerungsanteile behauptet.

Ähnlich breiten Raum nahm auch die Debatte um die sog. doppelte Staatsbürgerschaft ein. Hierbei wird nicht nur gegen die Bundesregierung polemisiert, der man unterstellt, einen »Austausch des deutschen Volkes« oder eine »Umvolkung« anzustreben, sondern auch gegen die CDU/CSU-Opposition, die das Erfordernis der Integration in Deutschland dauerhaft lebender Ausländer betont. Gerade die Integration wird von rechtsextremistischer Seite ganz überwiegend abgelehnt und häufig mit ausländerfeindlichen Ressentiments verknüpft.

Aktuelle Themenschwerpunkte

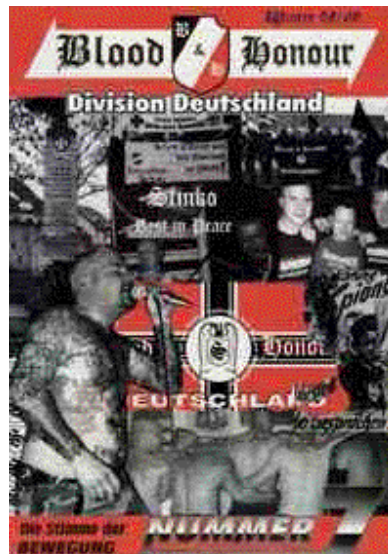
Die aktuelle, öffentlich geführte Diskussion um Verstöße gegen das Parteiengesetz und andere in der öffentlichen Kritik stehende Verhaltensweisen demokratischer Parteien wird unter dem Stichwort »Affären« vom gesamten rechtsextremistischen Spektrum publizistisch und propagandistisch ausgeschlachtet. Auch die Regierungsbeteiligung der FPÖ in Österreich und die Frage der »Entschädigung von Zwangsarbeitern des NS-Regimes« wird für eigene Zwecke instrumentalisiert.

Absoluter Schwerpunkt ist dabei die sog. »Finanzaffäre«. Die zahlreichen Enthüllungen dienen dabei als Beleg dafür, dass das gesamte politische System und ihre führenden Repräsentanten durchweg korrupt seien. Selbstbereicherung wird als Hauptanliegen der Politik bezeichnet.

Die Regierungsbeteiligung der FPÖ in Österreich wird ganz überwiegend begrüßt und als Vorbild für Deutschland gesehen. Die Zwangsarbeiterentschädigung wird nahezu einhellig als »jüdische Erpressung« abgelehnt. Eine gewisse Rolle spielt auch die öffentliche Diskussion um die »Holocaust-Gedenkstätte« in Berlin, die als »Mahnmal deutscher Schande« verdammt wird.

Skinheads und Skin-Musikszene

Skinmusik mit z.T. volksverhetzenden, rassistischen und gewaltverherrlichenden Texten findet nach wie vor bei Jugendlichen - weit über die engere Skinheadszenen hinaus - Anklang und Abnehmer. Der auch 1999 anhaltende staatliche Druck, der sich wiederum in zahlreichen Durchsuchungen, Beschlagnahmen und Verurteilungen niederschlug, hat nicht zu einem nachhaltigen Niedergang der Verbreitung von Skinmusik geführt. Beachtenswert ist, dass ein neuer Verbreitungsweg von Skinmusik zunehmend an Bedeutung gewinnt. Hierbei handelt es sich um die Möglichkeit, mittels sog. MP3-Dateien Skinmusik aus dem Internet herunterzuladen. Diese Möglichkeit erschwert die Arbeit der Strafverfolgungsbehörden in nicht zu unterschätzender Weise. Abzuwarten bleibt, auf welche Weise sich diese neue Verbreitungsart auf die herkömmlichen Vertreiber von Skinmusik auswirkt. Finanziell dürfte diese Entwicklung nicht im Interesse der herkömmlichen Anbieter von Skinmusik sein, da hierdurch ihr Umsatz und ihre Gewinne verringert werden. 1999 kam es vereinzelt zu Skinmusik-Konzerten in NRW.



Titelseite des Fan-Magazins
»Blood & Honour«

1.1.1 Exkurs: Analyse der Kommunalwahl NRW 1999

Beteiligung rechtsextremistischer Parteien

Aufgrund des Wegfalls der 5 %-Sperrklausel konnten rechtsextremistische Parteien bei der Kommunalwahl in NRW am 12. September 1999 44 Mandate in Räten, Kreistagen und Bezirksvertretungen erringen (REP: 32, DVU: 8, NPD: 3, BfD: 1). DVU und REP zogen fast überall in die Räte ein, wo sie kandidierten. Die REP konnten nicht überall zur Wahl antreten, wo günstige Wahlaussichten bestanden. Unter anderen organisatorischen Bedingungen könnten vor allem die REP wahrscheinlich deutlich mehr Mandate erringen. In einzelnen Städten verläuft die Repräsentanz in den Bezirksvertretungen entsprechend der Sozialstruktur. REP und DVU errangen vor allem in strukturschwachen Stadtbezirken Mandate. Spektakuläre Erfolge blieben aber aus.

Die rechtsextremistischen Parteien REP, DVU, NPD und BfD kandidierten nur in ca. 2 Dutzend Gebietskörperschaften. Mit 16 Kandidaturen entfiel der Großteil auf die REP. Fast nirgends kam es zu Konkurrenzmandaturen. In allen Gemeinden und Kreisen, in denen die rechtsextremistischen Parteien flächendeckend kandidierten, errangen sie ohne Ausnahme auch Mandate. Nirgends konnten sie jedoch mehr als 2 Mandate in den Räten gewinnen.

REP

Auch wenn der Wahlkampf der REP in den einzelnen Gemeinden und Kreisen mit unterschiedlicher Intensität und mit unterschiedlichen Themenschwerpunkten geführt wurde, war allgemein die Tendenz zu erkennen, dass kommunale und lokale Themen nur eine untergeordnete Rolle spielten. Auf die einzelne Kommune bezogene Forderungen wie »Halt! Keine neuen Moscheen in Düsseldorf« waren eher die Ausnahme.



In den 11 Gebietskörperschaften, in denen die REP in allen oder fast allen Wahlbezirken antraten, konnten sie durchweg 1 oder 2 Mandate erringen. Insgesamt erhielten die REP 17 Mandate in Räten und Kreistagen, davon 10 in kreisfreien Städten (Herne, Hagen, Gelsenkirchen und Essen je 2 Mandate, Köln und Düsseldorf je 1 Mandat), 2 in Kreisen (Märkischer Kreis) und 5 in kreisangehörigen Gemeinden (Alsdorf 2 Mandate, Lüdenscheid, Erkelenz und Ratingen je 1 Mandat). Zudem gelang den REP in verschiedenen kreisfreien Städten der Einzug in etliche Bezirksvertretungen.

Die besten Ergebnisse in Großstädten erzielten die REP in den Ruhrgebietsstädten Herne (3,7 %), Hagen (3,3 %), Gelsenkirchen (3,1 %) und Essen (2,1 %). Dagegen waren die Ergebnisse der REP in den Großstädten der Rheinschiene (Köln - 1,2 % - und Düsseldorf - 1,5 % -) schwächer. Das beste Ergebnis erzielten die REP in der kreisangehörigen Gemeinde Alsdorf mit 4,1 %. Mandatsgewinne erzielten die REP auch in Lüdenscheid mit 2,3 %, in Erkelenz mit 2,0 % und in Ratingen mit 1,6 %.

Die REP kandidierten im Wesentlichen nur in den Gebietskörperschaften flächendeckend, in denen sie auch schon bei früheren Wahlen überdurchschnittliche Ergebnisse erzielt hatten. Der Umstand, dass die REP 1999 nur in 16 gegenüber 1994 noch 39 Gebietskörperschaften für die Gemeinderäte bzw. Kreistage kandidierten, ist Ausdruck der organisatorischen Schwäche der REP. Wären die REP nicht durch andauernde innerparteiliche Querelen in ihrer Organisationskraft geschwächt, hätten wahrscheinlich in noch mehr Kommunen und Kreisen kommunale Mandate gewonnen werden können. Zur Zeit zeichnet sich jedoch nicht ab, dass die REP ihre organisatorische Schwäche und ihre innerparteilichen Machtkämpfe beenden können.

DVU

Die DVU beteiligte sich erstmalig an Kommunalwahlen in NRW. Sie kandidierte allerdings lediglich in 2 Gemeinden (Dortmund und Stolberg). In beiden Gemeinden wurden, wie bei der DVU üblich, keine Wahlveranstaltungen durchgeführt. Die DVU agierte wie gewohnt lediglich mit Plakatierungen und Hauswurfsendungen. Kommunale Themen spielten beim DVU-Wahlkampf nur eine untergeordnete Rolle. Dies zeigte sich auch an Slogans auf den Wahlplakaten der DVU, die u.a. wie folgt lauteten:

- Wehrt Euch am Wahltag!
- Deutsches Geld für deutsche Arbeitsplätze!
- Kriminalität hart bekämpfen!

Exemplarisch sind auch folgende Aussagen eines in Dortmund verbreiteten Flugblattes:

- »Scheinasylanten, illegale und kriminelle Ausländer raus!
- Zugangsstop für Ausländer, die nur beim Sozialamt abkassieren wollen!

- Arbeitsplätze und Sozialleistungen zuerst für Einheimische!
- Ausländerbegrenzung in Schulklassen und Kindergärten!«

In Dortmund und in Stolberg trat die DVU in allen Wahlbezirken an. In Dortmund erzielte sie 2,0 %, was für 2 Ratsmandate reichte. Zudem zieht sie dort in 5 Bezirksvertretungen mit jeweils einem Vertreter ein. In Stolberg erhielt sie 2,3 % der Wählerstimmen und damit einen Sitz im Gemeinderat.

Es ist nicht zu erwarten, dass die DVU von ihrer Taktik, nur punktuell an Kommunalwahlen teilzunehmen, zukünftig abweichen wird. Hiergegen spricht bereits, dass Kommunalwahlen besonders personalintensiv sind und die DVU kaum über vorzeigbare Kandidaten verfügt. Symptomatisch ist, dass in Dortmund 2 frühere REP-Funktionäre für die DVU in den Stadtrat einzogen. Auch könnte eine zu große Anzahl von kommunalen Mandatsträgern ein zu großes Selbstbewusstsein entwickeln, was der Neigung des Bundesvorsitzenden Frey, alle Aktivitäten der Partei bis ins Detail zu dirigieren und zu kontrollieren zuwider laufen könnte.

NPD

Die NPD kandidierte nur in 3 Kreisen und in der kreisangehörigen Stadt Schwelm. Sie konzentrierte ihre Kräfte vor allem auf die Stadt Schwelm, den Märkischen Kreis und den Ennepe-Ruhr-Kreis. Ihren Schwerpunktwahlkampf führte die NPD unter dem Motto *»Jugend ist Zukunft!«*. Infostände und Verteileraktionen prägten den Wahlkampf. Vor allem in Schwelm führte sie ihren Wahlkampf auch mit kommunalpolitischen Themen wie *»Eine Bürgerbefragung über den Bau der B 483«*, *»Die Schaffung neuen Parkraums in Innenstadtnähe«* und *»Sofortige Initiative zum Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs«*.

Auf Wahlplakaten warb sie allerdings mit mehr allgemeingehaltene Parolen wie *»Arbeit für Hiesige statt Stütze für Dösigel!«* oder *»Jetzt ab 16! Jugend wählt Deutsch!«*.

Genug von Filz und alten Hüten im Rat und Kreis?

Liebe Bürgerinnen und Bürger, liebe Erstwähler,
am 12. September sind wieder einmal Kommunalwahlen. Diesmal ist alles anders und doch ändert sich nichts, wenn Sie nichts ändern wollen! Jahrzehnte alter Filz und der Geruch einer verknöcherten Verwaltung, gesteuert durch die etablierten Politiker, wird erhalten bleiben - egal ob die eine oder andere Partei (SPD, CDU, FDP oder Grüne) auf der Oppositionsbank sitzt. Denn Sie tun sich schon lange nichts mehr - außer schön reden. Doch diesmal kann es wirklich anders sein! Wenn Sie es nur wollen!

Bringen Sie frischen Wind in Kreis und Rat!

Wählen Sie am 12. September eine unbestechliche deutsche Kontrollinstanz in Ihren Rat oder Kreistag. Lassen Sie nicht irreh mit sich machen, was die anderen wollen.

Denn es geht um:

- die Kindergartenplätze und Schulbildung Ihrer Kinder
- Ihre Arbeitsplätze und Renten
- das Aussehen und die Zukunftschancen Ihrer Stadt, Gemeinde und Kreis
- die Verkehrsverbindungen und -belastungen vor Ihrer Haustür
- Ihre Umwelt und Müllentsorgung
- die Probleme, die Sie als Bürgerinnen und Bürger bewegen

Bestimmen Sie mit und entscheiden Sie sich für eine bürgernahe Partei, die hält, was andere nur versprechen:

EHRlichkeit • OFFENHEIT • WAHRHEIT

gegenüber den Wählerinnen und Wählern: Wir Nationaldemokraten treten zu dieser Wahl mit einer Mannschaft aus überwiegend jungen verantwortungsbewussten Menschen an, die sich wohlwollend von den alten etablierten Postkern abhebt.

Jetzt ab 16: JUGEND WÄHLT DEUTSCH!

Am 12. September
die ZUKUNFT
wählen!

X NPD
Die Nationalen

Gezielte Wahlwerbung für Jung-Wähler

Auf Flugblättern und Plakaten stellte sie optisch junge Frauen in den Vordergrund, wovon sie sich wohl gerade bei jüngeren Wählern Zuspruch erhoffte. Die ersten Listenplätze waren dennoch mit Männern besetzt.

Deutlich aggressiver verlief der Wahlkampf im Rhein-Sieg-Kreis. In einem Rundschreiben des dortigen Kreisverbandes war u.a. davon die Rede, Volksverräter zu verunsichern, die sich in der Sicherheit der Straffreiheit ihrer Taten wägen. An anderer Stelle dieses Rundschreibens heißt es:

»Wir empfinden eine Durchrassung der Gesellschaft nicht als Bereicherung, sondern als weitere Entfremdung der Menschen untereinander ...«.

Lediglich in der Stadt Schwelm kandidierte die NPD in allen Wahlbezirken. Dort erhielt sie auch mit 2,2 % ihr bestes Ergebnis, was für ein Ratsmandat reichte. Des Weiteren erreichte sie jeweils ein Kreistagsmandat im Ennepe-Ruhr-Kreis mit 1,0 % und im Rhein-Sieg-Kreis mit 0,5 % der Stimmen, obgleich sie dort nur in einem Teil der Wahlbezirke kandidierte.

BfD

Der BfD (Ab jetzt...Bündnis für Deutschland) kandidierte lediglich flächendeckend in Siegburg und in zwei Wahlbezirken des Rhein-Sieg-Kreises. In Siegburg erhielt der BfD 2,05 % der Stimmen und damit ein Ratsmandat. Siegburg ist der Wohnsitz des Bundesvorsitzenden des BfD (früherer REP-Funktionär), der dort über einen gewissen lokalen Bekanntheitsgrad verfügt. In den übrigen Gebieten des Landes ist der BfD nahezu nicht existent.

Resümee

Insgesamt erhielten die rechtsextremistischen Parteien lediglich 24 kommunale Mandate in

Räten und Kreistagen (REP 17, DVU 3, NPD 3 und BfD 1), hinzu kamen 20 Mandate in Bezirksvertretungen. Nirgends kam eine dieser Parteien in die Nähe der für die Landtagswahl und Bundestagswahl wichtigen 5 %-Hürde. Dass es fast an keiner Stelle zu Konkurrenzkandidaturen kam, zeigt die momentan geringe politische Bedeutung und fehlende Organisationskraft dieser Parteien. Sie verfügen auch nicht über landesweit bekannte oder charismatische Führungspersönlichkeiten. Solange sich an diesem Zustand nichts ändert, sind bedeutsamere Wahlerfolge in NRW auch in Zukunft nicht zu erwarten.

Bedenklich stimmt jedoch, dass die rechtsextremistischen Parteien bei den jungen männlichen Wählern zwischen 16 und 25 Jahren weit überdurchschnittliche Stimmanteile gewinnen konnten. Auch wenn entsprechendes statistisches Material nur aus 3 der Kommunen vorliegt, in denen rechtsextremistische Parteien kandidierten (Dortmund, Herne und Düsseldorf), dürfte dies doch einen allgemeinen Trend aufzeigen, zumal entsprechende Beobachtungen auch schon bei anderen Wahlen gemacht wurden. So erzielte die DVU in Dortmund bei der genannten Altersgruppe der jungen Männer einen Stimmenanteil von 9,9 %, während sie insgesamt nur auf 2,0 % der Stimmen kam. Für die REP in Herne lauten die entsprechenden Zahlen 15 % zu 3,7 % und für Düsseldorf 3,5 % zu 1,5 %. Bei den jungen Frauen in der Altersgruppe von 16 bis 25 Jahren waren die Wahlergebnisse der rechtsextremistischen Parteien nur leicht überdurchschnittlich. In allen 3 genannten Kommunen war der Anteil der männlichen REP- bzw. DVU-Wähler durch alle Altersgruppen erheblich höher als der der weiblichen Wähler. Auch dies dürfte einem allgemeinen Trend entsprechen.

Wahlergebnisse rechtsextremistischer Parteien bei der Kommunalwahl NRW 1999 im Überblick

Kreisfr. Städte/ Kreise/ Kreisangehörige Städte und Gemeinden	REP				DVU**			NPD***	
	in %		Rats- mandat *	Bezirks- mandat	in %	Rats- mandat *	Bezirks- mandat	in %	Mandat *
	1999	1994	1999	1999	1999	1999	1999	1999	1999
Kreisfreie Städte									
Dortmund	-	-	-	-	2,0	2	5	-	-
Duisburg				1					
Düsseldorf	1,5	1,8	1	1	-	-	-	-	-
Essen	2,1	1,4	2	4	-	-	-	-	-
Gelsenkirchen	3,1	3,5	2	3	-	-	-	-	-
Hagen	3,3	2,5	2	1	-	-	-	-	-
Herne	3,7	2,6	2	4	-	-	-	-	-
Köln	1,2	0,7	1	-	-	-	-	-	-
Krefeld				1					
Kreise									
Ennepe-Ruhr-Kreis	-	-	-	-	-	-	-	1,0	1
Märkischer Kreis	2,3	2,3	2	-	-	-	-	-	-
Rhein-Sieg-Kreis	-	-	-	-	-	-	-	0,5	1
Kreisangehörige Städte und Gemeinden									
Altdorf	4,1	3,4	2	-	-	-	-	-	-
Erkelenz	2,0	keine- Kand.	1	-	-	-	-	-	-
Lüdenscheid	2,3	2,1	1	-	-	-	-	-	-
Ratingen	1,6	0,4	1	-	-	-	-	-	-
Schwelm	-	-	-	-	-	-	-	2,2	1
Sibbeling	-	-	-	-	2,3	1	-	-	-
Mandate insgesamt	-	-	17	15	-	3	5	-	3

* Die Mandate wurden durchweg aufgrund des Wegfalls der 5 %-Sperrklausel erreicht. 1994 konnten Rechtsextremisten wegen der Sperrklausel keine Mandate erringen.

** Die DVU ist bei der Kommunalwahl 1994 nicht angetreten.

*** Die NPD ist 1999 durchweg in anderen Kommunen angetreten als 1994, so dass ein Vergleich entfällt.

1.1.2 Exkurs: Aktuelle Agitationsschwerpunkte

Angesichts des desolaten - durch interne Streitigkeiten geprägten - Zustands der REP und der Imageverluste der DVU durch die Geschehnisse um die sachsen-anhaltinische Landtagsfraktion ist nicht damit zu rechnen, dass diese Parteien aus den derzeit öffentlich diskutierten »Partei-Affären« Nutzen ziehen können. Auch die NPD dürfte wegen ihrer besonderen Stigmatisierung nicht in größerem Umfang von den »Affären« profitieren. Hierfür spricht auch das magere Ergebnis der NPD bei der Landtagswahl in Schleswig-Holstein, wo sie ohne Konkurrenz von DVU und REP lediglich 1,0 % der Zweitstimmen erreichte.

»Partei-Affären«

Die rechtsextremistische Szene verwertet die gegenwärtig unter dem Stichwort »Partei-Affären« öffentlich geführte Diskussion um das Selbstverständnis und Finanzgebaren demokratischer

Parteien für ihre Propaganda, dass das gesamte System und ihre führenden Repräsentanten generell korrupt und Politiker durchweg käuflich seien. Hierbei handelt es sich um typische in rechtsextremistischen Kreisen verbreitete Ansichten. Verschwiegen wird dabei, dass solche Vorkommnisse gerade in einer demokratischen und pluralistischen Gesellschaftsordnung ans Tageslicht kommen und Fehlverhalten auch zu politischen und persönlichen Konsequenzen führt.

Beispielhaft für die genannten Auffassungen sind die folgenden Ausführungen des NPD-Parteiorgans »Deutsche Stimme« (2/2000):

»Wir kennen schließlich die Repräsentanten des liberalkapitalistischen Systems der BRD und erwarten doch kaum anderes, als dass diese uns nach Strich und Faden belügen, korrupt sind und sich persönlich bereichern... Wir Nationaldemokraten kämpfen schon seit Jahrzehnten gegen Korruption, Machtmißbrauch und Volksverdummung.«

Ähnliche Töne finden sich auch in den Publikationen der sog. »Neuen Rechten«. In der Zeitschrift Opposition (12/1999) heißt es:

»Die sogenannte 'politische Klasse' dieses Landes kennt, so scheint es, nur noch ein Interesse: die Selbstbedienung.«

Die Junge Freiheit (51/1999) kommentiert:

»Die Aufdeckung dieser Skandale beweist nicht, dass das System 'Demokratie' doch funktioniert. Es ist grundlegend reformbedürftig.«



Gewohnt drastisch äußert sich die Neonaziszene. Im Nationalen Info-Telefon heißt es:

»Wir wollen von diesen Lügneren nichts mehr hören und sehen! Sie sollen uns unser Land zurückgeben und dann für immer aus der Politik verschwinden. Wir wollen Deutschland und keine Mafiarepublik!«

Die rechtsextremistischen Organisationen versprechen sich von den Affären einen Aufschwung und stellen sich gerne als »saubere« Alternative dar. Die Deutsche National-Zeitung (6/2000) von Dr. Frey schreibt diesbezüglich:

»Wenn aber die Nation einsehen wird, dass mit L.m.a.A. und Ohnemich(el)tum auf die Dauer auch nichts erreicht werden kann, muss sie zugleich erkennen können, dass die rechte Alternative da ist, die dieses Volk und Vaterland so bitter nötig hat.«

Besonders die REP glauben von den Affären profitieren zu können. Unverblümt spekulieren sie dabei primär auf enttäuschte CDU-Anhänger. In der Pressemitteilung 5/2000 des Bundesverbandes ruft der REP-Bundesvorsitzende *»von ihrer Partei enttäuschte CDU-Mitglieder auf, sich in den Reihen der Republikaner für eine bessere Politik zu engagieren.... Jeder, der es nach diesen Enthüllungen in der CDU nicht mehr aushält, ist uns als Mitstreiter willkommen, wenn er sich für eine ehrliche und unbestechliche und nur an nationalen Interessen orientierte Politik einsetzen will.«*

Auch behaupten die REP, dass bereits etliche CDU-Mitglieder zu den REP übergetreten seien. In der Pressemitteilung 8/2000 des Bundesverbandes wird der Bundesvorsitzende mit den Worten zitiert:

»Die Krise der CDU wird das politische Gewicht der Republikaner in Deutschland stärken.«

Hieraus spricht eine enorme Selbstüberschätzung der durch ständige Wahlpleiten und interne Streitigkeiten geschwächten REP.

Regierungsbeteiligung von Haider FPÖ in Österreich

Ganz überwiegend wird die Regierungsbeteiligung der FPÖ im rechtsextremistischen Lager begrüßt und ihr Vorbildcharakter für Deutschland zugesprochen.

Beispielhaft für die positive Resonanz auf den FPÖ-Wahlerfolg und deren Regierungsbeteiligung im rechtsextremistischen Lager ist die Reaktion der REP. So berichtet der NRW-REPort (3/1999) der REP:

»Der Bundesvorsitzende gratulierte Jörg Haider zum hervorragenden Wahlergebnis der Freiheitlichen. ... Schlierer wertete den Erfolg der FPÖ als Bestätigung für den von den Republikanern eingeschlagenen Weg. Auch in Deutschland werde sich auf Dauer eine Partei durchsetzen, die unbefangen von der Vergangenheit die Interessen des eigenen Volkes vertrete...«

Eine Interview-Äußerung Haider in der Jungen Freiheit (5/2000) dürfte die rechtsextremistische Szene in Deutschland als Aufforderung an sich verstanden haben. Dort heißt es:

»Das betrifft auch die Notwendigkeit, dass Deutschland eine freiheitliche Alternative bräuchte. Ich könnte mir vorstellen, dass natürlich jetzt ein sehr günstiger Zeitpunkt wäre. Wenn sich die zum Partikularismus und zum Eigenbrötlertum neigenden freiheitlichen Gruppierungen in Deutschland einigen würden, dann wäre das eine ganz bedeutende politische Kraft, die hier entstehen könnte, ...«

Mittlerweile hat sich zudem eine kleine Splitterpartei gegründet, die sich »Freiheitliche Deutsche Volkspartei« nennt und die in der österreichischen FPÖ ihr Vorbild sieht. Diese Gruppierung ist im Landtag von Sachsen-Anhalt mit einer Fraktion vertreten, die aus der dortigen ursprünglichen DVU-Fraktion hervorging und sich aus Unzufriedenheit mit dem Kurs von Dr. Frey von der DVU abwandte.

Auch wenn viele in der rechtsextremistischen Szene die Entwicklung in Österreich als nachzuahmendes Vorbild sehen, so fehlt doch im tief zerstrittenen rechtsextremistischen Lager in Deutschland eine einigende Integrationsfigur mit Haider's Charisma. Entwicklungen wie in Österreich sind daher in Deutschland - zumindest für die nähere Zukunft - auszuschließen.

»Zwangsarbeiterentschädigung«

Die Verhandlungen um die Entschädigung von Zwangsarbeitern des NS-Regimes wird von der rechtsextremistischen Szene zu Propagandazwecken instrumentalisiert. Rechtsextremisten agitieren dagegen unter dem Schlagwort »jüdische Erpressung«. Häufig sind deutliche antisemitische Untertöne zu vernehmen.

Symptomatisch dafür ist eine Hauswurfsendung der NPD. Unter der Überschrift »Keine Mark für politische Erpresser!« heißt es:

»Nun wird aber umgekehrt von internationalen Lobbyisten und ihren deutschen Helfern erneut eine unsägliche Hetzkampagne gegen Deutschland entfesselt, und zwar mit dem Ziel, das deutsche Volk unentwegt zu diffamieren und der deutschen Wirtschaft und dem Staat neue Milliardenbeträge abzupressen.«

Ins gleiche Horn stößt die Deutsche National-Zeitung des Dr. Frey. Eine typische Schlagzeile lautet (3/2000): »Wiedergutmachung - doppelt und dreifach? Wie Steuerzahler ausgepresst werden«.

Nation & Europa (2/2000) wirbt intensiv unter der Überschrift »Wiedergutmachungs-Wahnsinn« für ein Buch des Mitherausgebers Peter Dehoust mit dem Titel »Zwangsarbeiter - Lüge & Wahrheit«, Untertitel: »Wie die Deutschen bei der Wiedergutmachung über den Tisch gezogen werden«. Ähnliche Töne findet man auch bei der ansonsten auf den Anschein der Seriosität bedachten »Jungen Freiheit«. Eine kurze Auswahl von entsprechenden Ausführungen:

»Das bedeutet im Klartext, vier Milliarden vom Steuerzahler, der der ganzen Angelegenheit verständnislos gegenübersteht«, »Es geht vorrangig um eine Identitätsfrage des amerikanischen Judentums, ...«, »Der WJC und die anderen Organisationen benutzen die Restitutionsforderungen..., um die Vorstellung vom Holocaust auf internationaler Ebene dauerhaft zu sichern, wobei ein Leidensmonopol beansprucht und der Vergleich mit anderen Völkermorden mit theologischem Eifer bekämpft wird«, »..., denn das ist der Sinn der ganzen Übung: das Judentum als universelles Opfer darzustellen« (alle aus 42/1999).

»Es handelt sich also genau genommen nicht um Entschädigungsverhandlungen, sondern um Schutzgelderpressung im ganz großen Stil« (47/1999).

Mitunter wird sogar versucht die Zwangsarbeitereigenschaft der Opfer zumindest teilweise in Abrede zu stellen. Nachfolgend ein Beispiel aus Nation & Europa (1/2000): »Es ist eigentlich nur noch Realsatire. Dazu zählt auch die Tatsache, dass nun wieder einige Milliarden an ehemalige Fremdarbeiter fließen sollen, wovon nicht wenige freiwillig in Deutschland waren, tariflich bezahlt... Alle Freiwilligen sind ausgestorben, nur Dienstverpflichtete haben überlebt, und das gleich zu Millionen. Vermutlich haben sich die einen, von falscher Gesinnung getrieben, zu Tode geschuftet, während es die anderen etwas langsamer angehen ließen.« Zynismus pur, der jeden Kommentar überflüssig macht.

1.2 Entwicklungstendenzen im Linksextremismus

- Der Wegfall der 5 %-Sperrklausel bei der NRW-Kommunalwahl 1999 ermöglichte auch linksextremistischen Parteien den Einzug in die kommunalen Vertretungen. PDS, DKP und MLPD erreichten 62 Mandate in Räten, Kreistagen und Bezirksvertretungen.
- Die PDS bietet aufgrund der Unterschiede in Ost und West und wegen interner Differenzen weiterhin ein uneinheitliches Erscheinungsbild. In NRW besetzen noch

immer vor allem Vertreter ehemaliger K-Gruppen führende Positionen. Der NRW-Landesverband konnte seine organisatorische Basis ausbauen und die Mitgliederzahl in den letzten zwei Jahren nahezu verdoppeln; sie geht allerdings kaum über etwa 1.000 hinaus (DKP 1.800).

- Andere linksextremistische Parteien haben an politischer Bedeutung weiter verloren. Die DKP ist zu einer programmatischen Erneuerung nicht in der Lage und zeigt sich insbesondere in NRW als enger Partner der PDS. Durch ihr Sektierertum bleibt die MLPD auch im linken Lager isoliert.
- Durch den NATO-Einsatz in Serbien/Kosovo fühlte sich das gesamte linksextremistische Spektrum zu Protestaktionen herausgefordert. Autonome störten einen Sonderparteitag von Bündnis 90/Die Grünen in Bielefeld in massiver Form und griffen Bundesaußenminister Fischer körperlich an.
- Trotz der europaweiten Gegenmobilisierung konnte die Polizei einen reibungslosen Ablauf der EU- und Weltwirtschaftsgipfeltreffen im Juni in Köln gewährleisten. Die Protestdemonstrationen nahmen einen weitgehend friedlichen Verlauf. Seit längerem bereiten sich Linksextremisten auf Störaktionen gegen die Expo 2000 in Hannover vor.



Im Rahmen »Antifaschistischer Selbsthilfen« kam es immer wieder zu gewalttätigen Rechts-/Links-Konfrontationen

- Mit demonstrativen und militanten Aktionen wollten auch Linksextremisten die staatliche Asylpolitik und -praxis bekämpfen. In NRW wurden Aktivitäten vor allem durch die linksextremistisch beeinflusste Kampagne »Kein Mensch ist illegal« organisiert.
- Gefahren für die öffentliche Sicherheit bestanden immer wieder durch mögliche Rechts-Links-Konfrontationen. Militante Linksextremisten zeigten sich wiederholt bereit, auch mit Gewalt gegen (vermeintliche) Personen und Einrichtungen der rechten Szene vorzugehen.

Exkurs: Analyse der Kommunalwahl NRW 1999

Die linksextremistischen Parteien gingen aufgrund der allgemeinen politischen Rahmenbedingungen und der Änderungen des Kommunalwahlgesetzes mit gesteigerten Erwartungen an die Kommunalwahl 1999 heran. Da sie aufgrund ihres Mitglieder- und Sympathisantenpotentials zu einer flächendeckenden Beteiligung nicht in der Lage waren, konzentrierten sie ihre Aktivitäten auf lokale Schwerpunkte. PDS und DKP stimmten dabei in der Regel ihre Kandidaturen ab. Die MLPD konzentrierte sich ganz auf Gelsenkirchen, während in Aachen auch die trotzkistische »Sozialistische Alternative Voran« (SAV) mit einer eigenen Liste antrat.

PDS

Aus ihrer Sicht einen großen Erfolg konnte vor allem die PDS erreichen. Fast überall, wo die

Partei antrat, konnten ihre Kandidaten auf den verschiedenen kommunalen Ebenen auch Mandate erzielen. Die PDS ist mit 33 Mandaten in 17 kommunalen Räten und in 5 Kreistagen sowie darüber hinaus in zahlreichen Bezirksvertretungen präsent. Der Landesverband wertete dieses Ergebnis als »*Ausdruck der gestiegenen Akzeptanz der PDS vor Ort*«. Dort trat die PDS in der Regel mit »*offenen Listen*« an, da die Parteiführung für die lokale Ebene keine Restriktionen im Hinblick auf eine Zusammenarbeit mit anderen linken Gruppierungen vorgegeben hatte. Vielerorts trat deshalb eine bunte Mischung verschiedener linksextremistischer Kräfte (u.a. Kommunisten und Trotzlisten) als Kandidaten für die PDS-Listen auf.

Ihr bestes Ergebnis erreichte die PDS mit 4,2 % in Duisburg. Dort wird sie künftig mit 3 Mandatsträgern als Fraktion im Rat vertreten sein. Dieses Abschneiden fand auch die besondere Anerkennung des PDS-Bundesvorstands. Überdurchschnittliche Ergebnisse erreichte die Partei außerdem in Herne (3,4 %), Oberhausen (3,2 %) und Wuppertal (3,0 %). In den Städten Bielefeld, Düsseldorf, Essen, Köln und Witten konnten jeweils 2 Ratsmandate gewonnen werden.

Die PDS ist ihrem Ziel, auch im Westen durch eine Verbreiterung der kommunalen Basis stärker Fuß zu fassen, in Nordrhein-Westfalen sehr viel näher gekommen. Ihre Präsenz will die Partei weiter ausbauen. Zu diesem Zweck beabsichtigt sie, sich auch an der NRW-Landtagswahl 2000 zu beteiligen. Ihre Verankerung in den kommunalen Vertretungen eröffnet der PDS dabei neue publizistische und organisatorische Möglichkeiten. Diese sollen nicht zuletzt auch dafür eingesetzt werden, außerparlamentarische Bewegungen und Aktionen zu unterstützen.

DKP

Auch die DKP sieht ihre Wahlziele als erreicht an. Für sie war es besonders wichtig, auf Bündnislisten als gleichberechtigter Partner akzeptiert zu werden. Eigenständig trat die Partei in einigen alten Hochburgen an. Ihr bestes Ergebnis erreichte sie in der Stadt Bottrop. Aufgrund der dort erzielten 4,4 % der Stimmen ist die DKP wieder mit 3 Mandatsträgern als Fraktion im Rat und mit 2 Sitzen in Bezirksvertretungen präsent. In Gladbeck reichten der DKP 2,9 % für mindestens 1 Ratsmandat.

Weitere Mandate rechnet sich die Partei durch erfolgreiche DKP-Vertreter zu, die auf den offenen Listen der PDS oder auf Bündnislisten in die kommunalen Vertretungen eingezogen sind. Im Wahlkampf hatte die DKP zumeist eng mit der PDS zusammengearbeitet und ihre Vertreter als »*Trittbrettfahrer*« auf den offenen PDS-Listen untergebracht. Der prominenteste DKP-«*Trittbrettfahrer*« war in Düsseldorf auf der PDS-Liste ein ehemaliger KPD-Abgeordneter, der dem nordrhein-westfälischen Landtag bereits 1951 angehört hatte. Nur in wenigen Bereichen, wo auf lokaler Ebene keine Verständigung erreicht wurde, kandidierten PDS und DKP gegeneinander. In der DKP-Zeitung »*Unsere Zeit*« (UZ) werden die Wahlerfolge beider Parteien gemeinsam gefeiert. Aus Sicht der DKP ist es eine Rückkehr zur demokratischen Normalität, dass auch Kommunisten wieder in den nordrhein-westfälischen Rathäusern vertreten sind.

MLPD

Die orthodox-maoistische Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD) hatte ihre Wahlkampfaktivitäten ganz auf Gelsenkirchen konzentriert, wo sich der Parteisitz befindet. Das dortige Auftreten einer offenen PDS-Liste wurde von der im linken Spektrum isolierten MLPD als Kampfansage interpretiert. Über das von ihr gesteuerte Wahlbündnis »*AUF*« konnte die Partei in Gelsenkirchen immerhin 2,4 % der Stimmen und damit 2 Ratsmandate sowie einen Sitz in einer Bezirksvertretung erreichen. Die Gründe für dieses Abschneiden dürften darin zu suchen sein, dass in Gelsenkirchen sehr viele Parteimitglieder wohnen, die sich mit hohem persönlichem Aufwand im Wahlkampf engagiert haben. Auch eine gewisse Resonanz für die kämpferische Betriebsarbeit der MLPD, verbunden mit der geringen Wahlbeteiligung, dürfte dazu beigetragen

haben.

Wahlergebnisse rechtsextremistischer Parteien bei der Kommunalwahl NRW 1999 im Überblick

Kreise/ Kreisangehörige Städte und Gemeinden	PDS			DKP			AUFGE (MLPD)			
	in %	Ratsmandate	Bezirksmandate	in %		Ratsmandate	Bezirksmandate	in %	Ratsmandate	Bezirksmandate
	1999	1999	1999	1999	1994	1999	1999	1999	1999	1999
Kreisfreie Städte										
Aachen	2,2	1	1	-	-	-	-	-	-	-
Bielefeld	2,8	2	-	-	-	-	-	-	-	-
Bonn	1,5	1	-	-	-	-	-	-	-	-
Boitrop	-	-	-	4,4	3,8	3	2	-	-	-
Dortmund	-	-	1*	-	-	-	-	-	-	-
Duisburg	4,2	3	2	-	-	-	-	-	-	-
Düsseldorf	2,3	2	1	-	-	-	1	-	-	-
Essen	2,5	2	3	-	-	-	1**	-	-	-
Gelsenkirchen	2,7	2	3	-	-	-	-	2,4	2	1
Herne	3,4	2	1	-	-	-	-	-	-	-
Köln	2,1	2	3	-	-	-	-	-	-	-
Münster	1,4	1	-	-	-	-	-	-	-	-
Oberhausen	3,2	2	-	-	-	-	-	-	-	-
Wuppertal	3,0	2	3	-	-	-	-	-	-	-
Kreise										
Aachen	1,7	1	-	-	-	-	-	-	-	-
Düren	1,3	1	-	-	-	-	-	-	-	-
Neuss	1,2	1	-	-	-	-	-	-	-	-
Recklinghausen	1,9	1	-	-	-	-	-	-	-	-
Unna	1,3	1	-	-	-	-	-	-	-	-
Kreisangehörige Städte und Gemeinden										
Düren	0,8	1	-	-	-	-	-	-	-	-
Gladbeck	-	-	-	2,9	4,7	1	-	-	-	-
Moers	2,5	1	-	-	-	-	-	-	-	-
Neuss	1,5	1	-	-	-	-	-	-	-	-
Veithen	2,6	1	-	-	-	-	-	-	-	-
Witten	2,7	2	-	-	-	-	-	-	-	-
Mandate insgesamt	-	33	18	-	-	4	4	-	2	1

* Die Mandate wurden durchweg aufgrund des Wegfalls der 5 %-Sperrklausel erreicht. 1994 konnten Rechtsextremisten wegen der Sperrklausel keine Mandate erringen.

** Die DVU ist bei der Kommunalwahl 1994 nicht angetreten.

*** Die NPD ist 1999 durchweg in anderen Kommunen angetreten als 1994, so dass ein Vergleich entfällt.

1.3 Entwicklungstendenzen im Ausländerextremismus

- PKK will bewaffneten Kampf aufgeben.
- Der künftige Kurs der PKK bzw. das Verhalten ihrer Mitglieder wird wesentlich vom weiteren Vorgehen der staatlichen türkischen Stellen und von der Frage abhängen, ob die Todesstrafe gegen Öcalan vollstreckt wird.

- Islamismus - Missbräuchliche Instrumentalisierung der Religion für politische Zwecke.

Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)

Die Lage und das Verhalten der Arbeiterpartei Kurdistans wurde 1999 weitestgehend durch das Schicksal ihres Generalvorsitzenden Abdullah Öcalan geprägt.

Die Festnahme Öcalans am 15. Februar in Kenia und seine anschließende Verbringung in die Türkei durch den türkischen Geheimdienst traf sowohl die Anhänger als auch die Europazentrale der PKK vollkommen überraschend. Zwischen dem 15. und dem 17. Februar 1999 kam es zu Botschafts- und Konsulatsbesetzungen nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa.

Der am 31. Mai vor einem Staatssicherheitsgericht auf der türkischen Insel Imrali begonnene Prozess gegen Öcalan endete am 29. Juni mit der Verurteilung Öcalans zum Tode wegen Hochverrats. Als Reaktion auf das Todesurteil fanden im gesamten Bundesgebiet zum einen Demonstrationen und Kundgebungen statt, zum anderen kam es aber auch - mit Schwerpunkt in Nordrhein-Westfalen - zu zahlreichen Brandanschlägen auf türkische Reisebüros, Kulturvereine und Geschäfte, die z.T. erhebliche Sachschäden anrichteten. Über die von den Anwälten Öcalans gegen das Todesurteil eingelegte Berufung wurde am 25. November vom türkischen Kassationsgericht entschieden. Das in erster Instanz ergangene Todesurteil gegen Öcalan wurde als rechtsfehlerfrei bestätigt. Pressemeldungen zufolge verwarf das Gericht auch den Antrag der Verteidigung, das Urteil wegen »tätiger Reue« Öcalans in lebenslange Freiheitsstrafe umzuwandeln. Der daraufhin von den Anwälten Öcalans angerufene Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg forderte die Türkei am 30. November 1999 auf, die Vollstreckung des Urteils solange auszusetzen, bis der Gerichtshof über eine Beschwerde Öcalans entschieden habe. Dies dürfte mindestens 18 Monate dauern. Während seiner Inhaftierung appellierte Öcalan immer wieder an seine Anhänger, in Zukunft nur noch mit demokratischen und politischen Mitteln für eine Lösung der Kurdenfrage zu kämpfen.



Für eine politische Lösung des Kurden-Problems und Friedensverhandlungen demonstrieren 90 000 Teilnehmer einer Kurden-Demonstration am 17. 4. 1999 in Bonn. Im Rahmen der friedlichen Veranstaltung forderten Sie die Freilassung von Abdullah Öcalan/Bild: dpa

Bruder Öcalans erklärt bewaffneten Kampf der PKK für beendet

Osman Öcalan, Mitglied im Präsidialrat der PKK und Bruder des zum Tode verurteilten Generalvorsitzenden, erklärte am 1. September 1999 im Fernsehsender MEDYA-TV den 15jährigen bewaffneten Kampf der PKK für beendet. Dies gelte grundsätzlich selbst dann, wenn das Todesurteil gegen seinen Bruder vollstreckt werde. Allerdings seien die Anhänger der PKK in diesem Falle möglicherweise nicht mehr unter Kontrolle zu halten. In einer erneuten Friedensgeste rief Abdullah Öcalan am 22. September 1999 dazu auf, eine Gruppe von PKK-Kämpfern solle als Beweis des guten Willens mit ihren Waffen in die Türkei kommen, um sich »der demokratischen Republik anzuschließen«. Dies sei ein symbolischer Schritt zu einer

friedlichen und demokratischen Lösung. Am 1. Oktober 1999 hat sich daraufhin eine achtköpfige Gruppe der PKK unter Führung des ehemaligen Europasprechers der »Nationalen Befreiungsfront Kurdistans« (ERNK), Ali Sapan, an der irakisch-türkischen Grenze dem türkischen Militär ergeben und eine Friedensbotschaft überreicht. Sämtliche Mitglieder der Gruppe wurden sofort festgenommen. Die PKK und der die PKK vertretende Präsidialrat haben bislang alle Anregungen Abdullah Öcalans vollzogen, gleichzeitig aber auch durchblicken lassen, dass alle Friedensangebote, die Dialogbereitschaft, der Truppenabzug und die Selbstgestellungen als Vorleistungen zu Konzessionen der türkischen Regierung betrachtet werden müssen. Dabei steht an erster Stelle nach wie vor die Erwartung, dass Öcalan nicht hingerichtet wird.

Obwohl der Präsidialrat deutlich macht, dass er voll hinter dem Friedenskurs steht, bleibt festzustellen, dass es der Organisation nur unter großen Anstrengungen gelingt, alle Anhänger auf den Friedenskurs einzuschwören. Es ist derzeit nicht vorhersehbar, wie die PKK auf eine Vollstreckung des Todesurteils gegen Öcalan reagieren würde. Zumindest Teile der Organisation könnten sich wieder dem bewaffneten Kampf oder terroristischen Aktivitäten zuwenden.

Es bleibt abzuwarten, ob und wie die türkischen Stellen eine Reaktion zeigen werden. Sollte die PKK »auch im Laufe des nächsten Jahres mit leeren Händen dastehen«, muss befürchtet werden, dass sich der militante Teil der Anhänger von ihr abwendet.

Islamismus - Missbräuchliche Instrumentalisierung der Religion für politische Zwecke

Weit mehr als 1 Milliarde Menschen bekennen sich weltweit zum Islam. Die große Mehrheit der Muslime, etwa 90 %, gehören der sunnitischen Glaubensgemeinschaft an; etwa 10 % sind Schiiten.

Im Bereich des Islam gibt es, wie auch in anderen großen Weltreligionen, Randströmungen, die allgemein als fundamentalistisch bezeichnet werden. Innerhalb dieser Strömungen spricht man dann von Islamismus, wenn religiöse Argumente dazu instrumentalisiert werden, politische Ziele zu begründen.

Im Bereich des politischen Islam sunnitischer Prägung ist die 1929 von Hassan Al Banna in Ägypten begründete Muslimbruderschaft die älteste islamistische Strömung. Die Schriften der Muslimbruderschaft bilden auch heute noch die Basis der religiös-politischen Grundsätze, auf denen Islamisten aufbauen. Obwohl die türkischen islamistischen Organisationen durch eine andere geschichtliche und gesellschaftliche Entwicklung geprägt worden sind als die arabische Muslimbruderschaft, stimmen die Zielsetzungen weitgehend überein:

Die Ideologie beruht auf folgenden Grundvorstellungen:

- Theokratische Staats- und Gesellschaftsdoktrin
- Doktrinäres Islamverständnis (statisch, rückwärtsgewandt)
- Koran als alleinige Richtschnur für alle Lebensbereiche

Die auf den vorstehenden Grundvorstellungen basierende Islaminterpretation wird als die allein »wahre« und verbindliche vorgegeben. Sie bildet die Basis, auf der islamistische Organisationen die Einheit von Religion und Staat propagieren. Diesem Absolutheitsanspruch haben sich neben den religiösen auch alle politischen, rechtlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entscheidungen unterzuordnen.

Der schiitisch geprägte Islamismus orientiert sich an dem von Khomeini eingeführten iranischen Staatskonzept und ist in seiner Verbreitung im Wesentlichen auf den Iran, den Irak und Libanon beschränkt.

Ziel: Errichtung eines »Gottesstaates« nach dem Gesetz der »Scharia«

Vorrangig sind die Bestrebungen islamistischer Organisationen darauf gerichtet, die Anwendung des islamischen Gesetzes (Scharia) in ihren muslimischen Heimatländern durchzusetzen und dort einen »Gottesstaat« zu errichten. Darüber hinaus haben jedoch die meisten dieser Gruppierungen das Fernziel einer weltweiten Islamisierung. Die Strategien zur Durchsetzung dieser Ziele reichen in ihrer Bandbreite vom religiös-politisch motivierten Kampf ohne Gewalt mit legalen Mitteln (z.B. Islamische Gemeinschaft Milli Görüs - IGMG) über Gewalt legitimierende Agitation (z.B. Kalifatsstaat, vormals ICCB, sogenannter Kaplan-Verband) bis zur konkreten Unterstützung von Terrorakten (z.B. HAMAS, Hizb-Allah, GIA).

Maßgebend für die Beobachtung islamistischer Organisationen durch die Verfassungsschutzbehörden sind drei Rechtsgrundlagen:

- Die Bestrebungen richten sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland (§ 3 Abs. 1 Nr. 1 VSG NW).

Beispielsweise ist dies bei der größten in Deutschland tätigen islamistischen Organisation, der Islamischen Gemeinschaft Milli Görüs (IGMG), der Fall. Zielgruppe der IGMG sind Muslime türkischer Herkunft, die auf Dauer in Deutschland leben. Für sie sollen an der Scharia orientierte Minderheitenrechte durchgesetzt werden, mit deren Hilfe den Muslimen durch Gruppenzwang verbindliche Pflichten auferlegt werden können, die sowohl eine Einschränkung der in unserer Verfassung vorgesehenen Grundrechte darstellen, als auch eine Selbstausgrenzung der Muslime aus der pluralistischen Gesellschaftsordnung bezwecken. Bei der aus einer Abspaltung der Vorläuferorganisation der IGMG hervorgegangenen Gruppierung »Kalifatsstaat« (ICCB, vormals Kaplan-Verband) werden derartige Bestrebungen am deutlichsten sichtbar. Der selbsternannte »Kalif« Kaplan versteht sich als Führer eines (noch exterritorialen) Gottesstaates und unterwirft seine Anhänger der Scharia. Demokratie, politische Parteien und Wahlen stellen für Kaplan einen unvereinbaren Gegensatz zur alleinigen Souveränität Allahs dar.



Am 24.04.1999 demonstrierten rund 3.000 Türken in Karlsruhe für die Freilassung des in U-Haft befindlichen Fundamentalistenführers Metin Kaplan/Bild: dpa

- Die Bestrebungen gefährden durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland (§ 3 Abs. 1 Nr. 3 VSG NW):

Auf der Basis dieser rechtlichen Voraussetzung werden islamistische Gruppen beobachtet, die von Deutschland aus Bestrebungen unterstützen, die politischen Verhältnisse in anderen Staaten (in der Regel im Herkunftsland) mit Gewalt und Terror zu verändern. Zu diesen Gruppierungen gehören beispielsweise die HAMAS und die Hizb-Allah, die sich die Vernichtung Israels mit terroristischen Mitteln zum Ziel gesetzt haben, aber auch die algerische GIA, die mit brutalstem Terror gegen alles nach ihrer Auffassung vermeintlich Unislamische vorgeht. Zudem

ist auch hier wiederum der Kalifatsstaat zu nennen, der seinen Gottesstaat zunächst auf dem Territorium der Türkei, später auf der ganzen Welt, errichten will. Die Anhänger sind diesbezüglich vom »Kalifen« zum Jihad (Heiliger Krieg) aufgerufen worden. Im vergangenen Jahr konnte ein angeblich geplanter Sprengstoffanschlag auf das Atatürk-Mausoleum in Ankara anlässlich der Feierlichkeiten zum 75. Jahrestag der Staatsgründung der Türkei von türkischen Sicherheitskräften vereitelt werden. Unter den festgenommenen Personen befanden sich auch aus Deutschland eingereiste Kaplan-Anhänger.

- Die Bestrebungen und Tätigkeiten richten sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung oder das friedliche Zusammenleben der Völker (§ 3 Abs. 1 Nr. 4 VSG NW):

Diese Voraussetzung für eine Beobachtung durch die Verfassungsschutzbehörden trifft beispielsweise ebenfalls auch auf die IGMG zu. In der Vergangenheit hat sie in Schriften und Reden ihrer Funktionäre wiederholt die Juden in diskriminierender Weise dargestellt.

IGMG (Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V.)

Die mitgliederstärkste islamisch-extremistische Organisation ist nach wie vor die sunnitisch geprägte IGMG. Sie ist bemüht, die Meinungsführerschaft unter den Muslimen in Deutschland zu erlangen und ihre mit religiösen Forderungen verbrämten politischen Interessen durchzusetzen. Beharrlich verfolgt die IGMG ihr Ziel, die Anerkennung als Religionsgemeinschaft zu erlangen. Dieses Ziel verfolgt sie nicht nur innerhalb der eigenen Organisation, sondern auch durch Einflussnahme auf andere Institutionen, wie z.B. den von der IGMG dominierten Islamrat, dem auch kleinere Organisationen angehören, die nicht extremistisch sind. Die IGMG hat wiederholt beteuert, die freiheitliche demokratische Grundordnung anzuerkennen, wobei diese Darstellung nach außen im Widerspruch zu organisationsinternen Vorgaben steht, mit denen die IGMG das demokratische System letztlich ablehnt und unter dem Begriff der »Gerechten Ordnung« ein Leben nach Koran und Scharia fordert.

1.4 Mitglieder in extremistischen Organisationen

Rechtsextremismus

Die Mitgliederzahl der rechtsextremistischen Organisationen und Gruppierungen (einschließlich rechtsextremistischer Skinheads) betrug Ende 1999 in Nordrhein-Westfalen 5.260 (1998: 5.090).

Organisationen/Gruppierungen	1999	1998
DVU (einschl. DVU e.V. und Aktionsgemeinschaften)	2.100	2.100
REP	1.500	1.500
NPD	780	650
DLVH	80	80
JN	40	80
HNG	70	70
Neonazis	180	120
militante Rechtsextremisten/einschl. Skinheads	680	410
Sonstige	300	350
Doppelmitgliedschaften	- 470	- 270
Summe	5.260	5.090

Die Zahl der Neonazis hat sich im Vergleich zum Vorjahr erhöht, da vermehrt rechtsextremistische Skinheads in diesem Umfeld auftreten und die Neonaziszene somit

personell anreichern. Andererseits treten dadurch Überschneidungen mit dem Personenkomplex »militante Rechtsextremisten/Skinheads« auf, die durch Abzug von Doppelmitgliedschaften berücksichtigt wurden.

Die stark erhöhte Zahl des Personenkreises »militante Rechtsextremisten/Skinheads« ist nicht auf einen Anstieg gewalttätiger rechtsextremistischer Tätergruppen zurückzuführen. Vielmehr werden erstmalig alle Personen - unabhängig von einer organisatorischen Anbindung - zahlenmäßig dieser Personengruppe zugeordnet, auch hier unter Inkaufnahme zahlreicher Doppelmitgliedschaften.

Linksextremismus

Organisationen/Gruppierungen	1999	1998
Militante Linksextremisten/Autonome	800	800
DKP	1.800	mehr als 1.900
PDS	1.000	750
MLPD	600	600
VSP	50	unter 100
Summe	4.250	4.150

Ausländerextremismus

Organisationen/Gruppierungen	1999	1998
Kalifatsstaat	600	600
IGMG	7.500	7.500
DHKP-C	300	300
TKP/ML	600	600
MLKP u. KP-IÖ	250	250
PKK	2.000	2.000
NWRI	350	330
Hizb-Allah	350	350
LTTE	260	240
div. kleinere Gruppierungen	4.000	4.000
Summe	16.210	16.170

1.5 Politisch motivierte Straf- und Gewalttaten

1.5.1 Bericht des Landeskriminalamts (LKA)

1.5.1.1 Gesamtentwicklung aller politisch motivierten Straftaten

Im Berichtsjahr 1999 sind dem LKA Nordrhein-Westfalen 3.126 (1998: 3.532) politisch motivierte Straftaten gemeldet worden. Dies ist ein Rückgang um 406 (11,5 %) Fälle.

Im Bereich rechtsextremistischer und fremdenfeindlicher Straftaten sind die Fallzahlen deutlich gesunken. Wesentliche Ursache dafür ist, dass zwei als sogenannte Vielschreiber hinreichend bekannte Straftäter ihre Aktivitäten erheblich reduziert haben.

Im Bereich des Linksextremismus blieben die Fallzahlen nur gering hinter denen des Jahres

1998 zurück. Die Gründe liegen - wie im Vorjahr anlässlich des Transportes radioaktiver Stoffe in das Brennelement-Zwischenlager Ahaus sowie der Bundestagswahl - in der Konzentration von Straftaten im Zusammenhang mit gesellschaftspolitischen Ereignissen, insbesondere

- der »Tagung des Europäischen Rates« sowie dem »Weltwirtschaftsgipfel« in Köln,
- dem Militäreinsatz im Kosovo,
- der »Konfrontation mit dem politischen Gegner« anlässlich sogenannter Naziaufmärsche,
- Straftaten im Zusammenhang mit der Wahl zum Europäischen Parlament und der Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen.

Die Abnahme der Fallzahlen im Bereich des Ausländerextremismus begründet sich durch den deutlichen Rückgang der Verstöße gegen das Vereinsgesetz im Zusammenhang mit Demonstrationen der »Partya Karkaren Kurdistan« (PKK).

Terroristisch motivierte Straftaten sind, wie 1998, in Nordrhein-Westfalen nicht zu verzeichnen.

Politisch motivierte Straftaten insgesamt

Straftaten	Fälle	Anteil in %	Differenz	
			98/99	in %
Rechtsextremismus und fremdenfeindliche Straftaten*	1277 (1.481)	40,8 (41,9)	- 204	- 13,8
Linksextremismus	537 (551)	17,2 (15,6)	- 14	- 2,5
Ausländerextremismus	757 (921)	24,2 (26,1)	- 164	- 17,8
Sonstige bzw. unklare Motivlage	555 (579)	17,8 (16,48)	- 24	- 4,1
Gesamt	3.126 (3.532)		- 406	- 11,5

* Summe der Delikte, die rechtsextremistisch - darunter auch gegen Fremde - motiviert sind sowie fremdenfeindliche Straftaten, bei denen eine extremistische Motivation nicht festgestellt werden konnte

1.5.1.2 Rechtsextremistische und fremdenfeindliche Straftaten

Der Anteil rechtsextremistischer und fremdenfeindlicher Straftaten an den Gesamtfallzahlen beträgt mit 1.277 (1.481) Fällen 40,8 %. Mit einer Abnahme von 204 Delikten bzw. 13,8 % ist dies im Vergleich zum Vorjahr ein deutlicher Rückgang.

Schwerpunkte bildeten auch 1999 mit 783 Fällen (61,3 %) Verstöße gegen die §§ 86, 86a StGB (Verwenden bzw. Verbreiten von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) sowie mit 265 (20,8 %) Verstöße gegen § 130 StGB (Volksverhetzung).

Bei den von den Verfassungsschutzbehörden als Gewalttaten erfassten Straftaten (Tötungsdelikte, Brand-/Sprengstoffdelikte, Landfriedensbruch, Körperverletzung, Gefährlicher Eingriff in den Bahnverkehr) ist nach einem Rückgang von 42 Delikten (35,6 %) im Vorjahr eine Steigerung um 10 (13,0 %) auf 87 Fälle zu verzeichnen. Diese ist insbesondere auf die um 18 erhöhte Zahl an Körperverletzungsdelikten im Bereich fremdenfeindlicher Straftaten zurückzuführen.

Rechtsextremistische einschließlich fremdenfeindlich motivierte Straftaten

Straftaten	Rechtsextremistisch motiviert		davon gegen Semiten		davon gegen den politischen Gegner		davon gegen Feinde		ohne extremistische Motivation gegen Feinde		Gesamt 1998	Gesamt 1999	Zu/Abnahme	in %
	1998	1999	1998	1999	1998	1999	1998	1999	1998	1999				
Tötungdelikte	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1	0	0,0
Brand-/ Sprengstoffanschläge	3	3	0	0	0	0	2	3	3	0	6	3	-3	-50,0
Landfriedensbruch	1	6	0	0	0	0	0	5	0	0	1	6	5	-
Körperverletzungsdelikte	46	48	1	2	11	4	27	39	23	29	69	77	8	11,6
Sachbeschädigung	48	29	5	5	16	6	14	10	7	8	55	37	-18	-32,7
Störung der Totenruhe	8	5	7	4	0	0	0	0	0	0	3	5	-3	-37,5
Verstöße gegen §§ 86, 86a StGB	849	783	55	53	46	17	199	198	0	0	349	283	-66	-7,8
Wortverletzungen	284	206	83	55	14	5	242	149	93	59	377	269	-108	-29,7
Bedrohungsdelikte	45	32	7	4	9	8	18	18	20	15	65	47	-18	-27,7
Sonstige Delikte	39	32	7	4	7	3	12	12	11	21	50	53	3	6,0
Gesamt	1.323	1.144	165	127	103	43	514*	434**	158	133	1.481	1.277	-204	-13,8
Summe aller fremdenfeindlicher Straftaten 1998							672							
Summe aller fremdenfeindlicher Straftaten 1999							567							

* Enthalten sind 96 Straftaten, die auch unter den Angriffszielen »Semiten« und »politischer Gegner« erfasst wurden.

** Enthalten sind 45 Straftaten, die auch unter den Angriffszielen »Semiten« und »politischer Gegner« erfasst wurden.

Fremdenfeindliche Straftaten

Der Anteil der fremdenfeindlichen Straftaten an den Gesamtfallzahlen beträgt mit 567 Fällen 18,1 %. Dies ist ein deutlicher Rückgang um 105 Fälle gegenüber dem Vorjahr. Von den 567 Fällen sind 434 (76,5 %) rechtsextremistisch motiviert. Der Anteil dieser Straftaten ist damit nahezu konstant geblieben. Bei 133 Delikten konnte eine rechtsextremistische Motivation nicht nachgewiesen werden.

Die Anzahl der Gewaltdelikte ist um 21 (37,5 %) auf 77 Fälle gestiegen. Hintergründe bzw. Erklärungen hierzu lassen sich - außer dass Körperverletzungsdelikte mit 18 Fällen dominieren - nicht erkennen.

Die Anzahl der »Propagandadelikte« (Verstöße gegen die §§ 86, 86 a und 130 StGB), die - wie im Vorjahr - den Schwerpunkt fremdenfeindlicher Straftaten bilden, ist um 128 auf 406 Fälle gesunken. Die Zahl der Delikte nach §§ 86, 86 a StGB ist dabei nahezu konstant geblieben, mit 208 Fällen sind die Straftaten nach § 130 StGB aber deutlich um 127 Fälle zurückgegangen. Hauptgrund hierfür ist, dass zwei als sogenannte Vielschreiber hinreichend bekannte Straftäter aus dem Kölner Raum ihre Aktivitäten erheblich reduziert haben. Zudem haben präventive und repressive Maßnahmen gegen eine Skinhead-Gruppe aus dem Bereich Wuppertal zu einer Verringerung beigetragen.

Straftaten	1999	1998	Differenz	
			98/99	in %
Tötungsdelikte	1	1	-	-
Körperverletzungsdelikte	68	50	18	36,0
Brand-/ Sprengstoffanschläge	3	5	- 2	-40,0
Landfriedensbruch	5	0	5	
Zwischensumme Gewalttaten	77	56	21	37,5
Sachbeschädigungen	18	21	- 3	-14,3
Verstöße gegen §§ 86, 86a StGB	198	199	- 1	-0,5
Bedrohungsdelikte	33	38	- 5	- 13,2
Sonstige Delikte	241	358	- 117	- 32,7
darunter Volksverhetzungen	208	335	- 127	- 37,9
Gesamt	567	672	- 105	-15,6

Rechtsextremistisch motivierte Straftaten

Der Anteil der rechtsextremistisch motivierten Straftaten an den Gesamtfallzahlen beträgt mit 1.144 Delikten 36,6 %. Gegenüber dem Vorjahr ist dies ein Rückgang um 179 Fälle bzw. 13,5 %.

434 Delikte (37,9 %) richteten sich gegen Fremde. Dies ist ein Rückgang um 80 (15,6 %) Delikte.

Schwerpunkte bilden dabei mit 347 Fällen (80,0 %) - trotz einer Abnahme um 94 (21,3 %) Taten - erneut Verstöße gegen die §§ 86, 86a und 130 StGB.

127 Delikte - 38 weniger als im Vorjahr - richteten sich gegen Semiten. Ihr Anteil an den rechtsextremistisch motivierten Straftaten beträgt 11,1 % und liegt damit um 1,5 % niedriger als 1998. Einen Schwerpunkt bilden mit 108 Delikten (85,0 %) auch hier Verstöße gegen die §§ 86, 86a und 130 StGB.

Verteilung nach Zielrichtung



Die Zahl der rechtsextremistisch motivierten Straftaten, die sich gegen den politischen Gegner richten, beträgt 43 und liegt damit um 60 Fälle deutlich unter der des Vorjahres. Die Zahl der Gewaltstraftaten ist hier um 7 Fälle von 11 auf 4 gesunken.

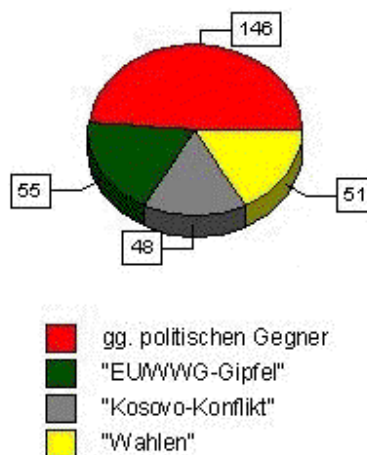
Rechtsextremistisch motivierte Straftaten (ohne fremdenfeindliche Straftaten)

Straftaten	1999	1998	Differenz	
			98/99	in %
Tötungsdelikte	0	0	-	-
Brand-/Sprengstoffdelikte	0	1	- 1	-
Körperverletzungsdelikte	9	19	- 10	- 52,63
Landfriedensbruch	1	1	-	-
Zwischensumme Gewalttaten	10	21	- 11	- 52,38
Sachbeschädigungen	19	34	- 15	- 44,12
Verstöße gegen §§ 86, 86a StGB	585	650	- 65	- 10,00
Bedrohungsdelikte	14	27	- 13	- 48,15
Volksverhetzungen	57	42	15	35,71
Sonstige Delikte	25	35	-10	- 28,57
Gesamt	710	809	- 99	- 12,23
darunter gegen pol. Gegner	43	103	- 60	-58,30
darunter mit antisem. Motivation	127	165	-38	-23,00

1.5.1.3 Linksextremismus

Der Anteil der linksextremistisch motivierten Straftaten an den Gesamtfallzahlen beträgt mit 537 (551) Fällen 17,2 %. 146 (27,2 %) Fälle sind dem Themenkomplex »Konfrontation mit dem politischen Gegner« zuzurechnen. Hintergrund sind insbesondere Straftaten, die im Zusammenhang mit zwei Demonstrationen der NPD/JN gegen die Ausstellung »Verbrechen der Wehrmacht« und »Gegen Integration und doppelte Staatsbürgerschaft« sowie eine Wahlkampfveranstaltung der Partei »Die Republikaner« in Köln durch Angehörige der linksextremistischen Szene begangen wurden.

Verteilung nach Themenfeldern



55 (10,2 %) Delikte beziehen sich auf Aktionen anlässlich der »Tagung des Europäischen Rates« und des »Weltwirtschaftsgipfels« in Köln.

48 (8,9 %) Straftaten sind dem Themenkomplex »Militäreinsatz im Kosovo« zuzurechnen. 51 (9,5 %) Fälle sind Straftaten aus Anlass der Wahl zum Europäischen Parlament und der Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen. Mit insgesamt 252 (46,9 %) Delikten dominieren in allen Themenbereichen Sachbeschädigungen.

Gewalttaten sind um 25 auf 45 Fälle zurückgegangen. Die Reduzierung erklärt sich durch die um 29 geringere Anzahl von Gefährlichen Eingriffen in den Bahnverkehr. Diese Delikte führten 1998 aus Anlass des Transportes radioaktiver Stoffe in das Brennelement-Zwischenlager Ahaus zu einer deutlichen Steigerung.

Linksextremistisch motivierte Straftaten

Straftaten	1999	1998	Differenz	
			98/99	in %
Tötungsdelikte	0	0	-	-
Körperverletzungsdelikte	22	18	4	22,2
Brand-/Sprengstoffdelikte	3	4	-1	-25,0
Landfriedensbruch	19	18	1	5,6
Gefährliche Eingriffe in den Bahnverkehr	1	30	-29	-96,7
Zwischensumme Gewalttaten	45	70	-25	-35,7
Sachbeschädigungen	252	243	9	3,7
Verstöße gegen §§ 86, 86a StGB	16	20	-4	-20,0
Raub/Erpressung	2	1	1	-
Störung öffentl. Friedens	44	56	-12	-21,4
Widerstandshandlungen	20	12	8	66,7
Verstöße gg. das VersG.	39	34	5	14,7
Verstöße gg. das VereinsG.	2	1	1	-
Bedrohungsdelikte	27	28	-1	-3,6
Beleidigungen	21	17	4	23,5
Sonstige Delikte	64	64	-	-
Volksverhetzungen	5	5	-	-
Gesamt	537	551	-14	-2,5
darunter gegen den pol. Gegner	146	90	56	62,2

1.5.1.4 Ausländerextremismus

Der Anteil extremistisch motivierter Straftaten von Ausländern an den Gesamtfallzahlen beträgt mit 757 (921) Fällen 24,2 % (26,1 %). Dies ist ein Rückgang um 164 (17,81 %) Delikte. 679 (830) Fälle sind dem kurdischen/türkischen Extremismus zuzuordnen. Trotz eines Rückganges um 151 Delikte sinkt dieser Anteil an den extremistisch motivierten Straftaten von Ausländern nur gering auf 89,7 % (90,1 %).

Die Gewalttaten sind um 57 auf 75 (18) Fälle erheblich gestiegen. Ursache sind Brand-, Sprengstoff- sowie Körperverletzungsdelikte im Zusammenhang mit der Festnahme des »PKK-Führers«, Abdullah Öcalan, und der Verkündung des Todesurteils gegen ihn durch das türkische Staatssicherheitsgericht. Unmittelbar nach beiden Ereignissen wurden aus emotional gesteuerten Überreaktionen heraus erhebliche Straftaten begangen.

Trotz einer Vielzahl von Demonstrationen aus Anlass der Ereignisse um den »PKK-Führer« sinkt die Zahl der Verstöße gegen das Vereinsgesetz im Vergleich zum Vorjahr um 392 auf 335 (727) Fälle. Der Rückgang beträgt damit 53,9 %. Mit Rücksicht auf den Fortgang des Prozesses gegen Abdullah Öcalan sowie die von der Europäischen Union - insbesondere von der Bundesrepublik Deutschland - erwartete politische Einflussnahme auf die Türkei, haben »PKK-Kader« massiv auf Angehörige bzw. Sympathisanten eingewirkt, bei Demonstrationen Zurückhaltung zu wahren. Bis zum Ende des Jahres 1999 hat die PKK an dem von ihr propagierten »Gewaltverzicht« festgehalten.

Die deutliche Steigerung der Fallzahlen bei Bedrohungsdelikten/Nötigungen ist auf eine erhebliche Anzahl von »Drohanrufen«, in denen »Vergeltungsmaßnahmen« für das militärische Engagement der Bundesrepublik Deutschland im Kosovo-Konflikt angekündigt wurden, zurückzuführen. Schädigende Ereignisse sind nicht eingetreten.

Straftaten ausländischer Extremisten

Straftaten	1999	1998	Differenz	
			98/99	in %
Tötungsdelikte (einschl. Versuche)	0	1	-1	-
Körperverletzungsdelikte	23	8	15	187,5
Brand-/Sprengstoffdelikte	47	2	45	-
Landfriedensbruch	5	7	-2	-28,6
Zwischensumme Gewalttaten	75	18	57	316,7
Sachbeschädigungen	79	33	46	139,4
Raub/Erpressung	18	24	-6	-25,0
Widerstandshandlungen	12	0	12	-
Verstöße gg. das VersG/PresseG	25	13	12	92,3
Verstöße gg. das VereinsG.	335	727	-392	-53,9
Bedrohungsdelikte	177	49	128	261,2
Beleidigungen	2	0	2	-
Volkshetze	0	10	-10	-
Sonstige Delikte	34	47	-13	-27,7
Gesamt	757	921	-164	-17,8
Darunter entfielen auf den türkisch-kurdischen Extremismus (89,7% - Vorjahr 90,1%)	679	830	-151	-18,2

1.5.1.5 Sonstige bzw. unklare Motivlage

Bei 555 (579) bekannt gewordenen politisch motivierten Straftaten lagen keine ausreichenden Anhaltspunkte für eine eindeutige Zuordnung zu konkreten Deliktsbereichen vor. Ihr Anteil am Gesamtaufkommen aller politisch motivierten Straftaten stieg leicht auf 17,8 % (16,4 %). Schwerpunkt bildeten mit 401 (376) Fällen Delikte nach §§ 86, 86a StGB, die nicht als rechtsextremistisch motiviert erkennbar waren, und 154 (130) Nötigungen/Bedrohungen.

Hierbei handelt es sich überwiegend um Drohanrufe bzw. Drohschreiben. In 65 (60) Fällen

richteten sich »Bombendrohungen« gegen verschiedene Institutionen.

1.5.1.6 Bewertung

Die Anzahl der Gewalttaten hat sich um 42 auf 207 (165) Straftaten erhöht. Dies entspricht einer Steigerung von 25,5 %. Mit 1,9 % mehr als im Vorjahr beträgt der Anteil am Gesamtaufkommen aller politisch motivierten Straftaten damit 6,6 %. Ursächlich hierfür sind die deutlich gestiegenen Fallzahlen in den Bereichen Fremdenfeindlichkeit und Ausländerextremismus. Bei den fremdenfeindlichen Straftaten trägt in erster Linie der Anstieg der Körperverletzungdelikte zu der Steigerung bei, ohne dass sich aus den Daten des Meldedienstes nähere Einzelheiten zu den Hintergründen, z. B. räumliche oder zeitliche Brennpunkte, ablesen lassen. Im Bereich des Ausländerextremismus sind Straftaten als Folge emotionaler Überreaktionen von Anhängern der PKK im Zusammenhang mit den Ereignissen um Abdullah Öcalan ursächlich. Soweit die »PKK-Führung« ihren propagierten Kurs des »Gewaltverzichtes« weiterverfolgt, sind für das Jahr 2000 hier Rückgänge zu erwarten.

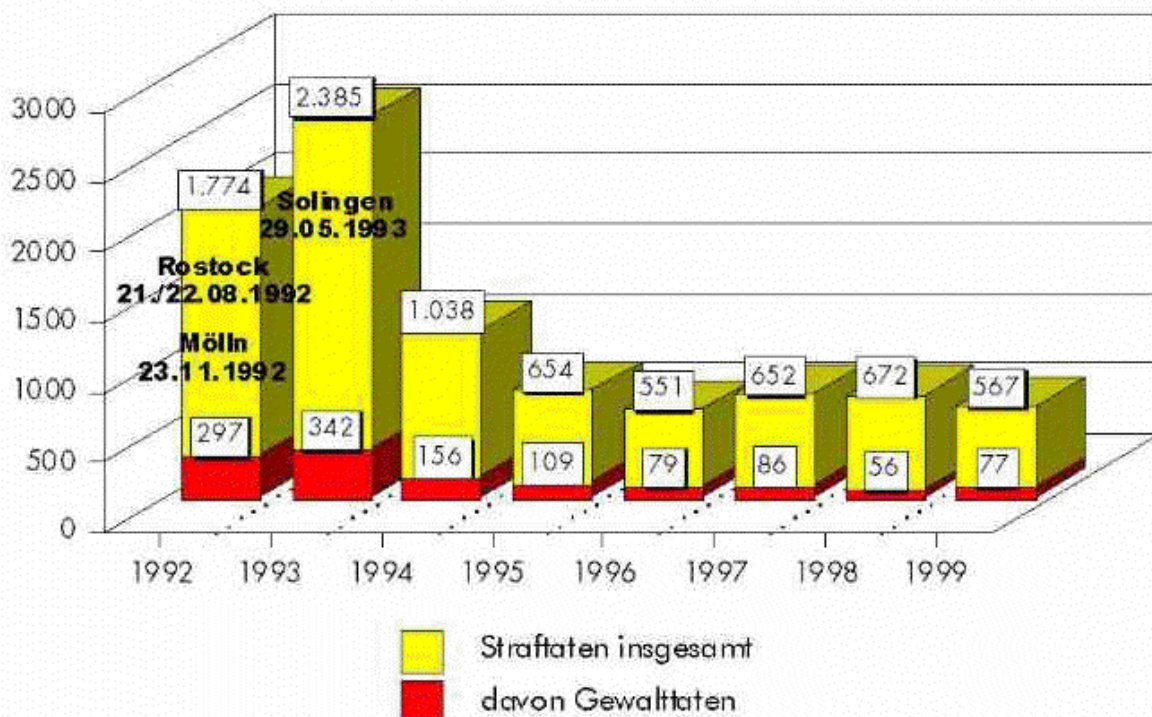
Bei einer Gegenüberstellung aller politisch motivierten Straftaten dominieren mit 1.470 (1.637) Fällen - wie im Vorjahr - Verstöße gegen die §§ 86, 86a und 130 StGB. Bei 3.126 Straftaten beläuft sich die Quote auf 47,0 % (46,3 %) und ist - trotz eines deutlichen Rückganges der Gesamtfallzahlen aller politisch motivierten Straftaten um 11,5 % - damit nahezu konstant geblieben.

1.5.2 Analyse des NRW-Verfassungsschutzes

Fremdenfeindliche Straf- und Gewalttaten

Nach hohen Ausschlägen bei den fremdenfeindlichen Straf- und Gewalttaten in den Jahren 1992 (Brandanschläge in Rostock und Mölln) und 1993 (Brandanschlag in Solingen) war bis 1996 ein kontinuierlicher Rückgang zu verzeichnen.

**Fremdenfeindliche Straf- und Gewalttaten
in NRW 1992 bis 1999**

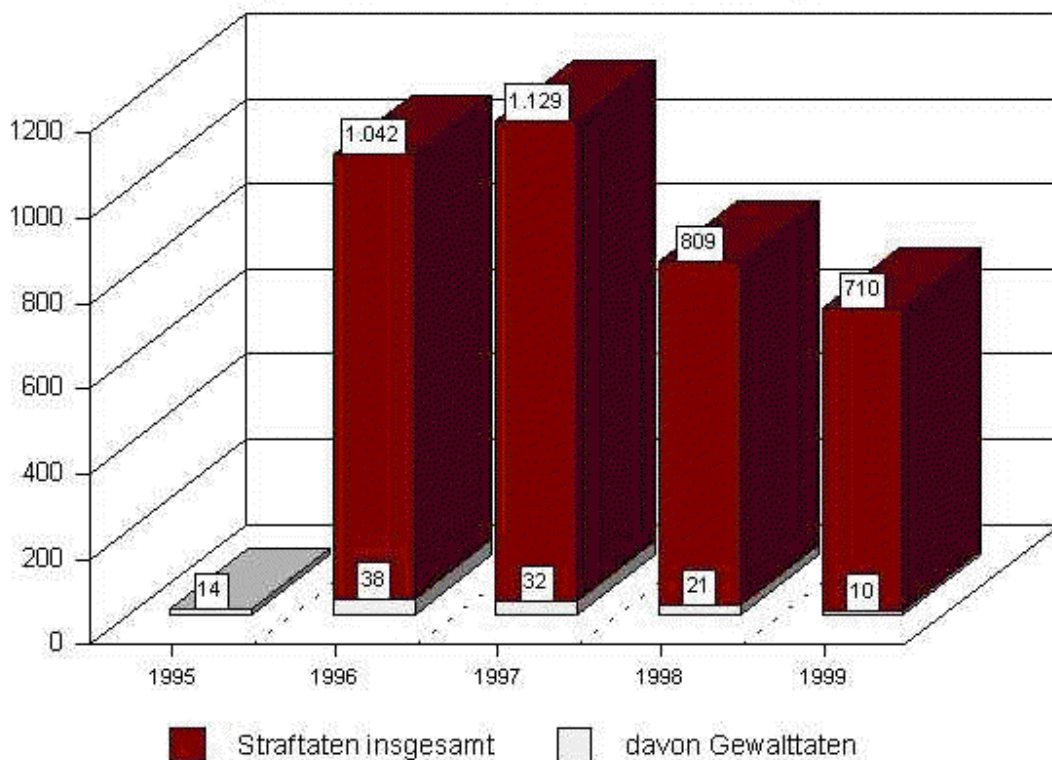


Nach einer Trendwende im Jahr 1997 mit erstmalig ansteigenden Straf- und Gewalttaten, hat sich 1999 wieder ein deutlicher Rückgang um 15,6 % auf 567 Delikte eingestellt. Dass die Zahl der Gewaltdelikte wieder etwas angestiegen ist, ist auf eine erhöhte Anzahl von Körperverletzungen zurückzuführen. Schwerpunkte bildeten mit Verstößen gegen die §§ 86, 86a und 130 StGB erneut die sogenannten Propagandadelikte.

Rechtsextremistische Straftaten (ohne fremdenfeindliche Straftaten)

Eine Analyse der vergangenen 5 Jahre macht deutlich, dass die rechtsextremistischen Gewalttaten - abgesehen von einer deutlichen Delle im Jahr 1995 - kontinuierlich zurückgegangen sind. Das zwischenzeitliche Ansteigen der Straftaten insgesamt war auf die starke Zunahme von Propagandadelikten (Verwenden und Verbreiten von verfassungswidrigen Kennzeichen und Volksverhetzung) zurückzuführen. Im Jahr 1998 haben außerdem auch Rechts-Links-Konfrontationen im Zusammenhang mit der Bundestagswahl zu dem Anstieg der Straftaten beigetragen (Anstieg von 9 auf 103 Fälle). Im Jahr 1999 sind die Straf- und Gewalttaten insgesamt erheblich zurückgegangen, wobei die Gewalttaten deutlich um 52,38 % auf 10 Fälle sanken.

Rechtsextremistisch motivierte Straftaten (ohne fremdenfeindliche Straftaten)



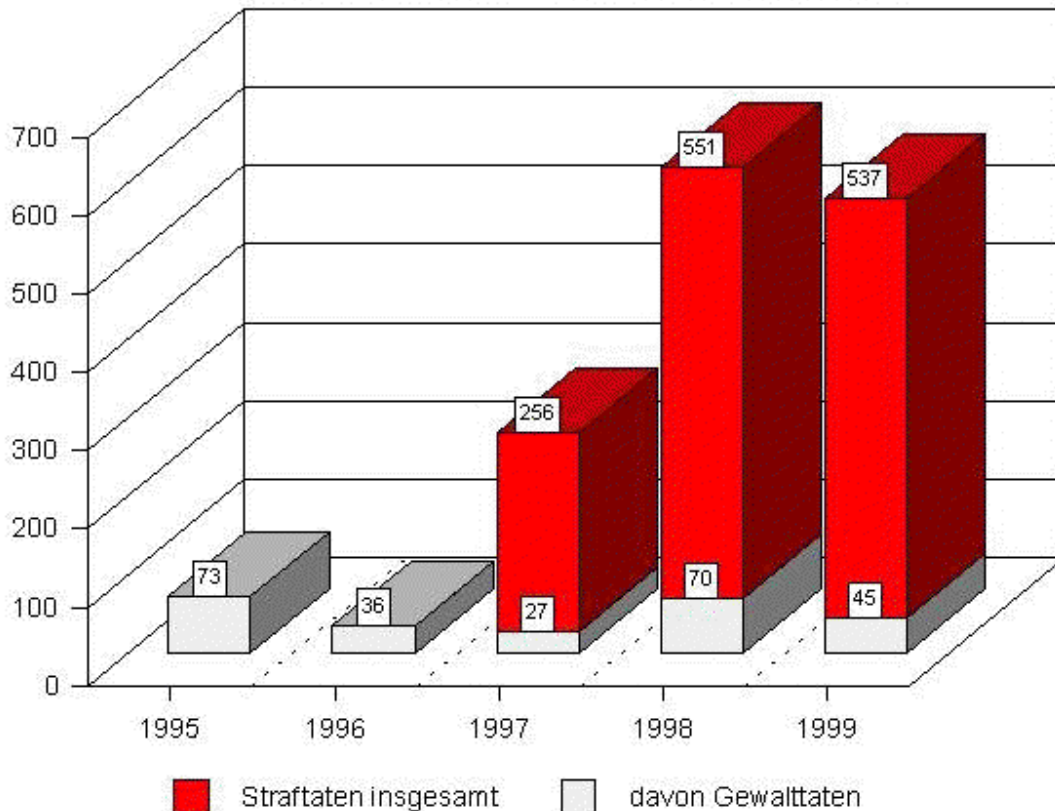
Bis zum Jahr 1995 wurden vom Landeskriminalamt NRW nur Gewalttaten statistisch aufbereitet und entsprechend in den Verfassungsschutzberichten NRW dargestellt, so dass eine vergleichende Betrachtung der übrigen Deliktbereiche erst ab 1996 möglich ist.

Linksextremistisch motivierte Straftaten

Ein 5-Jahresvergleich macht deutlich, dass die Gewalttaten von einem hohen Sockel im Jahr 1995 ausgehend bis 1997 kontinuierlich sanken, bevor sie im Jahr 1998 erstmals wieder drastisch um rund 160% auf 70 Fälle zugenommen haben. Dieser Anstieg ist in erster Linie auf den »Castor-Transport IV« nach Ahaus im März 1998 zurückzuführen. Allein die gefährlichen

Eingriffe in den Bahnverkehr nahmen 1998 um 275% auf 30 Fälle zu.

Linksextremistisch motivierte Straftaten



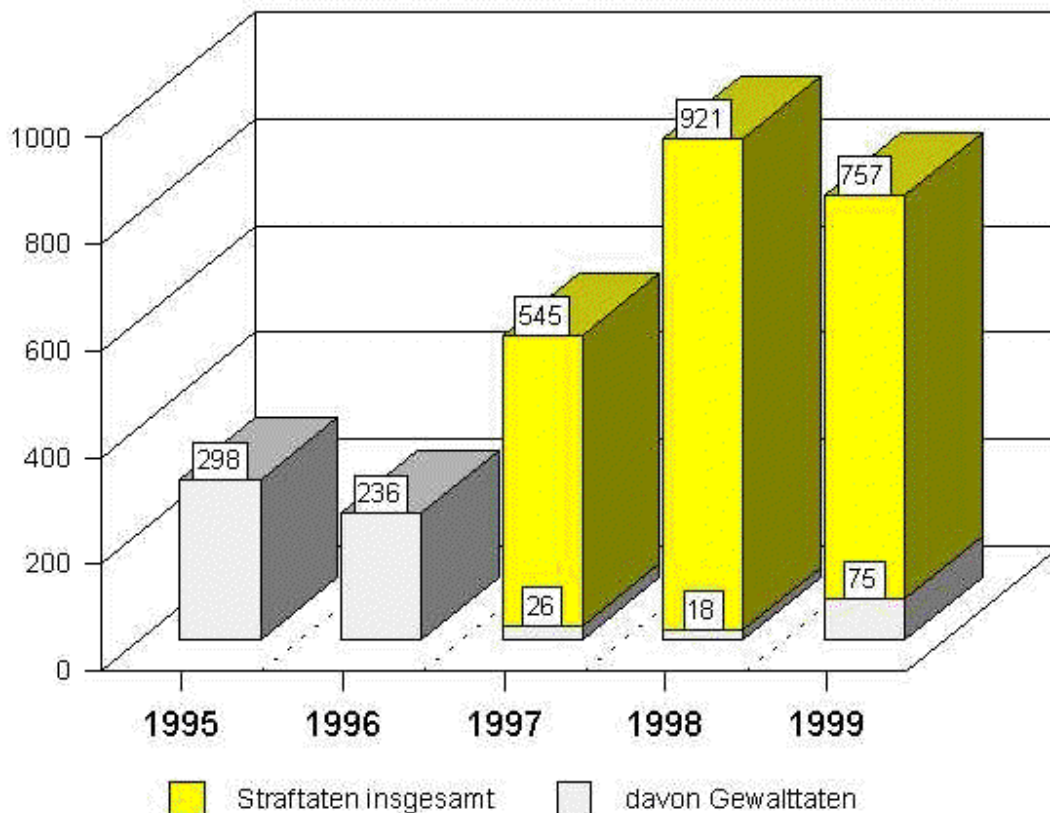
Im Jahr 1999 sind die Straf- und Gewalttaten wieder um 14 Fälle oder 2,5 % auf 537 zurückgegangen, die Gewalttaten sogar um 35,7 % auf 45 Fälle.

In den Verfassungsschutzberichten bis zum Jahr 1996 wurden ausschließlich Gewaltdelikte gezählt, so dass darüber hinausgehende Vergleiche nur für die Jahre 1997 - 1999 möglich sind.

Politisch motivierte Straftaten von Ausländern

Ein 5-Jahres Vergleich zeigt, dass die Gewalttaten nach außerordentlich hohen Spitzen in den Jahren 1995 und 1996 bis zum Ende des Jahres 1998 deutlich zurückgegangen sind. Vor allem bei den Körperverletzungsdelikten war im Jahr 1998 ein Rückgang um rund 64% auf 18 Fälle registriert worden. Die noch vergleichsweise hohe Gewalttatenzahl im Jahr 1996 geht zu einem großen Teil auf eine verbotene Großdemonstration mit PKK-Bezug in Dortmund vom März 1996 zurück.

Politisch motivierte Straftaten von Ausländern



Auch wenn die Gesamtfallzahlen 1999 wieder um 17,8 % auf 757 gesunken sind, fällt der deutliche Anstieg der Gewaltdelikte um 57 auf 75 Fälle auf. Ursache sind Brand-, Sprengstoff- sowie Körperverletzungsdelikte im Zusammenhang mit der Festnahme des »PKK-Führers« Abdullah Öcalan und der Verkündung des Todesurteils durch das türkische Staatssicherheitsgericht. Es kam nach beiden Ereignissen jeweils zu emotionalen Überreaktionen mit erheblichen Straftaten.

In den Verfassungsschutzberichten bis zum Jahr 1996 wurden ausschließlich Gewaltdelikte gezählt, so dass darüber hinausgehende Vergleiche nur für die Jahre 1997/1998 möglich sind.

1.6 Bericht des Justizministeriums NRW

Die Justizbehörden des Landes Nordrhein-Westfalen sind, wie schon in den Vorjahren, auch 1999 in erheblichem Maße mit Strafverfahren, deren Gegenstand Straftaten im Zusammenhang mit rechts- und linksextremistischen Umtrieben waren, befasst worden. Dabei ist bei den Verfahren mit rechtsextremistischen Hintergrund ein leichter Rückgang und bei den Verfahren im Bereich des Linksextremismus ein ganz erheblicher Anstieg festzustellen.

Verfahren wegen rechtsextremistischer Aktivitäten

Bei den Staatsanwaltschaften des Landes sind im Jahre 1999 insgesamt 2.360 (1998: 2.576) einschlägige Verfahren neu anhängig geworden. In dieser Zeit ist in 395 (410) Verfahren gegen 592 (600) Personen Anklage erhoben bzw. Antrag auf Erlass eines Strafbefehls gestellt worden. Rechtskräftig verurteilt wurden 290 (298) Personen; 25 (19) Angeklagte wurden freigesprochen. Gegen 168 (133) Personen wurde das Verfahren von dem erkennenden Gericht eingestellt bzw. die Untersuchung auf nicht einschlägige Straftaten beschränkt.

Verfahren wegen linksextremistischer Aktivitäten

Wegen Straftaten, deren Ursprung dem Bereich des Linksextremismus zuzuordnen ist, haben die Staatsanwaltschaften im Berichtsjahr insgesamt 1.873 (722) Verfahren neu eingeleitet. In der Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1999 ist in 264 (136) Verfahren gegen 287 (160) Personen Anklage erhoben bzw. Antrag auf Erlass eines Strafbefehls gestellt worden. 147 (142) Angeklagte wurden rechtskräftig verurteilt; 9 (15) Angeklagte wurden freigesprochen. Gegen 105 (116) Personen wurde das Verfahren von dem erkennenden Gericht eingestellt bzw. die Untersuchung auf nicht einschlägige Straftaten beschränkt.

Die erhöhte Anzahl von Verfahren mit linksextremistischem Hintergrund beruht u. a. auf den massiven Ausschreitungen türkischer Staatsangehöriger kurdischer Abstammung gegen türkische Einrichtungen, diplomatische Vertretungen und Geschäftsräume politischer Parteien anlässlich der Verhaftung und der späteren Verurteilung des PKK-Führeres Öcalan sowie auf den zahlreichen demonstrativen Aktionen von linken Gewalttätern während der Woche des Weltwirtschaftsgipfels in Köln.

1.7 Extremismus und moderne Medien

1.7.1 Rechtsextremismus

Die Nutzung und Verflechtung moderner Kommunikationstechniken wie Internet, Mailboxen, Nationale Info-Telefone (NITs) und Hörfunk sind mittlerweile fester Bestandteil rechtsextremistischer Strategie. Der Einsatz moderner Kommunikationstechniken ist eine boomende Wirtschaftsbranche, die durch technische Neuerungen stetig im Wandel ist und zunehmend unüberschaubarer wird. Dies nutzen die Rechtsextremisten geschickt für ihre Zwecke aus. Zum einen ermöglichen moderne Kommunikationstechniken eine werbewirksame Selbstdarstellung und die breitflächige Streuung rechtsextremistischer Propaganda auch über die rechtsextremistische Szene hinaus. Zum anderen nutzen Rechtsextremisten moderne Medien - insbesondere das Internet - als Schutz vor staatlicher Kontrolle.

Internet

Rechtsextremisten haben ihre Präsenz im Internet auch in 1999 quantitativ und qualitativ ausgebaut. Derzeit sind ca. 320 einschlägige deutsche Homepages bekannt. Nahezu jede rechtsextremistische Organisation und - zumindest auszugsweise - Publikation sind im Internet vertreten. Daneben erscheinen zunehmend Homepages von bislang nicht bekannten Kleingruppen und einzelnen Aktivisten im Internet, deren Inhalte häufig nicht auf den ersten Blick als rechtsextremistische Propaganda erkennbar sind.

Rechtsextremisten weichen mit ihren Homepages zunehmend auf Provider in Länder ohne vergleichbare strafrechtliche Verbote aus. Viele Betreiber nutzen insbesondere die Möglichkeit, ihre Angebote kostenlos und vor allem anonym über Provider in den USA ins Internet einzustellen. Da sich die Verantwortlichen vor einer Identifizierung sicher wähnen, werden auf diesem Weg zunehmend nach deutschem Recht verbotene Inhalte ins Internet eingestellt. Neben volksverhetzender und antisemitischer Propaganda haben insbesondere Aufrufe zur Gewaltanwendung deutlich zugenommen. Diese reichen von der Einstellung von Anleitungen zur Herstellung von Sprengstoffen, Propagierung von Gewalt gegenüber dem politischen Gegner bis hin zu anonymen Mordaufrufen. So wurden über eine rechtsextremistische Homepage zwei anonyme Mordaufrufe, die mit der Auslobung eines Kopfgeldes verbunden waren, veröffentlicht.

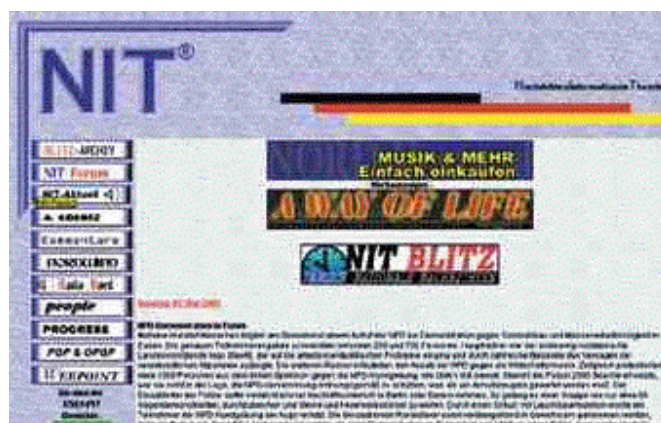
Die Identifizierung von Betreibern rechtsextremistischer Homepages im Internet und die vermehrte Berichterstattung in den Medien haben bislang lediglich zu einer vorübergehenden Verunsicherung innerhalb der rechtsextremistischen Szene geführt. Auch nach Exekutivmaßnahmen verzichten Rechtsextremisten - wenn überhaupt - nur kurzzeitig auf die Einstellung strafrechtsrelevanter Inhalte. Dabei nutzen Rechtsextremisten die derzeitige Rechtslage aus, die deutschen Behörden keine Zugriffsmöglichkeiten auf ausländische Anbieter

eröffnet.

Durch Ausschöpfung aller technischen Möglichkeiten des Internets gelingt es Rechtsextremisten zunehmend, ihre rechtsextremistische Agitation qualitativ anspruchsvoller und damit werbewirksamer zu präsentieren. Animierte Grafiken, Spezialeffekte, direkter Zugang zum IRC-Bereich (Internet Relay Chat: Unterhaltung im Internet), über Internet abrufbare Radio- und Videosendungen sowie Tonclips in digitaler Qualität sind bei der Gestaltung von rechtsextremistischen Homepages keine Ausnahme mehr.

Internet-Radio

Neben der Kommunikation per E-Mail nehmen rechtsextremistische Aktivitäten im IRC-Bereich nach anfänglicher Zurückhaltung zu. Neben der Diskussion innerhalb der rechtsextremistischen Szene wird damit auch Außenseitern die Möglichkeit erster Kontaktaufnahme ermöglicht. Befürchtungen, dass Rechtsextremisten zukünftig ihre Propaganda als Radio- und Fernsehsendungen via Internet verbreiten, werden zunehmend real. So ist über die anonym betriebene Internet-Homepage »Rastenburg« die zweite Sendung des Internet-Radios »Großdeutscher Rundfunk -Radio Wolfschance« abrufbar. Die Wortbeiträge sind extrem volksverhetzend, antisemitisch und fremdenfeindlich. Es soll ausdrücklich ein sehr junges Publikum angesprochen werden, so auch durch ein zukünftiges Multimediaprojekt »DJ Goebbels«. Vorbilder für Radiosendungen im Internet sind u.a. »Nit-Radio« und »Nord-Rock-Radio«.



NIT-Radio im Internet

Das rechtsextremistische Mailboxensystem »Thing-Netz« kündigt zudem ein Projekt »Fernsehen im Internet« an, wozu noch Videomaterial gesucht wird. Die »PHI-Nachrichtenagentur im Internet« bietet bereits in unregelmäßigen Abständen selbstproduzierte Internet-TV-Sequenzen bzw. Videoberichte an.



PHI-Nachrichtenagentur im Internet

MP3 - Musikdateien

Neben der Unterlegung mit Sound-Effekten ist im Internet eine zunehmende Verbreitung von

Musikdateien im sog. MP3-Format zu verzeichnen. Neben NS-Audioangeboten wird insbesondere in Deutschland indizierte Skinheadmusik kostenlos und in hoher Tonqualität angeboten. Die Musikstücke sind einfach per Mausclick herunterzuladen und über jeden gängigen Rechner oder einen sog. MP3-Player abspielbar. Daneben werden im Internet weiterhin indizierte Tonträger angeboten, zunehmend auch selbstgebrannte CDs von - vermutlich - Amateuren zu günstigen Preisen. Bisher wurden in Deutschland verbotene CDs zumeist im Ausland gepresst, illegal eingeführt und zu hohen Preisen vertrieben. Die breite Streuung von Raubkopien und MP3-Angeboten via Internet dürften die bislang erheblichen Profite professioneller Vertrieber rechtsextremistischer Musik zukünftig erheblich schmälern.

Während einige Rechtsextremisten ihre Angebote nur unregelmäßig oder gar nicht aktualisieren, nutzen andere Betreiber das Internet zum Aufbau aktueller Presse- und Informationsdienste. So bietet der rechtsextremistische Buch- und Nachrichtendienst »PHI-Politische Hintergrundinformation« seit mehr als einem Jahr über eine Website »PHI-Nachrichtenagentur im Internet« einen relativ aktuellen Überblick über Aktivitäten und Informationen der rechten Szene. Ende 1998 hat der Hamburger Neonazi Andre Goertz, Betreiber von drei NITs, sein Internet-Angebot um die Rubrik »NIT-Blitz« erweitert, in der er nunmehr täglich neue Nachrichten einstellt. Seit Anfang 1999 ist zudem die Homepage »Nationaler Nachrichten Dienst« (NND) im Internet abrufbar, wo der »national gesinnte Bürger« u.a. zu den wiedergegebenen aktuellen Meldungen des NIT Rheinland Stellung nehmen kann.

Mailboxensysteme

Mailboxensysteme als Mobilisierungs- und Vernetzungsinstrument innerhalb der rechtsextremistischen Szene verlieren weiter an Bedeutung. Neben Desinteresse und zunehmender Zersplitterung dürfte dies insbesondere in der wachsenden Bedeutung und der technischen Überlegenheit des Internets als Darstellungs-, Propaganda- und Kommunikationsmedium begründet sein.

Die rechtsextremistischen Mailboxensysteme »Thule-Netz« und »Nordland-Netz« haben sich aufgelöst. Im April 1999 kündigte die maßgebliche Initiatorin und treibende Kraft des »Nordland-Netzes« den Rückzug der von ihr betriebenen »Asgard.BBS« an. Der Betrieb der letzten Mailbox »Propaganda.BBS« des »Thule-Netzes« wurde zum 1. Juli 1999 eingestellt.

Gründe für die Auflösung der Mailboxensysteme sind insbesondere interne Streitigkeiten, fehlende Resonanz und damit verbundene Resignation der verantwortlichen Betreiber und Nutzer. Als Nachfolger fungiert das bereits im November 1998 von ehemaligen Usern des »Thule-Netzes« gegründete »Thing-Netz«. Dem »Thing-Netz« sind derzeit drei identische Mailboxen angeschlossen, wovon jedoch nur eine online abrufbar ist. Die ca. 20 User setzen sich vorwiegend aus ehemaligen Aktivisten des »Thule-Netzes« und »Nordland-Netzes« zusammen.

Auch nach Auflösung des »Thule-Netzes« wird die gleichnamige Homepage im Internet weiterhin mit strafrechtsrelevanten Inhalten aktualisiert. So offeriert der unbekannte Betreiber über einen ausländischen Provider unter der Rubrik »Strafbare Inhalte: Lieder und Musik- MP3-Dateien für Nationalisten« ca. 250 größtenteils indizierte Musikstücke nebst technischer Dateien und Bezugsquellen. Der Leser wird aufgefordert, noch nicht in der MP3-Datei enthaltene Musikstücke zu übermitteln. Daneben sind Liedertexte rechtsextremistischer Skinheadbands sowie Texte mit antisemitischen und volksverhetzenden Inhalten abrufbar. Bereits Mitte 1998 hatten sich User des ehemaligen »Thule-Netzes« von den zunehmend strafrechtlich relevanten Inhalten der Homepage distanziert. Eine Identität zwischen dem Homepagebetreiber und der ehemaligen Mailboxenbetreiberin ist daher nicht wahrscheinlich.

Titel	Technische Daten	Aktuelle
Aggravated Assault		
Black Metal	Hardcore/Rock/Rock's Roll	Hardcore/Rock
Black Metal	Hardcore/Rock/Rock's Roll	Hardcore/Rock
Concussion - Death	1.7 MByte	Yes, Future
Death - Death - Death		
Death - Death - Death	1.0 MByte, Hardcore/Rock/Rock's Roll	Yes, Future
Death - Death - Death		
Death - Death - Death	1.3 MByte, Hardcore/Rock/Rock's Roll	Yes, Future
Death - Death - Death	1.0 MByte, Hardcore/Rock/Rock's Roll	Yes, Future
Death - Death - Death	1.0 MByte, Hardcore/Rock/Rock's Roll	Yes, Future
Death - Death - Death	1.3 MByte, Hardcore/Rock/Rock's Roll	Yes, Future
Death - Death - Death	1.3 MByte, Hardcore/Rock/Rock's Roll	Yes, Future
Death - Death - Death		
Death - Death - Death	3.5 MByte	neutral
Death - Death - Death	3.0 MByte	neutral
Death - Death - Death	5.0 MByte	neutral
Death - Death - Death	3.4 MByte	neutral
Death - Death - Death	3.6 MByte	neutral
Death - Death - Death	7.4 MByte	neutral
Death - Death - Death		
Death - Death - Death	2.43 MByte	neutral
Death - Death - Death	Metal/Heavy Metal	Hardcore/Rock
Death - Death - Death	1.4 MByte, Metal/Heavy Metal	Yes, Future
Death - Death - Death	1.4 MByte, Metal/Heavy Metal	Yes, Future
Death - Death - Death		
Death - Death - Death	2.9 MByte, Hardcore/Rock/Rock's Roll	Yes, Future
Death - Death - Death	2.1 MByte, Hardcore/Rock/Rock's Roll	Yes, Future
Death - Death - Death		
Death - Death - Death	Hardcore/Rock/Rock's Roll	Hardcore/Rock
Death - Death - Death		
Death - Death - Death	1.0 MByte, Hardcore/Rock/Rock's Roll	Yes, Future
Death - Death - Death		
Death - Death - Death	1.3 MByte, Ballad/Cover	Yes, Future
Death - Death - Death	1.8 MByte, Hardcore/Rock/Rock's Roll	Yes, Future
Death - Death - Death		
Death - Death - Death	1.2 MByte, Ovi	Yes, Future
Death - Death - Death		
Death - Death - Death	1.1 MByte, Hardcore/Rock/Rock's Roll	Yes, Future
Death - Death - Death		
Death - Death - Death	1.4 MByte, Metal/Heavy Metal	Yes, Future
Death - Death - Death	1.1 MByte, Metal/Heavy Metal	Yes, Future
Death - Death - Death		
Death - Death - Death	3.4 MByte, 120bit FastTrack!	Yes, Future
Death - Death - Death	3.5 MByte, 120bit FastTrack!	Yes, Future
Death - Death - Death	4 MByte, 120bit FastTrack!	Yes, Future
Death - Death - Death		

Thule Netz: Herunterladbare Musikdatei mit strafbaren Inhalten im Internet

Nationale Info-Telefone (NIT's)

Aufgrund fehlender festgefüger bundesweiter Organisationsstrukturen innerhalb der bundesdeutschen Neonazi-Szene gehören die NIT's zu den wesentlichen Kommunikationsträgern der Szene. Sie sind die Info-Börse, die 24 Stunden am Tag abgerufen werden kann. Hier werden alle Aktionen, insbesondere Aufrufe zu überregionalen Auftritten, im Vorhinein bekannt gegeben und nachträglich bewertet. Im Falle von verwaltungsgerichtlichen Auseinandersetzungen von Anmeldern öffentlicher Demonstrationen oder Kundgebungen mit den zuständigen Behörden unterrichten sie die Szene aktuell über den jeweiligen Stand und sind ein nicht mehr wegzudenkendes Instrument der rechtzeitigen Mobilisierung der Anhänger der Szene.

In NRW besteht mit dem NIT-Rheinland in Düsseldorf eines der meist abgehörten NIT's, was auch damit zusammenhängt, dass einer der beiden Betreiber über beste Kontakte in die NRW- und bundesweite Neonazi-Szene und somit immer über aktuelle Informationen verfügt.

Im Jahr 1999 waren folgende NIT's aktiv:

- NIT-Hamburg, Hamburg
- NIT-Schleswig-Holstein, Halstenbek
- NIT-Mecklenburg-Vorpommern, Stavenhagen
- NIT-Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf
- NIT-Rheinland, Düsseldorf
- NIT-Karlsruhe, Karlsruhe
- NIT-Mitteldeutschland, Gotha
- NIT-Preußen, Berlin
- NIT-Bayern, München
- NIT-Baden-Württemberg, Wehr
- NIT-Bündnis Rechts, Lübeck
- NIT-Mannheim, Mannheim
- NIT-Schwaben, Calw.

1.7.2 Linksextremismus

Seit Ende der 80er Jahre nutzen Linksextremisten die neuen elektronischen Kommunikationsmedien - zunächst Mailboxen, heute nahezu ausschließlich das Internet - zur Selbstdarstellung und Verbreitung der eigenen politischen Ziele. Zugleich soll durch das Medium die Kommunikation untereinander verbessert und der Organisationsprozess voran gebracht werden.

Gruppen und Personen aus dem linksextremistischen Bereich sind seit etwa fünf Jahren im Internet vertreten, darunter größere Organisationen mit einer bundesweit vielfältigen Struktur, aber auch kleine und kleinste Gruppierungen. Alle größeren linksextremistischen Organisationen wie beispielsweise die PDS, DKP, MLPD oder die SDAJ, aber auch die Mehrheit autonomer Gruppierungen nutzen intensiv das Internet zur Verbreitung eigener politischer Inhalte, zur internen und externen Kommunikation und neuerlich zunehmend zur Rekrutierung neuer zumeist jüngerer Mitglieder.

Im Jahr 1999 hat das linksextremistische Spektrum seine Präsenz im Internet qualitativ und quantitativ weiter ausgebaut und ist in diesem Medium heute nahezu vollständig vertreten.

Genutzt werden nicht nur der multimedial ausgerichtete »World Wide Web«-Bereich (WWW), sondern auch die Internetdienste »File Transfer Protokoll« (FTP)- zum Austausch von Dateien -, die Newsgroups und der persönliche »E-Mail-Bereich«.

Im World Wide Web werden die Informationen auf eigenen Homepages bereitgestellt, von denen oft über Links andere, auch im Ausland eingestellte Homepages aufrufbar sind.

Zunehmend kommunizieren die Linksextremisten im Internet konspirativ. Informationen insbesondere im persönlichen »E-Mail-Bereich« werden immer häufiger unter Einsatz von Verschlüsselungsprogrammen und -techniken verarbeitet und versandt.

Von den zur Verfügung stehenden Verschlüsselungstechniken ist das Verschlüsselungsprogramm »Pretty Good Privacy« (PGP) das in der linksextremistischen Szene gebräuchlichste Verfahren. In einem Beitrag der linksextremistischen Szenepublikation »Interim« wird die PGP-Verschlüsselungstechnik empfohlen.

Die beste Strategie, um der Kriminalisierung von PGP entgegenzuwirken, sei der massive und offensive Gebrauch dieser Verschlüsselungstechnik. Es sei sinnvoll, alles zu verschlüsseln; durch ständige Verschlüsselung und das lawinenartige Anwachsen der Telekommunikation würden Maßnahmen wie »Telefon- und Postüberwachung« unwirksam.

Den Nutzen des Internet sehen Linksextremisten u. a. in

- der optimalen nationalen und internationalen Verbreitung von Informationen
- die Schnelligkeit und jederzeitige Verfügbarkeit des Mediums
- der Archivierungsmöglichkeit für Zeitschriften, Literatur und Kongresse
- der Chance, deutsche Strafvorschriften zu umgehen, soweit es im Einzelfall um strafbare Publikationen geht.

Deutsche Kommunistische Partei (DKP)

Der Parteivorstand der DKP informiert seit Februar 1997 u. a. über Veranstaltungen, Demonstrationen, Flugblätter und das Aktionsprogramm der DKP, auch in englischer Sprache.



Auszüge aus der Internet-Homepage der DKP

Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)

Die SDAJ bietet seit Anfang Dezember 1996 eine Homepage im Internet an. Digital werden insbesondere das SDAJ-Magazin »Position«, Selbstdarstellungen und politische Positionen der SDAJ sowie marxistisch-leninistisches Gedankengut bereitgestellt.

Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)

Die MLPD ist seit 1997 mit einer Homepage im Internet vertreten. Angeboten werden u.a. grundlegende Dokumente (z. B. Programm, Statut, »Resolution des V. Parteitages«), Hinweise zu Veranstaltungen der MLPD, ihre Wochenzeitung »Rote Fahne« sowie Informationen zu ihrem Jugendverband »Rebell«. Informationen über Ortsgruppen, Parteibüros und Landesverbände der MLPD sind durch »an-klicken« auf einer Deutschlandkarte abrufbar.

Für Kontaktaufnahmen über E-Mail bietet die MLPD zur Verschlüsselung der Texte ihren öffentlichen PGP-Schlüssel an.

»Antifa-KOK«, Düsseldorf

Die unter Mitwirkung von Personen, die dem autonomen Spektrum zuzurechnen sind, erstellte Homepage ist seit 1995 im Internet erreichbar.

Schwerpunktmäßig werden die Themen »Antifaschismus«, »Antimilitarismus« und »Antirassismus« behandelt.



»radikal«

Die über 20 Jahre alte Traditionszeitschrift des linksextremistischen Spektrums wird seit 1984, zuletzt nur noch sporadisch, im Untergrund erstellt. Seit 1996 wird die Zeitschrift auch von ausländischen Servern über das Internet verbreitet.

»nadir«-Projekt

Seit 1995 wurde das bundesweit operierende »nadir«-Projekt von Angehörigen der autonomen Szene Hamburg im Internet aufgebaut. Den Schwerpunkt des Projekts bildet ein Archiv, mit dem »antiimperialistische, antikapitalistische und antifaschistische Politik« unterstützt werden soll. Ihre Ziele beschreiben die Träger des Projekts wie folgt:

»Was wir mit nadir wollen ist an der Erarbeitung neuer Grundlagen der Linken durch die Bereitstellung eines Ortes zur Kommunikation und Information mitzuarbeiten:

Über das Hier und Jetzt und die Zukunft der Menschen, für eine soziale Revolution als emanzipativen Prozess, der alle Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse mit einschließt.

Wir wollen Teil sein in der Wieder-, Weiter- und Neu-Entwicklung einer emanzipativen Perspektive, die international und internationalistisch allen Widerständen und Kämpfen eine gemeinsame Richtung gibt - you'll never walk alone. Weniger wird unserer Ansicht nach nicht genügen, um die herrschenden Verhältnisse grundlegend zu verändern.«



»nadir-Archiv« im Internet unterstützt autonome Kampagne

2 Rechtsextremismus

2.1 Rechtsextremistische Parteien

2.1.1 Die Republikaner (REP)

Gründung

Bundesverband 1983

Landesverband
NRW 1984

Sitz

Bundesverband Berlin

Landesverband
NRW Geschäftsstelle in Senden bei Münster

Vorsitzende

Bund Dr. Rolf Schlierer

NRW Ursula Winkelsett

ab 24. Oktober 1999 Burghard Schmanck (Rücktritt am 26. Dezember 1999)

Mitglieder 1999 1998

Bund ca. 15.000 ca. 15.500

NRW ca. 1.500 ca. 1.500

Publikationen

Bundespartei »Der Neue Republikaner«, erscheint monatlich

Landesverband
NRW »NRW-REPort«, herausgegeben von der Landesvorsitzenden; erscheint vierteljährlich

Lokale
Publikationen MK-REPort, Der REPräsentant

Internet Die REP sind seit Herbst 1996, der Landesverband NRW seit Januar 1998 im Internet präsent.

Die Partei »Die Republikaner« (REP) wird vom NRW-Verfassungsschutz seit Herbst 1989 planmäßig beobachtet. Die hiergegen von den REP in NRW angerufene Verwaltungsgerichtsbarkeit hat die Rechtmäßigkeit dieser Beobachtung bisher bestätigt.

Aktuelle tatsächliche Anhaltspunkte für rechtsextremistische Bestrebungen

Es gibt weiterhin eine Vielzahl von aktuellen tatsächlichen Anhaltspunkten für rechtsextremistische Bestrebungen bei den REP. Diese Anhaltspunkte sind insbesondere zu sehen im Zusammenwirken mit anderen Rechtsextremisten, fremdenfeindlicher Agitation sowie der Diffamierung von Institutionen und Repräsentanten des demokratischen Systems.

Folgende Zitate machen das deutlich:

»Der Neue Republikaner«, Ausgabe 1-2/1999, (bezogen auf »doppelte Staatsangehörigkeit« und »Kurdenproteste« im Zusammenhang mit der Verhaftung Öcalans)

»Durch ihre Feigheit und Realitätsverlust haben die Altparteien uns diesen Bürgerkrieg

ins Haus geholt. Die Humanitätsduselei der Friede-Freude-Eierkuchen-Apostel macht Deutschland schrittweise unregierbar.«

Ausgabe 3/1999 zitiert den bayerischen Landesvorsitzenden der REP wie folgt:

»Die CSU ist ein Unternehmen für Volksverdummung und Lügenverbreitung. Sie sagen, sie wollen dem Volk aufs Maul schau'n, wenn aber einer das Maul aufmacht, wird ihm aufs Maul gehau'n...

Der Herr Beckstein soll nicht nur einen 'Mehmet' als Wahlkampfschlager rausschmeißen: Die 'Mehmet's' stehen an jeder Straßenecke!«

Ausgabe 3/99 zitiert den Bundesvorsitzenden Schlierer wie folgt:

»Rot-Grün versteht unter Familienförderung die Zulassung der Homo-Ehe und die Einbürgerung von Ausländerkindern. Null-Kind für Deutsche und Homo-Ehe - ein Vernichtungsprogramm für unser Volk!«
Ausgabe 4-5/1999,

»Solange die deutschen Politiker von rot-grün bis schwarz im Büberhemd alle Flüchtlinge in Deutschland begrüßen wollen, bleibt der deutsche Steuerzahler der Dumme, der als Esel in Europa alle Lasten tragen und dafür tief in die Tasche greifen darf.«

NRW-REPort 3/99

»Politiker der Altparteien fangen an, das Staatsvolk auszuwechseln«

In einer Pressemitteilung des Kreisverbandes Aachen heißt es u.a.:

»Die Verächtlichmachung der Republikaner ist nicht nur widerwärtig und unanständig, sondern Ausdruck einer antidemokratischen Haltung der Etablierten.«

Kampagne gegen »Doppelte Staatsbürgerschaft«

Die Debatte um die sog. »Doppelte Staatsbürgerschaft« war eines der bevorzugten Themenfelder der REP. So eröffneten sie im Januar 1999 bundesweit eine Kampagne gegen die »Doppelte Staatsbürgerschaft«. In diesem Zusammenhang starteten sie eine Unterschriftenaktion. Auf dem Vordruck hieß es u.a.:

»wie lange wollen wir Deutschen uns noch von den Regierungen an der Nase herumführen lassen? Jahr um Jahr hat man uns getäuscht und belogen. Jahrelang hat man uns erzählt, die einmal angeworbenen Gastarbeiter würden Deutschland irgendwann wieder verlassen. ... Nachdem nun so viele Ausländer im Land sind, dass eine Integration kaum noch möglich ist, will man sie kurzerhand zu Deutschen machen ...«



Auszüge aus einem REP-Faltblatt

Die Unterschriftenaktion der REP brachte jedoch nicht die erwartete Resonanz und den erhofften Zuspruch bei der Bevölkerung. Das zeigte sich exemplarisch am Ergebnis der hessischen Landtagswahl im Februar 1999. Obgleich die Landtagswahl weitgehend von der Diskussion um die »Doppelte Staatsbürgerschaft« beherrscht war und trotz Kandidaturverzicht der DVU, erhielten die REP nur 2,7 % der Stimmen.

REP verurteilen deutsches Engagement im Kosovo-Konflikt

Ein weiteres wichtiges Themenfeld der REP im Jahre 1999 war der Kosovo-Konflikt. In einer Entschließung des Bundesparteitags der REP am 28. März 1999 in Deggendorf heißt es:

»Der Parteitag mißbilligt aufs schärfste die deutsche Beteiligung am Angriffskrieg gegen Serbien....Die Republikaner verurteilen Auslandseinsätze deutscher Soldaten, insbesondere auf dem Balkan, solange die Generation der Wehrmichtsangehörigen pauschal als Kriegsverbrecher und die Deutsche Wehrmacht als Verbrecherorganisation im In- und Ausland diffamiert werden.«

Dem Flüchtlingseiland im Kosovo nahm sich die Bundesgeschäftsstelle der REP mit folgenden 7 plakativen Thesen an:

»Krieg im Kosovo

Sieben gute Gründe gegen die massenhafte Aufnahme von Kosovo-Flüchtlinge:

Deutschland bezahlt für die Fehler des Westens

NATO macht sich zum Komplizen von Milosevic

2 Millionen auf dem Weg nach Deutschland?

Offene Grenzen statt Europäischer Solidarität

Kommunen verkraften die Last nicht mehr

Deutsche Hilfsbereitschaft wird schamlos ausgenutzt

Deutschland darf nicht Schauplatz für Ersatzbürgerkriege werden«

Aber auch dieses Agitationsfeld brachte nicht den erhofften Erfolg und Zuspruch, wie sich am für die REP enttäuschenden Ergebnis der Europawahl zeigte.

REP schlecht informiert über Verfassungsschutz

Überraschend schlecht informiert zeigten sich die REP in dem Artikel eines REP-Landesvorstandsmitglieds im NRW-REPort (3/1999) über den nordrhein-westfälischen Verfassungsschutz. Dort wurde behauptet, dass der Verfassungsschutz ca. 800 Beschäftigte habe und dies, obwohl im Jahresbericht 1998 die Mitarbeiterzahl der Verfassungsschutzabteilung genau angegeben wurde (303). Des Weiteren wird in dem Artikel von weiteren ca. 1.200 »Zuarbeitern« ausgegangen und wird hochgerechnet, dass die REP in NRW von ca. 200 Personen des Verfassungsschutzes beobachtet würden. Weder die Zahl von 1.200 »Zuarbeitern« noch die Befassung von 200 Personen mit der Beobachtung der REP haben eine reale Grundlage und sind in grotesker Weise überhöht. Hieraus spricht eine erstaunliche Überschätzung der eigenen politischen Bedeutung.

Enttäuschendes Ergebnis bei den Wahlen zum Europäischen Parlament

Eine der »wichtigsten Wahlen für uns in diesem Jahr ist die Europawahl«. So schrieb der nordrhein-westfälische Landesvorstand am 10. März 1999 an alle Kreis- und Bezirksvorsitzenden. In einer Sonderausgabe der Zeitung »Der Neue Republikaner« wurden die Forderungen der Partei vorgestellt. Trotz eines Wahlkampfes mit populistischen Themen wie

- Weg mit der Brüsseler Korruption!
- Schluß mit dem Höfesterben!
- Der Euro zerstört den Sozialstaat
- Grenzenloses Europa, grenzenlose Kriminalität

und ohne Konkurrenz kandidatur der DVU erreichten die REP in NRW nur einen Stimmenanteil von 0,9 % (bundesweit 1,7 %). Dabei wurden in den Städten Herne (1,9 %), Hagen (1,8 %), Gelsenkirchen (1,6 %) sowie im Märkischen Kreis (1,8 %) die besten Ergebnisse erzielt.

Das schlechte Abschneiden bei der Europawahl war für Parteiführung und Parteibasis ernüchternd. Als Folge der erneuten Wahlniederlage befürchtete man in Nordrhein-Westfalen zu Recht Schwierigkeiten, die Mitglieder für einen Einsatz bei der Kommunalwahl im September 1999 und bei der Landtagswahl 2000 zu motivieren.

Misserfolge bei Landtagswahlen

Die REP nahmen an 5 der 7 Landtagswahlen in 1999 teil. Sie endeten für die REP durchweg mit einem Desaster. Nur in Hessen und Berlin konnten mehr als 2 % (jeweils 2,7 %) erzielt werden (siehe auch die Übersicht in Nr. 1.1). In die Reihe der für die REP enttäuschenden Wahlergebnisse ist auch das Kommunalwahlergebnis in Nordrhein-Westfalen einzuordnen. Bemerkenswert sind auch die erheblichen Einbußen, die die REP in ihrer Hochburg Baden-Württemberg bei den dortigen Kommunalwahlen erlitten. Diese erneute Serie von Wahlpleiten verstärkte die permanenten Macht- und Richtungskämpfe bei den REP.

Kooperation zwischen DVU und REP dauert an

Nach wie vor besteht zwischen DVU und REP eine Kooperation in Form von wechselseitigen Kandidaturverzicht bei Landtagswahlen. Bei den zahlreichen Landtagswahlen im Jahre 1999 kam es nur in Thüringen zu einer Konkurrenz kandidatur von REP und DVU. Auch verzichteten die Publikationen des Herrn Frey und die Parteizeitung der REP weiterhin weitgehend auf - früher übliche - wechselseitige Angriffe gegen die jeweils andere Partei.

Parteiinterne Macht- und Richtungskämpfe

Auch im Jahre 1999 setzten sich die heftigen Macht- und Richtungskämpfe bei den REP fort. Hintergrund ist häufig die innerparteiliche Kritik an dem formalen Abgrenzungskurs zu anderen rechtsextremistischen Parteien (sog. »Ruhstorfer Abgrenzungsbeschlüsse«) und die damit

häufig korrespondierende Meinung, durch eine »Vereinigte Rechte« die Anziehungskraft und Bedeutung des rechtsextremen Spektrums zu erhöhen.

Entsprechende Spannungen gibt es auch im nordrhein-westfälischen Landesverband. Nicht nur von Parteigliederungen anderer Landesverbände (z.B. aus Hessen) wurde offene Kritik am Kurs der Parteiführung geübt, sondern auch im nordrhein-westfälischen Landesverband traten solche Strömungen offen zu Tage. Beispielhaft hierfür ist eine von einem Kreisverband organisierte Veranstaltung am 4. Oktober in Hagen, auf der als einer der Hauptredner der ehemalige hohe REP-Funktionär und Herausgeber der Publikation »Nation & Europa«, Neubauer, auftrat. Auf dieser Veranstaltung, an der laut einem Artikel in »Nation & Europa« (Doppelheft 11/12 aus 1999) auch Vertreter von DVU und NPD teilnahmen, wurde unverblümt die »Einheit der Patrioten« gefordert, womit nichts anderes als die Einigung der rechtsextremistischen Parteien gemeint ist. Interessant ist, dass diese Veranstaltung trotz Widerstandes seitens der Bundesführung und der damaligen Landesvorsitzenden stattfinden konnte. Möglicherweise strebt Neubauer eventuell ein »Come-back« bei den REP an, was naturgemäß von weiten Teilen der Parteiführung nicht gern gesehen wird, da Neubauer eine Bedrohung für ihre eigenen Parteipositionen darstellen würde.

Zuspitzung des Machtkampfs im Landesverband NRW

Im Vorfeld des Landesparteitags am 24. Oktober bildete sich eine starke Opposition gegen die damalige Landesvorsitzende Winkelsett. Der Vorsitzende des Republikanischen Beamtenbundes, Schmanck, wurde von der Opposition zum Gegenkandidaten bei den Neuwahlen zum Landesvorsitz aufgebaut. Hierbei wurde teilweise erhebliche Kritik an der Person der Landesvorsitzenden Winkelsett laut, die für die Stagnation bzw. den Niedergang der REP in NRW verantwortlich gemacht wurde. Zum Teil wurde sie für überfordert gehalten.

Dieser Konflikt wurde durch den ehemaligen stellvertretenden Landesvorsitzenden Wnendt weiter angeheizt. Wnendt, der Ende 1998 aus der Partei austrat, polemisierte in seinem nach wie vor betriebenen Info-Telefon mit persönlichen Attacken (»Schreibstubenkraft«) gegen die damals amtierende Landesvorsitzende.

Unterstützung dürfte Schmanck auch von den Parteikreisen erhalten haben, die für eine weitere Aufweichung des Kurses der formalen Abgrenzung zu anderen rechtsextremistischen Organisationen stehen, obgleich Schmanck wie Winkelsett für diesen formalen Abgrenzungskurs eintritt. Hierbei dürfte die Hoffnung Pate gestanden haben, dass nach einer Abwahl Winkelsetts sich über kurz oder lang auch der politische Kurs der formalen Abgrenzung ändern lassen werde.

Auf dem Landesparteitag am 24. Oktober setzte sich der Oppositionskandidat Schmanck in einer Kampfabstimmung knapp gegen Winkelsett durch und wurde zum neuen Landesvorsitzenden gewählt. Die bundespolitische Stellung von Frau Winkelsett, die nach wie vor geschäftsführende stellvertretende Bundesvorsitzende ist, wurde dadurch erheblich geschwächt, da ihr die Rückendeckung durch den eigenen Landesverband - zumindest zeitweise - abhanden gekommen ist. Aber auch der Bundesvorsitzende Schlierer wurde durch die Abwahl Winkelsetts zumindest leicht beschädigt, da er mehr oder minder deutlich eine Wiederwahl Winkelsetts favorisierte.

Mit der Abwahl Winkelsetts hatten die parteiinternen Zwistigkeiten aber noch nicht ihren Höhepunkt erreicht. Nach seiner Wahl zum Landesvorsitzenden hatte Schmanck mit erheblichen Widerständen im Landesvorstand zu kämpfen, in dem er sich mit seinen Vorstellungen nicht durchsetzen konnte. Hierbei spielte die abgewählte ehemalige Landesvorsitzende Winkelsett eine erhebliche Rolle. Als auf einer turbulenten Konferenz der Kreisvorsitzenden am 19. Dezember 1999 auch noch seine Widersacherin, Uschi Winkelsett, mit der Wahlkampfleitung für die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen beauftragt wurde, war die Schmerzgrenze für Schmanck erreicht. Er trat am 26. Dezember 1999 als

Landesvorsitzender zurück und aus der Partei aus. Gleichzeitig gab er auch seine Funktion als Bundesvorsitzender des Republikanischen Beamtenbundes auf.



Flugblätter der REP in Düsseldorf

Auch wenn innerparteiliche Auseinandersetzungen bei den REP nicht neu sind, stellt die Abwahl Winkelsetts und der Rücktritt Schmancks doch eine neue Qualität dar. Gegenseitige Abneigung und Verachtung prägen das parteiinterne Klima. Bezeichnend dafür ist eine tätliche Auseinandersetzung zwischen zwei REP-Funktionären, die in der Presse Erwähnung fand. Der ehemalige stellvertretende Landesvorsitzende Wnendt, der nach wie vor über beste Kontakte zu REP-Kreisen verfügt, berichtete über die genannte Veranstaltung am 19. Dezember 1999 wie folgt:

»Die Veranstaltung wurde zu einer Schrei- und Brüllveranstaltung - keine Spur von sachlicher Diskussion - es war ein gegenseitiges Fertigmachen mittels Lautstärke - Republikaner-Stil des Jahres 1999. Man hat zwar nichts zu sagen, dafür aber innerparteilich sehr laut!«

In einem von Wnendt verbreiteten Schreiben Schmancks, mit dem er seine Rücktritt begründet, heißt es über den Landesvorstand:

»Die auch am 19. Dezember 1999 gezeigten Umgangsformen von Frau Winkelsett und der ihr hörigen Klientel erfüllen mich mit Abscheu. In dieser Umgebung möchte ich mich unter keinen Umständen mehr bewegen ... Meine Gegner im Landesvorstand wünsche ich nicht mehr zu sehen. Sie mögen mir ihren Anblick ersparen.«

Als primären Grund nennt Schmanck allerdings in diesem Schreiben Annäherungen zwischen REP- und DVU-Mitgliedern in Schleswig-Holstein aus Anlass der dortigen Landtagswahl.

Nach dem Rücktritt Schmancks ist die Position des Landesvorsitzes vorerst vakant. Vermutlich wird eine Neuwahl erst nach der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen erfolgen. Zur Zeit spielt jedenfalls Uschi Winkelsett wieder die maßgebliche Führungsrolle im Landesverband, was sich auch daran zeigt, dass sie auf einem REP-Landesparteitag am 13. Februar 2000 auf Platz 1 der REP-Landesliste für die nordrhein-westfälische Landtagswahl im Mai 2000 gewählt wurde.

Verbindungen zu anderen rechtsextremistischen Personen und Organisationen

Auch in 1999 gab es auf Bundes- und Landesebene zahlreiche Kontakte zu anderen

rechtsextremistischen Organisationen und Personen. Symptomatisch war insoweit die bereits erwähnte Veranstaltung am 4. Oktober in Hagen. Eklatantestes Beispiel war allerdings die Kandidatur von 4 REP-Mitgliedern auf einer NPD-Liste im Ennepe-Ruhr-Kreis bei den nordrhein-westfälischen Kommunalwahlen. Ob die deswegen noch unter der damaligen Landesvorsitzenden Winkelsett verhängten Parteiordnungsmaßnahmen Bestand haben werden, bleibt abzuwarten.

Bundesverwaltungsgericht hält Beobachtung der REP für zulässig

Das Bundesverwaltungsgericht bestätigte in einer Entscheidung vom 7. Dezember 1999 die grundsätzliche Zulässigkeit der Beobachtung der REP durch den Verfassungsschutz. Es folgte somit der Entscheidung der Vorinstanz (OVG Lüneburg), dass bei den REP ausreichende Anhaltspunkte für den Verdacht verfassungsfeindlicher Bestrebungen vorliegen. Ein Privileg der politischen Parteien, das sie vor der Beobachtung des Verfassungsschutzes schütze, gebe es nicht. Die Beobachtung diene dem Zweck, Politik und Öffentlichkeit über Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung aufzuklären und eine kritische Diskussion in der Öffentlichkeit auszulösen. Lediglich hinsichtlich der Frage, ob diese Beobachtung auch mit nachrichtendienstlichen Mitteln zulässig ist, erfolgte eine Zurückverweisung an das OVG Lüneburg. Das Bundesverwaltungsgericht erklärte die Beobachtung mit nachrichtendienstlichen Mitteln nicht für unzulässig, sondern hielt lediglich eine genauere Prüfung der Frage für erforderlich, ob eine Informationsbeschaffung aus allgemein zugänglichen Quellen oder durch Auskünfte anderer Behörden ausreichend sein könnte. Hierbei sei auch in Betracht zu ziehen, das personelle und sonstige Verflechtungen der REP mit rechtsextremen Organisationen möglicherweise nur mit nachrichtendienstlichen Mitteln aufgeklärt werden könnten.

Ausblick

Die bisherige Parteigeschichte der REP ist geprägt von ungewöhnlich heftigen Macht- und Flügelkämpfen. Dies dürfte auch in der Zukunft seine Fortsetzung finden. Sollte sich die Kette der Wahlniederlagen der REP fortsetzen, dürfte die Position des Bundesvorsitzenden Schlierer ernsthaft gefährdet sein. Dies gilt insbesondere für den Fall, dass bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg im Jahr 2001 der Wiedereinzug in den Landtag nicht gelingen sollte. Auch der Ruf nach einer »Vereinigten Rechten« bzw. einer weiteren Annäherung an die DVU dürfte dann wieder lauter werden.



Flyer der REP

Die eskalierten parteiinternen Fehden dürften Auswirkungen auf die von den REP beabsichtigte Teilnahme an der nordrhein-westfälischen Landtagswahl im Mai 2000 haben. Es wird schwer fallen, die Parteibasis für größere Wahlkampfaktivitäten zu mobilisieren. Es ist davon auszugehen, dass die schon vor der Eskalation der parteiinternen Streitigkeiten mäßige

Organisationskraft weiter geschwächt worden ist. Die REP dürften es nicht schaffen, landesweit anzutreten, das heißt überall Kandidaten zu finden und die erforderliche Anzahl von Unterstützerunterschriften zu erhalten. Es ist eher unwahrscheinlich, dass die REP in größerem Umfang von den Vorkommnissen in Bund und Land profitieren können, die zur Einsetzung von Untersuchungsausschüssen geführt haben. Das legt das Wahlergebnis der NPD von nur 1 % in Schleswig-Holstein nahe.

Die REP werden versuchen, mittels ihrer bei Kommunalwahlen gewonnenen Mandate zumindest lokal größere Aufmerksamkeit zu erzielen. Sie sind bestrebt eine dauerhafte Vernetzung ihrer kommunalen Mandatsträger in Nordrhein-Westfalen zu erreichen. Über ein entsprechendes erstes Treffen der Mandatsträger berichtet der NRW-REPort 3/1999. Nach den bisherigen Erfahrungen und der jüngsten Eskalation des Machtkampfes im Landesverband ist jedoch damit zu rechnen, dass es innerhalb der Riege der Mandatsträger bald zu Streitigkeiten und Rivalitäten kommen wird. Bisher fand das kommunalpolitische Agieren der REP in der Lokalpresse hauptsächlich nur dann Erwähnung, wenn die REP-Vertreter bei Abstimmungen das Zünglein an der Waage spielten, was z.B. in Düsseldorf gelegentlich der Fall war.

2.1.2 Deutsche Volksunion (DVU)

Gründung

Bund 5. März 1987

Landesverband NRW 11. Februar 1989

Sitz

Bund München

NRW Hamm

Vorsitzende

Bund Dr. Gerhard Frey

NRW Hans-Dieter Wiegräfe

Mitglieder 1999 1998

Bund ca. 17.000 ca. 18.000

NRW ca. 2.100 ca. 2.100

Publikationen Deutsche National-Zeitung/Deutsche Wochen-Zeitung (DNZ/DWZ)

Auflage ca. 35.000, erscheint wöchentlich

Internet Homepage der DVU seit 1997

Die Partei wurde im März 1987 in München unter dem Namen Deutsche Volksunion - Liste D (DVU-Liste D) gegründet. Die Umbenennung in Deutsche Volksunion (DVU) fand im Februar 1991 durch Satzungsänderung statt.

Rechtsextremistische Grundhaltung

Das Parteiprogramm der DVU, das bewusst allgemein gehalten ist, um möglichst wenig Angriffsfläche zu bieten, lässt die rechtsextremistische Ausrichtung nicht ohne weiteres erkennen. Deutlich wird die rechtsextremistische Grundhaltung aber in den ausländerfeindlichen, revisionistischen und unterschwellig antisemitischen Tendenzen der Wochenzeitung Deutsche National-Zeitung/Deutsche Wochen-Zeitung (DNZ/DWZ) des DVU-Bundesvorsitzenden Dr. Gerhard Frey. Häufig wird dabei mit suggestiven Schlagzeilen in Frageform gearbeitet, die auf die Aktivierung bei weiten Kreisen der Leserschaft bestehender Ressentiments abzielt wie folgende Beispiele zeigen: »Müssen wir kriminelle Ausländer

dulden?« »Zigeuner-Zustrom ohne Ende?« »Wird Wiedergutmachung erpresst?« Themenschwerpunkte und Agitationsrichtung dieser Publikation sind gegenüber den Vorjahren weitgehend unverändert geblieben (siehe Verfassungsschutzbericht NRW 1997, Nr. 2.2).



Zusammenlegung von Publikationen

Mit der Ausgabe 36 vom 3. September erschien die Deutsche Wochen-Zeitung (DWZ) erstmals vereinigt mit der Deutschen National-Zeitung (DNZ). Der Verlag erklärte, die Zusammenlegung der »beiden Schwesterzeitungen« führe zu einer Konzentration der Kräfte und bringe den Lesern eine Reihe von Vorteilen. Die Erhöhung der Seitenzahl um 4 Seiten bedeute rund 30 Prozent mehr an kritischer und informativer Berichterstattung, wie man sie in anderen, weitgehend gleichgeschalteten bundesdeutschen Medien vergeblich suche.

Die Zusammenlegung der beiden Zeitungen erfolgte vermutlich aus wirtschaftlichen Gründen. Nach Angaben Freys wurden DNZ und DWZ aus seinem Privatvermögen mit durchschnittlich 500.000 DM jährlich bezuschusst.

Keine Beteiligung an der Europawahl

Wie bereits 1994 beteiligte sich die DVU nicht an der Europawahl, während sie noch vor der Bundestagswahl eine Teilnahme an der Europawahl mit dem ehemaligen Bundesvorsitzenden der Partei »Die Republikaner« (REP), Franz Schönhuber, als Spitzenkandidat, angekündigt hatte.

Für diesen Kandidaturverzicht dürfte ein Ursachenbündel ausschlaggebend gewesen sein. Zu nennen sind: der Rückzug Schönhubers als Spitzenkandidat, der Zerfall der DVU-Landtagsfraktion in Sachsen-Anhalt mit damit einhergehenden Imageverlusten, das enttäuschende Abschneiden bei der Bundestagswahl, der vergebliche Versuch Freys, mit den REP zu konkreten Absprachen hinsichtlich der Europawahl zu kommen und nicht zuletzt die Vermeidung eines weiteren kostspieligen Wahlkampfes, dessen höchstwahrscheinliche Erfolglosigkeit nach dem für die DVU enttäuschenden Bundestagswahlergebnis nahezu feststand.

DVU verurteilt NATO-Einsatz im Kosovo

In den damals noch nicht vereinigten Wochenzeitungen Deutsche National-Zeitung (DNZ) und Deutsche Wochen-Zeitung /Deutscher Anzeiger (DWZ/DA) des DVU-Bundesvorsitzenden, Dr. Gerhard Frey, wird der Nato-Einsatz in Jugoslawien grundsätzlich verurteilt. Die Nato habe sich klammheimlich von einem reinen Verteidigungsbündnis zu einer internationalen Interventionstruppe umgewandelt und bestehe offenbar im Kosovo ihre erste Feuertaufe als »Hilfssheriff des amerikanischen Weltpolizisten«.

Einzug in zwei weitere Landtage

Eine Sonderregelung im Bremer Wahlrecht ermöglichte der DVU einen Erfolg in Bremen. Bei den Bürgerschaftswahlen vom 6. Juni 1999 überwand sie in Bremerhaven mit 6 % die 5 %-Marke und zog deshalb in die Bremer Bürgerschaft ein, obwohl sie landesweit nur 3,0 % erreichte. Das Ergebnis entspricht einem landesweiten Zuwachs von lediglich 0,5 % gegenüber der letzten Bürgerschaftswahl. Die REP waren absprachegemäß nicht zur Wahl angetreten.

In Brandenburg führte die DVU wiederum einen Wahlkampf als »Materialschlacht« unter Einsatz aller zur Verfügung stehenden finanziellen und personellen Mittel. Nach Absprache mit den REP trat sie ohne deren Konkurrenz zur Landtagswahl am 5. September an und errang mit 5,3 % der Stimmen 5 Abgeordnetensitze. Damit ist die DVU jetzt - mit Sachsen-Anhalt, Bremen und Brandenburg - in drei Landesparlamenten vertreten. In Thüringen, wo sie am 12. September 1999 neben der NPD und den REP zur Landtagswahl antrat, erzielte sie lediglich 3,1 % und verfehlte damit den Einzug in den Landtag.



Internet Homepage der DVU

Strategische Auswahl der Wahlbeteiligungen

Auffällig ist bei der DVU die sorgfältige Auswahl der Wahlbeteiligungen. Sie kandidierte bei Landtagswahlen nur in solchen Ländern, in denen sie sich realistische Chancen ausrechnete, in jüngerer Zeit zumeist flankiert von Wahlabsprachen mit den REP, um Konkurrenzmandate aus dem Wege zu gehen. Es ist daher kein Zufall, dass sich die Teilnahme der DVU an Landtagswahlen bisher auf bevölkerungsschwächere Länder im Norden und Osten Deutschlands beschränkte.

Der materiell aufwendige Wahlkampfstil der DVU (umfangreiche Plakatierungen, Postwurfsendungen an alle Haushalte) lässt sich nur in bevölkerungsschwächeren Ländern finanziell bewerkstelligen. Mit einem auf einzelne Länder begrenzten Aufwand (im Brandenburger Wahlkampf schätzungsweise 2,5 Mio.) wird eine hohe bundesweite Publizität erzielt und somit der eigene Bekanntheitsgrad gesteigert, was wiederum die Erfolgsaussichten für kommende Wahlen erhöht. Wahlkämpfe, die von vornherein keinen Erfolg versprechen, dürfte der als Verleger vor allem wirtschaftlich kalkulierende DVU-Bundesvorsitzende Frey als unnütze Investitionen werten. Auch unter dem Eindruck des Debakels bei der Bundestagswahl ist daher in absehbarer Zeit nicht mit einer Änderung der DVU-Strategie der nur selektiven Wahlteilnahme zu rechnen.

Diese Strategie erklärt auch, weshalb die DVU nicht an der nordrhein-westfälischen Landtagswahl im Mai 2000 teilnehmen wird.

Ausblick

Die Vormachtstellung des Bundesvorsitzenden in der DVU wird nicht mehr von allen vorbehaltlos akzeptiert. Es gibt Anzeichen für einen gewissen Autoritätsverlust Freys in der DVU. Neben der Forderung nach einem Parteiausschluss Freys durch einen hohen DVU-Funktionär aus Schleswig-Holstein seien hier beispielhaft die teils chaotischen Verhältnisse um die DVU-Landtagsfraktion in Sachsen-Anhalt mit diversen Ausschlüssen, Austritten und Wiedereintritten genannt. Erst dem als »Feuerwehrmann« entsandten Sohn von Frey gelang es mühsam und nach zahlreichen Widerständen einen Wechsel der Fraktionsspitze durchzudrücken und eine vorläufige Befriedung der zerstrittenen und zusammengeschmolzenen DVU-Fraktion zu erreichen. Dieser »Burgfriede« hielt jedoch nicht lange an. Ende 1999 verließen zwei weitere Abgeordnete die DVU-Fraktion. Im Januar 2000 schrumpfte die Fraktion durch den Austritt von vier weiteren Abgeordneten von ehemals 16 auf 7 Mitglieder.

Das verheerende Bild, das die Querelen um die DVU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt hinterlassen hat, hat die nach ihren partiellen Wahlerfolgen zeitweise bestehende Anziehungskraft der DVU im rechtsextremistischen Lager nachhaltig geschwächt. Hieran ändert auch nichts, dass sich aus den übriggebliebenen Frey-Getreuen im Landtag von Sachsen-Anhalt eine neue DVU-Fraktion gebildet hat. Die ursprüngliche DVU-Fraktion ist somit in zwei zerstrittene Fraktionen zerfallen, da sich mittlerweile die Frey-Gegner endgültig von der DVU abgewandt haben. Sie firmieren als Fraktion der neu gegründeten Freiheitlichen Deutschen Volkspartei, die in der österreichischen FPÖ ihr Vorbild sieht. Weitere Wahlerfolge dürften nach diesen Ereignissen in näherer Zukunft schwer fallen.

Die DVU ist nach wie vor von der finanziellen Unterstützung durch Frey dermaßen abhängig, dass ihr Wegfall den Untergang der Partei bedeuten würde. Das mag mitursächlich dafür gewesen sein, dass Frey anlässlich des Bundesparteitages im Februar 2000 von den Delegierten fast einstimmig als Bundesvorsitzender bestätigt wurde. Freys alles dominierende Rolle in der Partei wird also zunächst erhalten bleiben.

2.1.3 Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)

Gründung	1964	
Sitz		
Bund	Stuttgart	
NRW	Bochum-Wattenscheid	
Vorsitzende		
Bund	Udo Voigt	
NRW	Udo Holtmann	
Mitglieder	1999	1998
Bund	ca. 6.000	ca. 6.000
NRW	ca. 780	ca. 650
Publikationen	Deutsche Stimme, erscheint monatlich; Auflage ca. 10.000	
	Deckert-Depesche, erscheint zweimonatlich; Auflage ca. 200	
	Deckert Stimme, erscheint zweimonatlich; Auflage ca. 400	
	WIR IN NRW - Beilage zur Deutschen Stimme des NPD-Landesverbandes NRW	
	Deutsche Zukunft - Landesspiegel NRW, erscheint monatlich	

Dortmunder Stimmen, Schrift des NPD-Kreisverbandes Dortmund, erscheint unregelmäßig; Auflage ca. 500

Kreisblatt, Schrift des NPD-Kreisverbandes Recklinghausen, erscheint monatlich

Weserwarte, Schrift des NPD-Kreisverbandes Minden-Lübbecke, erscheint monatlich

Internet seit März 1996

Strategische Ausrichtung

Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) ist wegen ihrer offenen Systemfeindlichkeit die radikalste der rechtsextremistischen Parteien und hält weiterhin an ihrem »Drei-Säulen-Konzept« von 1997 fest. Neben dem ideologischen »Kampf um die Köpfe« zählen dazu der »Kampf um die Straße« und der »Kampf um die Parlamente«. Dies wird verdeutlicht durch die Teilnahme der Partei an nahezu sämtlichen Wahlen des Jahres 1999 und an der Vielzahl der Aufzüge und Kundgebungen. Die Parteiführung setzt weiter auf eine außerparlamentarische Opposition (»Kampf um die Straße«), mit deren Hilfe sie langfristig eine parlamentarische Verankerung (»Kampf um die Parlamente«) zu erreichen glaubt. Dabei ist die Strategie der NPD stark auf öffentlichkeitswirksame Aufmärsche und Veranstaltungen angelegt, wobei sie immer offener mit Neonazis und Skinheads kooperiert. Rederecht für führende Neonazis bei Kundgebungen der NPD sind keine Ausnahme mehr.

Bezeichnend für die enge Kooperation von NPD und Neonazis ist auch der Umstand, dass der NPD-Parteivorsitzende Voigt einer norddeutschen Neonazipublikation (Hamburger Sturm) ein Interview gab. In der Herbstausgabe dieser Publikation bekannte er sich unverblümt zu dieser Zusammenarbeit. Auf die Tatsache angesprochen, dass auf NPD-Demonstrationen ehemalige Rechts-Terroristen und führende Personen der Neonaziszene auftreten, sagte er:

»... aber ich sehe das gerade als den ganz großen Gewinn an, dass wir die NPD heute auf einer Linie haben, wo sich Leute wieder von der Partei angezogen fühlen, die früher mit der Partei nicht mehr zusammenarbeiten wollten und eigene Gruppen aufgebaut haben ... dann gehört auch dazu, dass man vernünftige Leute, die mitarbeiten wollen, einzubinden versucht, unabhängig davon, was früher gewesen ist.«

Auf die weitere Frage, wie er das Verhältnis zwischen der NPD und parteiungebundenen Freien Nationalisten (Anmerkung: »Freie Nationalisten« ist eine von Neonazis häufig gebrauchte Selbstbezeichnung) sehe, antwortete er:

»In gewissen Dingen leider noch etwas zu verklemmt. Es müssten sich in den nächsten Jahren mehr Berührungspunkte gegenseitig abbauen ... Und wenn wir eben als nationale Partei im Parlament sitzen, wir nicht dazu übergehen dürfen, uns von freien Kräften zu distanzieren, sondern jeder auf seinem Platz seine Pflicht tun muß.«

Inhaltliche Ausrichtung und Konsequenzen hinsichtlich des Wählerzuspruchs

Die NPD setzt ihren Kurs eines »deutschen Sozialismus« mit betont antikapitalistischen Elementen (bezeichnender Slogan »Großkapital vernichtet weitere Arbeitsplätze«) fort. Beispielhaft für diesen Kurs ist ein Artikel in der Novemberausgabe des Parteiorgans »Deutsche Stimme« (DS) mit dem Titel »Sozialistische Gesellschaften sind notwendig«. Dort heißt es u.a.: »Der Kapitalismus ist heute so deformiert, dass er sich zu barbarischen Weltzuständen hin bewegt. Die von Rosa Luxemburg 1916 geäußerte Alternative 'Sozialismus oder Barbarei' scheint aktueller denn je.«

In derselben DS-Ausgabe führt der Bundesvorsitzende in einem Leitartikel auf S. 2 u.a. aus: »Es ist eine Tatsache, dass kapitalistische und nationalistische Interessen antagonistische Gegensätze sind, die einander völlig ausschließen.« An anderer Stelle dieses Leitartikels heißt

es: »Genau das ist der Grund, weshalb die Vertreter der selbsternannten 'demokratischen' Kräfte versuchen, das kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftssystem unter allen Umständen zu stärken und zu erhalten. Dabei tarnen sie sich mit Begriffen 'sozial', 'soziale Marktwirtschaft' oder 'sozialistisch' in ihren Parteinamen und Programmen. Im Gegensatz dazu bekämpfen wir Nationalisten den kapitalistischen Geist und das materialistische Profit- und Besitzdenken,...«



Internet Homepage der NPD

Diese inhaltliche Ausrichtung soll vor allem ostdeutsche Zielgruppen ansprechen, u.a. Teile der PDS-Wählerschaft. Dieser nach wie vor parteiintern nicht unumstrittene Kurs hält die NPD allerdings in Westdeutschland bei Wahlen auf dem Niveau einer unbedeutenden Splitterpartei, während er in Ostdeutschland, wenn auch auf relativ niedrigem Niveau, gewisse Erfolge zeitigt. Dort erhielt die NPD bei Landtags-, Bundestags- und Europa-Wahlen häufiger Ergebnisse um 1 %. Bei den Kommunalwahlen in Sachsen gelangen lokal sogar aufsehenerregende Erfolge (z.B. in Königstein mit 11,8 %). Umso enttäuschender war für die NPD jedoch das Ergebnis der nachfolgenden Landtagswahl in ihrer Hochburg Sachsen. Dort konnte sie nicht mehr als 1,4 % der Stimmen erreichen, womit sie noch hinter dem Ergebnis der REP (1,5 %) zurückblieb. Bedenklich ist jedoch, dass sie in Sachsen bei den Erstwählern knapp 10 % der Stimmen erhielt.

Bundesweit gesehen und bezogen auf Nordrhein-Westfalen verharrt die NPD allerdings in politischer Bedeutungslosigkeit. Hieran ändert auch nichts, dass sie durch die enge Zusammenarbeit mit neonazistischen Gruppierungen und durch ihre öffentlichkeitswirksamen Aufmärsche eine gewisse Medienaufmerksamkeit erzielte.

Fortsetzung der Kampagne gegen die »Wehrmachtsausstellung«

Nach wie vor spielt die NPD eine führende Rolle bei der Kampagne gegen die sog. »Wehrmachtsausstellung«. An der am 22. Mai 1999 in Köln von der NPD angemeldeten Demonstration gegen die dort stattfindende »Wehrmachtsausstellung« nahmen ca. 350 Rechtsextremisten teil. Auffallend war die große Anzahl der Teilnehmer aus der Neonazi- und Skinheadszenen.



Flugblatt der NPD

Rund 700 Personen beteiligten sich am 10. Juli in Hamburg an einer Kundgebung des »Nationaldemokratischen Hochschulbundes« (NHB) gegen die »Wehrmachtsausstellung«. Neben einigen Anhängern der NPD hatten sich überwiegend Neonazis und Skinheads aus nahezu dem gesamten Bundesgebiet eingefunden.

Am 9. Oktober 1999 demonstrierten in Osnabrück ca. 200 Rechtsextremisten gegen die »Wehrmachtsausstellung«. Das Verbot der Demonstration war vom Verwaltungsgericht Osnabrück aufgehoben worden.

Auf den genannten Demonstrationen bzw. Kundgebungen skandierten die Teilnehmer Parolen wie »Hopp, Hopp, Hopp - Ausländer stopp« oder »Ruhm und Ehre der Waffen-SS«. Auf den Kundgebungen sprachen neben NPD-Funktionären auch bekannte Neonazis wie Thorsten Heise und Christian Worch.

Landfriedensbruch und Gewalt bei NPD-Demo

Die vorübergehende Schließung der »Wehrmachtsausstellung« nahm die NPD zum Anlass, u.a. im Internet zu einer Demonstration gegen die Ausstellung am 4. Dezember 1999 in Braunschweig aufzurufen. Unter der Überschrift »Schandausstellung gestoppt! Sieg der Wahrheit über die Lüge öffentlich dokumentieren!« heißt es u.a.:

»Endlich ist der Betrug offenkundig geworden und die Macher der Schandausstellung mussten diese zurückziehen. Das ist auch ein Verdienst des Nationalen Widerstandes.«

Als Ersatz für die von der Polizeidirektion Braunschweig verbotene Demonstration fand am 4. Dezember 1999 in Lüneburg eine nicht angemeldete Demonstration statt, an der sich ca. 60 Rechtsextremisten beteiligten. Die Demonstranten führten u.a. NPD-Fahnen, Baseballschläger und Transparente mit den Aufschriften »Kampfaktion Widerstand« und »Kameradschaft Berlin« mit sich. Es kam zu massiven Widerstandshandlungen. Die Demonstranten überrannten nach Aufforderung eines Rädelsführers eine Polizeikette. Alle Demonstranten wurden vorläufig festgenommen, Ermittlungsverfahren wegen schweren Landfriedensbruchs, Widerstandes gegen Vollstreckungsbeamte, Körperverletzung und Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen eingeleitet.

Dieses gewalttätige Verhalten von Rechtsextremisten bei Demonstrationen ist neu. Es dürfte eine Reaktion auf die restriktivere Verbotspraxis auch gegenüber NPD-Demonstrationen sein.

Kosovo-Konflikt für Propagandazwecke instrumentalisiert

Wie andere rechtsextremistische Gruppierungen versuchte auch die NPD die deutsche Beteiligung an den NATO-Angriffen auf Jugoslawien für ihre Propagandazwecke zu nutzen. In einer Pressemitteilung forderte die NPD die deutsche Justiz dazu auf, unverzüglich Verfahren einzuleiten, um die Rechtswidrigkeit der Kriegsvorbereitungen und Kriegshandlungen festzustellen und die Verantwortlichen zu bestrafen. Weiter heißt es in der Pressemitteilung: »Geschieht dies nicht, was auf Grund des desolaten rechtlichen Zustandes in der BRD zu

befürchten ist, wird sich die NPD nach der mit Sicherheit kommenden politischen Wende in Deutschland dafür einsetzen, dass die erforderlichen rechtlichen Schritte später folgen.«



Titelblatt der NPD-Veröffentlichung »Deutsche Zukunft«

Mit Schreiben vom 25. März 1999 an die Staatsanwaltschaft Bonn stellte die NPD Strafanzeige »gegen den BRD-Kanzler Gerhard Schröder, den Verteidigungsminister Rudolf Scharping, den Außenminister Joseph Fischer und andere Mittäter wegen Vorbereitung (und Durchführung) eines Angriffskrieges gem. § 80 des Strafgesetzbuches.«

Weiter heißt es in einer Presseerklärung: »Das Parteipräsidium der NPD fordert alle Deutschen dazu auf, diesem verantwortungslosen Treiben und dem verbrecherischen Angriffskrieg der Bonner Abenteurer und Steigbügelhalter des US-Imperialismus sofort ein Ende zu bereiten. Wehrpflichtige sollten den Dienst verweigern.«

Kampagne gegen »Doppelte Staatsbürgerschaft«

Ein weiteres Agitationsthema der NPD im Berichtszeitraum war die bundesweite Kampagne gegen die »Doppelte Staatsbürgerschaft«. In der Februar-Ausgabe der Deutschen Stimme kündigte die Partei eine Unterschriftenaktion unter dem Motto »Nein zu doppelter Staatsbürgerschaft und Ausländerintegration« an.

Unter dem Motto »Protest gegen doppelte Staatsbürgerschaft und Integration - Keine deutschen Pässe für Ausländer - Ausländerrückführung statt Integration« meldete die NPD am 2. Oktober 1999 in Köln eine Demonstration an, an der sich rund 500 Rechtsextremisten beteiligten. Die Veranstaltung war eindeutig von Neonazis beherrscht, die zusammen mit Skinheads den weitaus größten Teil der Demonstranten stellten. Der NPD-Hauptredner forderte auf der Abschlusskundgebung unverblümt die Wiederherstellung der Grenzen des »Deutschen Reiches«, wobei er ausdrücklich nannte »von der Etsch bis an den Belt, von der Memel bis zur Maas.« Daneben schürte er - wie auch die übrigen Redner, unter denen sich führende Neonazis befanden - massiv Überfremdungsängste. Er ging in seinem Redebeitrag u.a. auf frühere Migrationsbewegungen ein (Hugenotten sowie Polen im Ruhrgebiet), die nach seinem Verständnis noch akzeptabel gewesen seien, da es sich hier um »artähnliches Blut« gehandelt habe.



NPD-Flugblatt

Wegen der weiträumigen und rigorosen Polizeiabsperungen fand die Demonstration weitgehend unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Auseinandersetzungen mit militanten Gegendemonstranten wurden unterbunden.

Auch bei dieser Demonstration zeigte sich wieder die enge Kooperation zwischen NPD/JN und Neonazis. Die NPD/JN melden die Demonstration an, das Gros der Teilnehmer stellen dann Neonazis und Skinheads, wobei Führungsaktivisten der Neonaziszene Rederecht auf der Abschlusskundgebung erhalten.

Europawahl

Die NPD trat zur Europawahl am 13. Juni 1999 an. Die nordrhein-westfälische NPD stellte keinen Kandidaten auf der NPD-Liste. Mit Slogans wie »Nationaler Widerstand gegen die Eurokraten-Clique«, »Volksgemeinschaft statt EU-Diktatur« und »Ausländerrückführung statt Integration« verbesserte die NPD gegenüber der Europawahl 1994 ihr Ergebnis auf niedrigem Niveau von 0,2 % auf 0,4 % der Stimmen. Den erhofften und für die staatliche Parteienteilfinanzierung wichtigen Sprung über die 0,5 % Marke schaffte sie allerdings nicht. In Nordrhein-Westfalen erhielt die NPD 14.368 Stimmen, das entspricht 0,3 %.

Kommunalwahl NRW 1999

Bisher ist noch nicht erkennbar, dass die 3 Mandatsträger der NPD in Schwelm, im Ennepe-Ruhr-Kreis und im Rhein-Sieg-Kreis besondere Aktivitäten mit Öffentlichkeitswirksamkeit entfalten. Dies mag sich allerdings nach einer ersten Akklimatisierungsphase ändern, was insbesondere für Schwelm gilt, wo das Ratsmandat von einem besonders rührigen NPD-Aktivisten gewonnen wurde.



*Titelblatt des NPD-Landes-
spiegels »Deutsche Zukunft«*

NPD-Landesparteitag

Am 14. November 1999 fand in Mülheim a.d.Ruhr der 34. ordentliche Landesparteitag der nordrhein-westfälischen NPD statt. An der Veranstaltung nahmen ca. 120 Personen teil, wovon etwa die Hälfte Delegierte waren. Der bisherige Landesvorsitzende Udo Holtmann wurde in seinem Amt bestätigt.

Der Parteitag beschloss, auf die Teilnahme an der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen im Mai 2000 mit einer Landesliste zu verzichten. Es dürfte daher nur zu vereinzelt Kandidaturen in wenigen Wahlkreisen kommen.

35 Jahre NPD

Unter dem Motto »Alles Große steht im Sturm - 35 Jahre NPD/30 Jahre JN« feierte die NPD am 27. November 1999 in München ihr 35jähriges Bestehen. An der Veranstaltung nahmen ca. 500 Personen teil, darunter auch Gäste aus Dänemark, Spanien, Österreich und der Ukraine.

Der Parteivorsitzende Udo Voigt erklärte, die von vielen Patrioten geforderte »Vereinigte Rechte« existiere bereits in der Form der NPD, die sich als einzige nationale Partei nicht mit kurzfristigen Wahlerfolgen begnügen wolle, sondern allein eine wirkliche und tiefgreifende Veränderung der politischen Verhältnisse in Deutschland anstrebe.

Die NPD wurde am 28. November 1964 in Hannover gegründet. In den 60er Jahren hatte sie über 25.000 Mitglieder und war in einer Reihe von Landtagen vertreten. Bei der Bundestagswahl 1969 verfehlte sie mit 4,3 % nur knapp den Einzug in das Parlament.

Keine strategischen Allianzen zu erwarten

Die NPD-Parteiführung ist zur Zeit nicht an Allianzen mit ihren Hauptkonkurrenten DVU und REP interessiert. Dies gilt auch für Absprachen zur Vermeidung von Konkurrenzmandatierungen wie sie zwischen REP und DVU praktiziert werden. Die Parteiführungen von REP und DVU streben gleichfalls keine Kooperation mit der derzeitigen - betont »antikapitalistischen« - NPD an. Bei der REP- und der DVU-Parteiführung bestehen starke Berührungsängste und Aversionen hinsichtlich der NPD. Dies bedeutet jedoch nicht, dass es keine Kontakte zwischen NPD-Gliederungen und Mitgliedern und Funktionären von REP und DVU gibt. Solche Kontakte auf lokaler und regionaler Ebene sind immer wieder - auch in Nordrhein-Westfalen - zu beobachten.

RONNY »Das erste Mal...«

Mach Dir keine Hoffnungen - die Kassen sind leer! Deutschland ist vielleicht das Sozialamt der ganzen Welt, doch für unsere Arbeitslosen bleibt kaum das Nötigste zum Leben!

Am besten, ich beantrage Asyl im eigenen Land!

Ja, genau, dann kümmert sich wenigstens die PDS um Dich!

Da kommt ja Ronny, der arme Junge! Das ist nun wirklich eine Schande für unser Land... Er ist doch kaum aus der Schule und schon ein Sozialfall!

Es ist nicht nur die PDS, die sich offenbar mehr für Minderheiten starkmacht, als für das eigene Volk! Unter der CDU kamen die meisten Fremden ins Land! Die Konzerne verlegen die Produktion in Billiglohnländer...

...was mit der Einführung des Euro noch schlimmer wird, ich weiß! Das ist der "Segen" des Kapitalismus! Da ist ja eine Partei schlimmer als die andere!

NPD/JN NRW • Propaganda für jugendliche Zielgruppen

Ausblick

Der inhaltliche Kurs der NPD mit der »Propagierung eines Deutschen Sozialismus« mag zu gewissen Erfolgen in ihren ostdeutschen Hochburgen führen, festigt andererseits aber ihren Status als stigmatisierte Splitterpartei in Westdeutschland. Die NPD läuft hierbei Gefahr, sich zu einer Art ostdeutschen Regionalpartei mit schwächlichen westdeutschen Dependancen zu entwickeln. So ist partiell in Nordrhein-Westfalen und im übrigen Westdeutschland, aber auch in Teilen Ostdeutschlands schon eine gewisse Abschwächung des Aufschwungs der NPD zu erkennen. In einigen Ländern ist sogar schon eine Stagnation bzw. eine Abwärtsentwicklung zu beobachten. Dies gilt vor allem für Teile Ostdeutschlands, wo sich in besonderem Maße Personen aus der Neonazi-Szene der NPD zuwandten, die nunmehr partiell der NPD wieder den Rücken kehren. Bedenklich ist allerdings, dass auch in Westdeutschland ein gewisser Zulauf sehr junger Menschen (häufig sogar unter 18 Jahren) zu beobachten ist, die zumeist aus sozial schwächeren Schichten stammen. Die NPD entwickelt sich - regional - zunehmend zu einer Art »Jugendpartei«, da wohl bei kaum einer anderen Partei die Parteiaktivitäten - insbesondere Wahlkampfaktivitäten und Demonstrationen - in einem solchen Umfang von sehr jungen Menschen getragen werden. Mit dieser Entwicklung korrespondiert auch der Umstand, dass die NPD bei den Erstwählern erheblich höhere Stimmenanteile gewinnt als bei der Wählerschaft insgesamt.

2.1.4 Junge Nationaldemokraten (JN)

Gründung	1969	
Sitz	Neuburg (Bayern)	
NRW	Bochum-Wattenscheid	
Vorsitzende		
Bund	Sascha Roßmüller	
NRW	Andreas Weber	
Mitglieder	1999	1998
Bund	ca. 350	ca. 400
NRW	ca. 40	ca. 80
Publikationen	Der Aktivist, Mitgliederzeitschrift der JN, erscheint unregelmäßig; Auflage ca. 1.000	
	Frontdienst, Materialliste der JN, erscheint unregelmäßig; Auflage ca. 10.000	

Die Jungen Nationaldemokraten (JN) wurden 1969 als Jugendorganisation der NPD gegründet und sind derzeit der größte und bedeutendste Zusammenschluss jüngerer Rechtsextremisten. Die JN bekennen sich zur Ideologie, zur Zielsetzung und zum Programm der Mutterpartei NPD, artikulieren sich aber z. T. wesentlich aggressiver. Der JN-Bundesvorsitzende ist kraft seines Amtes zugleich Mitglied des NPD-Parteivorstandes.

Kooperation mit Neonazis

Die seit 1996 bestehende Zusammenarbeit zwischen JN und Neonazis ist weiterhin erkennbar. Die Funktion der NPD/JN als Auffangbecken für die Neonaziszene zeigt sich besonders deutlich bei öffentlichkeitswirksamen Demonstrationen und Kundgebungen der NPD/JN. Aufmärsche und öffentliche Versammlungen sprechen vor allem Neonazis und Skinheads an, die der NPD/JN ein bedeutendes Mobilisierungspotential sichern.

Zielsetzung

»Eine neue nationale Jugend für Deutschland«, unter dieser Überschrift wirbt die Jugendorganisation der NPD für ihre Ziele, u.a. auch im Internet. Dort finden sich folgende Ausführungen:

»Die Aktivitäten der Jungen Nationaldemokraten (JN) streben danach, das Leitbild des politischen Soldaten zu verkörpern. ... Egoistische Konsumidioten, Fetischisten und Mitläufercharaktere werden sicherlich schlucken, wenn wir betonen, dass wir Idealismus, Verantwortungsbewusstsein, fortwährende und konstante persönliche Opfer- und Leistungsbereitschaft, Kameradschaft und die Fähigkeit zum Mitdenken von jedem Mitstreiter fordern. Es bedarf der Charakterstärke, der Standfestigkeit und der persönlichen Ausdauer, um den zerstörerischen Ideen unserer Gegner zu widerstehen, die uns das Angebot machen, den einfachen Weg zu gehen. Diesen Weg aber verachten wir, haben wir doch die zwingende Notwendigkeit des nationalistischen Befreiungskampfes erkannt!...«

Neuer JN-Bundesvorsitzender

Auf ihrem Bundeskongress im April 1999 wählten die Jungen Nationaldemokraten (JN) Sascha Roßmüller (Bayern) nach einer Kampfkandidatur gegen den damaligen nordrhein-westfälischen Landesvorsitzenden Achim Ezer zum neuen Bundesvorsitzenden. Große ideologische Unterschiede zwischen beiden Kandidaten bestanden nicht. Beide standen für eine Fortsetzung des Kurses der Zusammenarbeit mit Neonazis. Unter Ezer wäre allerdings eine stärkere Betonung der Eigenständigkeit der JN gegenüber der NPD zu erwarten gewesen. Dies mag auch der Grund gewesen sein, weshalb die Bundesführung der NPD - zumindest unterschwellig - Roßmüller in seiner Kandidatur gegen Ezer unterstützte.

Roßmüller tritt die Nachfolge des bisherigen Vorsitzenden Holger Apfel an. Mit der neuen Bundesführung wird die Zusammenarbeit mit Neonazis und die politische Ausrichtung der JN keine grundlegende Änderung erfahren.

Im Zuge der Kampfkandidatur Ezers und Roßmüllers und der nachfolgenden Abspaltung des Ezer-Flügels kam es zu erheblichen Kontroversen. Die Ezer-Anhänger warfen Roßmüller insbesondere die Aufnahme eines Nichtdeutschen in die JN vor. Die Auseinandersetzungen wurden zum Teil im wahrsten Sinne des Wortes unterhalb der Gürtellinie geführt (u.a. wurden Bordellbesuche vorgehalten).

Auf einem weiteren JN-Bundeskongress im Februar 2000 wurde Roßmüller als JN-Bundesvorsitzender bestätigt. Im neu gewählten Bundesvorstand befindet sich nunmehr auch wieder eine Person aus Nordrhein-Westfalen.

Abspaltung von der JN und Gründung des »Bildungswerk Deutsche Volksgemeinschaft« (BDVG)

Der bei der Wahl um den Bundesvorsitz im April 1999 unterlegene ehemalige nordrhein-westfälische JN-Landesvorsitzende Achim Ezer ist - wohl primär aus Enttäuschung über seine Wahlniederlage gegen Roßmüller - zwischenzeitlich mit einigen Anhängern aus den JN ausgetreten. Nachfolger Ezers als nordrhein-westfälischer JN-Landesvorsitzender wurde Andreas Weber. U.a. auf Ezers Initiative wurde im Juni 1999 das BDVG mit Sitz in Eschweiler gegründet, »ein organisierter Zusammenschluss von Deutschen, deren Vorstellungen sich am strukturellen Ordnungsprinzip der Nation orientieren«. Die Auflösung der entwurzelten Gesellschaft und die »Wiederherstellung einer wahren Volksgemeinschaft« werden als Ziel des BDVG propagiert. Die Mitglieder des BDVG stammen ganz überwiegend aus den JN-Landesverbänden Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Sachsen (u.a. die jeweiligen ehemaligen JN-Landesvorsitzenden), die Ezer in seiner Kandidatur gegen Roßmüller unterstützt hatten. Der BDVG ist somit eine Abspaltung der JN.

Von dem neu gegründeten BDVG gehen bislang nur geringe Aktivitäten aus. Wahrscheinlich

wird der BDVG nur geringe lokale bzw. regionale Bedeutung erlangen, da die Rückendeckung durch die NPD fehlt.



Flugblatt der »Jungen Nationaldemokraten«

Im Zuge der Abspaltung des BDVG kam es zu erheblichen Streitigkeiten zwischen NPD/JN und Ezer über den »Schwarze-Fahne-Versand«. Hintergrund des Streites waren primär wirtschaftliche und finanzielle Fragen. Aus dem Umstand, dass es diesbezüglich bisher nicht zu gerichtlichen Auseinandersetzungen kam, ist zu schließen, dass eine gütliche Einigung erzielt wurde.

Europakongress

Am 30. Oktober 1999 veranstalteten die JN in Falkenberg/By. den 6. Europäischen Kongress der Jugend. Es nahmen ca. 500 Personen teil, darunter u.a. Gäste aus Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Litauen, Rumänien, Österreich, Schweden, Ungarn und den USA.

Als Redner traten u.a. der NPD-Parteivorsitzende Udo Voigt, der JN-Bundesvorsitzende Sascha Roßmüller, der österreichische Rechtsextremist Herbert Schweiger und einer der führenden Funktionäre der britischen »International Third Position« (ITP) Derek Holland auf.

Bisher sind 5 von 6 Kongressen von den JN durchgeführt worden. Dies zeigt, dass die JN versuchen, innerhalb der europäischen Nationalisten eine führende Rolle einzunehmen.

Bewertung und Ausblick

Die Abspaltung bedeutet, insbesondere in NRW, vorerst eine deutliche Schwächung der JN. Zu bedeutsameren eigenständigen Aktivitäten ohne Mithilfe der NPD dürften sie in NRW derzeit kaum in der Lage sein. Generell ist bei der JN eine gewisse Domestizierung im Hinblick auf die NPD eingetreten. Ihre Eigenständigkeit gegenüber der NPD ist weitgehend verlorengegangen. Ein Grund hierfür liegt allerdings auch darin, dass einige ehemalige führende JN-Funktionäre in den Bundesvorstand der NPD aufgerückt sind und die NPD generell unter dem derzeitigen Bundesvorsitzenden Voigt kaum noch einen Hehl aus ihrer systemfeindlichen Haltung macht; dies lässt der JN kaum noch Raum für eine Profilierung mit besonderen extremen Positionen.

2.1.5 Ab jetzt ... Bündnis für Deutschland (BfD)

Im Jahre 1999 konnte der BfD lediglich bei den nordrhein-westfälischen Kommunalwahlen eine gewisse Außenwirkung erzielen. Er kandidierte in zwei Wahlbezirken des Rhein-Sieg-Kreises und in der Stadt Siegburg, dem Wohnort des Bundesvorsitzenden. In Siegburg konnte der BfD, wohl nicht zuletzt wegen des lokalen Bekanntheitsgrades des Bundesvorsitzenden, ein Ratsmandat gewinnen. Der BfD dürfte allerdings auch in Zukunft kaum über die Rolle einer unbedeutenden Splittergruppe hinauskommen.

Um aus der politischen Bedeutungslosigkeit herauszutreten, die der BfD mit zahlreichen Gruppierungen teilt, kam es im Oktober 1999 in Fulda und nachfolgend in Frankfurt auf Initiative

des BfB-Bundesvorsitzenden Kappel zu Treffen von Vertretern vorwiegend kleinerer Parteien und Gruppierungen (u.a. BfB, DSU, Vereinigte Rechte), an denen allerdings auch die REP beteiligt waren, mit dem Ziel, zu einer Zusammenarbeit zu kommen. An diesen Gesprächen war auch der BfD-Bundesvorsitzende, Dr. Fleck, beteiligt.

Da sich wohl kein Parteiführer anderen unterordnen will, dürfte auch diese Einigungsbemühung letztlich zum Scheitern verurteilt sein. Für ein Scheitern der genannten Einigungsversuche spricht auch das neueste Fusionsprojekt des BfD. Nach einer Meldung im NIT-BLITZ vom 6. Februar 2000 ist nunmehr nur noch von einem geplanten Zusammenschluss von BfD und »Vereinigte Rechte« die Rede. Aber auch ein Zusammenschluss dieser Kleinstparteien würde keine erfolgversprechende Organisation hervorbringen.

2.1.6 Bund freier Bürger

Gründung

Bundesverband	1994
Landesverband NRW	vermutl. 1994/1995

Vorsitzende

Bundesverband	Dr. Heiner Kappel
Landesverband NRW	Hilde Hülsmeier

Mitglieder

Bundesverband	2.000 (geschätzt)
Landesverband NRW	200 (geschätzt)

Publikationen regelmäßig erscheinende Publikationen sind nicht bekannt

Internet eigene Homepage bis März 1999

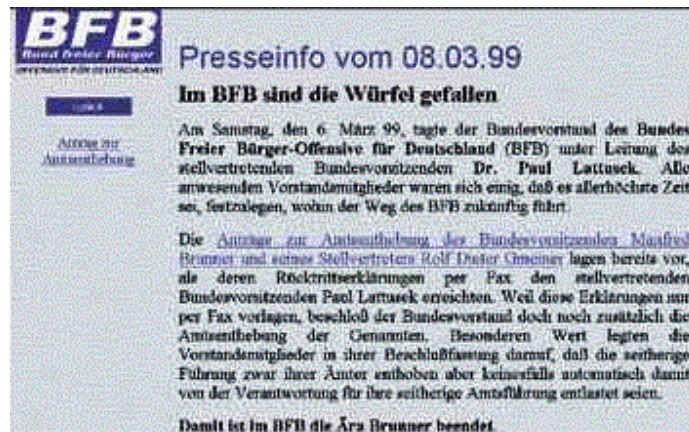
Entwicklung der Partei

Die Partei »Bund Freier Bürger - Offensive für Deutschland, Die Freiheitlichen« (offizielle Kurzbezeichnung: »BFB-Die Offensive«, im Folgenden abgekürzt: BFB) wurde im Januar 1994 von Gegnern des Vertrages von Maastricht unter dem Namen »Bund freier Bürger« gegründet. Seitdem amtierte bis Frühjahr 1999 als Bundesvorsitzender Manfred Brunner, der früher bayerischer FDP-Landesvorsitzender (1983 - 1989) und von 1989 bis 1992 Kabinettschef des EG-Kommissars Bangemann war. Ende April 1999 wählte ein BFB-Bundesparteitag den früheren hessischen FDP-Landtagsabgeordneten Dr. Heiner Kappel zum neuen Bundesvorsitzenden, der bis dahin das Amt des BFB-Generalsekretärs innehatte. Kappel war wegen damaliger Kontakte zu Rechtsextremisten gegen Ende seiner FDP-Mitgliedschaft (bis Ende 1997) in der FDP umstritten. Im Dezember 1997 gründete er die »Offensive für Deutschland - Die Freiheitlichen«, die bereits im Januar 1998 mit dem BFB fusionierte. Bisher erreichte der BFB bei Wahlen nur marginale Ergebnisse.

Tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht einer rechtsextremistischen Bestrebung

Der BFB-Gründungsvorsitzende Brunner hatte die Partei im Frühjahr 1999 mit der bemerkenswerten Begründung verlassen, dass »beim BFB der Ruf nach Wahlabsprachen und Zusammenarbeit mit Republikanern und Deutscher Volksunion laut wird«, es gebe Strömungen im BFB, die nicht mehr seinen Vorstellungen von einer »bürgerlichen Protestpartei«

entsprechen. Diese Einschätzung bestätigt Verfassungsschutzkenntnisse, wonach sich aus dem Parteiprogramm sowie aus Äußerungen und Verhalten führender Parteifunktionäre und -Mitglieder tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht einer rechtsextremistischen Bestrebung ergeben.



Auszug aus dem Internet-Angebot des BFB

Anhaltspunkte in Programmtexten und programmatischen Äußerungen

Allen hier vorliegenden Programmtexten und Wahlkampfbroschüren gemeinsam sind Forderungen, die latente Fremdenfeindlichkeit erkennen lassen.

Darstellung von Ausländern als Gefahr für die abendländische Zivilisation

Schon im BFB-Grundsatzprogramm heißt es: »Eine neue, unabsehbare Bedrohung der Sicherheit Deutschlands und Europas bildet der Einwanderungsdruck, gegen den wir energische und einschneidende Maßnahmen ergreifen müssen, um unsere Zivilisation zu bewahren.«

Noch deutlicher wurde einer der stellvertretenden Vorsitzenden des BFB-Landesverbandes NRW während einer Veranstaltung zum vergangenen Bundestagswahlkampf in Köln: Unter dem Applaus der anwesenden Mitglieder und Anhänger erklärte er, der BFB lehne Rechtsradikalismus ganz energisch ab; er sei für ein Europa der Nationalitäten, »damit fördern wir die Kulturen, sonst kriegen wir eine Mischung, die zum Untergang des Abendlandes führt!«

In Texten des BFB werden Ausländer gelegentlich in einer Weise beschrieben, die sie unter Bezugnahme auf ihre Herkunft bzw. Abstammung herabsetzen soll, so z.B. in der BFB-Parteizeitung (Ausgabe vom 22.05.1998): »Ein Schüler - mit schwarzen, öligen, nach hinten gekämmten Haaren unschwer als Türke zu erkennen - ...«

Bei einer Veranstaltung zum vergangenen Bundestagswahlkampf in Köln polemisierte der damalige BFB-Generalsekretär und jetzige Bundesvorsitzende Kappel im Zusammenhang mit der Forderung, der Staat müsse etwas für Familien mit Kindern tun, die Statistiken besagten zwar, dass die Geburtenraten einigermaßen akzeptabel seien - «aber sehen Sie sich 'mal die Namen an, die Herkunft!«

Herabwürdigend erscheint auch die vom BFB in verschiedenen Sachzusammenhängen verbreitete Beschreibung von öffentlichen Leistungen an Ausländer als »Verschwendung« o.ä., z.B. in dem Programmpapier »Was wir gemeinsam wollen«: »Die Zukunft unserer Kinder darf nicht durch Mittelverschwendung für Ausländer und für das Ausland gefährdet werden.« In derartigen Forderungen deutet sich auch das Ziel an, Ausländer wegen ihrer Abstammung zu benachteiligen.

Anhaltspunkte für Revisionismus

Im »Wahlprogramm '98« heißt es, es sei »unmoralisch, dass eine Vergangenheit, unter der gerade auch die Deutschen gelitten haben, für politische und finanzielle Erpressungen

mißbraucht wird.« Dementsprechend engagierte sich der BFB auch in der Debatte um das Holocaust-Mahnmal in Berlin. In einem »Offenen Brief« zu diesem Thema sprach Kappel u.a. von einem »... *Machtanspruch jüdischer US-Organisationen ... die zuletzt drei Jahre lang die Schweiz erpreßt haben ...*«. In einem Bericht der rechtsextremistischen Publikation »Nation & Europa« wurde der Berliner BFB-Landesvorsitzende mit der Äußerung zitiert, »*der Bau des gigantomanmonströsen und millionenteuren Holocaust-Mahnmals*« diene »*nur dazu, unser Volk auf Generationen hinaus mit Schuldgefühlen zu belasten und erpreßbar zu halten.*«

Intensität und Regelmäßigkeit derartiger Vorwürfe deuten darauf hin, dass systematisch die Bedeutung der NS-Vergangenheit heruntergespielt und z.T. antisemitische Ressentiments geschürt werden sollen.

Zusammenarbeit mit den »Republikanern« und anderen Rechtsextremisten

Tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht einer Bestrebung gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung ergeben sich auch aus Kontakten und Zusammenarbeit des BFB, seiner Gliederungen und seiner führenden Funktionäre mit rechtsextremistischen Organisationen bzw. Parteien.

So inserierte der BFB mehrfach großformatig in der rechtsextremistischen Publikation »Der Schlesier«. In mehreren Ausgaben der NPD-nahen Publikation »Freiheit Wattenscheid« inserierte der Landesverband NRW des BFB 1998 mit ganzseitigen Anzeigen.

Auf der Seite »Private und politische Kontakte« des Internet-Angebotes der rechtsextremistischen Publikation »Signal« (früher: »Europa Vorn«) wurde am 28. Januar 1999 die Gründung des saarländischen Landesverbandes der BFB-Jugendorganisation »Junge Freiheitliche« angekündigt.

Schließlich waren vor allem Differenzen innerhalb der Parteiführung über Kontakte zu anderen Organisationen des rechten Spektrums ausschlaggebend für Rücktritt und Parteiaustritt des Gründungsvorsitzenden Brunner. Während einer Aussprache im BFB-Bundesvorstand am 13. Februar 1999 kritisierte Brunner, dass Kappel (damals als Generalsekretär) hinter seinem Rücken mit dem Bundesvorstand der »Republikaner« Geheimverhandlungen über eine Wahlabsprache in Hessen geführt habe. Dieses Verhalten sei - so Brunner - von anderen Funktionsträgern der Partei, z.B. in Thüringen und Brandenburg, als Auftakt von Wahlabsprachen und anderen Formen der Zusammenarbeit mit den »Republikanern« verstanden worden. Brunner erinnerte daran, dass Kappel schon im September 1998, vor der Bundestagswahl, das »Abgrenzungsgeschwätz« kritisiert und sich für eine Zusammenarbeit »rechter« Gruppierungen und Parteien ausgesprochen habe. Kappel verteidigte in einer Replik seine Verhandlungen mit den »Republikanern« und forderte eine grundlegende Überarbeitung des Grundsatzprogramms sowie eine neue Standortbestimmung im Rahmen eines innerparteilichen Klärungsprozesses. Mit der späteren Wahl von Kappel zum neuen Bundesvorsitzenden scheinen sich die Befürworter einer Zusammenarbeit mit Rechtsextremisten durchgesetzt zu haben.

In Thüringen ging der BFB mit den »Republikanern« ein Wahlbündnis (»Bündnis 99«) zur Landtagswahl am 12. September 1999 ein. Auf der REP-Landesliste kandidierten auch BFB-Mitglieder.

Der Kreisverband Frankfurt am Main der »Republikaner« führte am 15. Oktober 1999 eine Diskussionsveranstaltung durch, an der neben dem hessischen REP-Landesvorsitzenden und weiteren Mitgliedern des REP-Landesvorstandes auch der BFB-Bundesvorsitzende Heiner Kappel beteiligt war. Kernpunkt der Diskussion, so die Wochenzeitung »Junge Freiheit«, sei die Frage gewesen, »wie die verschiedenen nationalen Kräfte, die auf demokratischem Wege und im Rahmen der bestehenden Verfassungsordnung wieder deutsche Interessen zur Geltung bringen« wollten, »sinnvoll zusammenarbeiten und sich ergänzen« könnten. Die Teilnehmer hätten sich dafür ausgesprochen, »das Verbindende und nicht das Trennende in den

Vordergrund zu stellen«.

Nach Vorgesprächen am 16. Oktober 1999 in Fulda fand am 31. Oktober 1999 in Frankfurt am Main ein Treffen der Vorsitzenden verschiedener Parteien, u.a. der »Republikaner« und des BFB, statt. An diesen Gesprächen, die vom BFB-Bundesvorsitzenden Kappel initiiert worden waren, nahmen auch Vertreter von »Ab jetzt ... Bündnis für Deutschland« und »Vereinigte Rechte« teil. Kappel teilte anschließend mit, es gelte jetzt, die beteiligten Parteien und politischen Gruppierungen über die Gesprächsergebnisse zu informieren, diese zu beraten und die jeweiligen Zustimmungen einzuholen. Ob sich diese Kooperation verfestigen wird, ist zweifelhaft (siehe hierzu auch das voranstehende Kapitel 2.1.5 zum BfD). Zweifel bestehen auch hinsichtlich des langjährigen Fortbestands des BFB.

Aktivitäten des BFB in Nordrhein-Westfalen

Nachdem der BFB bei der Bundestagswahl im September 1998 in Nordrhein-Westfalen mit einem marginalen Wahlergebnis (0,1 %) weit hinter den Erwartungen seiner Mitglieder zurückgeblieben war, obwohl in zahlreichen Städten auch größere Wahlkampfveranstaltungen mit Spitzenfunktionären der Partei stattgefunden hatten, zeigten sich viele Mitglieder resigniert. Zu den Kommunalwahlen im September 1999 trat der BFB nur ganz vereinzelt an. In Köln kandidierte für den BFB ein Mitglied bzw. Unterstützer der »Deutschen Liga für Volk und Heimat«. In Düsseldorf fanden im Vorfeld der Kommunalwahl - im Ergebnis erfolglose - Verhandlungen über eine Listenverbindung von BFB und »Republikanern« statt.

Den neugewählten BFB-Führungsgremien auf Bundesebene gehören auch Mitglieder aus Nordrhein-Westfalen an. Landesvorsitzende in NRW ist (lt. »Junge Freiheit« vom 18. Juni 1999) Hilde Hülsmeier.

2.1.7 Sonstige Organisationen

2.1.7.1 Deutsche Liga für Volk und Heimat (DLVH)

Gründung	1991 (Die DLVH löste sich im Oktober 1996 als politische Partei auf und nahm die Rechtsform eines Vereins an.)	
Sitz	Coburg	
Vorsitzende	André Beiersdorf, Jürgen Schützinger, Ingo Stawitz	
Mitglieder	1999	1998
Bund	ca. 300	ca. 600
NRW	ca. 80	ca. 80

Der Verein versucht sich in der rechtsextremen Bündnispolitik. Seine Bedeutung in der rechtsextremistischen Szene ist allerdings in den letzten Jahren immer mehr geschwunden.

Gewicht erhält die DLVH z.Zt. lediglich durch ihre personelle Verbindung zur Publikation Nation & Europa - Deutsche Monatshefte. Deren Herausgeber Peter Dehoust ist Mitglied des DLVH-Bundesvorstandes. In Köln wurde zwecks Teilnahme an Kommunalwahlen der Verein »Bürgerbewegung pro Köln« e.V. (pro Köln) gegründet, zu dem auch der bekannte DLVH-Funktionär Markus Beisicht gehört. Es ist davon auszugehen, dass »pro Köln« von Kölner DLVH-Mitgliedern maßgeblich getragen wird.

Nennenswerte Aktivitäten entfaltete die DLVH erst zur nordrhein-westfälischen Kommunalwahl in ihrer Hochburg Köln. Nachdem die 5 %-Hürde bei Kommunalwahlen in NRW gefallen war, entschloss sie sich kurzfristig zu einer Kommunalwahlkandidatur in Köln. Dort kandidierte sie allerdings nur in 6 Wahlbezirken und zur Bezirksvertretung Köln-Kalk. Ihre Stimmengewinne blieben allerdings gering und reichten nicht für Mandate.

Geringe publizistische Aufmerksamkeit erzielte sie dadurch, dass sie die Gerichte bis hin zum Bundesverfassungsgericht - allerdings erfolglos - mit dem Ziel anrief, die Kommunalwahl zu verschieben, um mehr Zeit für ihre Wahlvorbereitungen zu erhalten.

2.1.7.2 Gesellschaft für Freie Publizistik e.V. (GFP)

Gründung	1960	
Sitz	München	
Vorsitzender	Dr. Rolf Kosiek	
Mitglieder	1999	1998
Bund	ca. 460	ca. 460
NRW	ca. 35	ca. 35
Publikation	»Das Freie Forum«, erscheint vierteljährlich; Auflage ca. 1.500Die GFP ist das größte überparteiliche	

Sammelbecken von rechtsextremistischen Verlegern, Buchhändlern und Publizisten. Aktivitäten entwickelt die GFP durch Vortragsveranstaltungen einzelner Arbeitskreise, die Herausgabe des Mitteilungsblattes »Das Freie Forum« und die jährliche Zentralveranstaltung »Gesamtdeutscher Kongreß«.

Ihre revisionistische Agitation deklariert die GFP als Eintreten für die Freiheit der Meinungsäußerung und der historischen Forschung. Tatsächlich werden insbesondere die deutschen Kriegsverbrechen bestritten und die Bundesrepublik Deutschland als undemokratisch diffamiert.

Die GFP sieht ihre Aufgaben auch in der Unterstützung von angeblich zu unrecht verfolgten rechtsextremistischen Publizisten und Verlegern. Daneben soll die Zusammenarbeit nationaler Kräfte in Europa gefördert werden.

Der »Deutsche Kongreß« der GFP fand vom 16. bis 18. April 1999 in Wernigerode unter dem Motto »Deutschland und Europa- Erneuerung statt Völkermord« statt. An der geschlossenen Vortragsveranstaltung nahmen wie in Vorjahren bis zu 350 Personen aus dem In- und Ausland teil.

Auf der am Rande stattfindenden Jahreshauptversammlung wurde der bisherige Vorstand wiedergewählt. Die Mitgliederversammlung verabschiedete mehrere Resolutionen. So wurden u.a. die doppelte Staatsbürgerschaft abgelehnt und der »völkerrechtswidrige« Angriff gegen Serbien sowie der Einsatz deutscher Soldaten im Kosovo verurteilt.

2.1.7.3 Deutsches Kulturwerk

Auch im Jahre 1999 organisierte das »Deutsche Kulturwerk« einige Vortragsveranstaltungen, bei denen vornehmlich mehr oder minder bekannte Rechtsextremisten als Referenten auftraten. Die Veranstaltungen hatten teilweise beachtliche Teilnehmerzahlen (bis zu 250).

Am 16. Januar fand eine Vortragsveranstaltung zu dem Thema »Strategien des Nationalen Widerstandes für das neue Jahrtausend« statt. Referent war der bundesweit bekannte Neonazi Christian Worch. Die Veranstaltung wurde von ca. 150 Personen besucht.

Horst Mahler tritt beim »Deutschen Kulturwerk« auf

Herausragende und bestbesuchte Veranstaltung des »Deutschen Kulturwerk« war eine Veranstaltung am 12. Juni zu dem Thema »Der Krieg im Kosovo - Die 'Neue Welt' als höchstes Stadium des Imperialismus«. Referenten waren der ehemalige Rechtsterrorist Peter Naumann sowie der ehemalige RAF-Terrorist Horst Mahler. Wohl bedingt durch die Prominenz von Mahler

erschieden zu dieser Veranstaltung ca. 250 Personen. In seinem Vortrag schürte Mahler massiv Überfremdungsängste. Des Weiteren propagierte er, dass Europa zusammen mit Russland ein Gegengewicht zu den USA bilden müsse. Aus dem Auditorium kamen zum Teil antisemitisch geprägte Äußerungen sowie Ausführungen, die auf eine hohe Gewaltbereitschaft schließen lassen.

NPD-Nähe

Das »Deutsche Kulturwerk« ist durch eine gewisse NPD-Nähe geprägt, auch wenn es sich als parteipolitisch ungebunden versteht. Die NPD-Nähe beruht auf dem Umstand, dass die Hauptorganisatoren der NPD zuzurechnen sind. Aufgrund des nicht unbeachtlichen Zuspruchs der Veranstaltungen des »Deutschen Kulturwerk« in der Vergangenheit, ist damit zu rechnen, dass die Organisatoren ihre Vortragsveranstaltungen fortsetzen werden.

2.1.7.4 Krefelder Gesprächskreis

Sitz	Krefeld
Mitglieder	ca. 40
Publikation	Pressedienst (erscheint unregelmäßig)

Der Krefelder Gesprächskreis trifft sich zweimal monatlich in einer Gaststätte in Krefeld-Uerdingen. Die Diskussionsrunde beschäftigt sich mit politischen sowie tagespolitischen Ereignissen. Die Teilnehmerzahl beträgt regelmäßig etwa 20 Personen, die zumeist aus rechtsextremistischen Organisationen, wie REP, NPD und DLVH stammen. Nicht zuletzt wegen der geringen Personenzahl scheiterten Überlegungen, sich an der Kommunalwahl NRW mit einer »Freien Wählergemeinschaft« zu beteiligen. Initiator und Versammlungsleiter des »Gesprächskreises« ist das ehem. REP-Mitglied Dr. Hans-Ulrich Höfs. Ein Erscheinen der Publikation »Pressedienst« wurde im Jahr 1999 nicht bekannt.

2.2 Neonazismus

2.2.1 Neonazis auf Bundesebene

Die sich am Gedankengut und der politischen Ideologie des Dritten Reiches orientierende Neonazi-Szene hat im Berichtszeitraum - bundesweit gesehen - trotz unterschiedlicher Entwicklungen in den Ländern stagniert.

Die thematischen Schwerpunkte der Neonazis im Jahr 1999 entsprachen weitgehend denen der rechtsextremen Szene insgesamt. Zu nennen sind hier die sog. »Wehrmachtausstellung«, doppelte Staatsangehörigkeit, der Kosovo-Konflikt, aber teilweise auch die Hinwendung des ehemaligen RAF-Terroristen Horst Mahler zum Rechtsextremismus. Die sich bereits in 1998 abzeichnende enge Zusammenarbeit zwischen NPD/JN und den sog. »Freien Nationalisten«, wie sich Neonazis auch bezeichnen, hat sich verfestigt. Exemplarisch ist die Zusammenarbeit dieser Gruppierungen bei öffentlichkeitswirksamen Aktionen gegen die »Wehrmachtausstellung«. Im Regelfall wurden die Aktionen von der NPD angemeldet, den größten Teil der aktiven Teilnehmer stellten jedoch die Neonazi- und die Skinszene. Auch ist es mittlerweile üblich, dass Neonazis auf solchen von der NPD/JN angemeldeten Veranstaltungen Rederecht erhalten. Beispiele hierfür sind u.a. die Demonstrationen am 22. Mai 1999 und am 2. Oktober 1999 in Köln. Die Teilnahme an diesen Demonstrationen und das Auftreten ihrer Führungspersönlichkeiten als Redner ist für den Zusammenhalt der Neonazi-Szene von hoher Bedeutung, da ansonsten die Möglichkeiten, legal in der Öffentlichkeit in Erscheinung zu treten, begrenzt sind. Unter Beteiligung von Aktivisten der NRW-Neonaziszene fand am 4. Dezember 1999 in Lüneburg ein unangemeldeter Aufzug von Angehörigen der NPD, »Freien Nationalisten« und »Kameradschaften« als Ersatz für verbotene NPD-Aufzüge am selben Tag in Braunschweig und Magdeburg statt. Bei der Auflösung des Aufzuges durch die Polizei kam es

teilweise zu gewalttätigen Auseinandersetzungen, an denen maßgeblich auch NRW-Aktivisten beteiligt waren.

2.2.1.1 Neue Neonazi-Organisation

Eine Neugründung im Neonazispektrum, der »Kampfbund Deutscher Sozialisten« (KDS), konnte bisher keinen größeren Einfluss auf die Neonazi-Szene gewinnen. Der KDS wurde am 1. Mai 1999 in Krimnitz/Brandenburg gegründet. Bei einem der vier Gründungsinitiatoren handelt es sich um einen bekannten früheren FAP-Aktivisten aus Duisburg. Der KDS gibt sich betont antikapitalistisch und propagiert einen deutschen Sozialismus. Hierbei wird das Bemühen deutlich, Schnittmengen mit Systemgegnern von »Links« herzustellen und den Gegensatz von »Rechts« und »Links« aufzuheben. Erwartungsgemäß fand diese Strategie auf linker Seite keinerlei positives Echo. Aber auch in der bundesweiten Neonazi-Szene gab es nur vereinzelt positive Resonanz. Lediglich lokal, in NRW sind hier Köln und Duisburg zu nennen, konnte der KDS einige wenige Anhänger gewinnen. Es steht auch nicht zu erwarten, dass der KDS zukünftig mehr als eine marginale Größe im Neonazispektrum sein wird. Eine gewisse Öffentlichkeitswirkung erzielte der KDS lediglich durch die Ausstrahlung von Ausschnitten der Gründungsversammlung in einem ZDF-Fernsehmagazin. Das von ihm herausgegebene Organ »Der Gegenangriff« ist bisher lediglich mit der Nr. 1 erschienen.



Organ des »Kampfbund Deutscher Sozialisten«
(Ausgabe 1)

2.2.2 Die Neonazi-Szene in NRW

Die nordrhein-westfälische Szene hat sich im Berichtszeitraum stabilisiert. Bezüglich ihres mobilisierbaren Potentials ist sogar eine gewisse Steigerung festzustellen. Gefestigtere Neonazistrukturen in NRW existieren im Raum Ostwestfalen, dem Sauerland/Siegerland, in Köln, Düsseldorf, dem Rhein-Sieg-Kreis und in Duisburg. Losere und diffusere Personenzusammenhänge, zum Teil vermischt mit der Skinheadszene, sind aus Teilen des Ruhrgebietes und des Niederrheins sowie dem Bergischen Raum und Teilen des Kreises Mettmann bekannt geworden. Solche Szenen sind großen Fluktuationen unterworfen und häufig von den Aktivitäten einzelner Führerfiguren abhängig. Ziehen sich solche Führungspersonen zurück, ist dies häufig mit dem Absterben solcher Szenen verbunden.

2.2.2.1 Lokale und regionale Neonazi-Gruppierungen

Wie im übrigen Bundesgebiet so ist auch die Szene in NRW z. T. in sog. »freien Kameradschaften« organisiert, ohne einer breiten Öffentlichkeit bekannt zu sein. Bis auf die Teilnahme an der gegen die »Wehrmachtsausstellung« gerichteten NPD-Demonstration am 22. Mai 1999 in Köln und an der ebenfalls von der NPD angemeldeten und auch in Köln durchgeführten Demonstration »Gegen den Doppelpass« am 2. Oktober 1999 traten Neonazis in NRW öffentlich nicht in Erscheinung. Die aus Anlass des Volkstrauertages am 14. November

1999 von Szeneangehörigen durchgeführten bzw. versuchten Kranzniederlegungen in Duisburg, Düsseldorf, Lüdenscheid und Bad Salzuflen verliefen ohne nennenswerte Öffentlichkeitswirkung. Zu internen Veranstaltungen gelingt es der Szene allerdings eine beachtliche Anzahl von Sympathisanten zu rekrutieren. So gelang es dem führenden Aktivist in Ostwestfalen am 17. April, 19. Juni und 18. Dezember 1999 in Steinhagen jeweils ca. 60 bis 80 Personen für Saalveranstaltungen zu mobilisieren. Ca. 80 Angehörige der bundesweiten und der niederländischen Neonazi-Szene trafen sich am 18. September 1999 in einer Gaststätte in Düsseldorf, ca. 90 Szeneangehörige trafen sich am 20. November 1999 in einer Gaststätte in Hirschberg aus Anlass des 2. Todestages ehemaliger Aktivist der Sauerländer Aktionsfront (SAF).

2.2.2.2 »Freie Kameradschaften«

Die Neonazi-Szene im Raum Duisburg hat unter Führung eines überregional bekannten Neonazis, der auch zu den Gründern des oben erwähnten KDS gehört, durch die Gründung der »Kameradschaft Duisburg« am 14. Mai 1999 festere Strukturen erhalten.



Aufkleber der
»Kameradschaft Walter
Spangenberg« Köln

Die seit Oktober 1998 bestehende »Kameradschaft Köln« hat sich konsolidiert. Eine wichtige Führungsrolle spielt dabei ein erst 16jähriger Schüler. Dieser Zusammenschluss von Neonazis, der sich auch »Kameradschaft Walter Spangenberg Köln« nennt, trifft sich regelmäßig in einer Stärke von ca. 15 Personen ohne Öffentlichkeitswirkung in unterschiedlichen Gaststätten. Lediglich am 4. Juli 1999 gelang es nach vorheriger Unterrichtung der Presse, den Beitritt der »Kameradschaft Köln« bzw. der »Kameradschaft Walter Spangenberg Köln« in den »Kampfbund Deutscher Sozialisten« vor laufender Kamera bekannt zu geben. Die von dem o.g. Aktivist bei dieser Gelegenheit gehaltene kurze Ansprache zeigt in erschreckendem Maße, wie sich Jugendliche, die gerade dem Kindesalter entwachsen sind, in die nationalsozialistische Ideologie verrennen können. Zitat: »*Denen*« (Anmerkung: gemeint ist der politische Gegner) »*wird irgendwann der Kopf abgeschlagen werden. Die kommen auf den Marktplatz... Ja, die werden auf den Marktplatz gestellt und werden erschossen für das was sie getan haben. In diesem Sinne Sieg Heil!*«.

Seit Ende 1999 hat sich in Dortmund ein zunächst völlig strukturloser Personenzusammenschluss der rechtsextremistischen Szene etabliert, der sich selbst »Nationaler Widerstand Ruhrgebiet« nennt. Dieser Personenkreis trifft sich regelmäßig in einer Dortmunder Gaststätte, wobei nicht selten bis zu 100 Teilnehmer zusammenkommen. Hierbei handelt es sich zum geringeren Teil um Neonazis, darüber hinaus um NPD-Mitglieder, Aktivisten aus dem Umfeld der »Hooligan-Szene«, Skinheads und teilweise um Personen aus dem nichtpolitischen, kriminellen Milieu. Es wird auf den Treffen weniger politisiert als das Gemeinschaftsgefühl »ausgelebt«. Aus konkreten Anlässen wird natürlich auch für die Teilnahme an öffentlichen Kundgebungen der rechtsextremistischen Szene geworben. Die Teilnehmer kommen aus den verschiedensten Regionen des Ruhrgebietes, daher auch deren

Namensgebung. Es handelt sich hierbei um einen der seltenen Fälle einer regelmäßigen Kommunikation von Angehörigen der Neonaziszene mit Mitgliedern der NPD außerhalb von gemeinsamen öffentlichen Auftritten. Die weitere Entwicklung dieser Gruppierung, insbesondere hin zu einem möglichen neuen Neonazi-Stützpunkt, wird aufmerksam zu beobachten sein.

In Düsseldorf besteht seit einigen Jahren um die Betreiber des NIT-Rheinlands eine Neonazi-Szene. Deren Führungspersönlichkeiten fehlen auf kaum einer Aktion oder einem überregionalen Treffen der Neonazi-Szene.

Die Neonazi-Szene im Bereich Bonn/Rhein-Sieg trifft sich weiterhin regelmäßig unter Leitung eines ehemaligen FAP-Aktivisten in einer Stärke von ca. 10 Personen. Diese Szene hat auch Anhänger in angrenzenden Gebieten von Rheinland-Pfalz.

Im Bereich Bielefeld/Ostwestfalen gruppiert sich seit Jahren um einen Aktivisten eine Neonazi-Szene, die auch über gute Kontakte zur Skinheadszenen verfügt bzw. zum Teil aus ihr hervorgegangen ist. Die Führungspersönlichkeit organisiert örtliche und ggf. überregionale Aktionen. Hierbei kommen ihm seine sehr intensiven Kontakte zu führenden Neonazi-Aktivisten im Bundesgebiet zugute. Zu öffentlichen Demonstrationen, wie z. B. gegen die »Wehrmachtausstellung«, ist er in der Lage, ca. 30 Anhänger seines Umfeldes zu aktivieren.

2.2.2.3 Sauerländer Aktionsfront (SAF)

Die bedeutendste Neonazi-Szene in NRW ist nach wie vor die »Sauerländer Aktionsfront« (SAF), die sich selbst auch als »Nationaler Widerstand Siegerland/Sauerland«, bezeichnet. Diese Szene hat sich unter maßgeblicher Beteiligung einer 25jährigen Frau aus Olsberg organisatorisch/ideologisch wieder gefestigt. Unter ihrer Regie finden wieder regelmäßige Treffen statt, und es muss damit gerechnet werden, dass es ihr gelingt, wie schon bis 1997, 50 - 60 Personen für öffentlichkeitswirksame Aktionen zu mobilisieren. Das Organ dieser Szene heißt »Sprung auf ... Marsch, marsch!!!« und ist in 1999 mit 2 Ausgaben erschienen.

2.2.2.4 Kontakte ins benachbarte Ausland

Die seit Jahren guten Kontakte der nordrhein-westfälischen Neonazi-Szene zu führenden Aktivisten im benachbarten westlichen Ausland führten auch 1999 zu mehreren Treffen, vor allem in den Niederlanden. Folgende Zusammenkünfte sind bekannt geworden:

Am 18. April 1999 trafen sich aus Anlass von Hitlers Geburtstag in Wijchen/Niederlande deutsche und niederländische Neonazis. Am 4. Juli 1999 trafen sich in Kerckdrill/Niederlande u.a. der führende niederländische Neonazi Eite Homann und NRW-Aktivisten. Am 31. Juli 1999 trafen sich in Valkenburg/Niederlande Angehörige beider Szenen zu einem öffentlichen »Rudolf Heß-Gedenkmarsch« im Rahmen der von der deutschen Szene ausgerufenen »Heß-Aktions-Wochen«.

Auf dem bereits erwähnten Treffen deutscher und niederländischer Neonazis am 18. September 1999 in Düsseldorf hielten zwei niederländische Führer der dortigen Neonazi-Szene eine Ansprache mit dem Tenor, die gute Zusammenarbeit der deutschen und niederländischen Neonazi-Szene weiter zu vertiefen.

Am 21. November 1999 trafen sich wiederum führende Aktivisten beider Szenen in Braamsche/Niederlande aus Anlass des zweiten Todestages ehemals führender SAF-Aktivisten.

»Ijzerbedevaart« in Diksmuide/Belgien und »Falangistentreffen« in Madrid/Spanien

Die Teilnahme deutscher Neonazis an der alljährlich im belgischen Diksmuide zu Ehren der gefallenen Flamen des Ersten Weltkrieges stattfindenden »Ijzerbedevaart« hat in den vergangenen Jahren u.a. wegen der erhöhten Aufmerksamkeit der belgischen Sicherheitskräfte erheblich nachgelassen. Aus Anlass des 72. Treffens vom 28. - 29. August 1999 nahmen daher

nur wenige deutsche Neonazis teil.

An den alljährlich aus Anlass des Todestages von General Franco in Madrid durchgeführten Treffen europäischer Neonazis, nahmen im November 1999 zwar einige führende deutsche Aktivisten teil, insgesamt ist aber auch hier - möglicherweise aus Kostengründen - ein erheblicher Rückgang der deutschen Teilnehmer festzustellen.

2.2.2.5 »Zentralorgan«

Die einzige in der Neonazi-Szene produzierte und bundesweit vertriebene Publikation ist die unregelmäßig erscheinende Schrift »Zentralorgan«. Die von Hamburger Neonazis erstellte Kampfschrift ist 1999 in 4 Ausgaben erschienen und befasste sich inhaltlich schwerpunktmäßig mit der Debatte um die »doppelte Staatsangehörigkeit«, dem Kosovo-Konflikt und der »Wehrmachtsausstellung«.



Titelblatt »Zentralorgan«

2.2.3 Rudolf Heß-Aktionen

Auch zum 12. Todestag des »Führer-Stellvertreters« Rudolf Heß versuchte die bundesweite Neonazi-Szene öffentlichkeitswirksame Aktionen durchzuführen. Die Neonazis erklärten die Zeit vom 9. - 22. August 1999 zu »Rudolf Heß-Gedächtnis- bzw. Aktionswochen«. Im Gegensatz zu 1998 bildete sich diesmal kein zentrales »Rudolf Heß-Komitee«. Vielmehr versuchten die jeweiligen regionalen Neonazi-Szenen eigene Aktionen zu organisieren. Bereits am 31. Juli 1999 hatten deutsche und niederländische Neonazis eine unangemeldete Kundgebung in Valkenburg/NL durchgeführt, an der auch Personen aus Nordrhein-Westfalen teilnahmen.

Aktionsversuche in NRW

In der Zeit der »Aktionswochen« kam es in NRW zu keinerlei spektakulären »Heß-Aktionen«. Es gelang den führenden nordrhein-westfälischen Aktivisten der Neonazi-Szene aus den Bereichen Sauerland, Ostwestfalen und der Rheinschiene (Köln, Düsseldorf, Bonn/Rhein-Sieg-Kreis) nicht, eine gemeinsame Aktion zu organisieren. Auch nennenswerte lokale Aktionen kamen nicht zu Stande. Aktionsversuche, die vor allem im Sauerländer und Siegener Raum zu verzeichnen waren, wurden aufgrund der großen Polizeipräsenz vor Ort entweder aufgegeben oder schon im Ansatz von der Polizei vereitelt.

Aktionen in anderen Ländern und im Ausland

Auch in anderen Ländern kam es nicht zu größeren Aktionen. Kleinere Aufmärsche bzw. Aufmarschversuche mit wenigen Dutzend Personen in Ost- und Norddeutschland wurden von der Polizei ganz überwiegend entweder bereits im Ansatz verhindert oder nach kurzer Zeit aufgelöst.

In Bern (Schweiz) kam es am 17. August in der Nähe der Deutschen Botschaft zu einer Kundgebung mit Heß-Bezug von ca. 150 Personen verschiedener Nationalitäten, unter denen sich auch einige Deutsche, vornehmlich aus dem süddeutschen Raum, befanden.

Ausblick

Die Rudolf Heß-Aktivitäten haben in diesem Jahr, zumindest in NRW, angesichts der starken Polizeipräsenz während der Aktionswochen eine erneut rückläufige Tendenz gezeigt. Möglicherweise wird man zukünftig Rudolf-Heß-Aktionen in weiterem zeitlichen Abstand zum Todestag versuchen, um staatliche Gegenmaßnahmen zu unterlaufen.

2.2.4 Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei/Auslands- und Aufbauorganisation (NSDAP/AO)

Die vom US-amerikanischen Staatsbürger Gary Rex Lauck gesteuerte NSDAP/AO hebt sich durch nur noch von ihr veröffentlichtes rein nationalsozialistisches, bewusst antijüdisches Propagandamaterial, aus der übrigen Neonazi-Szene hervor. Die von Lauck produzierten sogenannten Spuckis haben einen derartig menschenverachtenden und abschreckenden Inhalt, dass sie schon seit längerer Zeit in der deutschen Neonazi-Szene kaum noch bei Klebeaktionen - nicht nur aus Furcht vor Strafverfolgung, sondern auch aus Sorge vor weiterer Isolation - verwendet werden. Sie lauten beispielsweise: »Judentyrannie brechen«, »Wir sind wieder da!« oder »Die Juden sind unser Unglück«. Neben diesen Spuckis produziert er von Amerika aus mit Unterstützung von Gesinnungsgenossen in ganz Europa mehrsprachig die unregelmäßig erscheinende Schrift »NS-Kampfruf«, die inhaltlich ebenfalls nationalsozialistisches Gedankengut reiner Prägung verbreitet. 1999 sind die Ausgaben Nrn. 123 bis 129 erschienen. Der Einfluss von Lauck auf die deutsche Neonazi-Szene ist sehr gering.



2.2.5 Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG)

Gründung	1979	
Sitz	Frankfurt/Main	
Vorsitzende	Ursula Müller	
Mitglieder	1999	1998
Bund	ca. 500	ca. 450
NRW	ca. 70	ca. 70
Publikation	»Nachrichten der HNG«, erscheint monatlich; Auflage: ca. 400	

Die 1979 gegründete HNG hat laut Satzung das Ziel, die materielle und ideelle Betreuung inhaftierter Gesinnungsgenossen sicherzustellen. Sie ist ein Sammelbecken von Neonazis aller »Schattierungen« und somit eines der wenigen bundesweiten Bindeglieder der Szene. Außer der Betreuung von »politischen Gefangenen« bestehen ihre Aktivitäten im Wesentlichen in der Herausgabe der monatlich erscheinenden Schrift »Nachrichten der HNG«. Geleitet wird die HNG seit 1991 von Ursula Müller aus Mainz, die auch anlässlich der Jahreshauptversammlung der HNG am 13. März 1999 in Schwarzach-Kitzingen/Bayern in ihrem Amt bestätigt wurde.

Sie und ihr ebenfalls in der HNG aktiver Ehemann wurden mit Urteil des Landgerichts Mainz vom 3. Mai 1999 wegen Vergehen gem. § 130 StGB - Aufstachelung zum Rassenhass - zu Freiheitsstrafen von 10 bzw. 12 Monaten auf Bewährung sowie zu Geldstrafen verurteilt.

2.2.6 Die Artgemeinschaft-Germanische Glaubensgemeinschaft wesensgemäßer Lebensgestaltung e.V.

Sitz	Berlin	
Vorsitzender	Jürgen Rieger, Hamburg	
Mitglieder	1999	1998
Bund	140	140
NRW	40	40
Publikation	Nordische Zeitung (NZ), erscheint vierteljährlich	

Die »Artgemeinschaft« bildete sich im Jahr 1951 in Göttingen aus der »Nordischen Glaubensgemeinschaft e.V. von 1927«, die sich im April 1934 mit der »Nordisch-religiösen Arbeitsgemeinschaft/Berlin« und im Jahr 1935 mit der »Deutschgläubigen Gemeinschaft e.V.« zu einem »Glaubensbund« zusammengeschlossen hatte.

Die Vereinigung will die Kultur einer nordeuropäischen Menschenart bewahren und erneuern, an die Vorstellungen der heidnischen Vorfahren anknüpfen - als Sinnbild wird die Irminsul verwendet - und »artverwandte« Völker der nördlichen Hemisphäre hinzugewinnen. Als völkische geprägte Gemeinschaft mit religiösen Einschlag besitzt sie Integrationsfunktion nicht nur für germanophile »Heiden«, sondern auch für Rechtsextremisten, die in der Betonung der nordischen Rasse ihre völkische Ideologie praktizieren können.

Die »Artgemeinschaft« verfügt über einen Anhängerkreis in Nordrhein-Westfalen, der bis zu ca. 40 Personen umfasst, wobei ein großer Teil aus ehemaligen bzw. noch aktiven Neonazi-Szenen stammt. Politisch geprägte Aktivitäten mit Außenwirkung sind nicht bekannt geworden, allerdings treffen sich die Anhänger gelegentlich zu Veranstaltungen mit historisch-germanischem Bezug, die das interne Zusammengehörigkeitsgefühl stärken sollen und einen geselligen Charakter haben.

Vorsitzender ist seit 1988 Jürgen Rieger, Hamburg, der gleichzeitig Schriftleiter der »Nordischen Zeitung« ist.

2.3 Rechtsextremistische Skinheads

Die Skinheadszene ist selbständiger Teil einer weitreichenden Jugendkultur, die sich vom gesellschaftlichen Konsens abgewandt und eigenständige »Standards« entwickelt hat, wie Kleidungsaccessoires, zum Teil mit neuheidnisch-germanischen Elementen, wie Kommunikationsmittel (Fanzines) und als Hauptmerkmal eigene Musikstilmittel. Auffallend ist in diesem Zusammenhang, dass sich eines der verbreitetsten Skin-Fanzines wie »Rock Nord« zunehmend mit der »Black-Metal«-Musikrichtung beschäftigt. Dies macht das Bemühen deutlich, auch in diesem Bereich Fuß zu fassen. Es ist jedoch zu betonen, dass zur Zeit nur ein sehr geringer Teil der »Black-Metal«-Szene rechtsextremistisch beeinflusst bzw. geprägt ist.

Es bestehen in der Bundesrepublik Deutschland ca. 130 Skinheadbands, von denen allerdings etwa 40 zumindest derzeit inaktiv sind.

Die NRW-Skinheadband »Barking Dogs« beschreibt in einem Interview mit dem Fanzine »Rock Nord« (Juni/Juli 1999) diese sehr fluktuierende Musikszene zutreffend wie folgt:

»Die Musikszene ist so mit Bands überflutet, dass es schwer ist, aus dieser Masse herauszustechen... Die meisten Gruppen (sind) eh nur Projekte oder Eintagsfliegen ...«



CD-Cover von Skinheadmusik

Gleichwohl ist es einigen Bands gelungen, sich auf dem Szenemarkt seit Jahren zu behaupten. Gerade die Skinheadmusik mit zum Teil rassistischen, rechtsextremistischen und gewaltverherrlichenden Texten findet viele Abnehmer bei Jugendlichen - auch über die eigentliche Szene hinaus.

Die Aufnahme und Produktion von Tonträgern mit Skinheadmusik erfolgt häufig im Ausland, da dort die Herstellung von Tonträgern mit rassistischen Texten zum Teil nicht unter Strafe gestellt ist. Niedrige Produktionskosten und ein hoher Verkaufserlös haben dazu geführt, dass einige Skinheads nur noch Tonträger produzieren und bei Skinheadkonzerten nicht mehr auftreten. Zahlreiche Ermittlungsverfahren, Durchsuchungen und Beschlagnahmen gegen Vertrieber und Produzenten rechtsextremistischer Tonträger haben zudem die Szene verunsichert. Es ist allerdings zu erwarten, dass neue Anbieter die Marktanteile der Vertriebe übernehmen werden, die sich aufgrund von Strafverfahren zurückgezogen haben.

2.3.1 Neue volksverhetzende CD »Die Härte«

Ende 1999 erschien eine neue CD »Nationale Deutsche Welle« von »Die Härte« auf den Markt, deren Urheber unbekannt sind. Fünf der insgesamt 10 Titel umfassenden CD sind über das Internet auf einer anonymen Homepage als MP3-Datei abrufbar. Diese Software ermöglicht es dem Internet-Nutzer, die Musik auf dem eigenen Computer herunterzuladen, eigene CD's herzustellen und zu verbreiten.

Auf Melodien von deutschsprachigen Pop-Songs der 80er Jahre enthält die CD volksverhetzende, fremdenfeindliche, gewaltverherrlichende und antisemitische Texte. So heißt es u.a. in dem Stück »Am Tag, als Ignatz Bubis starb« in den Kehrreimen:

*»Am Tag, als Ignatz Bubis starb - Und alle Juden heulten
Am Tag, als Ignatz Bubis starb - Und alle Gläser klingen
Das wird ein schöner Tag
Wir pissen auf sein Judengrab
Bubis, Du Sack, hör gut zu! Dein Todeslied könnte dies sein
Ja, irgendwann ist der Schuss im Ziel, wir kühlen schon die Flasche Wein
Die Warnung ist unser Ernst, Deine Judenhaut überreif
Die Deutschen kann man nicht besiegen - Du auch bald an Deinem Todestag begreifst«*

(Anmerkung: »Die Härte« wurde vor dem Tod von Ignatz Bubis produziert)

2.3.2 Skinhead-Konzerte

In Nordrhein-Westfalen kam es im Jahr 1999 vereinzelt zu Skinhead-Konzerten. Es wurden bekannt:

- | | |
|----------------------------|--|
| 10. April in Arnsberg | ca. 70 Teilnehmer, u.a. mit den Bands
Weiße Wölfe«, »Reinheitsgebot«, »Oidixie« |
| 14. Mai in Mönchengladbach | ca. 200 Teilnehmer, u.a. mit »Oidixie« |

4. September in Düsseldorf-Benrath ca. 150 Teilnehmer, u.a. mit »Rabauken«
9. Oktober in Moers ca. 180 Teilnehmer, u.a. mit »Weiße Wölfe«, »Oidoxie«.

2.3.3 Polizeiliche und justizielle Maßnahmen

Eine zeitgleiche und länderübergreifende Durchsuchungsaktion am 20. Juli richtete sich gegen 12 Wohn- und Geschäftsräume von Vertreibern und Beziehern von Tonträgern des rechtsextremistischen Liedermachers Frank Rennie aus Baden-Württemberg. Ausgelöst durch das LKA Baden-Württemberg betraf die Maßnahme die Länder Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen. Die Polizei durchsuchte u.a. den »Ohrwurm-Versand« in Hasslinghausen und den »Dieter Koch Versand« in Sprockhövel/Ennepe-Ruhr-Kreis. Insgesamt wurden 50 Tonträger der »Frühwerk Edition I« und der 1998 erschienenen »Frühwerk Edition II« beschlagnahmt. Die Durchsuchungen erfolgten im Rahmen eines Verfahrens wegen des Verdachts der Volksverhetzung (§ 130 StGB) und anderer Straftaten. Der Inhaber des »Ohrwurm-Versandes« kündigte daraufhin Ende 1999 seinen Kunden an, er werde in Ennepetal ein Geschäft eröffnen und weiterhin skinheadtypisches Material anbieten, auf den Verkauf von CDs jedoch verzichten.

Am 12. Juli durchsuchte die Polizei die Wohnräume von zwei Personen aus Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz. Beide Personen, die der Skinheadszene zuzurechnen sind, betrieben anonym Internet-Homepages mit rechtsextremistischen Inhalten. Die Pages mit den Bezeichnungen »Meck« und »Bosch 88« enthielten neben Musikdateien mit volksverhetzenden und antisemitischen Texten u.a. auch die Nürnberger Gesetze, zwei Rassengesetze, die anlässlich des NSDAP-Reichsparteitages in Nürnberg am 15. September 1935 verabschiedet worden waren.

2.3.4 Neues Skinhead-Fanzine »White Supremacy«

Anfang 1999 wurde die erste Ausgabe eines neuen Fanzines mit dem Titel »White Supremacy« bekannt. Das professionelle Fanzine aus Sachsen hebt sich mit seiner 56-seitigen Druckaufmachung in Hochglanz deutlich von der Mehrheit der in Umlauf befindlichen Skinhead-Publikationen ab. Insgesamt handelt es sich bei »White Supremacy« um ein neonazistisch geprägtes, die junge Skinheadszene ansprechendes Fanzine, das von sächsischen Mitgliedern der »Blood&Honour«-Bewegung herausgegeben wird. Die »Blood&Honour«-Bewegung untergliedert sich in den einzelnen Ländern nach Divisionen und Sektionen. Verbindendes Element der Bewegung ist neben der aggressiven Skinheadmusik die Vision von der globalen Dominanz der weißen Rasse. Diese Zielsetzung kommt auch in dem Namen des Fanzines »White Supremacy« (= weiße Oberherrschaft/Obergewalt) zum Ausdruck.

2.3.5 Neue Ausgabe von »Blood & Honour«, Berlin

Die Ausgabe 8/1999, Sprachrohr der etwa seit 1994 aktiven gleichnamigen Skinheadbewegung, macht weiterhin deutlich, dass die Schrift wie auch dieser Teil der Skinheadszene nicht nur Subkultur sein, sondern eindeutig ein politisches Anliegen transportieren will, wobei sie sich der Glorifizierung der NS-Zeit verschrieben hat, obwohl im Impressum eine derartige Absicht bestritten wird. Die Ausgabe beschreibt eine Teilnahme an Gedenkfeiern für die Waffen-SS am 13. Februar 1999 in Ungarn, stellt die Hitler-Jugend als beispielhaft dar, gibt eine Biographie der Werke von Leni Riefenstahl und Arno Breker und gedenkt der militärischen Führer der Leibstandarte Adolf Hitler und der 12. SS-Panzerdivision.



Ein Interview mit der rechtsextremistischen Skinhead-Band »Landser« beinhaltet darüber hinaus das Postulat

»Die NPD ist die einzige überhaupt noch wählbare Partei ...«.

2.3.6 Auflösung von »NS 88«

Der in Dänemark ansässige Vertrieb »NS 88« hat die Einstellung seines Geschäftsbetriebs und die Auflösung des angeschlossenen Produktionslabels »NS Records« zum 31. März 1999 erklärt. In einem Flugblatt, das einem von »Blood&Honour Scandinavia« herausgegebenen Katalog beigelegt war, wird u.a. ausgeführt, dass alle Materialien des Vertriebsdienstes an loyale Kameraden von »Blood&Honour Scandinavia« übergeben worden seien. In einem ebenfalls in dem Katalog enthaltenen Schreiben bezeichnet sich »Blood&Honour Scandinavia« als »offizieller Nachlassverwalter« von »NS 88«. Man biete das komplette Restprogramm des legendären Untergrundlabels an und werde auch in Zukunft über Neuerscheinungen informieren.

2.3.7 Auswirkungen von MP3-Dateien

Die technische Neuheit der Möglichkeit des kostenlosen Herunterladens von Musikstücken aus dem Internet kann für die Skinszene erhebliche Auswirkungen haben. Neben der Erschwerung der Strafverfolgung bei der Verbreitung strafbewehrter Skinmusiktex-te, dürften die herkömmlichen Anbieter von Skinmusik stark betroffen sein. Durch die Möglichkeit des kostenlosen Herunterladens dürften die herkömmlichen Anbieter nicht unerhebliche Umsatzeinbußen und verringerte Gewinne zu erwarten haben. Solche Tendenzen sind ansatzweise bereits jetzt zu beobachten. Ob die Auswirkungen so stark sind, dass einzelne Vertrieber von Skinmusik aus ökonomischen Gründen ihre Tätigkeit aufgeben müssen, bleibt abzuwarten.

2.4 Revisionismus

Zu den zentralen Themen rechtsextremistischer Agitation gehört weiterhin der Revisionismus. Unter Revisionismus versteht man den politisch motivierten Versuch, die Geschichtsschreibung über die nationalsozialistische Diktatur im Sinne einer Aufwertung derselben zu ändern. Im Mittelpunkt revisionistischer Agitation stehen dabei insbesondere die Leugnung bzw. Relativierung des Holocaust (»Auschwitz-Lüge«), das Bestreiten der deutschen Kriegsschuld sowie relativierende Vergleiche zwischen den Verbrechen des Nationalsozialismus und alliierten Kriegshandlungen. Ziel des Revisionismus ist die moralische Entlastung des Nationalsozialismus bzw. der rechtsextremistischen Ideologie an sich. Damit stellt der Revisionismus ein verbindendes Ideologieelement zwischen unterschiedlichen rechtsextremistischen Strömungen dar, welches Teile der zersplitterten rechtsextremistischen

Szene mobilisieren und anlassbezogen zusammenführen kann.

Methodische Vorgehensweise von Revisionisten

Unter Berufung auf die im Grundgesetz verankerte Freiheit von Meinung, Wissenschaft und Forschung behaupten Revisionisten einen vermeintlich wissenschaftlichen Charakter ihrer Aktivitäten und Veröffentlichungen. Im Gegensatz zu eigenen Aussagen wird eine objektive Wissenschaft jedoch nicht angestrebt. Vielmehr arbeiten Revisionisten mit unlauteren Methoden wie einseitigen Darstellungen, inhaltlichen Verzerrungen und Fälschungen. Die Form und Struktur des angeblich wissenschaftlichen Diskurses soll zum einen Revisionisten vor einer Strafverfolgung schützen. Zum anderen sollen in der Öffentlichkeit revisionistische Thesen durch geschickte Rhetorik, Suggestionen und Täuschungen eine gewissen Glaubwürdigkeit und Breitenwirkung erzielen.

Ein Beispiel »pseudowissenschaftlicher« Methodik ist das Präsentieren vermeintlich neuer bzw. bislang vorenthaltener Dokumente. So berichtet u.a. die Unabhängigen Nachrichten 9/99 unter der Überschrift: »Geheimsache 'Kanzlerakte' - Endlich eine Erklärung für die unbegreifliche Politik aller Regierungen von Adenauer bis Schröder?« über ein angebliches Zusatzabkommen zum Grundgesetz von 1949. Danach soll die Medienhoheit in Deutschland den alliierten Mächten bis 2099 obliegen. Außerdem müsse jeder Kanzler vor Ablegung des Amtseides die sog. »Kanzlerakte« auf Anordnung der Alliierten unterzeichnen. Das angeblich echte Dokument dient den Revisionisten dabei als vermeintlicher Beweis, die Bundesrepublik Deutschland als unfreien »Vasallenstaat« der Alliierten zu verunglimpfen.

Auffällig ist, das mit der revisionistischen Behandlung zeitgeschichtlicher Themen aktuelle Ereignisse, wie z.B. der Kosovo-Krieg, soziale Krisen und zunehmende Globalisierung, geschickt in die Argumentation eingeflochten und im Sinne revisionistischer Agitation verzerrt wiedergegeben werden. Revisionisten versuchen, durch Herausstellung von - auf den ersten Blick zunächst - unverfänglichen Themenkomplexen den Leser zu interessieren.

Verlagerung des strafbaren Revisionismus ins Ausland

Aufgrund drohender Strafverfolgung halten sich Revisionisten mit strafrechtlich relevanten Äußerungen in deutschen Publikationen vermehrt zurück und verlagern ihre Aktivitäten ins Ausland mit liberalerer Gesetzgebung. So veröffentlicht der mit Haftbefehl gesuchte Holocaust-Leugner Germar Scherer nunmehr in Großbritannien.

Daneben gelangen aus dem Ausland eine Vielzahl revisionistischer Schriften - zumeist auf dem Postweg - nach Deutschland. Einige Schriften sind gezielt auf die deutsche Öffentlichkeit abgestellt, indem - zumindest teilweise - auf aktuelle politische Themen in Deutschland eingegangen wird. Dies lässt auf inländische deutsche Redakteure schließen, wie z.B. beim National Journal, bzw. auf das Mitwirken von im Ausland lebenden Deutschen.

Die Nutzung des Internets ist für die Aktivitäten der Revisionisten weiterhin von zentraler Bedeutung. Es ermöglicht die internationale Zusammenarbeit bei Umgehung nationaler Strafbestimmungen. Revisionistische Organisationen und Publizisten, wie der in Kanada lebende deutsche Staatsangehörige Ernst Zündel, die in Belgien ansässige Vrij Historik Onderzoek (VHO) und das »Institute for Historical Review« in den USA, unterhalten aufwendige Homepages im Internet. Zahlreiche Links ermöglichen den direkten Zugriff auf weitere revisionistische Homepages in aller Welt. Dieses Netz bietet dem Leser durch ein umfangreiches Text- und Buchangebot sowie Hinweise auf Liefer- und Internetadressen eine umfassende Darstellung des internationalen Revisionismus. Durch weltweite Vernetzung sind alle verbotenen Texte erhältlich.

2.4.1 Revisionisten und revisionistische Bestrebungen

2.4.1.1 Dr. Fredrick Toben, Australien

Der deutschstämmige Dr. Fredrick Toben ist selbsternannter »Direktor« des »Adelaide Institute« in Australien, eines der internationalen Zentren revisionistischer Propaganda. Toben ist in der Vergangenheit als aggressiver Holocaust-Leugner in Erscheinung getreten und steht in Kontakt zu weltweit bekannten Revisionisten. Über die Homepage des Instituts sind zahlreiche revisionistische Schriften, wie z.B. das »Rudolf-Gutachten« abrufbar. Zudem enthält die Homepage u.a. »Links« zur Homepage von Ernst Zündel, zur VHO und zum »Institute for Historical Review«.

Am 8. April 1999 wurde Toben anlässlich einer Europareise in Mannheim vorläufig festgenommen. Aufgrund seiner Ausführungen gegenüber der Staatsanwaltschaft und der vom »Adelaide Institute« im Internet eingestellten Inhalte erging am 9. April 1999 Haftbefehl wegen des Verdachts der Volksverhetzung. Das Landgericht Mannheim verurteilte Toben am 10. November 1999 wegen Volksverhetzung, Beleidigung und der Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener in mehreren Fällen zu einer Gesamtstrafe von 10 Monaten ohne Bewährung. Nach Auffassung des Gerichts erfüllen Tobens Beiträge im Internet inhaltlich den Tatbestand der Volksverhetzung. Sie seien aufgrund der Verbreitung aus dem Ausland über Internet in Deutschland jedoch nicht als Volksverhetzung, sondern nur als Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener und als Beleidigung strafbar. Toben wurde u.a. auch dafür verurteilt, dass er eine seiner inkriminierten Schriften dem »Verlag der Freunde« bzw. dem Herausgeber der Zeitschrift Sleipnir zur Verfügung stellte. Dieser wiederum hatte diese sowohl über seine Homepage als auch in der Zeitschrift Sleipnir verbreitet. Toben wurde aufgrund seiner seit April währenden Untersuchungshaft gegen Zahlung einer Kaution von 6.000 DM Haftverschonung gewährt. Die Staatsanwaltschaft will gegen das Urteil Revision einlegen.

Die Inhaftierung und Verurteilung Tobens erregte in der rechtsextremistischen Szene große Aufmerksamkeit, zumal erstmals ein Angeklagter wegen Verbreitung strafbarer Inhalte aus dem Ausland via Internet verurteilt wurde.

In Ausgabe 4/99 berichtet Sleipnir über die Hintergründe der Festnahme von Toben. So werden - vermutlich von einem Mitarbeiter des Adelaide-Instituts - erhobene Vorwürfe, Toben sei gezielt nach Deutschland gereist, um sich als »Märtyrer« festnehmen zu lassen, zurückgewiesen.

2.4.1.2 Germar Scheerer geb. Rudolf, Großbritannien

Der Diplom-Chemiker Germar Scheerer geb. Rudolf ist u.a. Verfasser des 1992 veröffentlichten und nach ihm benannten »Rudolf-Gutachtens«, das die Judenvernichtung mittels Zyklon B im Konzentrationslager Auschwitz leugnet. Darauf aufbauend veröffentlichte Scheerer weitere Publikationen unter Verwendung zahlreicher Pseudonyme, teilweise in Zusammenarbeit mit bekannten Revisionisten aus dem In- und Ausland. Das Landgericht Stuttgart verurteilte Scheerer 1995 u.a. wegen Volksverhetzung zu einer 14monatigen Haftstrafe ohne Bewährung, der er sich durch Flucht zunächst nach Spanien entzog.

Scheerer hält sich derzeit vermutlich in Großbritannien auf. Er ist Chefredakteur der »Vierteljahreshefte für freie Geschichtsforschung« (VffG), die vom Verlag Castle Hill Publishers, Hastings/Großbritannien herausgegeben und vertrieben werden. Seine zahlreichen Publikationen sowie sein maßgebliches Engagement bei VHO bzw. den VffG machen Scheerer zum derzeit bedeutendsten deutschen Revisionisten. Das »National Journal« würdigt Scheerer in dem Beitrag »Treibjagd auf Germar Rudolf hat begonnen.« Aufgrund mehrerer britischer Presseberichte über einen möglichen Aufenthalt in Großbritannien im Oktober 1999 fordern verschiedene Institutionen die Festnahme und Auslieferung Scheerers nach Deutschland.

2.4.1.3 Udo Walendy

Der Diplom-Politologe Udo Walendy gehörte in der Vergangenheit zu den aktivsten Revisionisten in Deutschland. Walendy ist Verleger und Verfasser zahlreicher revisionistischer Schriften, in denen er die Verbrechen des Holocaust wiederholt leugnete. Insbesondere die von Walendy bis 1996 geführte Schriftenreihe »Historische Tatsachen« unterliegt zahlreichen Indizierungs- und Beschlagnahmeverfahren. Walendy wurde rechtskräftig u.a. wegen Volksverhetzung verurteilt und verbüßte bis zum 31. Mai 1999 eine 18monatige Haftstrafe. Aufgrund dessen gilt Walendy als »Märtyrer« und Symbolfigur »staatlichen Gesinnungsterrors«.

2.4.1.4 Erhard Kemper

Der mit drei Haftbefehlen gesuchte Revisionist Erhard Kemper wurde am 29. April 1999 in seinem Haus in Münster festgenommen. Kemper wurde bereits mehrfach u.a. wegen Volksverhetzung verurteilt. Einer erneuten Inhaftierung hatte sich Kemper durch Flucht entzogen. Weitere Ermittlungsverfahren, u.a. wegen Verteilung von Briefen mit volksverhetzendem Inhalt, sind anhängig.

Aufgrund seiner Inhaftierung wird Kemper wie Walendy von zahlreichen Publikationen aus dem In- und Ausland als Märtyrerfigur deklariert bzw. als »Gasfrontkämpfer« gewürdigt. So lobt das National Journal, Ausgabe 35/99 Kempers jahrzehntelangen »heldenhaften Kampf« gegen die »Holocaust-Offizialversion«. Trotz seiner Inhaftierung tritt Kemper weiterhin als Autor in rechtsextremistischen Publikationen, wie »Deutschland - Schrift für neue Ordnung« und »Recht und Wahrheit« sowie durch Verbreitung von volksverhetzenden Briefen in Erscheinung.

2.4.1.5 National Journal

Das National Journal - Die Kampfgemeinschaft für die Wiederherstellung der Menschenrechte in Deutschland und gegen antideutsche Politik - wird seit Januar 1996 laut Impressum von einer namentlich unbekanntem Redaktionsgemeinschaft »Die Freunde im Ausland« herausgegeben. Der Untertitel der Publikation sowie die Berichterstattung zu aktuellen politischen Ereignissen in Deutschland deuten jedoch darauf hin, dass zumindest einzelne Beiträge von Redakteuren in Deutschland erstellt werden. Die Kontaktadresse in Großbritannien ist identisch mit der Anschrift eines bekannten britischen Rechtsextremisten und Verlegers, der europaweit Publikationen für Rechtsextremisten erstellt. Neben der monatlichen Papierausgabe in unbekannter Auflagenhöhe ist das National Journal seit Oktober 1996 auch im Internet vertreten.

Das National Journal fungiert als Nachfolgepublikation der »Remer Depesche« bzw. des »Deutschland-Report«. Entsprechend seiner Vorläuferpublikationen verbreitet das National Journal neben revisionistischer Propaganda antisemitische und fremdenfeindliche Hetzparolen. So wird im Internet in dem Beitrag »Touristisches Holocaust-Mahnmal erspart die Fahrt nach Auschwitz« die geplante Gedenkstätte in Berlin als »ein bevorzugtes Ausflugsziel für Vierbeiner« verunglimpft. Holocaustgedenkstätten seien »Schreckenssymbole« bzw. »Haß-Monumente« des deutschen Volkes, deren Sprengung »später einmal im Rahmen einer Staatsfeier anlässlich des politischen Neuanfangs einer menschlichen Volksgemeinschaft stattfinden« wird. »Am Tag, an dem die Säulen berstend in die Luft gehen, wird ein erlösender Aufschrei durch unser Volk gehen und eine menschenzerstörende Psycho-Terror-Politik wird es auf Jahrhunderte hinaus nicht mehr geben.«

2.4.1.6 Stiftung »Vrij Historisch Onderzoek« (VHO), Belgien

Die 1985 in Antwerpen (Belgien) gegründete und in Berchem (Belgien) ansässige VHO gewinnt durch die Herausgabe und Verbreitung von revisionistischem Propagandamaterial in Deutschland und weltweit zunehmend an Bedeutung. Offiziell wird die Stiftung von den Brüdern Siegfried und Herbert Verbeke geleitet. Dabei dürfte es sich aber mehr um eine taktische Maßnahme handeln.

Ermittlungsverfahren und Indizierungen

Wegen Veröffentlichung und Verbreitung revisionistischer Schriften sind in Deutschland zahlreiche Ermittlungsverfahren gegen die VHO bzw. die Brüder Verbeke anhängig. Eine Vielzahl der Ermittlungsverfahren musste jedoch eingestellt werden, da der Sitz der Stiftung im Ausland, der anonyme Postversand und die Verbreitung revisionistischer Propaganda über das Internet die deutsche Strafverfolgung erschwert.

Gegen die Ausgabe 2/98 der Publikation »Vierteljahreshefte für freie Geschichtsforschung« (VffG), die 1998 zumindest offiziell von der VHO herausgegeben wurde, liegt ein Beschlagnahmebeschluss des Amtsgerichts München wegen Volksverhetzung vor. Die »Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften« hat mittlerweile die Ausgaben 1 bis 4/1998 der VffG u.a. wegen Leugnung und Relativierung der Verbrechen im Dritten Reich indiziert. Im April 1999 wurde auch das von der VHO vertriebene Buch »Auschwitz: Nackte Fakten. Eine Erwiderung an Jean-Claude Pressac« auf den Index gesetzt. Die Publikation mit Beiträgen von namhaften Revisionisten aus dem In- und Ausland, wie Robert Faurisson, Carlo Mattogno und Gernar Scheerer, geb. Rudolf, leugnet die Existenz von Gaskammern zur Massenvernichtung von Juden in Auschwitz.

Weitere Aktivitäten trotz behördlicher Maßnahmen


Ungeachtet bestehender Beschlagnahmebeschlüsse und Indizierungen bietet die VHO weiterhin ihre Publikationen an, so auch die der Beschlagnahme unterliegende Broschüre »Antwort auf die Goldberg- und Spielberglügen«, die bis 1998 großflächig nach Deutschland verschickt wurde. Die VHO, die ihre Aufgabe auch in der Unterstützung von strafrechtlich verfolgten Revisionisten sieht, gibt zudem die in Deutschland eingestellte und größtenteils beschlagnahmte revisionistische Schriftenreihe »Historische Tatsachen« des deutschen Revisionisten Udo Walendy heraus. Daneben gibt die VHO eine neue Schriftenreihe unter dem Titel »Gegen das Vergessen. Erlebnisberichte von Überlebenden des Völkermords am deutschen Volk« heraus.

Mit ihrem Flugblatt »5 Methoden, die Holocaustknechtschaft zu überwinden« dokumentiert die VHO ihre Strategie, trotz bestehender Strafvorschriften »die Mauer des Schweigens zu durchbrechen und eine öffentliche Diskussion auszulösen«. So setzt die VHO weiterhin auf das Kettenbriefsystem bzw. anonymen Postversand der »Antwort auf die Goldberg- und Spielberglügen«. Daneben hat die VHO aufgrund des geringen Spendenaufkommens ein Flugblatt »33 Fragen und Antworten zum Holocaust« entwickelt. Dieses Flugblatt sei konzentrierter, billiger und zudem leichter verteilbar als die Broschüre. Ein ähnliches Flugblatt mit dem Titel »66 Fragen und Antworten über den Holocaust« wurde bereits Anfang der 90er Jahre vom »Institute for Historical Review« (Kalifornien) verbreitet. Weiterhin will die VHO durch Verteilung von Internetkarten und Aufklebern, die die wichtigsten revisionistischen Internetadressen wiedergeben, Öffentlichkeit schaffen. Die Kampagne soll aus den Gebühren für die Propagandamittel und Spenden finanziert werden.

2.4.1.7 Vierteljahreshefte für freie Geschichtsforschung (VffG)

Die revisionistische Schrift VffG mit einem für Revisionisten hohen Niveau vermittelt einen umfassenden Überblick des internationalen Revisionismus. In den Beiträgen werden dabei schwerpunktmäßig die Verbrechen des Holocaust relativiert bzw. geleugnet. Abbildungen, Tabellen, Berechnungen und die Berufung auf vermeintliche »Experten« sollen über den nicht vorhandenen wissenschaftlichen Hintergrund hinwegtäuschen.

Wechsel im Versand und in Herausgeberschaft

Die VffG wurden seit 1997 zunächst von der VHO in Belgien herausgegeben und versandt. Seit Ausgabe 2/98 erfolgte der Versand erstmals unter der Post- bzw. Verlagsanschrift Castle Hill Publishers in Großbritannien. Der mit Haftbefehl gesuchte deutsche Revisionist Gernar Scheerer geb. Rudolf wird in dieser Ausgabe erstmals als Chefredakteur i.S.d.  anstelle von Herbert Verbeke genannt. Im Impressum der Ausgabe 3/99 der VffG erscheint anstelle der VHO

erstmalig Gernar Scheerer als Herausgeber. Scheerer betont die völlige Unabhängigkeit der VffG-Redaktion von der VHO. Laut einem Beitrag Scheerers in den VffG 1/99 habe Herbert Verbeke lediglich aus »juristischen Gründen« die presserechtliche Verantwortung für die ersten 5 Ausgaben der Zeitschrift übernommen. Die inhaltliche Gestaltung hätte jedoch immer ausschließlich bei ihm gelegen. Dies deutet auf eine Trennung der VffG von der VHO hin.



Internet-Homepage der Stiftung »Vrij Historisch Onderzoek«

In VffG ausgetragener Revisionistenstreit

Die Veröffentlichung des Buchs »KL Majdanek«, das auszugsweise in der Ausgabe 2/98 der VffG veröffentlicht wurde (s. Jahresbericht 1998), führte zu einem Streit innerhalb des revisionistischen Lagers. Der französische Holocaust-Leugner Robert Faurisson kritisiert in seinem Beitrag »Eine Revisionistische Monographie über Majdanek« in den VffG 2/99 die Veröffentlichung der Publikation. Angesichts der geringen Bedeutung Majdaneks für die Revisionisten würden die Autoren eine unnütze Debatte führen. Zudem verurteilt er scharf die in der Publikation erhobene Kritik an seiner Person und u.a. auch an Fred Leuchter. Faurisson verurteilt das Buch als »eine Premiere in dem Sinne, dass zum ersten Mal, so scheint mir, in der Geschichtsschreibung der Revision des 'Holocaust' Revisionisten mit einer Böswilligkeit sondergleichen in aller Öffentlichkeit andere Revisionisten bekämpfen«.

Verstärkte Aktivitäten - insbesondere im Internet - angekündigt

Einen Schwerpunkt will Scheerer, der sich als »Vollzeitrevisionist« bezeichnet, im Internet setzen, da »wir unsere wahrlich beschränkten Mittel konzentriert dort einsetzen müssen, wo wir einen dauerhaften Erfolg erzielen und maximale Wirkung entfalten können«, zumal das Internet ein »Medium der Jugend« sei. Ziel ist es, »einerseits möglichst alle verbotenen Bücher, Broschüren sowie Zeitschriftenausgaben ins Netz zu hängen, um die staatliche Kontrolle ganz konkret zu unterlaufen«. Andererseits soll eine möglichst umfangreiche revisionistische Bibliothek bzw. Datenbank aufgebaut werden.

2.4.1.8 Vereinigung für Gesamtdutsche Politik e.V. (VGP)

Gründung 1984

Sitz Remscheid

Vorsitzender Ernst Günter Kögel

Publikation »Deutschland-Schrift für neue Ordnung«, erscheint zweimonatlich

Die VGP tritt vornehmlich durch ihre Publikation »Deutschland-Schrift für neue Ordnung« in Erscheinung.

Daneben gibt die VGP sporadisch kleine Sonderhefte heraus, so die Broschüre »Die Diktatur der Humanität- Beiträge zum Kosovo-Konflikt aus nonkonformer Sicht«.

In einem Beitrag verurteilt Kögel den Nato-Einsatz als völkerrechtswidrigen Angriffskrieg im Rahmen imperialistischer Bestrebungen der USA. In Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland

kommt Kögel zu dem Schluss, dass man »also das größte Interesse daran (hat), die Multikultur zu erhalten und verbrecherische Elemente im Land zu belassen, denn als Unterdrückerwerkzeug gegen aufbegehrende Deutsche, als Wächter und Schläger bei Demonstrationen sind sie eines Tages für die Herrschenden vonnöten«.

2.5 Neue Rechte

2.5.1 Junge Freiheit (JF)

Gründung 1986

Herausgeber Junge Freiheit Verlag GmbH & Co., Berlin, erscheint seit Januar 1994 wöchentlich; Auflage ca. 10.000

Internet Homepage seit November 1996

Zielsetzung und allgemeine Entwicklung

Die JF bezeichnet sich selbst als »Wochenzeitung für Politik und Kultur«. Sie hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Meinungsbildung im vorpolitischen Raum zu beeinflussen. Dabei verfolgt sie eine von der »Neuen Rechten« praktizierte Strategie, die ursprünglich von dem italienischen Marxisten Antonio Gramsci entwickelt wurde. Nach dieser Strategie wird als Voraussetzung für die Übernahme der politischen Vorherrschaft zunächst die Eroberung der kulturellen Hegemonie als Etappenziel angestrebt. Zu diesem Zweck werden die eigentlichen politischen Ziele nicht unmittelbar verfolgt. Vorrangig soll vielmehr zunächst ein schleichender Veränderungsprozess in Gang gesetzt werden. Im Jahr 1999 war erkennbar, dass die JF sich verstärkt um Interviewpartner, die dem demokratischen Spektrum angehören, bemüht hat. Gleichwohl waren in ihren Veröffentlichungen auch weiterhin Anhaltspunkte für den Verdacht rechtsextremistischer Bestrebungen festzustellen. Die wirtschaftliche Lage der JF scheint sich stabilisiert zu haben.

Aktuelle Anhaltspunkte für den Verdacht rechtsextremistischer Bestrebungen **Ständiger JF-Mitarbeiter erklärt seine Ablehnung westlich-liberaler Werte**

Alain de Benoist, einer der Vordenker der französischen »Nouvelle Droite«, der im JF-Impressum als ständiger Mitarbeiter genannt wird, verkündete im Juni 1999 (JF-Ausgabe 25/99), dass er »jederzeit ein nationalkommunistisches Regime einem westlich-liberal geprägten vorziehen würde«. Dieses Statement bestätigt die Bewertung früherer JF-Artikel Benoists und hat, da es sich um einen ständigen JF-Mitarbeiter handelt, auch Bedeutung für die Bewertung der JF insgesamt.

Benoists markante Äußerung ist auch als Signal an Gegner der freiheitlichen demokratischen Grundordnung im linken Lager zu verstehen, zu denen Teile des rechtsextremistischen Spektrums Gemeinsamkeiten bei der Ablehnung westlicher Werte sehen.

JF und sog. »Doppelte Staatsbürgerschaft«

Besonders engagiert beteiligte sich die JF an der Debatte um die »Doppelte Staatsbürgerschaft«; zu diesem Thema erschien eine Sonderbeilage (JF 10/99), die - so der JF-Chefredakteur - in einer Auflage von 100.000 Stück hergestellt und verteilt werden sollte; dazu ständen in ganz Deutschland »fast 100 junge Aktivisten ... für die JF bereit«. Ein ständiger Mitarbeiter der JF gehörte zu den Organisatoren einer mehrtägigen Veranstaltung zur »Doppelten Staatsbürgerschaft« im April 1999, auf die in den Terminankündigungen der JF mehrfach hingewiesen wurde und für die in JF-Ausgabe 12/99 auch großflächig geworben wurde; in der Referentenliste dazu erschienen mehrere szenebekanntere Rechtsextremisten sowie der frühere RAF-Aktivist Horst Mahler, der sich seit einiger Zeit im rechtsextremistischen Spektrum bewegt.



Internet-Homepage der »Jungen Freiheit«

Der Kosovo-Konflikt als Argument für rechtsextremistische Agitation

Die JF beteiligte sich intensiv an der auch im rechtsextremistischen Spektrum geführten Diskussion um die Beteiligung der Bundeswehr am Kosovo-Einsatz der NATO. Dabei wurden auch in der JF durchaus unterschiedliche Standpunkte vertreten. Zentraler Vorwurf war, dass die Absicht der NATO, den Menschenrechten Geltung zu verschaffen, nur als Tarnung für imperialistische Interessen gedient habe. In Ausgabe 15/99 veröffentlichte die JF ein großformatiges Inserat, in dem - unterlegt mit einem Foto der Angeklagten des Nürnberger Kriegsverbrecher-Prozesses - die Drohung »Rot-Grüne Kriegstreiber, wir warten auf Euch!« ausgesprochen wurde.

Rassistisch motivierte Ausländerfeindlichkeit und Missachtung der Menschenwürde

Ein besonders prägnantes Beispiel für die von Rechtsextremisten angewendete Strategie, Themen der öffentlichen Diskussion aufzugreifen und dabei zu versuchen, rechtsextremistische Denkansätze einzustreuen, enthält der Leitartikel der JF-Ausgabe 26/99. Vor dem Hintergrund der Konflikte im ehemaligen Jugoslawien wird dort zunächst konstatiert, dass »die Bevölkerungsexplosion (und Disproportionen zwischen Kulturen!) bedrohliche Ausmaße« annehme. Auffällig ist dabei die selektive und polarisierende Auflistung der als gefährlich bezeichneten demographischen Veränderungen: »Am Anfang des Jahrhunderts betrug die Zahl der Weißen ein Drittel der Weltbevölkerung, heute sind es zirka 10 bis 15 Prozent. Der Anteil der Bevölkerung unter der politischen Kontrolle der islamischen Zivilisation hat sich seit 1900 von 4,2 Prozent bis 1995 auf 15,9 Prozent erhöht. ... Wenn die Zahl der Deutschen sich seit 1900 wenig geändert hat, so stieg die Zahl der Türken von zirka zehn bis zwölf auf 65 Millionen mit einem jährlichen Geburtenüberschuß von über einer Million.« Aus diesen Überlegungen leitet der JF-Autor dann folgende Kritik am Verhalten der UNO ab: »Trotz dieser allgemeinen gefährlichen Entwicklung beschränkt sich die UNO allein auf das Ziel, die Waffen zum Schweigen zu bringen und die ohnehin halbierte Kindersterblichkeitsrate, die bisher die Demographie regulierte, weiter zu senken. Demographische 'Aggressionen' werden nicht bekämpft.« Die Aussage, die Kindersterblichkeitsrate sei ein Regulativ demographischer Entwicklungen, missachtet tendenziell die Menschenwürde und das Menschenrecht auf Leben. Weiter heißt es: »Diese rasante Bevölkerungsexplosion endet dann, wie in der Natur, nur mit einem großen Morden und Sterben. Vor allem droht das der senilen, impotenten West-

Zivilisation, die, mit Schuldgefühlen über Inquisition, Sklavenhandel und Kolonialismus bis zu Hitler- Verbrechen 'vollgepumpt' (als ob andere Zivilisationen nie mordeten!) kaum zum Widerstand fähig ist. Zu feige die Sache direkt anzugehen, stürzt man sich in 'One World'- Illusionen, opfert die eigene Heimat dem 'Weltfrieden' durch bereitwillige Einwanderung von armen, vitalen Völkern, macht sie seßhaft, fördert ihre Kultur, macht sie zu Eroberern, schafft Voraussetzungen für Kosovo-Zustände.«

Relativierung der NS-Verbrechen und Antisemitismus

Vordergründig anknüpfend an das Thema »Kosovo-Konflikt«, das im Mittelpunkt der JF-Ausgabe 21/99 steht, behauptet ein JF-Autor in derselben Ausgabe, die »westlichen Medien« umschrieben

»... - in verdächtig einheitlicher Sprachregelung (die nicht für eine 'freie Presse' spricht) und vorsätzlich wahrheitswidrig - das Elend von Hunderttausenden, zumeist Albanern, als 'die größte Vertreibung seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges'. Damit leugnen sie das wahrhaft 'singuläre' Jahrhundertverbrechen an 20 Millionen deutschen Flüchtlingen und gezielt entwurzelten ost- und sudetendeutschen sowie auslandsdeutschen Heimatvertriebenen. ...«

Durch die Hervorhebung des Wortes »singuläre« wird die von rechtsextremistischen Revisionisten in Bezug auf die NS-Verbrechen stets bestrittene Einzigartigkeit in diesem JF-Artikel für die Vertreibungsverbrechen in Anspruch genommen. Die industrialisierte Form der Vernichtung menschlichen Lebens wird damit - wie bereits aus früheren JF-Artikeln bekannt - geschickt relativiert.

Der für die Rubrik »Politik« verantwortliche JF-Redakteur rezensiert das Buch »So nicht, Herr Bubis! Eine deutsche Antwort«, in dem ein szenebekannter Rechtsextremist antisemitische Vorurteile zu Attacken gegen den früheren Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland verarbeitet, in JF 28/99 wohlwollend.

Elitenherrschaft statt parlamentarischer Demokratie

Im »Aufmacher«-Artikel der JF-Ausgabe 21/99 plädierte zum 50. Jahrestag der Verkündung des Grundgesetzes unter der Schlagzeile »Eine Republik auf Probe« ein JF-Stammautor dafür, »über Schritte zu mehr direkter Demokratie und damit zu einer selbstbewußteren Nation nachzudenken«. Da aber Volksabstimmungen allein noch kein »Allheilmittel« seien, müsse »neben der unmittelbaren Beteiligung des Volkes auch das Wiedererstehen einer kulturellen Elite anstatt einer wuchernden Parteienoligarchie« gefördert werden; »Vielleicht könnte einer solchen Schicht von Persönlichkeiten, die sich um das Gemeinwohl besonders verdient gemacht haben, im kommenden Jahrhundert eine institutionelle Bedeutung, etwa nach englischem Vorbild, zuwachsen, die sie zu einem integrativen Faktor auf dem Markt der Meinungen werden läßt«. In dieser Forderung deutet sich die bei Rechtsextremisten beliebte Vorstellung an, dass (nach kaum nachvollziehbaren Kriterien zu bildende) Eliten anstelle demokratisch legitimierter Institutionen Funktionen im Staat übernehmen sollen.

Wahlwerbung für die »Republikaner«

Wie stets vor Wahlen häuften sich auch vor der Wahl zum Europäischen Parlament die großformatigen Inserate der Partei »Die Republikaner«. Teilweise wurden darin unter der Leserschaft der JF auch Wahlkampfhelfer gesucht. Ebenso regelmäßig veröffentlicht die JF vor Wahlen auch Interviews mit REP-Funktionären. So enthielt die JF-Ausgabe 24/99, unmittelbar vor dem Termin der Europawahl, ein ausgesprochen wohlwollendes Interview mit dem REP-Bundvorsitzenden Schlierer. Im Stile eines Parteiorgans wurde in den Terminhinweisen der JF-Ausgabe 18/99 sogar auf eine Fahrt der »Republikanischen Jugend Hessen« (REP-Jugendorganisation) nach Paris zur 1. Mai-Kundgebung des »Front National/Mouvement National« aufmerksam gemacht und eine Kontakttelefon-Nummer angegeben.

Zusammenarbeit mit anderen Rechtsextremisten

Die in der JF festgestellten Anhaltspunkte für den Verdacht einer rechtsextremistischen Bestrebung werden dadurch unterstrichen, dass die JF Rechtsextremisten auch durch die Veröffentlichung von Inseraten, durch gezielte Buchwerbung und durch Ankündigungen von Veranstaltungen unterstützt:

In der Beilage »Buch und Medien« warb die JF auch 1999 für Bücher mit rechtsextremistischen Inhalten. Im Programm des JF-Buchdienstes findet sich sogar eine Festschrift zum 60. Geburtstag eines international bekannten Holocaust-Leugners.

Mehrfach wies die JF auch auf Veranstaltungen hin, an denen der mittlerweile dem rechtsextremistischen Spektrum zuzurechnende frühere Bundestagsabgeordnete Mechttersheimer aktiv oder in maßgeblicher Rolle beteiligt war, beispielsweise (in JF 37/99) auf eine Veranstaltung »Vor dem Aufbruch. Deutsche Patrioten sammeln sich«, zu der Mechttersheimers »Deutschlandbewegung« und die »Nation Europa Freunde« führende Rechtsextremisten als Referenten eingeladen hatten, und (in JF 44/99) auf eine Veranstaltung der »Bürgerbewegung für unser Land«, der »Jungen Landsmannschaft Ostpreußen« und der »Deutschlandbewegung« zum zehnten Jahrestag des Mauerfalls. Nach wie vor veröffentlicht die JF regelmäßig Werbung für »DESG-inform«, das Sprachrohr der rechtsextremistischen »Deutsch-Europäischen Studiengesellschaft«.

Mehrfach veröffentlichte die JF 1999 in der Rubrik »Kleinanzeigen« der Beilage »Buch und Medien« ein Inserat, mit dem bei der JF-Leserschaft CDs von Ian Stuart, 1993 verstorbener Sänger der britischen Skinhead-Band »Skrewdriver« und Kultfigur der rechtsextremistischen Skinhead-Musikszene, gesucht wurden.

Hinweis zum Verfassungsschutzbericht über das Jahr 1998

Im Verfassungsschutzbericht über das Jahr 1998 wurde erwähnt, dass JF-Chefredakteur Stein am 3. Oktober 1998 an der Veranstaltung »Deutschland-Ratschlag« teilgenommen hatte. Die »Junge Freiheit Verlag GmbH & Co.« und JF-Chefredakteur Dieter Stein haben inzwischen Steins Teilnahme an dieser Veranstaltung bestritten. Sie beriefen sich erstmals im November 1999 hierzu auf eine Person aus Steins persönlichem Umfeld und auf den Organisator der Veranstaltung am 3. Oktober 1998. Auch wenn hier gegenteilige Erkenntnisse vorliegen und eine eventuelle gerichtliche Beweismwürdigung im Ergebnis als offen anzusehen ist, verzichtet das Innenministerium NRW auf die Aufrechterhaltung der Behauptung der Teilnahme des JF-Chefredakteurs an o.g. Veranstaltung und auf die Zuordnung des vorstehenden Absatzes zum Kapitel über die »Junge Freiheit«, da die Frage der Teilnahme Steins angesichts einer im Übrigen insgesamt umfangreichen Erkenntnislage keine wesentliche Bedeutung für die Bewertung der »Jungen Freiheit« durch das Innenministerium NRW hat.

Der betreffende Absatz wurde aus der Download-Datei des Verfassungsschutzberichts 1998 und aus der Online-Fassung auf der Homepage gestrichen, nachdem die Online-Fassung während eines Übergangszeitraums bis zum Erscheinen dieses Jahresberichts um den vorstehenden Hinweis ergänzt worden war.

2.5.2 Nation & Europa - Deutsche Monatshefte (NE)

Gründung 1951

Herausgeber Peter Dehoust, Harald Neubauer

Verlag Nation Europa Verlag GmbH, Coburg; Erscheinungsweise monatlich; Auflage ca. 15.000

Die Publikation ist das bedeutendste Strategie- und Theorieorgan im Bereich der Neuen Rechten. Außerdem bietet sie rechtsextremistischen Parteien und Organisationen ein Forum. Verstärkt tritt sie für die Einigung der »Rechten« ein.

Kosovo-Konflikt

Ein publizistischer Schwerpunkt von Nation & Europa war der Kosovo-Konflikt. So erschien die NE-Ausgabe Nr. 4/1999 mit der Titelseite »Jugoslawien 1941 - 1999. Wir sind wieder da!«.

Der Herausgeber Harald Neubauer schreibt in dem entsprechenden Artikel, deutsche Soldaten hätten Jugoslawien angegriffen. Wo vor genau 58 Jahren Wehrmacht und Waffen-SS zum Sturm auf Belgrad antraten, stünden heute deren Enkel wiederum im Einsatz. Auch diesmal laufe das Ziel auf die Zerschlagung des jugoslawischen Vielvölkerstaates hinaus.

»Umvolkung der Nation« durch die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts

Ein klassisches Thema des Rechtsextremismus greift die Publikation in dem Beitrag »Eine Nation wird umgevolkt« auf. Durch die geplante Reform des Staatsangehörigkeitsrechts werde die Gesellschaft um »jede Menge multiethnische Konflikte und nichtdeutsche Ganoven bereichert«.

Es wird die Frage gestellt, wie denn die hunderttausende türkischer, pakistanischer, libanesischer »Neu-BRDler«, die demnächst in die deutsche Schuld- und Schicksalsgemeinschaft eingebürgert würden, mit ihrer neuerworbenen Geschichtslast umgehen wollten. Wer Deutscher werden wolle, müsse gefälligst auch akzeptieren, dass er in eine Gesellschaft notorischer Verbrecher, Massenmörder und Kriegstreiber einheirate.



Titelblätter der Monatshefte »Nation & Europa«

Politische Äußerungen des ehemaligen RAF-Angehörigen Horst Mahler

Nation & Europa veröffentlichte in der Ausgabe Nr. 2 unter der Überschrift: »Gegen Kollektivschuld und Meinungsterror« Passagen aus einem Interview des Nachrichtenmagazins Focus, in dem sich Mahler »Zur Kollektivschuld«, »Über Martin Walser (Moralkeule von Auschwitz)« und »Zur Überfremdung (Das Fremde ist das Salz in der Suppe - aber wer mag

eine versalzene Suppe? Über Staatsbürgerschaftsrechte muß allein das Volk entscheiden, nicht die staatstragenden Parteien oder der Zentralrat der Juden)« geäußert hatte.

Franz Schönhuber propagiert »Los-von-Amerika«-Bewegung

Die Diskussionen um den Einsatz im Kosovo nutzte Franz Schönhuber in seiner Kolumne »Aus meiner Sicht«, um eine neue Strategie zur Orientierung der europäischen Rechten zu begründen. Er schlägt eine »Los-von-Amerika«-Bewegung vor. Die Erfahrung mit dem »Kosovo-Krieg« lehre, dass man in einer Zeit des Neo-Kolonialismus lebe, wobei die Kolonialherren in Amerika säßen und die Deutschen in deren Einflussbereich lediglich die schönsten Hüte hätten. Dies bedeute, über viele Möglichkeiten eines solchen Kurses nachzudenken, von Aufrufen zum Austritt aus der NATO, Bekenntnissen zur Neutralität bis hin zum Boykott all dessen, was die amerikanische Einflussphäre betreffe. Ein deutscher Antiamerikanismus habe indessen allein zu wenig Gewicht. Nach Schönhubers Meinung sollten sich die europäischen Rechten vernetzen, um zu einer gemeinsamen Plattform zu kommen.

2.5.3 Opposition - Magazin für Deutschland

Gründung 1998

Herausgeber VGB Verlagsgesellschaft Berg mbH

Chefredakteur Karl Richter; Erscheinungsweise zweimonatlich; Auflage unbekannt

Opposition - Magazin für Deutschland erscheint zweimonatlich in der rechtsextremistischen Verlagsgesellschaft Berg, Berg am Starnberger See (Bayern), und versteht sich ebenso als politisches Magazin wie als Strategie- und Theorieorgan. Als solches hat die Publikation jedoch nicht die Bedeutung wie Nation und Europa - Deutsche Monatshefte, deren Redaktionsmitglied Karl Richter nach wie vor ist.

Die Beiträge unterscheiden sich inhaltlich nicht von denen anderer rechtsextremistischer Publikationen. Für Opposition schreiben Autoren, die auch in anderen rechtsextremistischen Publikationen veröffentlichen wie z.B. Dr. Reinhold Oberlercher, Christian Rogler, Hans Rustemeyer, Franz Schönhuber.

2.5.4 Signal (ehemals Europa vorn)

Gründung 1987 (unter dem Titel Europa vorn)

Herausgeber Manfred Rouhs, Köln

Verlag Verlag Manfred Rouhs, Köln; Erscheinungsweise vierteljährlich; Auflage ca. 5.000

Internet Homepage seit 1998

Die Publikation bietet als Theorieorgan der Neuen Rechten ein Forum für ideologische Diskussionen im rechtsextremistischen Lager. Sie hat für das rechtsextremistische Lager aber nicht die Bedeutung wie die Publikation Nation & Europa.

Schwerpunkt Kosovo-Konflikt

Besonders intensiv widmete sich die Publikation dem Kosovo-Konflikt. In mehreren Beiträgen, u.a. auch in der Homepage von Signal, verurteilt der Herausgeber Manfred Rouhs einerseits den NATO-Einsatz im Kosovo, der seiner Meinung nach ausschließlich amerikanischen Interessen diene. Unter der Überschrift »Warum führt die NATO Krieg?« heißt es z.B.: *»Der Krieg gegen Serbien dient der Absicherung des amerikanischen Weltherrschafts-Anspruches. Er dient der Einkreisung Rußlands. Er verdeutlicht jedermann, daß die USA ihren Anspruch, Weltpolizist zu sein, auch dort politisch und militärisch umsetzen können, wo sie kein UNO-Mandat haben, und daß ihnen ihre Vasallen in Westeuropa gehorsam sind.«*



Titelblatt des Magazins »Signal«

Andererseits gewinnt er dem Einsatz Positives ab, denn seiner Meinung nach stärkt der Krieg das Selbstbewusstsein der Deutschen:

»Wir haben eigentlich keinen vernünftigen Grund, stolz zu sein auf Militäreinsätze in Europa unter amerikanischer Führung. Aber deutsche Soldaten stehen im Krieg, und sie sind erfolgreich. Und sie haben Rückhalt in der Bevölkerung, sogar bei den Grünen. Das schafft eine neue Lage. Auch über solche Kollektiverfahrungen werden sich die Deutschen Schritt für Schritt zu einer normalen Nation entwickeln, die Neurose von 1945 endgültig überwinden, bis sie Vorreiter eines neuen europäischen Selbstbewußtseins sind. Dann wird die amerikanische Ostküste hier bei uns nicht mehr viel zu sagen haben. Hoffe ich.

Vielleicht ist ja der Krieg doch der Vater aller Dinge?«

Signal fordert demokratische Erneuerung

Die letzte Ausgabe des Jahres befasst sich mit der Erneuerung aus der Sicht der Neuen Rechten. Die herrschenden Parteien hätten den Staat zu ihrer Beute gemacht. Im akademischen, sozial- und politikwissenschaftlichen Apparat seien Auseinandersetzungen schon deshalb nicht möglich, weil Querdenker mit der wirtschaftlichen Existenzvernichtung bedroht würden, behauptet Rouhs in der Einleitung zum Titelthema.

In einem Beitrag mit dem Titel »Verbrechen an der Demokratie durch Ausgrenzung der nationalen Opposition« wird die Reformation und Erneuerung der Demokratie, ... gefordert. Ein Volk sei eine Lebens-, Kultur- und Schicksalsgemeinschaft Dies alles vertrage keine schleichende Zerstörung, etwa durch fortgesetzte Etablierung eines multiethnischen Vielvölkergemischs, die Auflösung Deutschlands in einen Vielvölkerstaat. Wie die Zerstörung der Geschichte eines Volkes geistiger Völkermord sei, so sei die Überfremdung eines Volkes biologischer Völkermord.

Signal-Pressfest

Im Juni fand in Baden-Württemberg das Signal-Pressfest statt, an dem rund 150 Besucher teilnahmen. Franz Schönhuber setzte sich kritisch mit dem »weltweiten Machtanspruch der USA« auseinander.

Die Podiumsdiskussion hatte »Das Ende des amerikanischen Jahrhunderts« zum Thema. Franz Schönhuber und der rechtsextremistische Verleger Dr. Gert Sudholt propagierten ein eurasisches Bündnis bestehend aus Deutschland, Russland und China, das ein machtpolitisches Gegengewicht zu den USA bilden sollte.

2.5.5 Staatsbriefe

Gründung 1990

Herausgeber Dr. Hans-Dietrich Sander

Verlag Castel del Monte, München; vermutlich Eigenverlag Sander; Erscheinungsweise monatlich; Auflage 900

Am 11. März 1998 verurteilte in 2. Instanz das Landgericht München Dr. Sander als verantwortlichen Herausgeber des Theorieorgans wegen Volksverhetzung und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener zu einer Haftstrafe von 8 Monaten auf Bewährung und zu einer Geldstrafe von 4.000 DM. Das Urteil ist rechtskräftig. In seinem Beitrag »Forcierte Treibjagd statt innerer Friede« (Staatsbriefe 2-3/99) beklagt Sander, dass sein Revisionsantrag einstimmig als unbegründet verworfen wurde, zumal »für ein Delikt, das nur in den Verfolgungswahnvorstellungen der anzeigenden und verurteilenden Behörden existiert«.

Da Sander u.a. aufgrund einer Strafanzeige des Innenministeriums Nordrhein-Westfalen - Abteilung Verfassungsschutz - verurteilt wurde, polemisiert Dr. Sander weiterhin gegen die jährliche Erwähnung im nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzbericht. In seinem Beitrag »Verfassungsspaßbericht« (Staatsbriefe 8-9/99) verurteilt er die Darstellung im Jahresbericht 1998 bezüglich seines Wahlaufrufs für die SPD anlässlich der Bundestagswahl 1998 als »schlechten Witz«, obwohl »natürlich ... die Düsseldorfer VSler im Gegensatz zu manchem altrechten Bauchdenker die Strategie begriffen (hatten), die hinter meinem Vorschlag stand«. In diesem Zusammenhang beklagt Sander, dass die Beschwerde über seine Verurteilung nicht durch das Bundesverfassungsgericht zur Entscheidung angenommen wurde. Der Verfassungsrichter habe damit ein Urteil sanktioniert, »das auf der Isolierung und Verdrehung von Sätzen beruhte«. »Da sind mir Typen wie der Freisler und die Benjamin lieber. Wenn sie auch Blutrichter genannt wurden, waren sie wenigstens ehrlich.«

In seiner Rubrik »Pasticcio«, Staatsbriefe 12/1999 beklagt Sander unter der Überschrift »Melancholie, Resignation oder ein kühler Blick auf nackte Tatsachen« den Rückgang der Abonnentenzahl auf knapp über 900. Gründe hierfür seien u.a. das Ableben von Abonnenten sowie das hohe Niveau der Publikation, das die heutige ungebildete Jugend überfordere und abschrecke. Sander sieht sich daher zu einer Erhöhung der Abonnementgebühren in 2000 gezwungen. Daneben beabsichtigt Sander auch aus Altersgründen die Übertragung von technischen Aufgaben auf jüngere Kräfte, deren Einarbeitung er bereits übernommen hat. Sander wird aber weiterhin als Autor der Staatsbriefe tätig sein.

Abkehr vom Wahlaufruf für die SPD

Sander hat sich zwischenzeitlich von seinem provokanten Wahlaufruf für die SPD anlässlich der Bundestagswahl 1998 distanziert. In seinem Beitrag »Der geklonte Kanzler« (Staatsbriefe 6-7/99) diffamiert er Gerhard Schröder als »abgerichtete Marionette der USA«. Die Politik seiner »bedingungslosen Unterordnung vor den globalen Interessen und Direktiven Washingtons« würde »das Land, den Staat und die Parteien« ruinieren. Sander wertet die demokratische Wahl Schröders als gezielt gesteuerte Verschwörung der USA.

Staatsbriefe als Forum für Mahler und nationalrevolutionäre Auffassungen

Die Strategiedebatte in den Staatsbriefen zur bündnispolitischen und ideologischen Öffnung nach »links« setzt sich auch in 1999 fort. In den Beiträgen wird typisch insbesondere für die publizierende rechtsextremistische Szene die »Globalisierung« und der Kapitalismus verurteilt und die Hinwendung zu nationalrevolutionären Auffassungen gefordert. Deutlich wird dies in dem Beitrag von Horst Mahler »Der Globalismus als höchstes Stadium des Imperialismus erzwingt die Auferstehung der deutschen Nation« (Staatsbriefe 6-7/99). In seinem Beitrag bezeichnet Mahler die von den USA einseitig verkündete »Neue Weltordnung« als »die moderne Form einer nomadischen Despotie«. Die Globalisierung verurteilt er als »Krake«, die weltweit zu Unfreiheit und nationaler Unterdrückung führe. Daher fordert er »ein festes und starkes Deutschland als europäische Zentralmacht«. In seinen »Thesen für ein neues Deutschland« resümiert Mahler u.a., dass »aus einer in Anarchie verendeten Demokratie ... nur

ein straffes Regiment herausführen« kann. Ziel sei »die Wiederherstellung der nationalen Verfügungsgewalt über alle wesentlichen Daseinsbelange des deutschen Volkes«. Es gehe dabei nicht um »die aktive Bekämpfung eines herrschenden Systems«, das sich selbst zerstören werde. Es sollen vielmehr Vorschläge für eine staatliche Neuordnung erarbeitet werden, wobei die »unseligen Bürgerkriegsfronten von rechts, links und insbesondere der »Mittisten« » aufzugeben seien.

Sander, der laut eigenen Angaben engen Kontakt zu Mahler pflegt, würdigt anschließend Mahlers Werdegang von »revolutionären Jugendattitüden zu einer staatsmännischen Haltung in reiferen Jahren« als »folgerichtige Entwicklung«. Die »Renationalisierung der Linken« sei eine »historische Notwendigkeit«. Sander sieht wie zahlreiche Rechtsextremisten in Mahler einen Hoffnungsträger und eine kommende Integrationsfigur. Mahlers provokante Thesen stoßen in der rechtsextremistischen Szene auf starke Resonanz. Trotz weiterhin bestehender ideologischer Diskrepanzen versuchen Rechtsextremisten, die bislang gescheiterte Strategiediskussion über nationalrevolutionäre Ideen neu zu beleben. Dabei wird insbesondere versucht, den politischen Werdegang Mahlers und seinen relativ hohen Bekanntheitsgrad für eigene Zwecke auszunutzen.

Mahler gehörte in den 70er Jahren der RAF und dem »Sozialistischen Deutschen Studentenbund« an und tritt seit 1998 in der rechtsextremistischen Szene auf. Er ist u.a. mit dem Gründer des Deutschen Kollegs und Staatsbriefe-Autor Reinhold Oberlercher Mitverfasser der sog. »Kanonischen Erklärung zur Bewegung von 1968« (S. Jahresbericht 1998).

2.5.6 Sleipnir- Zeitschrift für Kultur, Geschichte und Politik

Gründung	1995
Herausgeber	Andreas Röhler
Verlag	Verlag der Freunde (VdF), Berlin; Erscheinungsweise zweimonatlich; Auflage ca. 1.800

Nachdem Sleipnir mit seiner Anfangskonzeption als überparteiliches »national-revolutionäres« Theorieorgan gescheitert ist, sind nunmehr revisionistische Agitation und die Kritik an der strafrechtlichen Verfolgung von Rechtsextremisten Schwerpunkte der Publikation. Neben vorwiegend rechtsextremistischen Autoren aus Deutschland wie Reinhold Oberlercher und Eduard Peter Koch, werden zunehmend Beiträge bekannter revisionistischer Publikationen und Organisationen aus dem Ausland abgedruckt, so z.B. des »The journal of Historical Review« (USA) und des »Adelaide Institute« (Australien).

Gegen Sleipnir sind zahlreiche Gerichtsverfahren, u.a. wegen des Verdachts der Veröffentlichung von volksverhetzenden und antisemitischen Beiträgen und Verunglimpfung des Staates anhängig. Anlässlich einer Hausdurchsuchung Ende 1998 versandte der VdF über das Internet eine Presseerklärung unter dem Titel »Wer Bücher jagt, jagt auch Menschen - Droht die Große Diktatur?« an über 500 Medienadressen. Der deutsche Provider widerrief wegen Versendung von rechtsextremistischen Mails die Schreibberechtigung des VdF. Zwischenzeitlich ist Sleipnir wieder - vermutlich über ausländische Provider - im Internet vertreten.

2.5.7 Deutsches Kolleg (DK)

Die Schulungskampagne des 1994 gegründeten Deutschen Kollegs (DK) ist nahezu zum Erliegen gekommen. Der Mitinitiator und »Chefideologe« Dr. Reinhold Oberlercher hat seine Aktivitäten für das DK merklich reduziert und tritt seit Ende 1998 vermehrt im Schatten von Horst Mahler auf.

Der Hamburger Philosoph und Soziologe Oberlercher begann wie Mahler seine politische Laufbahn Ende der 60er Jahre im »Sozialistischen Deutschen Studentenbund« und versucht seit

Ende der 80er Jahre bislang vergeblich, sich als Vordenker der rechtsextremistischen Szene zu etablieren.

Auf der Homepage »Bürgerbewegung für unser Land« propagieren Mahler und Oberlercher unter dem Titel »Deutschland auf dem Weg zu einer Reichsordnung« einen aggressiven völkischen Nationalismus. Zu diesem Thema fand am 9. November 1999 eine »Reichsproklamation« in Leipzig statt, auf der u.a. Mahler und Oberlercher ihre Reichsverfassungsentwürfe zur Diskussion stellten.

In den Staatsbriefen 10/1999 kritisiert Sander die Veranstaltung u.a. als bizarres Spektakel, das allenfalls die Reichsidee der Lächerlichkeit preisgebe und zu verstärkten Repressalien führen könne.

2.5.8 Thule-Seminar - Forschungs- und Lehrgemeinschaft für die indoeuropäische Kultur e.V.

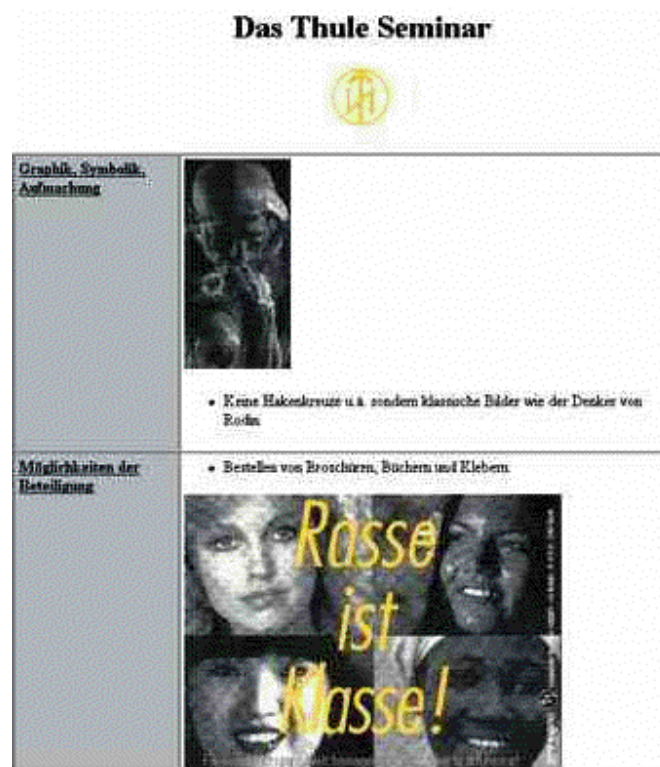
Gründung 1980

Sitz Kassel

Vorsitzender Pierre Krebs

Publikation »Elemente« (erscheint unregelmäßig)

Das Thule-Seminar versteht sich als »geistesgeschichtliche und metapolitische Ideenschmiede für eine künftige Neuordnung auf der Grundlage der gewachsenen Kulturen aller europäischen Völker«.



Auszug aus der Internet-Homepage des »Thule-Seminars«

Langjähriger Vorsitzender ist der französische Jurist und Politologe Pierre Krebs, der auch als Referent bei rechtsextremistischen Organisationen auftritt. Krebs steht in der Tradition des französischen Publizisten Alain de Benoist, Vordenker der »Nouvelle Droite«. Durch

Publikationen und Denkzirkel wird eine »Kulturrevolution von rechts« angestrebt. Das Thule-Seminar wendet sich insbesondere gegen eine »multirassische« Gesellschaft und fordert die Errichtung ethnisch homogener autoritärer Staaten unter der Führung »geistiger Eliten«.

Über den eigenen Verlag werden neben Informationsmaterialien und heidnischen Kunstgegenständen insbesondere Bücher von Autoren der »Nouvelle Droite« und Pierre Krebs angeboten. Die aufwendig gestaltete Buchzeitschrift »Elemente« erschien 1999 nicht mehr.

Nach Jahren der Inaktivität - vermutlich aufgrund von Erfolglosigkeit und finanzieller Engpässe - war das Thule-Seminar seit 1995 wieder durch Aktivitäten in Erscheinung getreten. Nach anfänglich kleineren regionalen Erfolgen ist die Kampagne jedoch nahezu zum Erliegen gekommen. Das Thule-Seminar verharnt weiterhin in politischer Bedeutungslosigkeit.

2.5.9 Deutsch-Europäische Studiengesellschaft (DESG)

Gründung 1972

Sitz Hamburg

Mitglieder 1999 1998

Bund ca. 70 ca. 70

Publikation »DESG-inform«, 10-11 Ausgaben im Jahr; Auflage ca. 1.000

Der Intellektuellenzirkel versteht sich als überparteiliches Forum aller »systemkritischen und nonkonformen Kräfte«. Neben Vortragsveranstaltungen agiert die DESG vorwiegend publizistisch. So erscheinen im »Verlag Deutsch-Europäische Studien GmbH« in Hamburg das Mitteilungsblatt »DESG-inform« und sporadisch das Theorieorgan »Junges Forum«.

Mit ihren Schriften und Vortragsveranstaltungen will die DESG zur Ideologiediskussion innerhalb der Neuen Rechten beitragen. Dabei wird insbesondere der Gedanke des Ethnopluralismus bzw. Regionalismus verfochten, der auf die Beseitigung multikultureller Gesellschaften zugunsten ethnisch homogener Staaten abzielt.

Zusammenarbeit mit »Synergon Deutschland« bringt wenig Früchte

Seit April 1997 arbeitet die DESG mit »Synergon Deutschland« zusammen, einer deutschen Sektion der »Europäischen Synergien«. Diese europaweit agierende Intellektuellenorganisation entstand 1993 als Abspaltung der französischen »Nouvelle Droite« um ihren Vordenker Alain de Benoist.

In ihrem Mitteilungsblatt »DESG-inform«, Ausgabe 1/99, ziehen die DESG und »Synergon Deutschland« eine positive Bilanz ihrer Zusammenarbeit. Die positive Bilanzierung kann jedoch nicht über die weiterhin bestehende politische Bedeutungslosigkeit von DESG und Synergon Deutschland hinwegtäuschen. Die Mitarbeit von DESG-Synergon auf europäischer Ebene beschränkt sich weitgehend auf publizistische Aktivitäten wie die Berichterstattung in DESG-inform und den Abdruck von Vorträgen auf europäischen Veranstaltungen, wie den Vortrag des Leiters von Synergon Deutschland auf der 7. Sommeruniversität der Europäischen Synergien vom 2. bis 4. August 1999 bei Perugia/Italien (DESG-inform 5/99).

2.6 Rechtsextremistische Verlage, Vertriebe, Publikationen

2.6.1 RK Druck und Vertrieb

Der vom ehemaligen FAP- und NPD-Mitglied Rüdiger Kabsner geführte RK Druck und Vertrieb in Hagen ist eine der letzten Druckereien in NRW, die die Neonazi-Szene mit themenbezogenen Aufklebern, Plakaten, Spuckis, Flugblättern etc. versorgt. In diesem Jahr hat er u.a. wieder Propagandamaterial für die geplanten »Rudolf-Heß-Aktionen« angeboten.



Aufkleber des RK Druck und Vertrieb

2.6.2 Unabhängige Nachrichten (UN)

In der seit 1969 von der rechtsextremistischen Gruppierung »Freundeskreis Unabhängiger Nachrichten e.V.« herausgegebenen Publikation wird insbesondere die angeblich fortdauernde Umerziehung der alliierten Siegermächte in Deutschland angeprangert, werden deutsche Kriegsverbrechen relativiert und gegen eine multikulturelle Gesellschaft polemisiert. Seit 1994 ist bei der Staatsanwaltschaft Mainz ein Ermittlungsverfahren gegen Herausgeber, Mitarbeiter und Verreiber der UN u.a. wegen des Verdachts der Volksverhetzung anhängig.

Der »Freundeskreis Unabhängige Nachrichten«, der auch als »Unabhängige Freundeskreise« auftritt, weist keine erkennbaren organisatorischen Strukturen auf. Ein bekannter »Arbeitskreis Unabhängige Nachrichten OWL«, arbeitet unter diversen Bezeichnungen insbesondere mit Sympathisanten der NPD/JN zusammen.

Maßlose Selbstüberschätzung

In dem Beitrag »Unabhängige Nachrichten: 30 Jahre und (k)ein bisschen weise..« (UN 8/99) wird eine positive Bilanz gezogen. Die Weitergabe der Informationen durch politisch tätige Interessenten, sogenannte »Multiplikatoren« mache die UN »für die Meinungszenoren so gefährlich«. So habe man aus Bonn erfahren, »daß die UN in maßgeblichen Kreisen für den Vertrauensverlust zu den großen Parteien« und zunehmende Wahlenthaltung verantwortlich gemacht werde. Hieraus spricht eine maßlose Selbstüberschätzung. Dazu steht im Gegensatz, dass in diversen Ausgabe der UN über finanzielle Engpässe berichtet wird.

Technisch-organisatorische Veränderungen

Anlässlich des 30jährigen Jubiläums wurde das Layout der Publikation geändert, um insbesondere die jüngere Generation anzusprechen. Seit dem 1. Mai 1999 ist die UN auch im Internet vertreten.

Seit Ausgabe 4/99 der UN wird als Sammelanschrift der UN ein Postfach in Oberhausen angegeben. Vormalig war die Postfachadresse der UN in Bingen identisch mit dem Verlag von Werner Symanek (hinsichtlich »Verlag und Agentur Werner Symanek« s. Jahresbericht 1998).

2.6.3 Verlag für Volkstum und Zeitgeschichtsforschung

Gründung	1963
Sitz	Vlotho
Inhaber	Udo Walendy
Publikationen	Historische Tatsachen u.a.

Der Verlag wurde 1963 von dem früheren NPD-Landesvorsitzenden in Nordrhein-Westfalen und Diplom-Politologen Udo Walendy gegründet. Im Verlag erschienen bislang vorwiegend von

Walendy selbstverfasste revisionistische Publikationen, so u.a. die Schriftenreihe »Historische Tatsachen«.

Nachdem zahlreiche Ausgaben der »Historischen Tatsachen« u.a. wegen Leugnung des Holocaust indiziert und beschlagnahmt wurden, stellte Walendy die Schriftenreihe 1996 ein. Die Schriftenreihe wird nunmehr von der VHO in Belgien herausgegeben und fortgeführt. Gegen Walendy waren und sind im Zusammenhang mit der Herausgabe der »Historischen Tatsachen« eine Vielzahl von Gerichtsverfahren anhängig. In diesem Zusammenhang verbüßte Walendy zuletzt eine 18monatige Haftstrafe u.a. wegen Volksverhetzung in Tateinheit mit Beleidigung und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener. Walendy wurde am 31. Mai 1999 aus der Haft entlassen.

In einem in »Recht und Wahrheit«, Ausgabe 1+2/2000 abgedruckten Brief berichtet Walendy über einen erneut anstehenden Strafvollzug von 14 Monaten, da sein Revisionsantrag in einem Verfahren abgelehnt wurde.

Gewerbeuntersagungsverfahren eingeleitet

Da laut Urteilsbegründung des Strafgerichts davon auszugehen ist, dass Walendy angesichts seines Verhaltens in der Vergangenheit auch zukünftig volksverhetzende und das Andenken Verstorbener verunglimpfende Druckschriften verbreiten wird, wurde gegen Walendy ein Gewerbeuntersagungsverfahren eingeleitet. Das Gewerbe wurde daraufhin Ende 1999 von seiner Ehefrau übernommen.

Im Internet kündigt ein bislang nicht bekannter »Freundeskreis Udo Walendy« an, zukünftig alle Bücher und die Schriftenreihe »Historische Tatsachen« von Walendy als Online-Dokumente einzustellen. Als Administrator der Homepage fungiert ein bekannter britischer Rechtsextremist.

2.6.4 Der Schlesier

Gründung 1948

Verleger und verantwortlicher

Chefredakteur Hans Joachim Ilgner, Recklinghausen;

Herausgeber Verlag »Der Schlesier«; Erscheinungsweise wöchentlich; Auflage zwischen 8.500 und 10.000

Schwerpunkte

Hauptschwerpunkt der Wochenschrift »Der Schlesier« ist der sog. geografische Revisionismus. Mit dieser Erscheinungsform des Revisionismus agitieren Rechtsextremisten gegen die völkerrechtlich festgeschriebene Oder-Neiße-Grenze. Im »Schlesier« finden sich aber auch ausländerfeindliche Ressentiments und gängige Argumentationsmuster von Rechtsextremisten, die z.B. im Zusammenhang mit der Debatte um die doppelte Staatsbürgerschaft artikuliert werden. Die Einbindung der Publikation in den Rechtsextremismus zeigt sich aber u.a. auch in den Werbeanzeigen dieser Wochenzeitung. Neben Anzeigen der Partei »Die Republikaner« finden sich auch Annoncen der revisionistischen Publikation »Vierteljahreshefte für freie Geschichtsforschung« (siehe Nr. 2.4.1.7).

Geografischer Revisionismus und Ausrichtung gegen die Völkerverständigung

Im »Schlesier« finden sich immer wieder Ausführungen gegen die völkerrechtlich festgeschriebene Oder-Neiße-Grenze. Bezeichnend hierfür ist z.B. der Titel eines Artikels in der Ausgabe Nr. 15/1999, der »Verzicht ist Verrat« lautet. In der Ausgabe Nr. 18/1999 heißt es:

»... Bonn übernimmt sogar die SED-Thesen aus der Nachkriegszeit, dass die Enteignungen in der DDR rechtens seien und dass die von Stalin gewollte Oder-Neiße-Linie die endgültige Grenze zwischen Deutschen und Polen sei«.

In der Doppelnummer 21-22/1999 findet sich ein offener Brief an den ehem. Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl mit der Überschrift »Helmut Kohl - ein Patriot?« Dort heißt es u.a.:

»Ein vaterlandsliebender Patriot verschachert an die Polen nicht ein Viertel deutschen Landes und erlässt ihnen auch noch 13 Milliarden in Dollar Schulden.«

Weiteres Beispiel ist ein Artikel in Nr. 35/1999 in dem es u.a. heißt:

»Die Schuld- und Sühnepolitiker in Bonn lassen keine Gelegenheit aus, das eigene Volk zu demütigen und in den Schmutz zu ziehen ... die Herren Kohl und Herzog folgten den Fußspuren der SED-Machthaber, lobten die Oder-Neiße-Friedensgrenze, die ewigen Bestand haben müsse, verschenkten, ohne prädestiniert zu sein, unser schönes und reiches Schlesien, und ließen sich noch als Dankesschuld einen polnischen Orden anhängen. Allein das war schon genug des Landesverrats, aber man nötigte noch den Bundestag, zu diesem skandalösen Vorgang Beifall zu klatschen. Künftige Geschichtsschreiber werden jener Männer mit Schimpf und Schande gedenken.«

Agitation gegen die (repräsentative) Demokratie

In verschiedenen Artikeln wird das Bestehen von demokratischen Verhältnissen in der Bundesrepublik Deutschland gelegnet und den einzelnen Politikern bzw. den Parteien generell Volksverrat vorgeworfen:

»...Die Meinung des Volkes wurde und wird jedoch von den Herrschenden unterdrückt, um eine den Siegermächten genehme, kriecherische Politik betreiben zu können... Die Macht geht vom Volke aus! So jedenfalls steht es im Grundgesetz. Und so handhaben es auch die wirklichen Demokratien in dieser Welt. Demokratie in Deutschland? Fehlanzeige! Der so oft zitierte freieste Staat der deutschen Geschichte hat von Anbeginn in lebenswichtigen Fragen dem deutschen Volk ein Mitspracherecht verweigert und aus machtpolitischen und opportunistischen Gründen den Volkswillen mißachtet. Beteiligt an solcher Art Volksverrat waren und sind alle im Bundestag vertretenen Parteien. ...« Nr. 5/1999.

In einem Artikel in der Ausgabe 34/1999 mit der Überschrift »Verbrechen an der Demokratie durch Ausgrenzung der nationalen Opposition« heißt es:

»...Die Unterdrückung und Ausgrenzung der deutschen Rechten ist ein Verbrechen an der Demokratie...Die deutsche Demokratie präsentiert sich folglich, was die völlig unhaltbare und antidemokratische Niederhaltung der nationalen Opposition anbetrifft, in einem äußerst minderwertigen, einem äußerst unerträglichen defizitären Zustand.... Politische Brutalität im Zeichen der Demokratie, diffiziler, hinterhältiger und widerwärtiger noch als in einer Diktatur. Hier ist Widerstand Pflicht und Notwehr geboten, hier ist Auflehnung eine Frage des Charakters ...«

Keine Verbindung zur Landsmannschaft Schlesien

Der Schlesier ist weder offizielles noch inoffizielles Organ der Landsmannschaft Schlesien. Nach Mitteilung der Landsmannschaft haben auch die landsmannschaftlichen Organe keinen Einfluss auf die Gestaltung dieser Zeitung. Sowohl die Landsmannschaft Schlesien als auch der BdV haben sich in der Vergangenheit von den Aktivitäten des »Zentralrats« distanziert. (Anmerkung: Hinsichtlich des »Zentralrat der vertriebenen Deutschen e.V.« siehe Kapitel 2.6.7 »Der Schlesier« im Jahresbericht 1998).

3 Linksextremismus und –terrorismus

3.1 Linksextremistische Parteien

3.1.1 Deutsche Kommunistische Partei (DKP)

Gründung	1968	
Sitz der Bundesorganisation	Essen	
Parteivorsitzender	Heinz Stehr	
Bezirk Rheinland-Westfalen		
Sitz	Leverkusen	
Vorsitzende	Anne Frohnweiler	
Bezirk Ruhr-Westfalen		
Sitz	Essen	
Vorsitzender	Patrik Köbele	
Mitglieder	1999	1998
NRW	ca. 1.800	> 1.900
Bund	6.000	6.500
Publikationen	Unsere Zeit (UZ), erscheint wöchentlich; Auflage ca. 10.000 Wochenbeilage »UZ-Magazin« seit Januar 1998	
Internet	Homepage des DKP-Parteivorstandes seit Februar 1997	

Programmatische Grundpositionen

Die DKP vertritt die als »orthodox kommunistisch« bezeichnete Richtung des Linksextremismus. Sie bekennt sich als »revolutionäre Partei der Arbeiterklasse« Deutschlands zum Marxismus-Leninismus und strebt unverändert eine revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft an. An dieser programmatischen Ausrichtung soll sich auch in Zukunft nichts ändern. Der Parteivorsitzende Stehr sieht es für die eingeleitete Programmdebatte als unabdingbare strategische Position an, dass die DKP »ihre ganze Tätigkeit auf der Grundlage von Marx, Engels und Lenin und deren schöpferische Anwendung auf die heutigen Bedingungen des Klassenkampfes« gründen soll.

Organisation und Mitgliederstruktur

Die DKP gliedert sich in Nordrhein-Westfalen unverändert in die Bezirksorganisationen Rheinland-Westfalen und Ruhr-Westfalen. Diese setzen sich aus ca. 40 Kreisorganisationen zusammen. Auf Bundesebene bestehen 12 Bezirksorganisationen und ca. 100 Kreisorganisationen. Die Partei leidet strukturell unter der zunehmenden Überalterung ihrer Mitglieder. Bei der vom Parteivorstand beschlossenen »Parteibuchumtauschaktion« zum 1. Januar 2000 dürfte zudem offengelegt werden, dass ein großer Anteil der Mitglieder nur noch als »Karteileichen« geführt wird. In den neuen Ländern konnte die DKP bislang nicht Fuß fassen. Ihre Überlegung, die Aufbauarbeit in Ostdeutschland strategisch ähnlich wie die PDS im Westen angehen zu wollen, dürfte Wunschdenken bleiben.



Titelblätter des Wochenmagazins »unsere zeit«

Kooperation mit der PDS auf allen Ebenen

Die DKP ist weiterhin ein enger Partner der PDS. Die Beziehungen beider Parteien können auf dem ganz besonderen Verhältnis der DKP zum PDS-Vorläufer SED aufbauen. Vertreter beider Parteien treffen sich auf Bundes- und lokaler Ebene regelmäßig zu Abstimmungsgesprächen. Wie bei den vorausgegangenen Wahlen verzichtete die DKP auch für die Europawahl 1999 auf eine eigene Landesliste und rief zur Wahl der PDS auf. Für die Landtagswahl 2000 in NRW ist die DKP zur Unterstützung der PDS bereit, wenn diese die DKP als gleichberechtigten Bündnispartner akzeptiert und in Direktwahlkreisen und auf ihrer Landesliste auch Kommunisten angemessen berücksichtigt.

Irritationen im Verhältnis zur PDS verursachte vorübergehend die an die DKP gerichtete Aufforderung des stellvertretenden PDS-Vorsitzenden Dehm zur Selbstauflösung. Diese Position wurde allerdings vom PDS-Bundesvorstand nicht unterstützt.

PDS verhilft DKP-Mitgliedern zu Mandaten

Bei der Kommunalwahl 1999 in NRW erreichte die DKP nach dem Wegfall der 5 %-Sperrklausel wieder Mandate für die kommunalen Vertretungen. Mit einer eigenen Liste war die DKP in Bottrop, Gladbeck und Düsseldorf erfolgreich. Über Bündnislisten kamen DKP-Vertreter in Essen und Dortmund in die Bezirksvertretungen. Auf offenen PDS-Listen zogen außerdem DKP-Mitglieder in Düren, Duisburg, Köln, Münster, Oberhausen, Recklinghausen und Velbert in kommunale Vertretungen ein. Das erklärte Ziel ihrer Wahlpolitik, »Kommunistinnen und Kommunisten in die Parlamente zu bringen«, konnte die DKP vor allem deshalb verwirklichen, weil sich ihre Mitglieder vielerorts als PDS-Vertreter präsentieren konnten.



Titelblatt der Kommunalzeitung der DKP »Flaschenpost«

UZ-Pressfest in Dortmund zum 11. Mal

Das für die Außendarstellung der Partei wichtige »11. UZ-Pressfest« fand vom 27. - 29. August 1999 unter Beteiligung zahlreicher kommunistischer »Bruderparteien« und befreundeter Organisationen in Dortmund statt. Nach Aussage des Parteivorsitzenden Stehr sollten die geplanten Strategiediskussionen unter Beweis stellen, dass »unsere kommunistische Weltanschauung (...) 2000-fähig« ist.

Nachwuchsschulung auch im Fernstudium

Im Oktober 1999 eröffnete eine Vertreterin des Parteivorstands der DKP in der parteieigenen Karl-Liebknecht-Schule in Leverkusen den Studienabschnitt I des Fernstudiums »Lehren Marx-Engels-Lenin 1999-2001«. Das neue Studienangebot richtet sich besonders an junge Leute, denen eine politische Arbeit in der DKP attraktiv gemacht werden soll. Über die Resonanz äußerte sich der Parteivorsitzende Stehr zufrieden: »Was uns erstaunt und erfreut hat ist, dass unser Angebot, die theoretischen Grundlagen der wissenschaftlichen Weltanschauung zu studieren, vor allem von jungen Menschen angenommen wurde, darunter auch nicht bei uns oder bei der PDS organisierte. Marx, Engels und Lenin haben für junge Leute offensichtlich Attraktivität«.

SDAJ bleibt auf Linie

Die »Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend« (SDAJ) als Nachwuchsorganisation der DKP führte am 6. November 1999 in Hamburg eine Jugendkonferenz gegen Militarismus und Krieg durch. Als Fazit stellte ein Mitglied des Bundesvorstands fest: »Für uns muss klar sein, der Gegner ist heute der gleiche wie vor 80 Jahren - Der Imperialismus. Er steht im eigenen Land.«

15. Bundeskongress der SDAJ

Unter dem Motto »Rot, frech, radikal ins nächste Jahrtausend - die Zukunft muss sozialistisch sein!« führte die SDAJ ihren 15. Bundeskongress am 29./30. Januar 2000 in Gladbeck durch. Ihren revolutionären Anspruch unterstrich man in einem »Zukunftspapier«, in dem u.a. als Ziel festgehalten ist, es müsse gelingen, »den Herrschenden, dem Kapital, die Macht über die Produktionsmittel zu entreißen«.

DKP verteidigt die DDR

Aus Anlass des 50. Jahrestages der Staatsgründung hat sich die DKP mit ihrem Verhältnis zur DDR auseinandergesetzt. Die DDR sei eine gemeinsame Sache der ost- und westdeutschen Kommunisten und »die größte Errungenschaft der deutschen Arbeiterbewegung seit dem Bund der Kommunisten und dem Erscheinen des 'Manifest der kommunistischen Partei' von Karl Marx und Friedrich Engels« gewesen. »Alle Versuche, die DDR als einen Unrechtsstaat zu verunglimpfen«, werden zurückgewiesen. Man gesteht zwar Fehlentwicklungen in der DDR zu, denn auch »in künftigen sozialistischen Revolutionen« würden Fehler gemacht werden; die »würdelose Selbstkasteiung führender PDS-Funktionäre« hält man für völlig unangebracht. Der Grund für den Untergang der DDR wird darin gesehen, dass der deutsche Imperialismus »diesmal alles unter der Ägide der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie« eine »Konterrevolution gegen die DDR« durchgeführt habe.

3.1.2 Partei des Demokratischen Sozialismus, Landesverband Nordrhein-Westfalen (PDS NRW)

Gründung

Landesverband NRW 15. Oktober 1990

Sitz Düsseldorf (Landesgeschäftsstelle)

Sprecher Ulla Lötzer, Knud Vöcking

Mitglieder 1999 1998

NRW	ca. 1.000	ca. 750
Bund	ca. 94.000	ca. 96.500
Publikationen	PDS-Rundbrief Nordrhein-Westfalen, erscheint zweimonatlich im GNN-Verlag, Zeitschriften der Parteigliederungen (z.B. »Tacheles« für die Kommunistische Plattform), Zeitschriften für regionale Bereiche.	
Internet	Homepage der PDS NRW	

PDS bietet uneinheitliches Erscheinungsbild

Die politischen und organisatorischen Unterschiede zwischen den westlichen und den östlichen Landesverbänden der PDS und innerhalb der »Strömungspartei« zwischen den verschiedenen Plattformen und Arbeitsgemeinschaften führen weiterhin zu einem uneinheitlichen Erscheinungsbild der Partei.

Einerseits beteiligt sich die PDS inzwischen in den neuen Ländern auf allen Ebenen am parlamentarisch-demokratischen Politikgeschehen, andererseits werden weiterhin extremistische Einschlüsse geduldet und Kontakte zu Parteien/Organisationen gepflegt, die dem politischen System der Bundesrepublik ablehnend gegenüberstehen.

Im PDS-Landesverband Nordrhein-Westfalen bestehen auch weiterhin linksextremistische Strukturen, die ihren Ursprung in der ehemaligen dogmatischen Neuen Linken (sogen. K-Gruppen) haben und deren Politik wie die »Arbeitsgemeinschaft für Kommunistische Politik« als Nachfolgeorganisation des früheren Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK) auf der Landesebene teilweise in eigenen Organisationseinheiten fortsetzen. Weiter pflegt die PDS in Nordrhein-Westfalen Kontakte zu fast allen Teilen des sonstigen linksextremistischen Spektrums, so u.a. zur DKP und zu Gruppierungen, die dem autonomen Spektrum zugerechnet werden.

Mit der Dominanz früherer K-Gruppen-Kader im NRW-Landesverband haben offenbar auch viele Neumitglieder in der PDS ihre Probleme. Im Januar 2000 verließen 20 realpolitisch orientierte Mitglieder die Kreisorganisation Gelsenkirchen mit der Begründung, dort auf »Hardliner« und »Berufsmarxisten« getroffen zu sein. Ihr Wortführer wird mit der Aussage zitiert: *»Die warten darauf, dass Josef Stalin aus dem Grabe ersteht und uns alle in die lichte Zukunft führt«* (Jungle World vom 2.02.2000).

Organisation

Der PDS ist es in Nordrhein-Westfalen gelungen, ihre Organisationsstruktur weiter auszubauen. Im Berichtszeitraum nahm die Anzahl der Kreisverbände, Unterstützerkreise und Basisgruppen zu. Gleichzeitig konnte die PDS neben der Landesgeschäftsstelle in Düsseldorf die Zahl ihrer »Wahlkreis-« und sonstigen Büros weiter erhöhen. Obwohl sie damit in NRW noch keine flächendeckende Struktur erreichen konnte, ist die PDS diesem Ziel näher gekommen.

Der Partei gelang es zudem, ihre Mitgliederzahl in NRW auf ca. 1.000 auszubauen; in den alten Ländern stieg die Gesamtzahl auf ca. 3.200. Auf Bundesebene hielt der durch das hohe Durchschnittsalter der Mitglieder bedingte Mitgliederverlust (auf ca. 94.000) an, der Prozess hat sich jedoch verlangsamt.

Europawahl 1999

Die Europawahl 1999 brachte für die PDS in NRW nur einen Teilerfolg. Im Vergleich zur Europawahl 1994 (0,6 %) konnte sie ihren Stimmenanteil zwar verdoppeln; bezogen auf die Bundestagswahl 1998 aber mit 1,2 % nur halten. Gleichwohl gelang ihr mit 5,8 % auf Bundesebene der Einzug in das Europaparlament.

Kommunalwahl 1999

Bei den Vorbereitungen zur Kommunalwahl konzentrierte sich die PDS zunächst auf wenige,

von ihr bestimmte lokale Schwerpunkte; nach Aufhebung der 5 %-Klausel versuchte die Partei, in möglichst vielen kreisfreien Städten, Kreisen und Gemeinden Kandidaten aufzustellen. Dies gelang in 26 Fällen, wobei die Partei auf ihren offenen Listen fast überall Linksextremisten, die anderen Parteien oder Organisationen angehörten, als PDS-Kandidaten präsentierte. Dabei wurde sie in weiten Bereichen (Ausnahmen: Witten und Essen), wie bereits bei vorausgegangenen Wahlen, tatkräftig vor allem durch die DKP unterstützt. Bei dem Ergebnis von landesweit 0,8 % ist zu berücksichtigen, dass der PDS eine flächendeckende Kandidatur nicht gelang. Wo sie Kandidaten aufstellte, erreichte sie - mit wenigen Ausnahmen - auch Mandate (33 Ratsmandate, 18 Bezirksmandate).

Dass es Teilen des Landesverbandes dabei weniger um die kommunalpolitische Vertretung der Bürger als vielmehr um die Weiterverfolgung der im Parteiprogramm verankerten Doppelstrategie von parlamentarischem und - als entscheidend angesehenem - außerparlamentarischem Wirken ging, wird aus einem Rundschreiben des im Februar gegründeten PDS-Kreisverbandes Oberhausen vom 8. Juni 1999 deutlich. Darin heißt es:

»Um es vorab zu sagen, unser Ziel besteht nicht darin, möglichst viele Sitze im Stadtparlament zu ergattern. Vielmehr sehen wir den Kommunalwahlkampf als eine Chance, unsere und die Inhalte anderer Linker Gruppen an der Öffentlichkeit zu bringen.« (Fehler übernommen).

Über die offenen Listen der PDS gelangten auch aktive DKP-Mitglieder und Mitglieder weitergeführter ehemaliger K-Gruppen und ehemalige Mitglieder von K-Gruppen in die kommunalen Vertretungen.

Ihr bestes Ergebnis erzielte die Partei mit 4,2 % in Duisburg; dort stellt sie mit 3 Ratsmitgliedern - darunter ein DKP-Mitglied - die einzige PDS-Fraktion in Nordrhein-Westfalen.

Nach eigener Einschätzung ist der PDS mit diesem »herausragenden Wahlergebnis in Nordrhein-Westfalen« ein »Durchbruch« gelungen, der gesichert und ausgebaut werden müsse. Es ist ihr erklärtes Ziel, über Aktivitäten auf kommunaler Ebene gesteigerte Akzeptanz zu erlangen und diese mittelfristig in landespolitischen Einfluss umzusetzen. Die Partei versucht daher, ihre kommunalpolitischen Aktivitäten durch Konferenzen landesweit zu koordinieren.

Einschätzung in Verfassungsschutzberichten wird bestätigt

In den vergangenen Jahren wurde der PDS-Landesverband NRW in den Verfassungsschutzberichten des Landes als Sammelbecken für ehemalige und aktive Linksextremisten charakterisiert. Im PDS-nahen »Neuen Deutschland« vom 11. August 1999 wird dazu in einem Artikel zur Kommunalwahl ausgeführt:

»Das Fähnlein der PDS ist in Köln nach wie vor eher ein mehr oder weniger großes Sammelbecken ehemaliger DKP- und KPD-Leute, die sich mit Politsektierern aller Art um den linken Weg zur reinen Lehre streiten.«

Tatsächlich kandidierte auf den PDS-Listen in Köln ein breites Bündnis linksextremistischer Gruppen, wie DKP, der trotzkistischen Sozialistische Alternative Voran (SAV), Angehörige früherer K-Gruppen und des Antiimperialistischen Widerstands. Bündnisse mit Linksextremisten fanden sich auch in anderen Städten, wo die PDS mit offenen Listen antrat. Diese Zusammenarbeit will die PDS auch nach der Kommunalwahl fortsetzen. In Köln soll eine Vollversammlung der PDS Offenen Liste Richtlinien für die Rats- und Bezirksvertretungsarbeit beschließen. Dem Präsidium der Vollversammlung gehört je ein Vertreter von DKP, PDS, Radikale Linke, SAV und ein Nichtorganisierter an.

PDS und DKP, Partner - Verbündete - Konkurrenten

Das Verhältnis zwischen PDS und DKP bleibt zwiespältig. Einerseits betont die Parteispitze die Überwindung der orthodox-kommunistischen Politik der SED, andererseits wird eine konsequente Abgrenzung sowohl zu parteiinternen kommunistischen Gruppierungen als auch

zur DKP bewusst vermieden. Bis heute finden zwischen PDS und DKP Gespräche auf höchster Ebene statt. Die organisatorische Unterstützung der DKP nimmt die PDS insbesondere bei Wahlen gerne in Anspruch. Auf kommunaler Ebene arbeiten beide Parteien oft eng zusammen. Zur Kooperation in Düsseldorf erklärte ein Bezirksvertretungsmitglied der DKP: »Wir tauschen schon jetzt unsere Anträge aus und informieren uns wechselseitig.«



Verflechtungen des Landesverbandes mit dem GNN-Verlag

Der PDS-Landesverband ist weiterhin mit der »Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung - Verlagsgesellschaft mbH« (GNN-Verlag) eng verflochten. Die Verlagsgesellschaft wird von Funktionären des ehemaligen Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK), der auf der Landesebene als »AG für Kommunistische Politik« in die PDS integriert worden ist, kontrolliert. Im PDS-Landesverband haben frühere BWK - Funktionäre seit Jahren führende Positionen inne. Zu den Druckerzeugnissen des GNN-Verlags zählen als regelmäßig erscheinende Publikationen u.a. die Antifaschistischen Nachrichten, der Kurdistan-Rundbrief, das für das ehemalige RAF-Umfeld bestimmte Angehörigen-Info und die Lokalberichte Köln und Essen. Der PDS-Landesverband bzw. seine Teilgliederungen beteiligen sich dabei vielfach als Herausgeber bzw. Unterstützer im Zusammenwirken mit anderen linksextremistischen Gruppierungen. Zum Herausgeberkreis z.B. der Lokalberichte Köln, deren politische Ausrichtung »antifaschistisch, antikapitalistisch, antiimperialistisch, für Arbeiterinteressen« sein soll, gehören: Arbeitskreis Kurdistan-Solidarität Köln, Arbeitsgemeinschaft Kommunistische Politik in der PDS NRW, Demokratischer Arbeiterverein (DIDF-Köln), Deutsche Kommunistische Partei (DKP), Vereinigung für Sozialistische Politik (VSP), Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) Köln. Als Geschäftsführer des GNN-Verlages und Redakteur ist ein ehemaliger BWK-Funktionär verantwortlich, der nunmehr für die PDS/Offene Liste Mitglied im Rat der Stadt Köln geworden ist.

Zusammenarbeit mit dem übrigen linksextremistischen Spektrum

Fortgesetzt hat sich die Zusammenarbeit der PDS mit

- der autonomen Szene zuzurechnenden Personen und Gruppierungen z.B. bei Demonstrationen,
- Gruppen und Personen der sogenannten Kurdistan-Solidarität,
- Personen aus dem trotzkistischen Spektrum.

KPF verurteilt Nato-Einsatz in aggressiver Form

In der Ausgabe Mai/Juni 1999 setzt sich das Mitteilungsblatt »Tacheles« der Kommunistischen Plattform der PDS NRW mit dem Krieg im Kosovo auseinander. In aggressiver Form werden den »Imperialmächten« »Schweinereien« gegenüber Jugoslawien »nicht erst seit Anfang der neunziger Jahre« vorgeworfen. In menschenverachtender Weise hebt der Sprecher der KPF NRW unter Hinweis auf die gute Ausstattung der Kosovo-Flüchtlinge u.a. deren »schlechte schauspielerische 'Leistungen'« und den »relativ komfortablen« Zustand der Flüchtlingscamps hervor. Die Morde von Srebrenica, Sarajevo und Racak werden als »Lügenpropaganda« bezeichnet. Auch unter Linksextremisten ist eine so einseitige und fast hasserfüllte Stellungnahme nicht oft anzutreffen.

Die Kommunistische Plattform auf Bundesebene lobte in einem offenen Brief an die Kommunistische Partei Jugoslawiens den Widerstandswillen des jugoslawischen Volkes, der es erzwungen habe, dass »die Nato ihre neue, eine Bedrohung für alle Völker darstellende Strategie nicht in vollem Umfang verwirklichen konnte«.

Diese Äußerungen liegen durchaus auf der Linie der Gesamtpartei. Ein führender Vertreter der PDS interpretierte die Ursachen für den Kosovo-Konflikt im hergebrachten marxistischen Sinne: *»Für die NATO als Schild und Schwert des Großkapitals steht in Jugoslawien viel auf dem Spiel. Es geht bei diesem Krieg, wie bei allen Kriegen, die das kapitalistische System entfacht hat, um Machtpolitik, um Märkte und Rohstoffe (...) und um die Neuordnung Europas.«*

Im linksextremistischen Lager wurde allerdings auch darauf hingewiesen, dass gegenüber dem Engagement der PDS wegen deren Vergangenheit als »autoritäre(r) Staatspartei«, die »alles andere als basisdemokratisch und antimilitaristisch« gewesen sei, Misstrauen angebracht sei.

Kommunistische Plattform NRW auf Bundesebene vertreten

Im Juni 1999 nahmen fünf Delegierte der KPF NRW an der 2. Tagung der 9. Bundeskonferenz der KPF der PDS in Berlin teil; unter ihnen auch ein ehemaliger DDR-Spion. Drei von ihnen wurden in den 17 Personen umfassenden Bundeskoordinierungsrat der KPF gewählt.

Perspektiven für das Jahr 2000

Für den PDS-Landesverband NRW werden im Jahr 2000 zwei Ereignisse herausragende Bedeutung haben:

Die PDS plant, ihren Bundesparteitag (7. bis 9. April 2000) in Münster abzuhalten. Dies wäre der erste Bundesparteitag in einem westlichen Land. Es wird sich zeigen, ob dieser Parteitag die von einigen Vordenkern eingeleitete programmatische Erneuerung der PDS bringen kann.

Die inzwischen beschlossene Teilnahme der PDS an der Landtagswahl im Mai 2000 wird von ihr als Etappe zum Ausbau zur echten Landespartei gesehen. In realistischer Selbsteinschätzung geht die PDS nicht davon aus, die 5 %-Hürde bei dieser Wahl zu erreichen; gleichwohl will sie im Hinblick auf die Bundestagswahl 2002 Präsenz zeigen und glaubt, bei der übernächsten Landtagswahl im Jahr 2005 dieses Ziel mit Aussicht auf Erfolg angehen zu können.

3.1.3 Vereinigung für Sozialistische Politik (VSP)

Sitz

Bund Köln

NRW Köln

Mitglieder 1999 1998

Bund ca. 100 unter 150

NRW ca. 50 unter 100

Publikation Sozialistische Zeitung - SoZ - erscheint vierzehntäglich; Auflage 1.700

Entwicklung

Die 1986 aus dem Zusammenschluss der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten (KPD/ML) mit der trotzkistischen Gruppe Internationaler Marxisten (GIM) hervorgegangene Vereinigte Sozialistische Partei - 1995 umbenannt in Vereinigung für Sozialistische Politik (VSP) - hat auch im Jahr 1999 ihre krisenhafte Entwicklung nicht aufhalten können. Ihre Mitgliederzahl ist in NRW auf etwa 50 gesunken. Inzwischen wird intern offen über die Auflösung und vollständige Eingliederung in die PDS diskutiert. Die VSP hat damit ihre Bedeutung als eigenständige politische Kraft verloren. Auch der Weiterbestand der von ihr herausgegebenen »Sozialistischen Zeitung« ist wegen finanzieller Probleme offenbar akut gefährdet.

Anbindung an PDS

Mitglieder der VSP haben am Aufbau der westlichen Landesverbände der PDS mitgewirkt und sind in den letzten Jahren verstärkt zur PDS übergewechselt. Der führende theoretische Kopf der VSP hat seit 1994 ein Bundestagsmandat für die PDS inne und ist inzwischen auch in die PDS eingetreten. Bei Wahlen rief die VSP zuletzt zu einer Stimmabgabe für die PDS auf. Faktisch hat sich die VSP somit zu einem Anhängsel der PDS entwickelt.

Demonstration gegen EU-Gipfel in Köln

Die VSP, die ihren Sitz in Köln hat, beteiligte sich im Rahmen des »Euromarsch-Bündnis« gemeinsam mit dem »Bündnis Köln 99« an den organisatorischen Vorbereitungen für die Großdemonstration am 29. Mai 1999 gegen den EU-Gipfel in Köln. An der Demonstration der »Europäischen Märsche gegen Arbeitslosigkeit, ungeschützte Beschäftigung, Rassismus und Krieg« nahmen bis zu 15.000 Personen teil. Aufgrund der europaweiten Mobilisierung vor allem durch die Euromarschbewegung bestimmten in erster Linie ausländische Gruppen aus dem gesamten linken Spektrum das Erscheinungsbild der Demonstration.

3.1.4 Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)

Gründung	1982
Sitz	
Bund	Essen
NRW	Essen
Vorsitzende	
Bund	Stefan Engel
NRW	Klaus Wallenstein
Nebenorganisationen	Rebell-Jugendorganisation der MLPD Rotfuchse Kinderorganisation
»Tarn«-Organisationen	Courage Frauenverband mit Sitz in Köln, Solidarität International (SI) mit Sitz in Essen, Verein zur Förderung internationaler Jugendtreffen mit Sitz in Gelsenkirchen.
Schulungs- und Freizeitzentren	Arbeiterbildungszentrum (ABZ) e.V. mit Einrichtungen in Gelsenkirchen und in Alt-Schwerin

Mitglieder	1999	1998
Bund	ca. 2.000	ca. 2.500
NRW	ca. 600	ca. 600
Publikationen	»Rote Fahne«, erscheint wöchentlich; Auflage ca. 7.500. Weitere Publikationen auf örtlicher Ebene, »Lernen und Kämpfen« (Iuk); Auflage monatlich ca. 1.500 (Mitglieder-/Funktionärsschrift)	
Verlag	»Neuer Weg Verlag und Druck GmbH«, Essen	
Internet	Homepage etwa seit Mai 1997	

Politische Ziele

Die 1982 aus dem Kommunistischen Arbeiterbund Deutschlands (KABD) hervorgegangene MLPD bekennt sich noch immer zu den Lehren von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Tse-tung.

Lokaler Erfolg bei der Kommunalwahl 1999

Die maoistische-stalinistische MLPD hatte ihre Wahlkampfaktivitäten für die Kommunalwahl 1999 ganz auf Gelsenkirchen konzentriert, wo sich der Parteisitz befindet. Über das von ihr gesteuerte Wahlbündnis »AUF« konnte die Partei in Gelsenkirchen immerhin 2,4 % der Stimmen und damit 2 Ratsmandate sowie einen Sitz in einer Bezirksvertretung erreichen. Die Gründe für dieses Abschneiden dürften darin zu suchen sein, dass in Gelsenkirchen sehr viele Parteimitglieder wohnen, die sich mit hohem persönlichem Aufwand im Wahlkampf engagiert haben. Auch eine gewisse Resonanz auf die kämpferische Betriebsarbeit der MLPD, verbunden mit der geringen Wahlbeteiligung, dürfte dazu beigetragen haben.

An einer ernsthaften politischen Mitwirkung ist die MLPD allerdings nicht interessiert. Sie lehnt den »bürgerlichen Parlamentarismus« ab, denn »die Parlamente, Stadt- und Gemeinderäte sind im staatsmonopolistischen Kapitalismus eine Nebelwand zur Verschleierung der vollständigen Herrschaft der Monopole über die gesamte Gesellschaft« (Rote Fahne Nr. 46/1999).

MLPD bleibt weiter politisch isoliert

Die Partei, die sich selbst im Zentrum einer breiten »kämpferischen Opposition« sieht, ist im linken Spektrum nach wie vor isoliert. Über das 9. Internationale Pfingstjugendtreffen am 22./23. Mai 1999 in Gelsenkirchen, zu dem Teilnehmer aus dem gesamten Bundesgebiet und aus 37 Staaten angereist waren, wurde deshalb in der parteieigenen Wochenzeitung »Rote Fahne« euphorisch berichtet. Das Treffen begann mit einem Demonstrationzug durch die Stadt, an dem sich etwa 2.500 Personen, darunter Blöcke von türkischen Linksextremisten und Serben, beteiligten.

Zur PDS hat die MLPD ein gebrochenes Verhältnis. Sie wirft der PDS als Nachfolgeorganisation der SED vor, für das »bürokratisch-kapitalistische System der DDR« verantwortlich gewesen zu sein und heute durch reformistische Positionen den Sozialismus zu verunglimpfen. Im Kommunalwahlkampf wurde das Auftreten einer offenen PDS-Liste in Gelsenkirchen von der MLPD als Kampfansage interpretiert.

Programmparteitag in Gelsenkirchen

Im Dezember 1999 führte die MLPD unter konspirativen Umständen in Gelsenkirchen ihren VI. Parteitag durch. Die Delegierten beschlossen ein neues Parteiprogramm, das in einer der MLPD-eigenen Art die vermeintlichen Gründe für den Untergang der sozialistischen Systeme in der ehemaligen Sowjetunion und der DDR beschreibt und demgegenüber die »überzeugenden und motivierenden Antworten zu allen gesellschaftlichen Fragen über das kapitalistische System« geben könne. Eine grundlegende programmatische Erneuerung der MLPD ist nicht erkennbar. Auch die Berichterstattung über den Parteitag im Zentralorgan »Rote Fahne« zeugt

vielmehr von einer ausgeprägten Realitätsverzerrung, die der Partei keinen Ausweg aus der politischen Isolation aufzeigen kann.

MLPD beteiligt sich an der NRW-Landtagswahl

Die Landesvertreterversammlung der MLPD beschloss am 2. Februar 2000, sich an der NRW-Landtagswahl am 14. Mai 2000 als »MLPD/offene Liste« zu beteiligen. Als Spitzenkandidat wird der Parteivorsitzende Stefan Engel die Landesreserveliste anführen. In 87 von 151 Wahlkreisen will die MLPD eigene Kandidaten präsentieren. Im Mittelpunkt der Aktivitäten stehen dabei die Wahlkreise im Ruhrgebiet.

Frauenpolitische Arbeit

Um die eigene Isolation zu überwinden, engagiert sich die MLPD gesellschaftspolitisch über von ihr gesteuerte Organisationen. Über den Frauenverband Courage setzt sich die MLPD für eine »kämpferische Frauenbewegung« ein. Am 30./31. Oktober 1999 fand in Köln der von der Partei organisierte 3. Frauenpolitische Ratschlag mit etwa 900 Teilnehmer/-innen und Gästen aus 16 Ländern statt. Diskutiert wurde u.a. die Frage, wie die doppelte Ausbeutung und Unterdrückung der werktätigen Frauen im Sozialismus (wie ihn die MLPD versteht) überwunden werden könne.



Titelblätter der Wochenzeitung der MLPD »Rote Fahne«

3.2 Militante Linksextremisten u.a. Autonome Mobilisierungsschwäche des deutschen linksextremistischen Spektrums

Geringe Resonanz auf politische Aktionen und fehlende Perspektiven kennzeichnen die Entwicklung des Linksextremismus. Insbesondere die Gegenaktivitäten von Linksextremisten anlässlich des EU-Gipfels (3. - 4. Juni 1999) und des Weltwirtschaftsgipfels (18.-20. Juni 1999) in Köln verdeutlichten erneut die anhaltende Zerstrittenheit und Mobilisierungsschwäche des

deutschen linksextremistischen Spektrums. So blieben die Teilnehmerzahlen deutlich hinter den Erwartungen der Veranstalter zurück. Die Großveranstaltungen wurden zumeist von den ausländischen Teilnehmern dominiert. Dieser Zustand wird auch von der linksextremistischen Szene selbstkritisch erkannt:

»Im Rückblick auf z.B. die IWF-Tagung 1988 in Berlin oder den WWG 1992 in München spielt die Linke (zumindest die deutsche) in der momentanen Phase der Neuordnung der europäischen Märkte eine noch marginalere Rolle.« (Antifaschistische Aktion Berlin in der Interim Nr. 479 vom 1. Juli 1999).

»Die Teilnahme an der gesellschaftlichen Diskussion braucht ein Sprungbrett, und das kann die revolutionäre Linke - so traurig das sein mag - nicht selbst bieten« (»EinSatz!«, Publikation der autonomen Szene Göttingen vom Mai 1999).

Um den Zusammenhalt innerhalb der Szene zu fördern und ihre Perspektivlosigkeit zu überwinden, fanden in der zweiten Jahreshälfte mehrere bundesweite Treffen zu möglichen zukünftigen Strategien der linksextremistischen Szene statt, z.B. am 25. September in Berlin ein sog. Maulwurfstreffen unter dem Motto »Raus aus den Löchern« mit ca. 100 Personen bzw. am 22.-24. Oktober in Leipzig ein sog. Verstärkerkongress mit ca. 300 Teilnehmern.

Linksextremisten demonstrieren gegen NATO-Einsatz in Serbien/Kosovo

Seit dem Beginn der NATO-Luftangriffe auf Serbien am 24. März 1999 protestierte auch das gesamte linksextremistische Spektrum gegen den »NATO-Angriffskrieg« sowie die »rot-grüne Kriegspolitik«. Örtliche und überregionale Bündnisse u.a. zwischen Personen aus PDS, DKP, trotzkistischen, anarchistischen oder autonomen Gruppen organisierten Demonstrationen und Mahnwachen. Nach ihrer Ansicht ist mit dem Zusammenbruch des Sozialismus der Krieg der »Imperialisten« wieder weltweit als Mittel der Politik möglich geworden. Die NATO habe dabei die Funktion, den »imperialistischen Besitzstand« zu sichern. Zugleich sei die Bevölkerung durch eine einseitige Medienpropaganda indoktriniert worden. Während kommunistische Gruppen wie z.B. die »Kommunistische Plattform der PDS« in einem offenen Brief an die Partei der jugoslawischen Kommunisten solidarisch den Widerstandswillen des jugoslawischen Volkes lobte, wurde innerhalb des autonomen Spektrums über das Verhältnis zu proserbischen Demonstranten und zum serbischen Regime gestritten. Brandanschläge von Linksextremisten führten in einigen Ländern der Bundesrepublik zu teilweise erheblichem Sachschaden. In NRW beschädigten Unbekannte ein vermeintliches Glasfaserkabel der Bundeswehr.

Neben der NATO war insbesondere die Partei Bündnis 90/Die Grünen Ziel der linksextremistischen Agitation. Mehrere Parteibüros waren von Sachbeschädigungen bzw. Besetzungsaktionen betroffen.

Am 13. Mai versuchten ca. 1.000 Kriegsgegner, davon die Hälfte Linksextremisten, den Sonderparteitag von Bündnis 90/Die Grünen zu stören unter dem Motto »Zerschlagen wir die NATO! Fangen wir mit den Grünen an!«. Vor der Veranstaltungshalle kam es zu gewalttätigen Ausschreitungen, in deren Verlauf 60 Personen festgenommen wurden. Bundesaußenminister Fischer wurde in der Halle von einem Autonomen durch eine Farbbeutelattacke am Kopf verletzt. Das Amtsgericht Bielefeld verhängte in einem Strafbefehl gegen den Täter eine siebenmonatige Freiheitsstrafe, die nach Zahlung von 1.500 DM an Greenpeace zur Bewährung ausgesetzt werden sollte. Der Verurteilte zeigte in mehreren Presseerklärungen keine Reue und erhob gegen den Strafbefehl Einspruch, um eine öffentliche Verhandlung zu erreichen.

Auch nach Einstellung der NATO-Luftangriffe setzen Linksextremisten ihre Protestaktionen gegen die »Kriegspolitik der BRD« fort, die sich z.B. auch gegen öffentliche Gelöbnisse der Bundeswehr richten.

Antirassismus

Linksextremisten nutzten das Themenfeld »Antirassismus« um teilweise gemeinsam mit

demokratisch-bürgerlichen Organisationen und Personen öffentlichkeitswirksame Aktionen z.B. in Form von Demonstrationen, Mahnwachen, Informationsveranstaltungen etc durchzuführen. Dabei versuchen sie nach Möglichkeit, Zielrichtung und Argumentation der Veranstaltungen zu bestimmen. Als beispielhaft für demonstrative Aktionen in NRW können genannt werden:

Am 9. Januar 1999 demonstrierten in Duisburg ca. 150 Personen des linksextremistischen Spektrums gegen sog. »Polizeiübergriffe« auf mehrere linke deutsche und ausländische Organisationen.

Etwa 400 Personen auch aus linksextremistischen Organisationen beteiligten sich am 16. Januar 1999 in Wuppertal an der Demonstration zur Unterstützung der von der linksextremistisch beeinflussten Kampagne »Kein Mensch ist illegal« betreuten Kurden im Wanderkirchenasyl.

kein mensch ist illegal	
news camp karawane handbuch filme links appell kontakt suche	
<p>Flüchtlingskongress in Jena vom 20. April bis 1. Mai 2000</p> <p style="text-align: center;">gemeinsam gegen abschiebung und soziale ausgrenzung</p>	<p>Von A bis Z</p> <p>Abschiebungen Widerstand und Urgent Actions Asylverfahren Wie Flüchtlinge ausgeführt werden Flüchtlingskongress in Jena Die Karawane tagt im Ostern 2000</p> <p>Grenzcamp Schon Pläne für den nächsten Sommer?</p> <p>Hilfen Materialien zum Thema Schutzehe</p> <p>Karawane Berichte und Einschätzungen</p> <p>Lufthansa Anger mit der 'Deportation class'</p> <p>Mehrjährige Adressenliste der örtlichen Beratungskstellen für die medizinische Versorgung von Flüchtlingen</p> <p>Präsentation Pressekonzert zur Vorstellung der Kampagne im Oktober 1997 in Bonn</p> <p>Repressionen Durchsuchung des FFM Büros und des Mehringhofes in Berlin Ende 1999</p> <p>Wanderkirchenasyl Der Kampf von 400 Flüchtlingen in Nordrhein-</p>
<p>Flughafenaktionstage vom 7. bis 10. April 2000</p> <p>»Deportation Class - gegen das Geschäft mit Abschiebungen« lautet das Motto einer Kampagne, die schon mensch ist illegal Ende März der Öffentlichkeit vorgestellt hat. »Wir werden auf die Profiteure des schmutzigen Geschäfts Druck ausüben, indem wir die Öffentlichkeit informieren und die Passagiere und Bordpersonal zum Eingreifen auffordern«, sagte Jan Hoffmann, Aktivist der Kampagne. Die Kampagne richtet sich zunächst vor allem gegen die Deutsche Lufthansa, weil die Lufthansa ihre Flugverbindungen in die ganze Welt für Abschiebungen zur Verfügung stelle und sich so zum willfährigen Handlanger der brutalen Abschiebepraktik mache. Am zweiten Aprilwochenende fanden an vielen deutschen und internationalen Flughäfen erste Aktionen statt.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Protestaktion von rund 100 AktivistInnen am Flughafen Wien-Schwechat gegen Abschiebungen. Die Aktion fand zeitgleich mit der Ankunft von EU-Präsident Prodi statt. • Protestaktion am 7. April am Flughafen Hannover • Go-In am 7. April beim Ausbildungszentrum der Lufthansa • Aktion am 17. April am Flughafen Düsseldorf 	

Internet-Seite »Kein Mensch ist illegal«

Am 23. Januar 1999 demonstrierten in Köln ca. 350 Deutsche und Kurden anlässlich des einjährigen Bestehens der Kampagne »Kein Mensch ist illegal«.

Am 5. Juni 1999 forderten ca. 150 und am 12. Juni 1999 ca. 800 Personen anlässlich von Demonstrationen vor der Frauen-JVA Neuss u.a. einen Abschiebestopp und »Offene Grenzen für alle«.

Am »Antirassistischen Grenzcamp« der Kampagne »Kein Mensch ist illegal« vom 7. - 15. August 1999 bei Zittau/Sachsen nahmen ca. 300 Personen aus Deutschland und anderen europäischen Staaten teil. Mit dem Camp war u.a. eine »Konfrontation der Bevölkerung mit einer antistaatlichen, antirassistischen Haltung und Praxis« beabsichtigt.

Am 15. September 1999 protestierten rd. 60 Teilnehmer der Aktion »Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen« vor dem Verwaltungsgericht Gelsenkirchen gegen dessen Asylrechtsentscheidungen. Einer namentlich genannten Richterin wurde in einem Flugblatt vorgeworfen, »eine der konkret Verantwortlichen für unmenschliche Asylpolitik« zu sein.

Am 19. November 1999 demonstrierten ca. 100-150 Kurden aus dem Wanderkirchenasyl sowie Personen aus den deutschen Unterstützerguppen in Düsseldorf vor dem Landtag und dem Innenministerium NRW. Dem Innenminister wurde symbolisch vor dem Gebäude eine Panzeratrappe verliehen.

Ziele der Agitation wurden neben staatlichen Einrichtungen auch zunehmend Flughäfen und die Lufthansa, nachdem das international besetzte antirassistische Forum auf dem EU-Alternativ-Gipfel am 29. Mai - 2. Juni 1999 in Köln beschlossen hatte, als Aktionsperspektive künftig die Fluggesellschaften stärker ins Visier zu nehmen. Durch demonstrative Aktionen z.B. auf Flughäfen oder vor Reisebüros soll erreicht werden, dass Fluggesellschaften sich wegen eines befürchteten Imageschadens weigern, weiterhin Abschiebepassagiere zu befördern.

Linksextremisten versuchten auch mit militanten Mitteln Einfluss auf die öffentliche Meinung zu nehmen. In Berlin wurde durch Brandanschläge auf Fahrzeuge sowie Sachbeschädigungen an Einrichtungen des Deutschen Roten Kreuzes ein Hungerstreik von Flüchtlingen in drei DRK-Heimen gegen die Praxis der Sachmittelunterstützung flankiert. Auch in NRW waren zahlreiche Sachbeschädigungen zu verzeichnen. Am 25. Februar 1999 beschädigten vermutlich Autonome z.B. das Wohnhaus des Chefredakteurs der »Westdeutschen Zeitung« mit Pflastersteinen und Farbflaschen. In mehreren Tatbekenntnissen erhoben sie u.a. den Vorwurf, der Chefredakteur sei »seit vielen Jahren maßgeblich an rassistischen Hetzkampagnen beteiligt«.

Eine »gruppe antirassismus heißt angriff!« bekannte sich zu Beschädigungen am Gebäude des Verwaltungsgerichts Münster in der Nacht zum 13. Juni 1999. Anlass war die versuchte Selbstverbrennung eines Kurden während seiner Abschiebung, deren Rechtmäßigkeit durch das VG Münster bestätigt worden war.

Die Kampagne »Kein Mensch ist illegal« unterstützte weiterhin das »Wanderkirchenasyl« der von einer möglichen Abschiebung betroffenen Kurden propagandistisch z.B. durch Flugblatt- und Besetzungsaktionen sowie zahlreiche Demonstrationen. Unterstützerguppen der Kampagne existieren u.a. in Köln, Oberhausen, Wuppertal sowie im Raum Bielefeld. Der linksextremistische Unterstützerkreis sieht die Asylgesetzgebung und deren Umsetzung als Ausdruck von staatlichem Rassismus an und setzt sich für »offene Grenzen« ein. Nach Beendigung der friedlichen Besetzung der Landesgeschäftsstelle von Bündnis 90/Die Grünen warf die autonome Szenepublikation »Streng Gemein« aus Aachen der Landesregierung »politische Geiselnahme und Erpressung« vor.

Solidaritätskampagne für Mumia Abu-Jamal

Die erstmals für den 17. August 1995 in Pennsylvania/USA festgesetzte Hinrichtung des schwarzen amerikanischen Journalisten Mumia Abu-Jamal führte seitdem zu regelmäßigen Protesten des linksextremistischen Spektrums. Das ehemalige Black-Panther-Mitglied wurde 1982 angeblich zu Unrecht wegen Polizistenmordes zum Tode verurteilt. Seit diesem Zeitpunkt versuchen sein Anwalt und Solidaritätsgruppen durch eine weltweite Kampagne, die in Deutschland überwiegend von Gruppen und Personen des antiimperialistischen und autonomen Spektrums getragen wird, Abu-Jamal als internationale Symbolfigur für staatliche Repression und Rassismus aufzubauen.



Plakat aus der Solidaritäts-
kampagne für Mumia Abu-Jamal

Nachdem am 13. Oktober 1999 der Gouverneur von Pennsylvania einen neuen Hinrichtungstermin für Mumia Abu-Jamal auf den 2. Dezember 1999 festgelegt hatte, kam es auch in Deutschland erneut zu Protestaktionen des linksextremistischen Spektrums, an denen sich z.B. in Hamburg am 20. Oktober 1999 bis zu 700 Personen beteiligten. In Köln bildete sich eine Bündnisinitiative »Freiheit für Mumia Abu-Jamal«, für die neben Personen des örtlichen antiimperialistischen Spektrums auch andere Gruppen der linksextremistischen Szene gewonnen werden sollten. Obwohl der Hinrichtungstermin erneut aufgehoben wurde, setzte man die Protestaktionen fort. In Flugblättern wurde u.a. in Köln für eine bundesweite Demonstration am 13. November 1999 in Kaiserslautern mit ca. 500 Teilnehmern mobilisiert, auf der auch Angehörige der RAF-Gefangenen deren Solidarität mit Abu-Jamal bekundeten. Darüber hinaus fanden u.a. in Bonn, Düsseldorf, Köln, Münster und Paderborn Demonstrationen bzw. Solidaritätsveranstaltungen mit ca. 60-120 Teilnehmern statt. Für den Fall, dass ein zukünftiger Hinrichtungstermin nicht ausgesetzt werde, schlug in der Interim Nr. 488 vom 25. November 1999 eine Gruppe »AG just in time« vor, in einer bundesweiten Aktion die »Just-In-Time-Zulieferung« eines US-amerikanischen Automobilkonzerns zu blockieren, um die Produktion zu unterbrechen. Dieser Aktionsvorschlag wurde auch in der Wuppertaler Szenezeitschrift »Zeitzünder« verbreitet.

Proteste gegen Europa- und Weltwirtschaftsgipfel in Köln

Die Treffen der Staats- und Regierungschefs zum EU-Gipfel (3. - 4. Juni 1999) und Weltwirtschaftsgipfel (18.-20. Juni 1999) in Köln wollte das gesamte linksextremistische Spektrum für Protestaktionen gegen die »Herren der Welt« nutzen. Die Gegenaktivitäten wurden zumeist in Bündnissen mit demokratisch-bürgerlichen Organisationen vorbereitet. Während sich diese in erster Linie für einen Schuldenerlass zu Gunsten der Länder der sog. 3. Welt einsetzten, wollten Linksextremisten vor allem ihre Kritik an der aus ihrer Sicht imperialistischen Weltwirtschaftsordnung artikulieren. Im Mittelpunkt der Gegenaktivitäten standen in Köln drei größere Demonstrationen:

Am 29. Mai demonstrierten ca. 15.000 Personen im Rahmen der »Europäischen Märsche gegen Arbeitslosigkeit, ungeschützte Beschäftigung, Rassismus und Krieg«. Die Demonstration prägten die überwiegend aus dem benachbarten Ausland angereisten Mitglieder kommunistischer und anarchistischer Organisationen sowie mehrere hundert Anhänger der PKK und kommunistischer türkischer Gruppierungen. Aus zwei Antifa-Blöcken heraus mit insgesamt ca. 1.000 Personen, zu denen u.a. die »Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation« (AA/BO) mobilisiert hatte, wurden durch Farbbeutel-, Stein- und Stangenwürfe auch Auseinandersetzungen mit der Polizei provoziert.

Am 3. Juni blieb das linksradikale Spektrum nach internen Meinungsverschiedenheiten mit anderen linksextremistischen Gruppen, u.a. der AA/BO, unter sich. Ca. 2.500 Personen demonstrierten friedlich unter dem Motto »Fight Fortress Europe«.

Am 19. Juni demonstrierten ca. 8.000 Personen unter dem Motto »Ende der Bescheidenheit - Gipfel stürmen« gegen globale Armut, Rassismus und Krieg. Die geringe Resonanz der Demonstration war für die Organisatoren »Bündnis Köln 99« enttäuschend, zumal PKK-Anhänger die Hälfte der Teilnehmer stellten.



Protestplakat gegen den Weltwirtschaftsgipfel am 18.-20.6.1999 in Köln

Außerdem organisierten u.a. Linksextremisten zu und zwischen den Gipfelterminen zahlreiche Veranstaltungen und Aktionen wie Kongresse, Besetzungen, kleinere Demonstrationen, Sachbeschädigungen etc:

Der von Gruppen des gemischten Bündnisses Köln 99 organisierte Alternativgipfel 29. Mai - 2. Juni 1999 diskutierte unter der Überschrift »Gegen die Folgen der neoliberalen Politik in Europa« innerhalb der fünf Foren Wirtschaft/Soziales, Umwelt, Bildung, Demokratie/Gleichberechtigung und Kampagne/Öffentlichkeitsarbeit. Es kamen insgesamt ca. 400 Personen, etwa die Hälfte des Amsterdamer Alternativgipfels.

Ein linksradikaler »EU-Gegenkongress« 4./5. Juni 1999 beschäftigte sich in fünf Foren mit den Themen Ökonomie, Repression/Konterrevolution, EU-Imperialismus/Kolonialismus, Bevölkerungspolitik/Bioethik/Patriarchat sowie Ökologie/neue Technologien. Den sowohl organisatorisch wie auch inhaltlich chaotisch verlaufenen Kongress besuchten insgesamt rd. 150 Personen.

Störversuche durch Sabotagehandlungen

Neben einigen Besetzungsaktionen, die u.a. ein Lufthansa-Büro und das Büro des Kreisverbandes der Partei Bündnis 90/Die Grünen betrafen, kam es auch zu Sabotagehandlungen. In der Nacht zum 3. Juni 1999 durchtrennten unbekannte Täter zeitgleich an drei verschiedenen Stellen im Kölner Stadtgebiet Glasfaserstränge der Deutschen Telekom AG, wodurch etwa 24.000 Telefonanschlüsse zeitweise ausfielen. Unter Bezugnahme auf die Gipfelveranstaltungen, wo »eine einzigartige Demonstration der Macht und Arroganz der ideologischen Vertreter des Neoliberalismus zelebriert« werde, bekannte sich die Gruppe »Peoples Local Action« zu den Sachbeschädigungen. Nach ihrem Bekennterschreiben sollte die Aktion die »Kommunikation auf der Ebene der Mächtigen« treffen und richtete sich letztlich gegen das »kapitalistische und patriarchalische Herrschaftssystem«.

Selbstkritisches Fazit

Die im Vergleich zu vorhergehenden Gipfeltreffen und zu den Erwartungen der Organisatoren eher geringe Beteiligung an allen Gipfelaktionen verdeutlicht die Aktions- und Mobilisierungsschwäche des linksextremistischen Spektrums. Bereits die Vorbereitungsphase ließ die anhaltende Zerstrittenheit der extremistischen Linken in Deutschland erkennen. Innerhalb der Bündnisse kam es immer wieder zu Ausgrenzungen und Abspaltungen von Gruppen, wobei einzelne Personen und Gruppen versuchten, überregionale Treffen zu dominieren.

In der Szene kommentiert man die Protestaktionen in Nachbetrachtungen überwiegend selbstkritisch. Die Interim Ausgabe Nr. 480 vom 15. Juli 1999 veröffentlicht erste kritische Stimmen: »*Die Rechnung der Regierenden ist voll aufgegangen, der Protest gegen die Gipfel wurde neutralisiert*«. Gegenaktivitäten seien kaum wahrgenommen worden. »Autonome Ruhrgebietsgruppen« monierten u.a., dass der Polizei am 29. Mai 1999 nicht entschlossener Widerstand entgegengesetzt worden sei. Die Demonstration sei ein »*beklagenswertes Trauerspiel*« gewesen, welches »*aber auch rein gar nix mit entschlossener Antifapaxis zu tun hatte*«.

Ein 60seitiger »Köln-Reader« der »Gruppe Landfriedensbruch« fasst Texte »aus der Feder von AkteurInnen in und um die Kölner Bündnisse« zusammen. Kritisiert werden u.a. fehlende politische Gegenbilder, der Wille zu legal-konfliktfreien Demonstrationen und Kongressen, die Dominanz weniger Gruppen und Personen sowie fehlende Diskussionen um Strategien und Aktionsformen. Die Kritik bezog auch die in den Bündnissen vertretenen »Nichtregierungsorganisationen« (NGOs) ein, die mit ihrer finanziellen und personellen Ausstattung mittlerweile auf Lobby-Arbeit ausgerichtet seien und radikale politische Forderungen verhindert hätten. Die meist unorganisierten Gruppen und Zusammenhänge der Bewegung seien durch eine sog. Ein-Punkt-Bezogenheit auf gesellschaftliche Randereignisse wie z.B. Castor oder Faschoaufmärsche beschränkt und schafften es nicht, sich mit anderen Gruppen zu vernetzen, um gemeinsam politische Ziele durchzusetzen. Wenigen Aktiven in diesen Gruppen ständen oft viele KonsumentInnen gegenüber.

Widerstand gegen die Weltausstellung EXPO 2000 in Hannover

Im linksorientierten Spektrum stößt die EXPO 2000 auf weitgehende Ablehnung. Sie wird als Propagandashow von Staat und Großindustrie gesehen, bei der sich Deutschland als Weltmacht darstellen wolle. Für Linksextremisten handelt es sich um ein »Herrschaftsprojekt«, durch dessen Inszenierung »der Welt die globale Lösungskompetenz der Metropolen präsentiert werden« solle. Für sie sind der EU- und Weltwirtschaftsgipfel (EU-WWG) im Juni 1999 in Köln und die EXPO 2000 nur »Varianten desselben Systems«.

Linksextremisten setzen im Rahmen ihres »Widerstands« auch auf die Militanz als politische Option. Einerseits soll die EXPO dafür genutzt werden, eine größere Öffentlichkeit über politische Themen wie z.B. Rassismus, Gentechnologie oder Imperialismus zu informieren;

andererseits müsse der reibungslose Ablauf der »Propagandashow« auch durch Sabotage gestört werden. Dabei hatte man die Hoffnung, die sogenannten Ein-Punkt-Bewegungen zu einer Beteiligung motivieren zu können, *»damit Widerstand zukünftig nicht nur gegen besondere Symboliken (Castor, Nazis u.s.w.) möglich ist, sondern das Ganze in Frage gestellt werden kann«*. Wiederholt kam es zu Sachbeschädigungen, die sich in erster Linie gegen an der Realisierung der Weltausstellung beteiligte Firmen und Sponsoren richteten.

Für in Nordrhein-Westfalen aktive Gruppen war die EXPO 2000 offenbar bislang nur ein Randthema. Allerdings fand vom 12. bis 14. November 1999 das »4. bundesweite ANTI-EXPO-Treffen« von Gruppen aus dem EXPO-Widerstand in Bielefeld statt.

In der Bundesrepublik sollten die Veranstaltungen zum »Global Action Day« am 30. November 1999 Bestandteil des Widerstandes gegen die Weltausstellung sein. Die Aktionen blieben allerdings ohne größere Resonanz. An einer friedlichen und bunten Demonstration in Bochum nahmen etwa 150 Personen teil.

»Antifaschismus« als Themenfeld militanter Autonomen

Das Themenfeld »Antifaschismus« hat bei militanten Autonomen im Berichtszeitraum wieder erheblich an Bedeutung gewonnen. Da sich alle Linksextremisten grundsätzlich als »Antifaschisten« (nach eigener Definition) verstehen, eignet sich dieses Thema auch für Bündnisstrukturen sowohl innerhalb des gesamten linksextremistischen Spektrums, als auch für Bündnisse mit demokratischen Kräften. Zur Auseinandersetzung u.a. mit dem Thema Antifaschismus fand vom 22.-24. Oktober 1999 in Leipzig der sog. Verstärkerkongress statt, der offenbar als eine Art Ideenbörse angesehen wurde, um den bundesweiten Stand der Antifa-Bewegung zu analysieren und evtl. neue Konzepte zu entwickeln.



Antifa-Plakat zur Silvester 2000-Aktion in Berlin

Antifa Offensive 99 gestartet

Die »Antifaschistische Aktion / Bundesweite Organisation« (AA/BO) - eine bundesweite Vernetzung autonomer Gruppen - startete für 1999 die sogenannte »Antifa Offensive 99« unter dem Motto »Den rechten Vormarsch stoppen!«. Die Initiative richtet sich in erster Linie gegen die NPD/JN und die sogenannten »Unabhängigen Kameradschaften«. Mit der Kampagne ist beabsichtigt, *»die antifaschistische Organisierung voranzutreiben«* und *»soll auch die Entwicklung von neuen Ideen, Aktionsformen und Konzepten zum Ziel haben, damit Antifa-Gruppen wieder aus einer Position der Stärke heraus agieren können«*. Weiter heißt es dort: *»Es gilt, der radikalen Linken wieder mehr Geltung zu verschaffen. Bündnisarbeit mit fortschrittlichen Kräften und Medienpolitik sind notwendig, um die gesellschaftliche Diskussion mitzubestimmen und damit die momentane Isolation zu durchbrechen«*.

An der »Antifa Offensive 99« beteiligten sich bundesweit ca. 35 Antifa-Gruppen. Aus NRW sind folgende Gruppen zu nennen:

Antifa Bonn/Rhein-Sieg

Jugendantifa »gegen den Strom« Duisburg

Antifa K Köln

Autonome Antifa Lüdenscheid

Antifaschistische Gruppe Link Oberhausen

Antifaschistisches Jugendplenum Soest

Antifaschismus als Kampf gegen staatliche Ordnung und das herrschende System

Der von der AA/BO erstellte Reader zur »Antifa Offensive 99« gibt auch Aufschluss über die Legitimationsgrundlagen für einen Antifaschismus gemäß eigener Definition und mit selbstbestimmten Mitteln. Die Autoren werfen den staatlichen Institutionen und politischen Parteien in der Bundesrepublik vor, für ein gesellschaftliches Klima verantwortlich zu sein, das zum Erstarken von Faschismus geführt habe. Dem gegenüber sehen sie sich selbst »staatlicher Repression ausgesetzt«. Als Erklärungsmuster hierfür wird die Totalitarismustheorie ausgemacht, wonach der Staat bewusst rechten und linken Extremismus - ohne Rücksicht auf ihre Inhalte - gleichsetzt. Der Staat fungiere als »Ordnungshüter zwischen den Extremen und legitimiert so seinen Repressionsterror«. Zur Durchsetzung staatlicher (=faschistischer) Ziele werde vorsorglich der »Repressionsapparat« aufgerüstet. Hierzu bediene sich das »herrschende System« notfalls auch faschistischer Methoden. Insofern wird »Antifaschismus als Ansatz zum Kampf gegen das herrschende System« angesehen und damit letztendlich als »Kampfansatz« gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland legitimiert. In einem Flugblatt der Oberhausener »Antifaschistischen Gruppe Link« heißt es kämpferisch: »Antifa ist der Kampf ums Ganze«.

Antifa-Aktionen

Im Rahmen der »Antifa Offensive 99« gab es neben Aktionen gegen »Nazizentren« auch wiederholt Versuche, sogenannte »Naziaufmärsche« zu verhindern. Erklärtes Ziel war es dabei, »ein öffentliches Auftreten von Faschisten unmöglich zu machen«. Unter Beteiligung von Autonomen und anderen Linksextremisten wurden in NRW folgende Gegendemonstrationen durchgeführt:



Flyer der Antifa

Am 22. Mai 1999 kam es in Köln im Rahmen einer Protestdemonstration mit bis zu 2.000 Teilnehmern, darunter ca. 250 gewaltbereite Autonome, gegen eine Demonstration der NPD zu Auseinandersetzungen zwischen Rechts- und

Linksextremisten. Anlass war die sog. Wehrmachtsausstellung. Im Rahmen einer Kleingruppentaktik hatten sich die Linksextremisten dem verwaltungsgerichtlich zugelassenen Demonstrationzug der NPD mit dem Ziel genähert, diesen zu verhindern. Dabei wurden Teilnehmer der NPD-Demonstration - z.T. auch die eingesetzten Polizeibeamten - mit Obst, Gemüse und Steinen beworfen.

Anlässlich einer weiteren Demonstration am 2. Oktober 1999 in Köln konnten vergleichbare Auseinandersetzungen durch die Polizei verhindert werden. An dieser Gegendemonstration beteiligten sich ca. 1.500 Personen, darunter zahlreiche Angehörige der örtlichen autonomen Szene.

Am 18. September 1999 fand im Rahmen der »Antifa Offensive 99« in Hamminkeln/Kreis Wesel unter dem Motto »Lieber raus auf's Land, als heim in's Reich« eine Demonstration statt, an der sich ca. 150 Personen - zumeist Angehörige der Antifa-Szene - beteiligten. Unterzeichner der Aufrufe waren u.a. die PDS, Kurdistan Solidarität Duisburg und die in der Antifa-KOK organisierte Antifaschistische Aktion Düsseldorf.

Unter maßgeblicher Beteiligung von Demonstrationsteilnehmern aus Nordrhein-Westfalen kam es am 9. Oktober 1999 in Osnabrück bei einer Gegendemonstration im Zusammenhang mit der Präsentation der sog. Wehrmachtsausstellung zu Ausschreitungen und Auseinandersetzungen mit der Polizei. An der Gegendemonstration mit ca. 800-1.000 Teilnehmern beteiligten sich zahlreiche Linksextremisten aus NRW.

Am 20. November 1999 fand in Münster unter dem Motto »Ist was ? - Gegen rassistische und faschistische Gewalt und deren Verharmlosung« eine Demonstration statt, an der sich ca. 350 Personen der Antifa-Szene beteiligten.

Aufklärung durch öffentliches Anprangern von »Nazi-Funktionären«

Zur Antifa-Arbeit gehört das systematische Zusammentragen von Informationen über Namen und Adressen von »Nazi-Funktionären«. Diese werden in einschlägigen Publikationen unter einem Slogan wie »Nazis haben einen Namen und eine Adresse« veröffentlicht. Eine direkte Aufforderung zu strafbaren Handlungen wird i.d.R. dabei vermieden, gleichwohl dienen die Veröffentlichungen der örtlichen Antifa-Szene zur Planung von Aktionen. Solche Aktionen umfassen beispielsweise öffentliche Diffamierungen in der Nachbarschaft durch Flugblätter mit dem Hinweis auf den vermeintlichen politischen Hintergrund von »Nazi-Funktionären«, oder aber gezielte Sachbeschädigungen an deren Eigentum (Farbschmierereien an Häusern bzw. Beschädigungen von Privat-Pkw). Wie weit solche Antifa-Aktionen gehen können, zeigt der Brandanschlag in Northeim/Niedersachsen vom 28. Oktober 1999 auf das Haus eines Neonazi-Aktivisten, bei dem ein Sachschaden von etwa 270.000 DM entstand.

Gewaltbereitschaft auch gegenüber Personen

Militanz ist für autonome Antifas eine selbstverständliche Handlungsoption. Vereinzelt kommt es auch zu direkten Angriffen auf Personen, die der rechtsextremistischen Szene zugerechnet werden. Das in Schulen verteilte »Antifa Jugendinfo Bonn/Rhein-Sieg« befasst sich in der Ausgabe Nr. 26 vom Mai 1999 mit der Frage der Militanz auch gegen Personen. Dort heißt es zu dem Bild des bayrischen Ministerpräsidenten Stoiber: »*Buback, Ponto, Schleyer ... wird der nächste wohl ein Bayer*«. Gewalt wird als ein Mittel der politischen Auseinandersetzung billigend in Kauf genommen. Wörtlich heißt es dort: »*Wir halten uns nicht an rechtsstaatliche Normen ... Da sich hier Militanz als Aktionsform bewährt hat, werden wir auch weiterhin daran festhalten*«. Das Verhältnis von Antifas zur Gewalt sei ein rein rationales. Es bemesse sich nach einem einzigen Kriterium: der Effektivität. Körperliche Übergriffe auf (vermeintliche) Nazis sind deshalb ein häufig praktiziertes Aktionsmittel.

Antifa-Offensive blieb ohne Wirkung

Die »Antifa-Offensive 99« der AA/BO hat keine große Wirkung und Aufmerksamkeit erzielt. Wahrgenommen wurden in der Öffentlichkeit Aktionen insbesondere auch im Zusammenhang mit der Unterschriftenaktion der CDU bzw. mit der Beteiligung rechtsextremistischer Parteien an der Kommunalwahl im September 1999. Der Einzug von Rechtsextremisten in diverse Kommunalparlamente hat das öffentliche Interesse am Rechtsextremismus und an seiner Bekämpfung wieder verstärkt.

Das Themenfeld Antifaschismus ist allerdings weiterhin am besten geeignet, junge Leute für linksextremistische Ideale und eine Mitarbeit in autonomen Gruppierungen zu interessieren.

Aktionen gegen CDU-Unterschriftensammlung

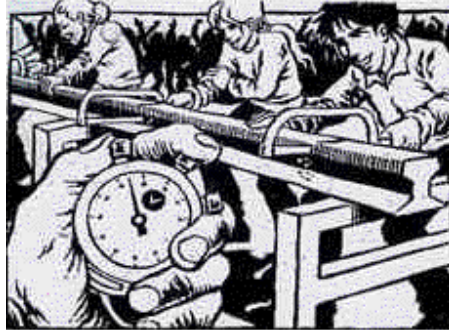
Mit Bekanntwerden der Unterschriftenaktion der CDU gegen die Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft mobilisierten auch deutsche Linksextremisten, vor allem Angehörige der autonomen Szene, in Publikationen, im Internet und mit Flugblättern zu Protestaktionen gegen die CDU. Die Verfasser von Artikeln in einschlägigen Publikationen, wie der Szenezeitschrift »Interim«, warfen der CDU vor, mit ihrer Initiative eine »rassistische Hetze« zu betreiben und forderten offen dazu auf, Unterschriftenlisten zu entwenden bzw. zu vernichten. Ausdrücklich heißt es: *»Gut finden wir, dass es bundesweit (auch militante) Aktionen gegen diese Kampagne gibt.«*

Im Rahmen der »antifaschistischen bzw. antirassistischen Selbsthilfe« wurden zahlreiche Straftaten zum Nachteil der CDU verübt. Bereits vor dem offiziellen Beginn der Unterschriftenaktion kam es in mehreren Städten zu Sachbeschädigungen an Einrichtungen der Partei und zu Störaktionen gegen CDU-Veranstaltungen, u.a. auch am 13. Januar 1999 zur Besetzung des Fraktionsbüros der CDU in Aachen und am 22. Januar 1999 zu Farbschmierereien an der CDU-Geschäftsstelle in Hamm. Mit Beginn der Unterschriftensammlung richteten sich die Aktionen auch gegen Infostände der CDU. Neben verbalen Auseinandersetzungen kam es wiederholt zu Handgreiflichkeiten zwischen Gegnern und Befürwortern. In Nordrhein-Westfalen blieb es bei Sachbeschädigungen (u.a. in Bonn, Dortmund, Hamm, Leverkusen, Lünen und Minden), Demonstrationen (u.a. in Bottrop, Duisburg, Essen, Gelsenkirchen und Siegen) und Rangeleien (u.a. in Bochum, Bonn, Düsseldorf, Hagen und Köln). »Höhepunkt« der Protestveranstaltungen war in Nordrhein-Westfalen am 16. Februar 1999 die Besetzung des CDU-Parteibüros in Münster durch 26 Angehörige der autonomen Szene. Bis zur polizeilichen Räumung hatten die Besetzer u.a. im Büro vorgefundene Unterschriftenlisten vernichtet und Materialien aus dem Fenster geworfen.

Linksextremistische Einflussnahme auf Proteste gegen die Gen-Technologie

Die seit etwa 1995 in NRW von linksextremistischen Gruppen unternommenen Versuche, durch u.a. die Mitarbeit in Bürgerinitiativen sowie den Aufbau von vernetzten Proteststrukturen, Einfluss auf den Widerstand gegen die neue Gentechnologie zu entwickeln und diese als Ausdruck des menschenverachtenden Kapitalismus darzustellen, konnten nicht öffentlichkeitswirksam realisiert werden. Mit Ausnahme einzelner Protestaktionen, die ohne große Resonanz durchgeführt wurden, konnte selbst bei den Gegenaktivitäten zu den Kölner Gipfelveranstaltungen das Thema »Anti-Gentechnik« nicht in das Blickfeld der Öffentlichkeit gerückt werden. In NRW wurde zuletzt zwischen dem 18. und 25. Juni 1999 im Kreis Paderborn ein Versuchsfeld mit transgenen Rapspflanzen zerstört. Am 26. Juni 1999 ging bei einer örtlichen Tageszeitung ein anonymes Bekennerschreiben ein, welches die Tat in einen Zusammenhang mit den Aktionen gegen den Weltwirtschaftsgipfel in Köln stellt und nach Inhalt und Diktion eine linksextremistische Urheberschaft erkennen lässt. Zur Motivation heißt es darin u.a.: *»Auf dem WWG regulieren die imperialistischen Hauptakteure ihre gegenseitige Konkurrenz und besprechen die Aufteilung der Rohstoff- und Absatzmärkte, sowie die Methoden zur Unterdrückung von Opposition.«* Die Verfasser wenden sich »Gegen die kapitalistische Weltordnung« und schließen ihr Bekennerschreiben mit einer Grußadresse an die »politischen Gefangenen«. Das Bekennerschreiben, dessen Urheberschaft linksextremistische

Zusammenhänge erkennen lässt, wurde in der Juli-Ausgabe der überregionalen Berliner autonomen Szenezeitschrift »Interim« neben einem Hinweis auf ein »Aktionscamp für eine gentechnikfreie Landwirtschaft« (in der Nähe von Berlin) abgedruckt.



Flyer zur Anti-Kernkraft-Kampagne

Bundesweit nahm die Anzahl der Anschläge auf Objekte der gentechnischen Industrie ab. So ging die Zahl der Zerstörungen beziehungsweise Teilerstörungen von gentechnisch veränderten Versuchsflächen von 18 (1998) auf 12 im Jahre 1999 zurück.

Als neuer thematischer Anknüpfungspunkt für das Thema Gentechnologie stellt sich für militante Linksextremisten bereits jetzt die Weltausstellung EXPO 2000 in Hannover dar. Nach Verlautbarungen aus Kölner linksextremistischen Szenekreisen präsentiert sich die EXPO als eine »gigantische Werbeveranstaltung für eine kapitalistische Weltordnung«, die »neue umweltzerstörerische Technologien« als vermeintliche Lösungen zeigt und durch die »ungehemmte Entfaltung kapitalistischer Akkumulation geprägt« sein soll.

Artikel in der »Interim«-Ausgabe von November 1999 dokumentieren auch das offensichtlich anhaltende Interesse linksextremistischer Szenekreise, das Thema Gentechnik zu einem gemeinsamen Aktionsfeld aufzubauen. Unter der Überschrift »*Widerstand lohnt sich (fast) immer!*« wertet eine vermutlich unter linksextremistischem Einfluss stehende »Anti-Gentechnik«-Gruppe den Rückzug einer Betreiberfirma von einem Versuchsstandort als großen Erfolg massiver Proteste (Protestwanderungen und Feldbesetzungen bis hin zu Zerstörungen des transgenen Saatgutes). Es gehe nun darum, »*die örtlichen Bürgerinitiativen bundesweit zu vernetzen, um gemeinsam ein Ende aller Freisetzungen von gentechnisch manipulierten Pflanzen durchzusetzen.*«

Diese Zusammenhänge lassen vermuten, dass militante Linksextremisten ihre Aktionen und ihre Agitation gegen die Einrichtungen der gentechnischen Industrie und Wissenschaft fortführen werden.

Linksextremistische Beeinflussung der Anti-Kernkraft-Kampagne

In der Anti-Kernkraft-Kampagne engagieren sich neben traditionellen Umweltorganisationen und lokalen Bürgerinitiativen weiterhin auch linksextremistische Gruppierungen, die den Widerstand gegen Kernenergie und CASTOR-Transporte mit einer generellen Kritik am staatlichen System und seinen Institutionen verknüpfen.

Den politischen Bemühungen um einen Ausstieg aus der Kernenergie steht man mit grundsätzlicher Skepsis gegenüber. Vor allem autonome Aktivisten lehnen die Konsensgespräche zwischen Vertretern der Bundesregierung und der Energiewirtschaft strikt ab und beharren auf einem »Sofortausstieg«. Die Überlegungen zur Schaffung von Kapazitäten zur Zwischenlagerung abgebrannter Brennelemente an den Kraftwerksstandorten werden sowohl aus Aspekten des Umweltschutzes als auch aus rein instrumentellen Gründen kritisiert, da sich der Widerstand gegen Kernenergie bei einem Ausbleiben von CASTOR-Transporten nicht mehr in ausreichendem Maße darstellen könne. Denn:

»Ein zentraler positiver Aspekt der Castor-Spektakel ist unserer Ansicht nach die Schaffung eines Symbols realer Gegenmacht, die Schaffung eines Ereignis, das viele Menschen 'tanzende Verhältnisse' erleben läßt. ... Von [der] symbolischen Demontage einzelner Schrauben als 'bewußte Gesetzesübertretung im Rahmen des zivilen Ungehorsams', ist es bei vielen individuell nur ein kleiner Schritt zur ... realen Zerstörung eines Castor-Wegabschnitts. ... Unbestreitbarer Vorteil des Rituals Castor ist somit auch, daß die Hemmschwelle, sich am intervenierenden Protest zu beteiligen, herabgesetzt wird.« (aus: »Castor-Ritual an sozialem Ort« in »anti-atom aktuell« Nr. 105; grammatikalische Fehler wurden übernommen).

Mit der »Verstopfungsstrategie« und der öffentlich verkündeten Absicht, den ersten CASTOR-Transport nach dem Transportstopp verhindern bzw. dessen Kosten in die Höhe treiben zu wollen, soll weiterhin Druck auf Staat und Energieversorger ausgeübt werden.

Zusammenarbeit auf den Konferenzen der Anti-AKW-Bewegung

An den Konferenzen der Anti-AKW-Bewegung (»Frühjahrskonferenz« vom 9. bis 11. April 1999 in Heidelberg und »Herbstkonferenz« vom 22. bis 24. Oktober 1999 in Dannenberg) nahmen neben bürgerlichen Protestgruppen wieder eine Vielzahl von Gruppierungen aus dem autonomen Umfeld - auch aus NRW - teil. Im Vorfeld der Herbstkonferenz wurden Überlegungen für eine Arbeitsgruppe veröffentlicht, wie die Ein-Punkt-Bezogenheit überwunden und die Anti-AKW-Bewegung als Teil des emanzipatorischen Widerstands eingebunden werden könnte: *»Ob Zapatistas, Landlosenbewegung oder andere - ihre politische Position ist nicht mehr ein Ringen um die Frage, wer die Macht hat, (...) sondern darum, ob sich Gesellschaften von oben oder unten organisieren. (...) Daher wollen wir (...) auf der Anti-Atom-Herbstkonferenz nach Wegen suchen, wie Anti-Atom-Gruppen und Zusammenhänge zu Mitträgerinnen einer widerständigen, emanzipatorischen und internationalen Bewegung werden können.«* Beklagt wurde die anhaltende Mobilisierungsschwäche; die Aktivisten konzentrierten sich auf Überlegungen zum Widerstand gegen einen künftigen CASTOR-Transport u.a. mittels einer sog. »Castor-Checkliste«, die von einer autonomen Gruppe aus dem Münsterland erstellt worden war. Vorstellungen für einen gemeinsamen Aufruf und überregionale Widerstandskonzepte wurden bis dahin jedoch noch nicht näher konkretisiert.

Aktionen der Anti-Kernkraft-Kampagne

Die »Stunkparade« am 13. November 1999 in Berlin, an der über 10.000 Personen teilnahmen, fand bei autonomen Kernkraftgegnern aus Nordrhein-Westfalen nur geringes Interesse. Die Teilnahme an friedlichen Kundgebungen (Szenejargon: »Latschdemos«) wird zunehmend als unbefriedigend angesehen; von spektakulären Aktionen mit Happeningcharakter versprechen sich Autonome ohnehin mehr Zugkraft für Gleichgesinnte. Da in 1999 keine CASTOR-Transporte durchgeführt wurden und somit keinen Ansatzpunkt für Gegenaktivitäten boten, zeichnet sich ab, dass ersatzweise auch die Transporte von CASTOR-Leerbehältern oder von Uranhexafluorid (UF₆) zum Gegenstand von Mobilisierungsversuchen werden.

Vor diesem Hintergrund wurde am 2. Dezember 1999 ein Straßentransport von UF₆-Behältern an der Urananreicherungsanlage (UAA) Gronau von ca. 30 Aktivisten blockiert. Die zu der Blockade bundesweit angereisten Teilnehmer stammten vorwiegend aus dem autonomen Spektrum. Obwohl das Medienecho auf die Region beschränkt blieb, wurde diese Aktion als Erfolg angesehen.

Hausdurchsuchungen in der autonomen Szene

Auf Veranlassung der Bundesanwaltschaft wurden im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung (§ 129a StGB) am 6. Juli 1999 Wohnungen in Berlin, Bremen, Hamburg und im Wendland durchsucht. Hintergrund waren Hakenkrallenanschläge auf die Deutsche Bahn AG, die in 1996 und 1997 im gesamten Bundesgebiet mit Schwerpunkt Berlin und Niedersachsen verübt wurden. Betroffene

unterstellten in einer Erklärung in der Szenezeitschrift »Interim« (Ausgabe Nr. 480 vom 15. Juli 1999) der Bundesanwaltschaft für die Durchsuchungsmaßnahmen eine politische Motivation, denn dadurch solle »ein radikaler Teil der Anti-AKW-Bewegung geschwächt und politisch ausgegrenzt werden«. Man halte auch weiterhin an Aktionen gegen die Deutsche Bahn AG fest, denn diese seien »Teil des vielfältigen, phantasievollen Widerstands, der vom Flugblattverteilen bis zu nächtlichen Aktionen« reiche.



Tafelblatt der Szenezeitschrift »Interim«

Die Anti-Kernkraft-Kampagne, u.a. auch Gruppierungen des autonomen Spektrums aus Nordrhein-Westfalen, reagierte auf die Durchsuchungsmaßnahmen mit zahlreichen Erklärungen, in denen man sich solidarisch mit den Betroffenen gab.

Unter der Überschrift »Dem Staat die Krallen zeigen« wird in der anti-atom-aktuell (November 1999) eine auf der Anti-AKW-Herbstkonferenz verabschiedete Resolution wiedergegeben. Man wendet sich darin gegen Einschüchterungsversuche und ruft zu weiterem gemeinsamen Widerstand auf. Wörtlich heißt es u.a.:

»Wir lassen uns nicht kriminalisieren oder spalten und erklären, daß der Protest und Widerstand gegen diese Technologie legitim ist. Er sollte sich jedoch in letzter Konsequenz auch gegen die herrschende staatliche Ordnung richten. Nicht die Atomanlagen sind der Fehler, sondern das System, welches die Profitinteressen der Konzerne über die Lebensinteressen der Menschen stellt, welches Menschen nach ihrer Verwertbarkeit klassifiziert und selektiert, welches sexistische, rassistische und autoritäre Strukturen nutzt und fördert, - gegen ein solches System leisten wir Widerstand.«

Autonome Szenepublikationen kämpfen ums Überleben

Der Zustand der linksextremistischen Szeneschriften ist ein Spiegelbild der politischen Verhältnisse. Szenepublikationen haben es zunehmend schwerer, sich »am Markt« zu behaupten. Ihre personellen und finanziellen Schwierigkeiten setzten sich auch 1999 fort. So hat die seit 1993 in Wuppertal erstellte »Antifaschistische NRW-Zeitung« endgültig ihr Erscheinen eingestellt. Die autonome Szenepublikation »APOPLEX« aus Münster kündigte ebenso wie die wichtigste bundesweite autonome Schrift »Interim« aus Berlin an, ihr Erscheinen ohne den Eingang von Spenden bzw. das Begleichen von Außenständen demnächst einzustellen.

Neue Ausgabe der Untergrundzeitung »radikal« erschienen

Seit Juni 1999 wird in der linksextremistischen Szene nach einem Jahr wieder eine neue Ausgabe der Untergrundzeitung »radikal« verbreitet. Die mit 32 Seiten im Verhältnis zu vorherigen Ausgaben sehr dünne Nr. 156 besteht größtenteils aus Textbeiträgen der Redaktion, die sich mit Zukunftsperspektiven linksradikaler Politik, dem Kosovo-Konflikt und vor allem sich selbst beschäftigen. Die Ausgabe schließt mit einer detaillierten Anleitung zum Bau eines Brandsatzes mit Zeitzündern. In einem Interview der Interim, Ausgabe Nr. 477 vom 3. Juni 1999,

kündigten die Herausgeber bereits das Erscheinen einer neuen Ausgabe an. Das Projekt »radikal« soll ein Versuch sein, sich innerhalb des gewaltbereiten linksextremistischen Spektrums bundesweit, auch über das Zeitungsprojekt hinaus, zu vernetzen. Bisher wurde diese Ausgabe noch nicht in das Internet eingestellt.

3.3 Antimperialistischer Widerstand

Initiative Libertad!

Die Frankfurter Initiative Libertad! hat ihre Bemühungen um die Vernetzung des linksextremistischen antimperialistischen Widerstandes fortgesetzt.

So hat sie sich im Jahr 1999 intensiv mit der Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung der internationalen Arbeitskonferenz »Befriedung oder Befreiung? Perspektiven internationaler Solidarität« vom 1. bis 5. April 1999 in Berlin befasst. An der Konferenz, deren zentrales Element sechs Arbeitsgruppen sowie verschiedene Plena waren, nahmen bis zu 350 Teilnehmer aus 26 Ländern teil. Die offene Veranstaltung »Ohne Gerechtigkeit kein Frieden« wurde von rund 700 Interessierten besucht. Zur Abschlussveranstaltung »Perspektiven internationaler Solidarität - Erfahrungen, Ergebnisse und Möglichkeiten internationaler Zusammenarbeit« am 5. April 1999 in der Volksbühne kamen etwa 800 Teilnehmer. Aus Nordrhein-Westfalen nahmen Angehörige des Antimperialistischen Widerstandes und des früheren RAF-Umfeldes teil, teilweise in leitender Funktion.

Die Veranstaltung wurde von den Organisatoren durch inzwischen mehrere Ausgaben der Zeitschrift »So oder so« vor- und nachbereitet.

In dem Abschlussmanifest des Internationalen Komitees der Konferenz heißt es u.a.:

»Die politischen Gefangenen und Kriegsgefangenen, Frauen und Männer, sind Beispiel und Ausdruck von Durchhaltevermögen und Kampf und soziale Gerechtigkeit und Freiheit - und obwohl sie Opfer der blutigen Repression sind, sind sie dennoch aktive Subjekte im Kampf um Befreiung.

Wir haben begriffen, daß die Solidarität mit ihnen ein wesentlicher Bestandteil des Kampfes gegen politische Repression ist, gegen Straffreiheit von Folterern, oder gegen die spezifische Repression, die gegen Frauen verübt wird, gegen Folter und gegen das Verschwindenlassen.

...

Das heißt: Solidarität als Waffe, und die Solidarität gegen Repression und mit den politischen Gefangenen und den Kriegsgefangenen als besonders scharfe Waffe.«

Als Ergebnis der Konferenz wurde beschlossen, die internationale Zusammenarbeit durch die Gründung eines »Internationalen Komitees« zu stärken. Es soll die weltweite Kommunikation zwischen den Gruppen - auch durch den Einsatz des Internets - stärken und für die gegenseitige Unterstützung von Kampagnen werben.

Bewertung

Es handelte sich um die erste größere internationale Veranstaltung des antimperialistischen Spektrums in der Bundesrepublik Deutschland seit 1986. Aufgrund der großen nationalen und internationalen Resonanz wurde die Veranstaltung durchweg als Erfolg gewertet, auch wenn auf der Konferenz lediglich ein weltweiter Erfahrungsaustausch, nicht jedoch die angestrebte weltweite Vernetzung erreicht werden konnte.

Es bleibt abzuwarten, ob es dem »Internationalen Komitee« gelingt, die Beschlüsse der Konferenz umzusetzen. Diesbezügliche Aktivitäten der deutschen Initiatoren sind vorhanden.

3.3.1 Kurdistan-Solidarität des Antimperialistischen Widerstands

Herausragende Themen der Kurdistan-Solidaritätsarbeit linksextremistischer deutscher Gruppierungen im Jahr 1999 waren: die Unterstützung von Abschiebung bedrohter Kurden, die Begleitung von Strafprozessen gegen PKK-Anhänger und Propaganda gegen das PKK-Verbot sowie zugunsten des in der Türkei inhaftierten PKK-Führers Öcalan.

Beginnende Kontroverse über den politischen Kurs der PKK

In Anbetracht der Inhaftierung und Verurteilung Öcalans in der Türkei stand zunächst die Solidarität mit der PKK im Vordergrund. Den in Folge der Friedensappelle des PKK-Führers von der PKK eingeschlagenen politischen Kurs nahm die deutsche Unterstützerszene anfänglich ohne offene Kritik hin.



Internet-Homepage des Kurdistan-Rundbriefs

Gegen Jahresende waren jedoch Anzeichen für Zweifel an der Richtigkeit der PKK-Politik erkennbar. So kommentierte der Kurdistan-Rundbrief ein Interview mit dem Bruder des PKK-Führers und derzeitigem Führungmitglied der PKK, Osman Öcalan, in der Ausgabe Nr. 22/99 mit den Worten: »Das im folgenden dokumentierte Interview ... wird sicher nicht nur Zustimmung, sondern auch Widerspruch hervorrufen...«. In dem Interview bekräftigte Osman Öcalan, der Krieg sei beendet »und wir werden ihn auch nicht wiederaufnehmen«.

Der wertende Kommentar der Redaktion und andere »kritische Bemerkungen über die Politik der PKK« im Kurdistan-Rundbrief riefen Reaktionen im Leserkreis hervor, zu denen die Redaktion in der Ausgabe Nr. 23/99 Stellung nahm. Die Redaktion behielt ihre distanzierte Haltung gegenüber der PKK-Politik bei und forderte einen »Diskurs« über den »Prozess der kurdischen Emanzipation«, der sich »derzeit in einer Umbruchphase« befinde. Ein solcher Diskurs sei auch entscheidend für die weitere Perspektive der Kurdistansolidarität und des Kurdistan-Rundbriefs.

An dieser öffentlich geführten Auseinandersetzung zeichnet sich der Beginn einer Kontroverse über den PKK-Kurs ab, die die bisher PKK-treuen Gruppen innerhalb der linksextremistischen und antimperialistischen deutschen Kurdistan-Solidarität spalten könnte.

ISKU und AZADI

Die dem antimperialistischen Widerstand angehörenden Protagonisten der Kurdistan-Solidarität leisteten weiterhin einen großen Teil ihrer offenen Solidaritätsarbeit in den organisatorischen Strukturen der Informationsstelle Kurdistan e.V. (ISKU) und ihren Mitgliedsgruppen und im Rechtshilfeverein AZADI e.V. (AZADI). Zu diesem Personenkreis gehören inzwischen mehrere nach Deutschland zurückgekehrte Kurdistan-Brigadisten mit mehrjähriger Erfahrung im Kampfeinsatz bei der PKK-Guerilla. Neben der Arbeit in den genannten Institutionen beteiligten sich Angehörige dieser Personengruppe an der Erstellung des Kurdistan Report. ISKU und AZADI arbeiten nach wie vor mit den PKK-orientierten kurdischen Organisationen Kurdistan-Informationszentrum (KIZ) und der Förderung kurdischer Vereine in Deutschland (YEK-KOM)

zusammen (zu den genannten Institutionen siehe Verfassungsschutzberichte 1996, Nr. 3.2.6.1, 1997, Nrn. 3.2.6.2, 3.2.6.3 und 1998, Nr. 3.2.2).



Internet-Homepage des ISKU

Organisatorische und personelle Veränderungen

Die ISKU verlegte Anfang des Jahres 1999 ihren Sitz von Köln nach Berlin. Ende Mai 1999 nahm das KIZ einen entsprechenden Standortwechsel vor. Die Arbeit der ISKU am neuen Standort wird von einem Teil der ehemaligen Kölner Mitarbeiter geleistet, die mit der ISKU nach Berlin umzogen. Allerdings blieben einige maßgebliche frühere Mitarbeiter der ISKU in Köln. Die ISKU-Geschäftsstellenarbeit in Berlin wurde somit von einem reduzierten Personenkreis geleistet, der zudem in einem neuen Umfeld Fuß fassen musste.

ISKU verliert als Zentralstelle an Bedeutung

Die ISKU verlor innerhalb der linksextremistischen Szene weiter an Ausstrahlungskraft. Sie trat im Laufe des Jahres bundesweit lediglich mit der Buskampagne unter dem Motto »Freiheit für Abdullah ÖCALAN - für eine politische Lösung in Kurdistan« in Erscheinung. Die im Laufe der Kampagne Ende Oktober bis Anfang November 1999 in verschiedenen Städten durchgeführten Kundgebungen waren von deutscher Seite schwach besucht. In Nordrhein-Westfalen fanden sich zu Veranstaltungen in Köln, Düsseldorf und Duisburg jeweils nicht mehr als ca. 10 deutsche Teilnehmer ein.

Eine Ausnahme bildete die im Zusammenhang mit der Buskampagne am 24. Oktober 1999 in Hamburg durchgeführte »Gedenkveranstaltung für die Internationalistin RONAHI - Andrea Wolf«. Andrea Wolf war 1998 im kurdischen Kampfgebiet vermutlich von türkischen Truppen erschossen worden (siehe Jahresbericht 1998, Nr. 3.2.2.1). Die Veranstaltung fiel hinsichtlich ihrer Thematik, Organisation mit der Ausgabe von Eintrittskarten und der Zahl von mehreren hundert Teilnehmern aus dem Rahmen. Unter den Teilnehmern befanden sich viele Kurden aber auch eine beachtliche Anzahl Deutscher. Vorbereitet und durchgeführt wurde die Veranstaltung im Wesentlichen von Personen außerhalb der ISKU-Geschäftsstelle.

Abgesehen von der Buskampagne war die ISKU im Berichtszeitraum in der Öffentlichkeit im Wesentlichen über ihre Internet-Homepage wahrnehmbar.

Auch in ihrer Funktion als bundesweite Koordinations- und Zentralstelle ihrer örtlichen Mitgliedsgruppen verlor die ISKU an Bedeutung. Bereits in den Vorjahren waren Schwierigkeiten bei der Aufrechterhaltung der überörtlichen ISKU-Arbeit und Spaltungstendenzen sichtbar geworden. Dieser Trend setzte sich fort. Einzelne Kurdistan-Solidaritätsgruppen richteten ihre Bemühungen weniger auf die Zusammenarbeit in der ISKU als auf eigenständige lokale Aktivitäten, wie z.B. eine Mitarbeit in der Kampagne »Kein Mensch ist illegal«.

Neue Institutionen mit zentraler Bedeutung

Zum Rückgang der Bedeutung der ISKU trug die Gründung neuer Institutionen bei, in denen die im Rheinland verbliebenen Aktivisten mitarbeiteten.

Im Frühjahr 1999 entstand für einen begrenzten Zeitraum das »Newroz 1999-Delegationsbüro« in Bonn-Troisdorf. Es hatte die Aufgabe, internationale Delegationen zu verschiedenen Ereignissen in der Türkei zu organisieren. Anlässe für Delegationsreisen waren das kurdische Neujahrsfest Newroz am 21. März, die Demonstrationen der Mütter inhaftierter oder verschwundener Personen (sog. Samstagmütter-Demonstrationen) und der Revisionsprozess gegen die zu 15 Jahren Haft verurteilte deutsche PKK-Kämpferin Eva Juhnke (siehe auch Verfassungsschutzbericht 1998, Nr. 3.2.2.1).

Zusätzlich wurde nach der Festnahme des PKK-Vorsitzenden Öcalan ein Koordinationsbüro der »Internationalen Initiative Freiheit für Abdullah Öcalan - Frieden in Kurdistan« (Koordinationsbüro) eingerichtet. Das Koordinationsbüro übernahm nach dem Umzug des KIZ nach Berlin dessen ehemalige Räumlichkeiten in Köln. Einen Schwerpunkt der Arbeit bildete die Suche nach Prominenten zur Unterstützung der Freilassung Öcalans. Darüber hinaus unterstützten Mitarbeiter des Koordinationsbüros die erwähnte Buskampagne der ISKU einschließlich der Gedenkveranstaltung für die Kämpferin Ronahi, was die Einbindung des Koordinationsbüros in das Netzwerk der bisherigen Einrichtungen belegt.

AZADI weiterhin in Köln

Der Rechtshilfeverein AZADI e.V. behielt auch nach dem Umzug der ISKU seinen Sitz in Köln, bezog allerdings im August 1999 zusammen mit dem kurdischen Anwaltsverein neue Büroräume. Weiterhin sind Aktivisten der deutschen antiimperialistischen Kurdistan-Solidarität in die Arbeit eingebunden.

Kurdistan-Brigadisten

Diejenigen Deutschen, die sich in den letzten Jahren am bewaffneten Kampf der PKK in Kurdistan beteiligten (siehe Verfassungsschutzberichte 1996, Nr. 3.2.6.3, 1997, Nr. 3.2.6.4, 1998, Nr. 3.2.2.1) sind größtenteils wieder nach Deutschland zurückgekehrt.

Politische Einbindung der Rückkehrer

Im Mai 1999 kehrte ein Kurdistan-Brigadist nach Deutschland zurück, dem in Folge einer Verwundung bei Kampfhandlungen in Kurdistan der Unterschenkel amputiert wurde. Er übernahm sofort nach seiner Rückkehr eine wesentliche Funktion im Koordinationsbüro. Aufgrund seiner langjährigen Erfahrungen und persönlichen Opfer im Guerillakampf nimmt er eine herausgehobene Position unter den Brigadisten ein. Daneben kehrten im Sommer 1999 zwei jüngere deutsche Brigadisten nach Europa zurück, die sich 1997 gemeinsam mit einer jungen Frau zur PKK-Guerilla begeben hatten.

Einer der Rückkehrer war Ende 1997 in einem Gefecht verwundet worden und in die Gefangenschaft der KDP (Demokratische Partei Kurdistans) gelangt (siehe Verfassungsschutzbericht 1997, Nr. 3.2.6.4). Seine Rückkehr nach Deutschland war zunächst daran gescheitert, dass er darauf bestanden hatte, an die PKK überstellt zu werden. Schließlich bekundete er jedoch in einem Interview in der Süddeutschen Zeitung am 7. Juli 1999 seinen Rückkehrwillen und reiste nach fast 20monatiger Gefangenschaft nach Deutschland zurück. Er hält seitdem Kontakt mit anderen ehemaligen Kurdistan-Brigadisten, die er zum Teil während seines Aufenthaltes bei der PKK-Guerilla kennengelernt hatte. Der andere jüngere Rückkehrer hat 2 Jahre bei der PKK-Guerilla verbracht. Auch er hält Kontakt zu anderen nach Deutschland zurückgekehrten Kurdistan-Brigadisten.

Weitere Schicksale

Die junge Frau, die sich 1997 mit den beiden zuvor genannten Rückkehrern zur PKK-Guerilla begeben hatte, hält sich vermutlich noch im kurdischen Kampfgebiet auf. Andere Deutsche sind im Kampfgebiet umgekommen - so die Brigadistin Andrea Wolf - oder in der Türkei verurteilt und

inhaftiert - so die Brigadistin Eva Juhnke (siehe Verfassungsschutzbericht 1998, Nr. 3.2.2.1).

Eva Juhnke, die zu 15 Jahren Haft verurteilt ist, trat ab dem 1. November 1999 im Gefängnis von Sivas aus Protest gegen die Haftbedingungen in einen unbefristeten Hungerstreik. Als ihr Gesundheitszustand im Dezember 1999 kritisch wurde, wurde sie in ein Krankenhaus verlegt. Die ISKU veröffentlichte zu dieser Zeit auf ihrer Internet-Homepage Muster-Protestfaxe mit der Aufforderung, diese herunterzuladen und sie an die zuständigen deutschen und türkischen Stellen zu senden.

»Wir möchten Euch auffordern, Euch bei den zuständigen deutschen und türkischen Stellen für die Erfüllung der Forderung von Eva nach Verlegung einzusetzen. Zwei Beispiele für Protestfaxe [könnt ihr hier herunterladen \(rtf-Format\)](#).«

Am 26. Dezember 1999 beendete Juhnke ihren Hungerstreik, ohne dass ihre Forderung nach einer Verlegung nach Batman erfüllt wurde.

Brigadisten-Schicksale dienen der antiimperialistischen Propaganda

Die Schicksale von Andrea Wolf und Eva Juhnke gaben der antiimperialistischen Kurdistan-Solidarität Anknüpfungspunkte zur politischen Propaganda. So veröffentlichte die ISKU mehrere Briefe der Eva Juhnke aus dem Gefängnis, in denen diese zur Solidarität mit Öcalan und der PKK aufruft und den deutschen Staat als »menschenverachtend« diffamiert. Darüber hinaus interpretiert Juhnke die Friedensappelle Öcalans als »Rückzug«, der eine Vorbereitungsphase einleite, nach der das weitere Vorgehen noch offen sei:

»Und damit werden wir in kürzester Zeit mit einer brandneuen Kampfform wieder für die Machtfrage bereit sein. Natürlich sind wir auch vorbereitet, falls die gegnerische Macht das Spiel falsch spielt. Wir werden uns zurückziehen, aber wir haben die Waffen nicht niedergelegt. Wenn alles richtig läuft, werden wir die Waffen nicht wieder in die Hand nehmen. Wenn nicht, wir sind bereit.«

Den Jahrestag des Todes der Andrea Wolf im Oktober 1999 nutzten die ISKU und zurückgekehrte Kurdistan-Brigadisten zur Durchführung der oben erwähnten gutbesuchten Gedenkveranstaltung in Hamburg am 24. Oktober 1999 und der Veröffentlichung einer umfangreichen Broschüre unter dem Titel »Im Dschungel der Städte, in den Bergen Kurdistans - Leben und Kampf von Andrea Wolf«. In den Redebeiträgen der Gedenkveranstaltung und aus der Zusammenstellung der Dokumente in der Broschüre wurden die politischen Ziele der Brigadisten erstmals einem größeren Publikum zugänglich gemacht. Es wurde deutlich, dass es ihnen darum ging, Erfahrungen für den Kampf gegen den Imperialismus zu sammeln, der in ihren Augen insbesondere auch durch den deutschen Staat verkörpert wird. In einem Aufruf zur Gedenkveranstaltung für Andrea Wolf heißt es:

»...Andrea war eine Genossin mit festem Glauben an die revolutionären Ziele. Der Anschluß an die Guerilla der PKK, an die Frauenarmee der YAJK hatte für sie vor allem ein Ziel: Die Revolution in Kurdistan kennenzulernen, von ihr zu lernen, um hier in der Metropole neue Ansätze zu finden, den Kampf gegen das imperialistische und patriarchale System zu organisieren...«.



Flugblätter zur Gedenkveranstaltung für »RONAH!« Andrea Wolf

Die Organisatoren der Gedenkveranstaltung scheuten sich nicht, den gedanklichen Brückenschlag zur Roten Armee Fraktion (RAF) herzustellen. Im Veranstaltungsraum hing ein großes Transparent, mit dem auf den Tod des mutmaßlichen RAF-Terroristen Horst Ludwig Meyer am 15. September 1999 in Wien hingewiesen und zum Ausdruck gebracht wurde, dass man ihn nie vergessen werde.

Den Tod Meyers nutzte die antiimperialistische Kurdistan-Solidarität auch an anderer Stelle, um die Ziele der RAF in Erinnerung zu rufen. So erklärte die Kurdistan Solidarität Hamburg in einem Leserbrief an die junge Welt, Meyer stehe für den Kampf gegen das herrschende System, und mahnte bei Erklärungen zu seinem Tod eine Darlegung der Ziele und Inhalte der RAF an.

Ziele und Motive der Brigadisten

Die oben zitierten Äußerungen über die Ziele der Kurdistan-Brigadisten entsprechen dem was Kurdistan-Brigadisten in den vergangenen Jahren immer wieder dokumentierten. Gründe für eine Teilnahme der Brigadisten am bewaffneten Kampf der PKK waren:

- die unversöhnliche Haltung gegenüber dem als Stütze des weltweiten Imperialismus betrachteten deutschen Staat
- die Enttäuschung über das bisher von militanten linksextremistischen Bestrebungen in Deutschland Erreichte und den Willen, an dieser Situation etwas zu ändern
- die Bewunderung der PKK wegen ihrer Breitenwirkung, ihrer schlagkräftigen zentralistischen Organisation und ihrer »radikalen Linie«
- die Befürwortung des bewaffneten Kampfes zur Durchsetzung politischer Ziele.

Ermittlungsverfahren

Am 25. Januar 2000 ließ die Bundesanwaltschaft im Rahmen der gegen Kurdistan-Brigadisten anhängigen Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Gründung einer terroristischen Vereinigung nach § 129 a StGB Büros und Wohnungen in Köln und Hamburg durchsuchen. Darüber hinaus wurden auf Ersuchen der Bundesanwaltschaft 8 Deutsche in Belgien vorübergehend festgenommen. Die Gruppe bestehend aus zurückgekehrten Kurdistan-Brigadisten und engen Kontaktpersonen hatte in Belgien ihre künftige Vorgehensweise diskutieren wollen. Als Reaktion auf diese Maßnahmen erschienen Protest- und Solidaritätsaufrufe von ISKU; KIZ, Internationaler Initiative Freiheit für Abdullah Öcalan - Frieden in Kurdistan, nadir, auf dessen Server die Homepage der ISKU liegt, und einer Revolutionären Linken Initiative.

3.4 Linksextremistischer Terrorismus

3.4.1 Antimperialistische Zelle (AIZ)

Die Hauptverhandlung gegen die mutmaßlichen AIZ-Mitglieder Bernhard Falk und Michael Steinau wurde durch Urteil des Oberlandesgerichts Düsseldorf vom 1. September 1999 abgeschlossen.

Das Gericht verurteilte den Angeklagten Bernhard Falk zu einer Freiheitsstrafe von 13 Jahren, den Angeklagten Michael Steinau zu 9 Jahren Haftstrafe. Das Gericht befand beide Angeklagte für schuldig, gemeinschaftlich Sprengstoffanschläge und Mordversuche in 4 Fällen begangen zu haben sowie den Mord an dem SPD-Politiker Freimut Duve verabredet zu haben. Die Tat konnte durch die Festnahme der Angeklagten im Februar 1996 vereitelt werden.

Dem Antrag der Bundesanwaltschaft auf Verurteilung der Angeklagten wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung folgte das Gericht nicht, da die Beweise für eine hinreichend klare Struktur der Antimperialistischen Zelle nicht ausgereicht hätten. Die Verteidiger des Angeklagten Falk hatten Freispruch mangels Beweisen gefordert. Sie griffen in ihren Plädoyers die Observation der Angeklagten durch das BKA mit Hilfe des GPS (Global Positioning System) als von der Strafprozessordnung »nicht gedecktes« Instrument an und kritisierten insbesondere die Überwachung ihres Mandanten durch den NRW-Verfassungsschutz und die Einführung der Erkenntnisse des Verfassungsschutzes in das Strafverfahren. Demgegenüber hatte die Bundesanwaltschaft in ihrem Schlussplädoyer vorgetragen, das GPS-System sei rechtmäßig eingesetzt worden. Auch sei die Zuverlässigkeit des Systems nachgewiesen.

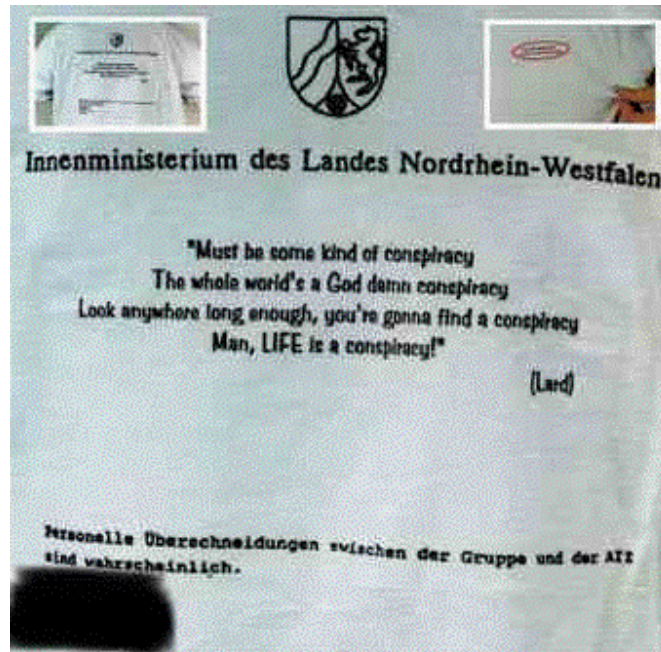
Das OLG führte in der mündlichen Urteilsbegründung aus, dass die Daten des NRW-Verfassungsschutzes rechtmäßig erhoben seien und ein Verstoß gegen das Trennungsgebot von Polizei und Verfassungsschutz durch die enge Zusammenarbeit nicht zu erkennen sei. Die Übermittlung von Daten des NRW-Verfassungsschutzes an das Gericht für Zwecke der Strafverfolgung sei zulässig. Die Daten hätten im Rahmen der Beweiswürdigung maßgeblich zur Urteilsbildung beigetragen. In der mündlichen Urteilsbegründung wurden die Tatgeschehen vom 21. November 1992 (Anschlag auf das »Rechtshaus Hamburg«) bis zu dem »bedeutenden Abschnitt« mit der Herstellung von Sprengsätzen im Januar 1994 detailliert geschildert und die militante Eskalation herausgestellt. Im Gerichtsverfahren wurden zwar zur Verfahrensbeschleunigung die Anschläge vor 1994 zurückgestellt, jedoch folgte der Senat in den Urteilsgründen der Auffassung der Sicherheitsbehörden, dass die Angeklagten auch an den Anschlägen vor 1994 beteiligt waren.

Die Verurteilung Michael Steinau's ist rechtskräftig. Bernhard Falk hat über seine Rechtsanwälte Revision gegen das Urteil eingelegt. Die Revision werde sich, so die Verteidigung, unter anderem gegen die Verwertbarkeit der Daten richten, die der Verfassungsschutz und das Bundeskriminalamt gesammelt hatten. Die Ermittler hatten die beiden Angeklagten über einen längeren Zeitraum unter anderem mit Videokameras und durch Abhören der Telefone sowie einer Satelliten gestützten Peilung des benutzten PKW's überwacht. Die Zuständigkeit für diese Maßnahmen und die Übermittlung an das Gericht müsse der Bundesgerichtshof überprüfen, so die Verteidigung.

Im Rahmen der Beweisaufnahme hatte das NRW-Innenministerium die Ergebnisse der gegen die AIZ gerichteten Operation des Verfassungsschutzes umfassend an das Gericht übermittelt. Im Frühjahr 1999 hatte das Gericht Personen aus dem Umfeld der Angeklagten als Zeugen vorgeladen. Zum Teil entzogen sich diese Zeugen durch Aufenthalte im Ausland ihrer Vernehmung; soweit sie zur Vernehmung erschienen, verweigerten sie weitgehend die Aussage. Ein Zeuge und Kontaktperson der Angeklagten aus Hamburg wurde wegen Aussageverweigerung und Missachtung des Gerichts für drei Monate in Beugehaft genommen.

Zu der verhängten Beugehaft gab es in Schriften sowie im Internet bundesweite Äußerungen

der linken Szene. Eine Gruppierung (Rote Hilfe, Berlin) rief zu einer Spendenaktion zu Gunsten des Betroffenen auf. Außerdem wurde der Vorgang in der Szene zum Anlass genommen, das Verhalten bei Zeugenaussagen generell zu diskutieren.



T-Shirts mit dem hier gezeigten Aufdruck wurden von einigen Prozessbeobachtern am Tag der Urteilsverkündung getragen

Die ablehnende Haltung der linksextremistischen Szene zur AIZ und zu den beiden Angeklagten besteht weiter. Eine Solidarisierung fand ausschließlich in Aachen durch die ehemalige Bezugsgruppe des Angeklagten Falk statt. Von dort aus wurden eine Vielzahl von Medieninitiativen unternommen und über die Rolle des Verfassungsschutzes im Verfahren »aufgeklärt«. Dies geschah insbesondere in den linksextremistischen Szene-Schriften »Streng Gemein« (nur in Aachen verbreitet), »Interim« (bundesweit) und »Angehörigen Info« (bundesweit), in der Szeneschrift »RAZZ, Zeitschrift für ein radikales Hannover« (Verteilungsgebiet im norddeutschen Raum), aber auch z.B. durch Rundfunkinterviews.

Resonanz auf das Urteil

Das Urteil im AIZ-Strafprozess war u.a. auch Thema eines »Antirepressionskongress - Freiheit für alle politischen Gefangenen« am 23. Oktober 1999 in Bremen. Ein zu dieser Veranstaltung gefertigter »Reader« enthielt den Artikel »Urteil im AIZ-Prozeß« aus Sicht der Aachener Prozessbeobachter, der u.a. in der Szeneschrift »RAZZ« (Heft Nr. 116, Oktober 1999) abgedruckt wurde.

Fazit

Die Distanzierung der linksextremistischen Szene von der AIZ und den beiden Angeklagten dauerte fort. Die umfangreiche persönliche Erklärung des Angeklagten Bernhard Falk zum Auftakt des Prozesses sowie eine weitere Erklärung während der Prozessdauer, gerichtet an die linksextremistische Szene, fanden insbesondere wegen der Anlehnung an islamistische Ziele und Vorstellungen kein Verständnis und erzeugten keine Resonanz.

3.4.2 Rote Armee Fraktion (RAF)

Festnahmen und Verurteilungen

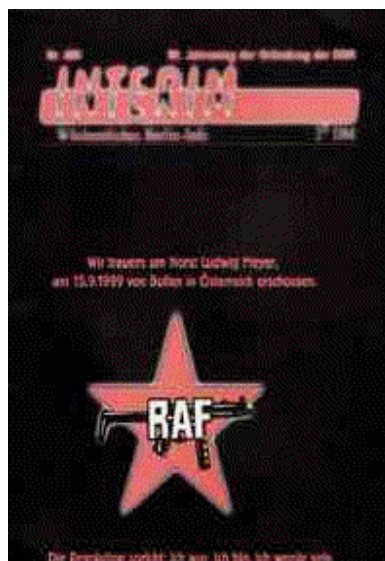
Am 4. Mai 1999 stellte sich das mutmaßliche Mitglied der RAF Barbara Meyer in der Deutschen Botschaft in Beirut/Libanon den Strafverfolgungsbehörden. Am 8. Mai 1999 wurde sie nach ihrer

Einreise in die Bundesrepublik Deutschland am Flughafen Frankfurt/M. festgenommen und am 9. Mai 1999 dem Ermittlungsrichter beim BGH vorgeführt. Dort wurde ein neuer Haftbefehl gegen Frau Meyer erlassen, in dem ihr als Mitglied der RAF u.a. Beteiligung an versuchtem Mord, schwerem Raub i.Z.m. einem Überfall auf einen Geldboten in Kirchentellinsfurt/BW am 3. Juni 1985 und Beteiligung an einem versuchten Raub i.Z.m. der versuchten Sprengstoffbeschaffung aus einem Steinbruch bei Ottenhöven/BW am 28. Juli 1985 vorgeworfen werden.

Am 11. Oktober 1999 setzte die Bundesanwaltschaft den Haftbefehl gegen Frau Meyer außer Vollzug, weil die Ermittler davon ausgingen, dass sie sich dem Strafverfahren stellen wird. Mit der Einschulung ihres Sohnes habe sie ausreichend soziale Bindungen in Deutschland.

Am 5. Januar 1999 verwarf der 3. Strafsenat des Bundesgerichtshofs die Revision, die das ehemalige Mitglied der RAF Birgit Hogefeld am 2. Juli 1998 gegen das Urteil des OLG Frankfurt am Main vom 29. Juni 1998 eingelegt hatte. Birgit Hogefeld war damals zu einer lebenslangen Gesamtfreiheitsstrafe verurteilt und die besondere Schwere ihrer Schuld festgestellt worden. Das Strafverfahren gegen B. Hogefeld ist damit rechtskräftig abgeschlossen.

Am 15. September 1999 wurde das mutmaßliche Mitglied der RAF Horst Ludwig Meyer nach einem Hinweis aus der Bevölkerung in Wien bei einem Schusswechsel mit der Polizei getötet. Das in seiner Begleitung befindliche mutmaßliche RAF-Mitglied Andrea Klump wurde festgenommen. Meyer und Klump besaßen verfälschte italienische Personalpapiere, die als gestohlen bzw. verloren gemeldet waren.



Titelblatt der »Interim«

Die Reaktion des linksextremistischen Bereichs auf diese Polizeiaktion war eher verhalten und kam ansonsten vor allem publizistisch zum Ausdruck. So wurde in der Ausgabe Nr. 225 vom 4. Oktober 1999 der »von Angehörigen, Freunden und Freundinnen politischer Gefangener in der BRD« herausgegebenen linksextremistischen Schrift »Angehörigen Info« eine größere Todesanzeige der »FreundInnen, GenossInnen und Angehörigengruppe«, die Andrea Klump auf diesem Wege »viel Kraft wünschen«, veröffentlicht. In einem ebenfalls in dieser Ausgabe publizierten Leserbrief der Hamburger Kurdistan-Solidarität an die linksextremistische Zeitschrift »junge Welt« -dort nicht veröffentlicht - behaupten die Autoren, Horst Ludwig Meyer stehe »zusammen mit vielen anderen überall auf der Welt ... für den Weg des Kampfes gegen das herrschende System. Im Zentrum dieses verhassten Systems sitzt der Profit und die Macht zur Sicherung des Profits...Es sind viele überall auf der Welt ermordet worden, sitzen in Betonbunkern, werden vergewaltigt, gefoltert und terrorisiert«. Meyer habe seine Ziele nicht

verraten und sich nicht kaufen lassen.

Insgesamt zeigt der Leserbrief offene Solidarität mit den Handlungen der getöteten bzw. verhafteten mutmaßlichen RAF-Mitglieder.

Daneben wurden in der Schrift andere Presseartikel abgedruckt, worin gegen die angebliche staatliche »Killfahndung« agitiert wird. Die Ausgabe Nr. 485 vom 7. Oktober 1999 der Berliner Szenepublikation »Interim« wurde mit einem überwiegend in schwarz gehaltenen Deckblatt veröffentlicht, worauf die Herausgeber ihre Trauer um Horst Ludwig Meyer bekunden, der »am 15. September 1999 von Bullen in Österreich erschossen« worden sei. Darunter wurde ein großer »RAF-Stern« und unter diesem ein Zitat von Rosa Luxemburg abgedruckt, das in ähnlicher Form den Schlusssatz der Auflösungserklärung der RAF von März 1998 gebildet hat - »Die Revolution sagt ich war ich bin ich werde sein«. In der Schrift wurden daneben verschiedene Presseartikel wiedergegeben, die polemisch über den Tod des Meyer berichten.

Die Beerdigung von Meyer, die am 5. November 1999 auf dem Dornhaldenfriedhof in Stuttgart stattfand, veranlasste das ehemalige RAF-Umfeld in der Bundesrepublik Deutschland zu einem Zusammenkommen mit bundesweiter Beteiligung. So befanden sich unter den etwa 150 Teilnehmern an der Trauerfeier und der anschließenden Bestattung etwa 70 Personen des ehemaligen RAF-Umfeldes, die teils auch aus NRW angereist waren - u.a. Kurdistan-Brigadisten -, sowie einige ehemalige RAF-Häftlinge. Eine anlässlich der Trauerfeier gehaltene Rede wurde im »Angehörigen Info« Nr. 227 vom 29. November 1999 abgedruckt; in dieser Rede wird die österreichische Regierung für den Tod von Meyer verantwortlich gemacht, denn »in Wien« habe »der Polizeiapparat die Situation bestimmt: Horst und Andrea (seien) von einer Spezialtruppe umstellt« gewesen. »Von Horst reden« heiße »vom Kampf gegen das kapitalistische Staatensystem reden«. Die RAF habe »am entschiedensten und klarsten die Machtfrage« gestellt, »damit dieses dreckige System endgültig von der Erde verschwinde«.

Andrea Klump wurde am 23. Dezember 1999 an die Bundesrepublik Deutschland ausgeliefert.

Haftende und Haftunterbrechungen

Das ehemalige Mitglied der RAF Stefan Wisniewski wurde am 1. März 1999 vorzeitig unter Auflagen auf Bewährung aus der Straftaft entlassen. Das vom 6. Strafsenat des OLG Düsseldorf gemäß § 57a StGB durchgeführte Verfahren ergab, Wisniewski habe sich nach Auffassung des Senats glaubhaft davon distanziert, politische Ziele mit Gewalt durchsetzen zu wollen.

Nach 19jähriger Straftaft wurde das ehemalige Mitglied der RAF Sieglinde Hofmann am 5. Mai 1999 aus der JVA Köln-Ossendorf entlassen, nachdem das OLG Stuttgart auf Antrag des GBA den Rest der verhängten lebenslangen Freiheitsstrafe auf fünf Jahre zur Bewährung ausgesetzt hatte.

Nachdem der Generalbundesanwalt dem ehemaligen Mitglied der RAF Adelheid Schulz ab dem 19. Oktober 1998 eine Haftunterbrechung nach § 455 (4) StPO für sechs Monate gewährt hatte, wurde diese zuletzt bis zum 19. Oktober 1999 befristete Haftunterbrechung um weitere sechs Monate verlängert.

Bemühungen um Freilassung der RAF-Häftlinge

Angehörige des ehemaligen RAF-Umfeldes NRW setzten ihre Bemühungen um Freilassung der verbliebenen RAF-Häftlinge fort. So fand am 7. Juni 1999 vor dem OLG Düsseldorf eine kleinere Kundgebung der »Gruppe für die Freiheit der politischen Gefangenen« statt. Die teils dem ehemaligen RAF-Umfeld angehörenden Teilnehmer führten eine auf einem Kinderwagen montierte Lausprecheranlage und ein Transparent mit der Aufschrift »Freiheit für alle politischen Gefangenen« mit sich.

Im »Angehörigen Info« Nr. 217 vom 24. Februar 1999 wird in einem Artikel mit der Überschrift »Unterstützung für politische Gefangene« darauf hingewiesen, dass ein Verein mit dem Namen

»Start Köln e.V.« gegründet worden sei, um »künftig noch einsitzenden Gefangenen aus der RAF finanziell zu helfen«.

Fazit

Abgesehen von der Gefangenenthematik spielte die RAF im Jahr nach ihrer Auflösung in den einschlägigen Publikationen und in den Diskussionen im linksextremistischen Bereich keine maßgebliche Rolle. Reaktionen auf die Auflösungserklärung der RAF von März 1998 waren kaum noch zu verzeichnen.

3.4.3 Revolutionäre Zellen (RZ)/Rote Zora

Festnahme von Tatverdächtigen und Durchsuchungen

Am 19. Mai 1999 wurde ein mutmaßlicher ehemaliger Angehöriger der terroristischen Vereinigung »Revolutionäre Zellen«(RZ)/»Rote Zora« aufgrund eines Ermittlungsverfahrens des Generalbundesanwaltes in Berlin vorläufig festgenommen. Der bestehende Haftbefehl wurde am 7. Juli 1999 gegen Auflagen außer Vollzug gesetzt. Die Ermittlungen dauern an.

Dem Verdächtigen wird u.a. vorgeworfen, 1995 für die RZ/Rote Zora Sprengstoff aufbewahrt zu haben, welcher 1987 in einer größeren Menge aus einem Steinbruch gestohlen wurde.

Den aus diesem Diebstahl stammenden Sprengstoff verwendeten die RZ/Rote Zora bei folgenden Anschlagversuchen bzw. folgendem Anschlag:

in der Zeit zwischen dem 29. Februar und 2. März 1988, versuchter Sprengstoffanschlag auf das Botanische Zentrum der TU Braunschweig

versuchter Sprengstoffanschlag auf die Staatskanzlei und das Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit NRW in Düsseldorf am 6. Januar 1991

Sprengstoffanschlag auf die Siegessäule in Berlin am 15. Januar 1991.

Im November 1999 wurde der Verdächtige erneut in Haft genommen wegen des Verdachts der Rädelsführerschaft in einer terroristischen Vereinigung.

Am 19. Dezember 1999 wurden drei weitere Personen (eine Frau in Frankfurt/Main und zwei Männer in Berlin) wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in der terroristischen Vereinigung »Revolutionäre Zellen/Rote Zora« festgenommen. Sie sollen 1987 in Berlin beteiligt gewesen sein an den Schusswaffenanschlägen auf einen Vorsitzenden Richter am Bundesverwaltungsgericht und den Leiter der Ausländerbehörde sowie an einem Sprengstoffanschlag auf die Zentrale Sozialhilfestelle für Asylbewerber. Gleichzeitig wurde in Berlin ein links-alternatives Kulturzentrum durchsucht, der sog. Mehringhof. In diesem Zentrum hatte einer der Festgenommenen seine Schulungsräume und es bestand der Verdacht, dass in dem durchsuchten Gebäude Sprengstoff und/oder Waffen gelagert worden waren.

Reaktionen der Szene

Die linksextremistische Szene reagierte auf die Verhaftungen mit Presseerklärungen und Demonstrationen bis hin zu Anschlägen. So kam es bereits während der laufenden Durchsuchung des Mehringhofs zu einer ersten Demonstration. Am Tag der Durchsuchung und am Folgetag (20. Dezember 1999) gab der Mehringhof jeweils eine Presseerklärung zu den Durchsuchungen und den Verhaftungen ab. In den Presseerklärungen wird behauptet, die Verhaftungen seien der Versuch, die Betroffenen als »angebliche Mitglieder der RZ zu beschuldigen« und es wird die Freilassung der Verhafteten gefordert. In einer Erklärung der »Forschungsstelle Flucht und Migration (FFM)/Berlin« vom 21. Dezember 1999, deren Mitarbeiter einer der Verhafteten war, werden die Sprengstoff- und Brandanschläge sowie die Schusswaffenattentate der Revolutionären Zellen verharmlosend als »Aktionen ... gegen die staatliche rassistische Flüchtlingspolitik« bezeichnet. Von dem Verhafteten wird gesagt, dass er »Mitbegründer der FFM ist und in den fünf Jahren der Existenz der FFM entscheidenden Anteil an dem Aufbau, der Recherche und Öffentlichkeitsarbeit der FFM« hatte. Berichtet wurde über

die Durchsuchungen und Verhaftungen auch in anderen linksextremistischen Publikationen mit der gleichen Zielrichtung. Zwischenzeitlich wurde auch ein Solidaritätskomitee eingerichtet, welches die Festgenommenen materiell und ideell unterstützen will.

Eine ideelle Unterstützung fand zum Beispiel statt in Form von Demonstrationen am 15. Januar 2000 in Düsseldorf und Wuppertal (in den Haftanstalten dieser Orte sitzt jeweils einer der Festgenommenen ein). An den Demonstrationen nahmen jeweils ca. 150 Personen der linksextremistischen Szene teil.

Anmerkung

Demgegenüber fielen die »regelmäßigen Knastkundgebungen« zu Sylvester in Köln-Ossendorf und Neuss aus, da sich zu diesen Demonstrationen zu wenig Teilnehmer gemeldet hatten.

In der linksextremistischen Berliner »Interim« (Nr. 492) mit dem Titelbild »Jedes Herz ist eine revolutionäre Zelle« wird detailliert und mit einer positiven Bewertung die Entwicklung und die Aktionen der Revolutionären Zellen dargestellt. Außerdem wird in diesem Heft eine Tatbekennung zu einem Brandanschlag auf »eine BGS-Struktur« in Berlin-Grünwald abgedruckt. Der Anschlag erfolgte am 17. Januar 2000 auf Heizcontainer und Hochspannungsschaltposten der Deutschen Bahn AG. Die Tatbekennung nimmt ausdrücklich Bezug auf die Durchsuchungen und Festnahmen vom 19. Dezember 1999 und endet mit den Forderungen: »Freiheit für Axel, Harald und Sabine! Gegen rassistische Selektions-, Abschottungs- und Abschiebep Praxis! Die 6 Gefangenen der RAF müssen raus - bedingungslos! Für freies Fluten!« Bei dem Begriff »Für freies Fluten« oder auch »3F« handelt es sich um eine Formulierung, die auch von den Revolutionären Zellen während der Anschläge in der zweiten Hälfte der 80er Jahre verwandt wurde.

Weitere Festnahmen

Am 20. Mai 1999 wurde das mutmaßliche Mitglied der »Revolutionären Zellen« (RZ) Hans Joachim Klein von Frankreich an die Bundesrepublik Deutschland ausgeliefert. Gegen Klein besteht ein Haftbefehl der Staatsanwaltschaft Frankfurt/M. vom Juli 1995 wegen Verdachts des Mordes und anderer Straftaten i.Z.m. dem Überfall auf die OPEC-Konferenz in Wien am 21. Dezember 1975, bei dem drei Personen getötet und 70 Geiseln genommen worden waren. Am 21. Mai 1999 wurde Klein dem Haftrichter in Frankfurt/M. vorgeführt. Gegen ihn wurde Untersuchungshaft angeordnet. Er wurde in die JVA Weiterstadt/HE eingeliefert.

Im Oktober 1999 leitete die Staatsanwaltschaft beim Landgericht Frankfurt/M. gegen eine weitere männliche Person aus Frankfurt/M. ein Ermittlungsverfahren wegen Verdachts der Beihilfe zum Mord ein. Der Betreffende steht im Verdacht an der Vorbereitung des v.g. OPEC-Überfalls am 21. Dezember 1975 in Wien beteiligt gewesen zu sein. Aufgrund eines vom Amtsgericht Frankfurt/M. ausgestellten Haftbefehls vom 8. Oktober 1999 wurde er festgenommen und dem zuständigen Ermittlungsrichter vorgeführt. Der Haftbefehl wurde verkündet. Derzeit befindet er sich in Untersuchungshaft in der JVA Weiterstadt.

Daneben leitete die v.g. Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren gegen eine deutsche Frau unbekanntem Aufenthalts ein wegen Mordverdachts. Diese Frau steht im Verdacht, für den o.g. OPEC-Überfall am 12. Dezember 1975 Waffen aus dem Bestand der RZ nach Wien verbracht zu haben. Sie wurde am 16. Januar 2000 mit ihrem ebenfalls international gesuchten Lebensgefährten in Paris festgenommen. Beide führten Schweizer Ausweispapiere mit falschem Namen bei sich.

Beide stehen im Verdacht, spätestens seit Anfang 1976 Mitglieder der terroristischen Vereinigung »RZ« gewesen zu sein und eine führende Rolle innerhalb dieser Vereinigung innegehabt zu haben. Ihnen wird u. a. die Beteiligung an Brand- und Sprengstoffanschlägen der 70er Jahre vorgeworfen. Sie waren im August 1978 vor einer drohenden Verhaftung untergetaucht und lebten seither in der Illegalität.

Anmerkung

Die eingeleiteten o.a. Ermittlungsverfahren bestätigen die Richtigkeit der bisherigen Zuordnung der genannten Personen zum Verdachtsbereich RZ/ Rote Zora durch die Sicherheitsbehörden. Ob aus den Ergebnissen dieser Verfahren Ansätze zur Aufklärung anderer RZ-Anschläge gewonnen werden können, bleibt abzuwarten. Zumindest im Zusammenhang mit Erkenntnissen aus anderen Verfahren könnte eine neue Zuordnung der Taterklärungen dieses Bereichs denkbar sein.

4 Ausländerextremismus und terrorismus

4.1 Türken

4.1.1 »Der Kalifatsstaat« (Hilafet Devleti), vormals: Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e. V., sog. KAPLAN-Verband

Sitz	Köln	
Verbandsführer	Metin Kaplan	
Mitglieder	1999	1998
Bund	1.200	1.300
NRW	600	600
Publikation	»Ümmet-I Muhammed« (Die Gemeinde Mohammeds)	

Der Kaplan-Verband unter der Führung des selbsternannten Kalifen Metin Kaplan propagiert den revolutionären Sturz des laizistischen türkischen Staatssystems, um an dessen Stelle einen islamischen Gottesstaat nach iranischem Vorbild zu errichten. Damit verfolgt der Verband Bestrebungen, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden und erfüllt die Voraussetzungen nach § 3 Abs. 1 Nr. 3 VSG NW für eine Beobachtung durch die Verfassungsschutzbehörden. Der Verband finanziert sich aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden und Erträgen aus Immobilien.

Seit geraumer Zeit bezeichnet sich der Verband selbst als »Kalifatsstaat« (Hilafet Devleti). Seine Mitgliederzahl, die Anfang der 90er Jahre in NRW noch auf ca. 1.500 geschätzt wurde, sank inzwischen auf ca. 600.

Die örtlichen Mitgliedsvereine des Verbandes unterstehen sog. Gebietsemiren, die die Weisungen des »Kalifen« weitergeben und ihm rechenschaftspflichtig sind. Alle Mitglieder des Kaplan-Verbandes müssen einen Treueid ablegen und sind dem »Kalifen« zu unbedingtem Gehorsam verpflichtet.

Gegen den Vorsitzenden des »Kalifatsstaat«, Metin Kaplan, und weitere Führungsfunktionäre führt der Generalbundesanwalt ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Rädelsführerschaft bzw. Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung und öffentlichen Aufrufs zu einer Mordtat. Gegenstand des Verfahrens sind Tötungsdelikte im Umfeld des Verbandes, so u. a. die Ermordung des »Gegenkalifen«, Dr. Ibrahim Sofu, der am 8. Mai 1997 von drei maskierten, bisher unbekanntem Tätern in seiner Wohnung in Berlin erschossen wurde. Vorausgegangen war eine sogenannte Todes-Fetwa (religiöses Tötungsurteil) durch Metin Kaplan.



Ümmet-i Muhammed - Sprachrohr des Kalifatsstaats

Der frühere Gebietsemir des »Kalifatsstaats« für Bayern wurde zwischenzeitlich rechtskräftig zu zwei Jahren Haft wegen Aufrufs zum Mord verurteilt, da er die Todes-Fetwa öffentlich in einer Moschee verlesen hatte.

Am 25. März 1999 wurde Metin Kaplan u.a. wegen des dringenden Verdachts der Rädelsführerschaft in einer terroristischen Vereinigung in der Ulu-Moschee in Köln festgenommen. Im Anschluss an seine Festnahme kam es rund um die Ulu-Moschee in Köln zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit der Polizei, in deren Verlauf zunächst 40 türkische Kaplan-Anhänger wegen Landfriedensbruch und Körperverletzung vorläufig festgenommen wurden. 14 Polizisten wurden bei den Ausschreitungen z.T. schwer verletzt. Der Haftbefehl wurde im Haftprüfungsverfahren vom Ermittlungsrichter beim BGH am 4. Mai in vollem Umfang aufrecht erhalten.

In einem weiteren Haftprüfungsverfahren wurde Ende Juni der Verdacht der Rädelsführerschaft in einer terroristischen Vereinigung gegen Metin Kaplan vom BGH fallengelassen, jedoch sei von einem dringenden Tatverdacht wegen öffentlichen Aufrufs zu einer Mordtat und von Fluchtgefahr auszugehen, weswegen eine Haftbeschwerde Kaplans verworfen wurde, so dass Kaplan weiterhin in Haft bleibt. Der Generalbundesanwalt ermittelt jedoch nach wie vor wegen des Terrorismusverdachts gegen ihn.

Zwischenzeitlich kam es nach der ersten Demonstration unmittelbar nach Kaplans Verhaftung am 26. März in Karlsruhe zu weiteren Kundgebungen vor dem Gebäude des Bundesgerichtshofs. So forderten am 9. und 10. April 1999 mehr als 2.000 Anhänger aus Deutschland und dem benachbarten Ausland die Freilassung ihres Kalifen. Mit Transparenten wie »Festnahme des Kalifen = Festnahme des Islam« oder »Wir sind Muslime, keine Terroristen« und Plakaten nachfolgenden Inhalts machten die Kaplan-Anhänger auf sich aufmerksam:

»Großer Kommandant, heldenhafter Glaubenskämpfer, der trotz aller Hindernisse auf dem Weg des Propheten für das Kalifat eintritt. Wir sind stolz, erfreut und glücklich, dass wir so einen heldenhaften und mutigen Kalifen haben. Entweder Kalifat oder Märtyrertod!«

Für die Nachfolgedemonstrationen am 24. April und 5. Juni 1999 konnte das Führungsgremium des »Kalifatsstaates« eine ähnlich hohe Demonstrationsschar in Karlsruhe mobilisieren.

Auch in der Verbandszeitung, Ümmet-i Muhammed, wurde gegen die »niederträchtige« Festnahme Kaplans agitiert. So heißt es in der Ausgabe vom 15. April 1999, die Verhaftung sei allein auf Ersuchen des türkischen Regimes erfolgt und basiere auf Lügen und Verleumdungen.

Die feindliche Haltung, die der Generalbundesanwalt gegenüber dem Islam und den Muslimen einnähme, sei gleichbedeutend mit einem »Krieg gegen Allah«.

Der Sohn Metin Kaplans zieht in der Ausgabe vom 29. April 1999 der Ümmet-I Muhammed den Vergleich zur Judenverfolgung, indem er dort die Frage aufwirft:

»Gibt es zwischen dem, was sie heute tun, und dem, was sie seinerzeit den Juden angetan haben, einen Unterschied ?«

In der Ausgabe vom 27. Mai der Ümmet-I Muhammed wurde im Zusammenhang mit dem für Kaplan negativ verlaufenen Haftprüfungsverfahren sowie den bereits erfolgten Durchsuchungen der Moscheen des Verbandes ebenfalls der Vergleich zwischen dem Deutschland der NS-Zeit und dem heutigen Deutschland gezogen.

So heißt es in dieser Ausgabe u.a.:

»Die von Konrad Adenauer auf die Tagesordnung gebrachte Bundesrepublik Deutschland ist am 50. Jahrestag ihrer Gründung erneut bemüht, in das Jahr 1933 zurückzukehren.«

»Seit 1997 ereignen sich in Deutschland erneut die Ereignisse von 1938. ... Und wenn sie es könnten, würden sie, wie 1938, die Bücher aus diesen Gebetsstätten herausholen und davor verbrennen.«

»Der Staat und die Gerichtsorgane der Bundesrepublik Deutschland, ..., führen Deutschland erneut in das Jahr 1933 zurück.«

»Die Muslime, die sie beschuldigen, ein totalitäres Regime zu wollen, greifen sie mit den Methoden eines totalitären Regimes an.«

»Die Staatsanwälte und Richter der Generalbundesanwaltschaft und der Bundesgerichtshof, die zu den höchsten Gerichtsorganen Deutschlands gehören, handeln genauso wie ihre Kollegen in der Hitlerzeit.«

Am 11. März 1999 erging durch das Amtsgericht Köln ein Strafbefehl gegen Metin Kaplan wegen Beleidigung zu einer Geldstrafe in Höhe von 1.200 DM, der im Juni rechtskräftig wurde. Hintergrund war ein im Jahr 1998 veröffentlichtes Flugblatt antisemitischen Inhalts, in dem Juden als »Götzendiener« und »Terroristen« bezeichnet wurden.

Als Reaktion auf die gegen Metin Kaplan verhängten Zwangsgelder aufgrund von Verstößen gegen das bereits 1996 verhängte politische Betätigungsverbot, die sich mittlerweile auf 14.000 DM belaufen, war in der Ümmet-I Muhammed vom 28. Januar 1999 zu lesen:

»Die Tatsache, dass sie uns eine Strafe nach der anderen schicken, beweist, dass sie Feinde des Islam sind.«

Auch die verheerenden Erdbeben in der Türkei wurden vom Kaplan-Verband entsprechend propagandistisch aufbereitet und als Strafe Gottes für das laizistische türkische Regierungssystem bezeichnet. In der Ümmet-I Muhammed vom 16. September 1999 behauptet Metin Kaplan unter der Überschrift »Eine Verkündung an meine Landsleute in Anatolien«, das Unglück habe der Welt die Unfähigkeit des türkischen Staates vor Augen geführt, der sich in den Händen von Kriminellen befinde, die ihre Zeit ausschließlich dem Kampf gegen die Religion widmeten. Nach Ansicht Kaplans tragen nicht nur die Bauunternehmer die Verantwortung für die verheerenden Folgen des Erdbebens, sondern vorrangig die politisch Verantwortlichen bis hinauf zum Staatspräsidenten. So fragt Kaplan: »Wie lange werdet ihr noch diese Falschen an eurer Spitze dulden?«

In seinem Freitagsgebet am 15. Oktober 1999 sagte der Prediger der Kölner Ulu-Moschee, dass das Erdbeben von vielen noch nicht als Warnruf Allahs verstanden worden sei. Kennzeichnend

sei gewesen, dass das Epi-Zentrum des letzten großen Erdbebens genau unter einer Kaserne gelegen habe, in der die Militärs exakt in dieser Nacht ihr weiteres Vorgehen gegen die Gläubigen besprochen hätten!

Derartig propagandistische Kommentierungen von Unglücken sind nicht neu. So wurde beispielsweise auch das Zugunglück von Eschede als eine von Allah gewollte Strafe bezeichnet mit der Intention, sich dem Islam zu unterwerfen.

Zuletzt machte der »Kalifatsstaat« am 13. November 1999 in Berlin auf sich aufmerksam. Anlässlich einer Kundgebung forderten dort ca. 2.300 Anhänger aus dem gesamten Bundesgebiet sowie dem benachbarten Ausland Frankreich, Belgien und den Niederlanden die Freilassung ihres selbsternannten Kalifen Metin Kaplan. Weiteres Thema der Veranstaltung war die angebliche Unterdrückung der Muslime insbesondere in Tschetschenien und der Türkei. Während ihres Vorbeimarsches an der russischen und der türkischen Botschaft skandierten die Kundgebungsteilnehmer »Wir sind Muslime und keine Terroristen« und »Russen raus aus Tschetschenien.« Bereits im Vorfeld hatte das Organisationskomitee des »Kalifatsstaates« im Internet mit folgenden Worten zu dieser Kundgebung aufgerufen:

»Kurzum wollen wir die bestehende Ungerechtigkeit auf der ganzen Erde verfluchen und an die gesamte Menschheit verkünden, dass wir uns mit allen Unterdrückten und unschuldigen Muslimen solidarisch erklären und mit denen Schulter an Schulter stehen. Infolgedessen und dem Ruf unseres Propheten (Allahs Heil und Segen auf ihm), 'Wer keinen Anteil am Kummer der Muslime nimmt, ist nicht von uns !' entsprechend solltet Ihr an diesem Marsch teilnehmen!«

Einen Auslieferungsantrag der Türkei hat die Bundesregierung Mitte Juli 1999 abgelehnt, da die türkische Regierung nicht bereit war, von einer möglichen Verhängung oder Vollstreckung der Todesstrafe gegen Metin Kaplan abzusehen. Kaplan ist seit 1992 als Asylberechtigter anerkannt. Von den türkischen Justizbehörden wird Kaplan u.a. beschuldigt, Ende Oktober 1998 einen Anschlag auf das Atatürk-Mausoleum in Ankara geplant zu haben.

Insgesamt muss für den Berichtszeitraum festgehalten werden, dass die Organisation mit ihren aggressiven, antizionistischen und demokratiefeindlichen Agitationen fortfährt. Es gibt jedoch vermehrt Hinweise, dass sich Teile der Basis gerade aufgrund dieser radikalen Tendenzen vom »Kalifatsstaat« lösen und anderen Gruppierungen zuwenden.

4.1.2 Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V. (Islam Toplumü Milli Görüs) IGMG früher AMGT (Vereinigung der neuen Weltansicht)

Sitz	Köln (vereinsrechtlich eingetragen in Bonn)	
Generalvorsitzender	N.N. (kommissarisch Dr. Yusuf Isik)	
Mitglieder	1999	1998
Bund	27.000	26.500
NRW	7.500	7.500
Publikationen	Milli Görüs & Perspektive	

Die IGMG ist die größte in Deutschland tätige islamistische Organisation. Sie hat sich zum Ziel gesetzt, für die Muslime türkischer Herkunft auf der Scharia basierende Minderheitenrechte - zwingend - durchzusetzen. Dies bedeutet eine Einschränkung der von der Verfassung vorgesehenen Grundrechte (siehe auch Nr. 1.3). Damit richten sich die Bestrebungen der Organisation gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland, so dass ihre Beobachtung durch die Verfassungsschutzbehörden geboten ist (§ 3 Abs. 1 Nr. 1 VSG NW).

Organisationen

Die heutige IGMG ist 1995 durch Neugliederung aus der vormaligen AMGT (= Vereinigung der neuen Weltsicht in Europa) hervorgegangen. Für die Verwaltung des umfangreichen Immobilienbesitzes der ehemaligen AMGT (rd. 100 Mio DM) wurde die Europäische Moscheebau- und Unterstützungsgemeinschaft (EMUG) beim Vereinsregister in Köln angemeldet. Als eigentliche Nachfolgeorganisation der AMGT entstand die IGMG, die für den Aufgabenbereich der religiösen, kulturellen und sozialen Betreuung der türkischen Staatsangehörigen gegründet wurde. Neben diesem satzungsgemäßen Auftrag werden von der IGMG die religiös-politischen Ziele der vormaligen AMGT und der türkischen Fazilet-Partei -FP- (Nachfolgerin der zwischenzeitlich in der Türkei verbotenen Refah-Partei) weiterverfolgt.

Eine weitere wichtige Nebenorganisation ist der Muslimische Sozialbund e.V. (MSB), der aus der vormaligen Islamischen Union Europa e.V. (IUE) hervorgegangen ist. Der MSB ist für die Organisation der humanitären und karitativen Hilfsmaßnahmen zuständig und verwaltet auch die Spendenkonten, über die nicht nur die Fazilet-Partei, sondern auch befreundete Organisationen in anderen Ländern (z.B. Bosnien) unterstützt werden. Außerdem ist dem MSB eine Beerdigungsstiftung (Überführungen in die Türkei) sowie ein Rechtsberatungsservice angegliedert, der Landsleute und Mitglieder in deutschen und türkischen Rechtsangelegenheiten beraten soll.

Die IGMG ist das Sammelbecken für Anhänger der islamisch-extremistischen türkischen Refah-Partei bzw. ihrer Nachfolgeorganisation Fazilet-Partei (FP). Die Refah-Partei war seit 1991 im türkischen Parlament vertreten und verfolgte die Abschaffung des laizistischen Staatssystems der Türkei mit legalen Mitteln. Nach dem Willen der Refah-Partei sollte in der Türkei ein auf Koran und Scharia basierendes Rechts- und Gesellschaftssystem entstehen, das als »Gerechte Ordnung« bezeichnet wurde. Dieses sollte als Modell für eine weltweite Islamisierung dienen. Die Refah-Partei ging aus den Parlamentswahlen Ende 1995 nach massiver Unterstützung durch die IGMG mit mehr als 20 % der abgegebenen Stimmen als stärkste Fraktion hervor. Der Parteivorsitzende Necmettin Erbakan wurde im Rahmen einer Koalitionsregierung von Juni 1996 bis Juni 1997 Ministerpräsident der Türkei. Dann zerbrach das Regierungsbündnis, wohl auch unter dem Druck der streng kemalistisch, laizistisch ausgerichteten türkischen Militärs. Die Refah-Partei wurde nach einem Verfahren vor dem türkischen Verfassungsgericht im Januar 1998 verboten. Von Erbakan gegründete islamistische Parteien waren bereits in der Vergangenheit zweimal verboten worden, jedoch jeweils unter anderem Namen wieder in die Politik zurückgekehrt. So auch diesmal; die im Dezember 1997 gegründete Fazilet-Partei wurde zur neuen politischen Heimat der türkischen Islamisten. Auch bei dieser Partei hat Necmettin Erbakan entscheidenden Einfluss. Da ihm das türkische Verfassungsgericht jegliche politische Tätigkeit für die Dauer von fünf Jahren untersagt hat, zieht er nunmehr im Hintergrund die Fäden; offiziell wird die Partei von anderen Personen geführt. Es gelang der Fazilet-Partei bei den türkischen Parlamentswahlen im April 1999 jedoch nicht, an den Erfolg der vormaligen Refah-Partei anzuknüpfen. Statt des erhofften Wahlsieges wurde sie lediglich drittstärkste Partei und ist an der neuen Regierung nicht beteiligt. Darüber hinaus sieht sich auch die Fazilet-Partei zwischenzeitlich einem Verbotverfahren gegenüber. Der türkische Generalstaatsanwalt reichte im Oktober 1999 beim Verfassungsgericht in Ankara einen entsprechenden Verbotsantrag ein. Er ist überzeugt, dass die Fazilet-Partei eine illegale Neugründung der Refah-Partei ist, und setzt deshalb alles daran, die Organisation auflösen zu lassen.



Titelseite der Zeitschrift »Millî Görüş und Perspektiven«

Unbeeindruckt von den Vorgängen in der Türkei traten auch in diesem Berichtsjahr wiederum Vertreter der Fazilet-Partei bei zahlreichen IGMG-Veranstaltungen als Redner auf. Necmettin Erbakan kann sich auch künftig der Unterstützung durch die IGMG sicher sein. Sein Neffe Mehmet Sabri Erbakan ist Generalsekretär der IGMG. Allerdings ergaben sich im Berichtsjahr auch für die IGMG Veränderungen, da ihr langjähriger Vorsitzender im April 1999 von seinem Amt zurücktrat. Seine Heirat einer dritten Frau nach islamischem Ritus hatte insbesondere unter den Frauen innerhalb der IGMG heftige Proteste ausgelöst. Innerhalb der Organisation halten sich allerdings Gerüchte, dass dies nicht der einzige Grund für den Rücktritt war, sondern dem Vorsitzenden auch Versäumnisse in der Führung der Organisation und bei der Durchsetzung der Ziele der IGMG angelastet wurden. Bisher ist kein offizieller Nachfolger benannt worden. Es gibt Hinweise, wonach der sich abzeichnende Generationenwechsel sowohl innerhalb der IGMG als auch der Fazilet-Partei nicht ohne Spannungen und Brüche verlaufen wird. Möglicherweise ist daher die noch offene Nachfolgeregelung ein taktisches Manöver.

Die IGMG verfügt in Nordrhein-Westfalen über rd. 100 Ortsvereine, die neben religiöser Betreuung auch ein breitgefächertes Angebot auf kulturellem, sozialem und pädagogischem Gebiet anbieten. So werden neben Vortragsveranstaltungen auch Gesprächskreise, Kurse für Frauen, Koranlesewettbewerbe für Kinder, geschlechtergetrennte Ferienlager für Kinder bis hin zu Computerkursen und neuerdings sogar ein Internet-Café angeboten. Neben einer Frauen-, einer Jugend- und einer Studentenabteilung unterhält die IGMG auch zahlreiche eigene Sportvereine. Es ist der IGMG gelungen, durch dieses Engagement in fast allen gesellschaftlichen Lebensbereichen viele hier lebende türkische und türkischstämmige deutsche Muslime unter ihren Einfluss zu bringen und an sich zu binden. Die IGMG misst der Einflussnahme auf die hier lebende dritte Generation türkischer Muslime einen hohen Stellenwert zu und war auch im Verlaufe des Jahres 1999 bestrebt, die Meinungsführerschaft bei den hier lebenden türkischen Muslimen zu übernehmen.

Initiativen und Veranstaltungen der IGMG:

Einrichtung von Kinderklubs

In einer organisationseigenen Publikation wird über die Einrichtung von IGMG-Kinderklubs berichtet. Zielgruppe sind demnach Kinder im Alter von drei bis zwölf Jahren. Im Text ist sinngemäß davon die Rede, dass es gelte, die von den Eltern in den 60er Jahren aus der Türkei

nach Deutschland mitgebrachte Religion und die Traditionen zu bewahren. Der »Lebensboden« in Europa sei für Muslime »glitschig« und »glatt«.

Tag der Frauen / 99

Die IGMG veranstaltete am 1. Mai 1999 in Düsseldorf den »Tag der Frauen /99« mit etwa 2.500 Teilnehmerinnen aus Deutschland und dem benachbarten Ausland. Im Vorjahr waren es noch rd. 4.000 Teilnehmerinnen gewesen. Auch bei dieser Veranstaltung waren prominente Vertreter der Fazilet-Partei zugegen und traten als Gastredner auf. Neben der Kindererziehung und der Beseitigung von Organisationsproblemen innerhalb der IGMG wurden in den Redebeiträgen das Kopftuchverbot in der Türkei und Frauenaktionen gegen dieses Verbot thematisiert. Die Veranstaltung wurde von einem umfangreichen Kulturprogramm umrahmt.

Großveranstaltung in Köln

Am 22. Mai 1999 führte die IGMG im Müngersdorfer Stadion in Köln ihre jährliche Vollversammlung durch. An dieser Veranstaltung nahmen etwa 35.000 Personen aus Deutschland und dem europäischen Ausland teil. Der Rücktritt des IGMG-Vorsitzenden im April wurde in der Veranstaltung mit keinem Wort angesprochen. Entgegen den Erwartungen wurde auch kein Nachfolger benannt. Die Rede des Interimsvorsitzenden beschäftigte sich mit der Führungsrolle der IGMG als Bewahrer geistig-moralischer Werte in schweren Zeiten. Außerdem beschäftigte er sich in seiner Rede mit der »Kopftuchproblematik« und erneuerte die Forderung nach islamischem Religionsunterricht an deutschen Schulen. Dieses letztgenannte Ziel wird von der IGMG schon seit längerem verfolgt; zudem will die IGMG als Religionsgemeinschaft anerkannt werden, um, neben anderen Vorteilen, auf die Gestaltung der Lehrpläne Einfluss nehmen zu können.

Der von seinen Anhängern als »Hoca« (Lehrer) bezeichnete Necmettin Erbakan war bei dieser Veranstaltung lediglich telefonisch zugeschaltet und richtete eine kurze Grußbotschaft an die hiesigen Anhänger. In seinem Schlusswort rief der Interimsvorsitzende der IGMG dazu auf, im Kampf für die Erreichung der legitimen Ziele nicht nachzulassen.

4. Europäisches Jugend- und Kulturfest

Am 16. Oktober führte die IGMG in der Philipshalle Düsseldorf ihr 4. Europäisches Jugend- und Kulturfest durch. An der Veranstaltung nahmen ca. 6.000 Personen teil. Auch hier trat ein Vertreter der Fazilet-Partei als Gastredner auf. Necmettin Erbakan war, wie bei der Großveranstaltung in Köln, telefonisch zugeschaltet und übermittelte eine Grußbotschaft. Die Jugend wurde u.a. aufgefordert, sich aktiver als bisher in die Organisation einzubringen und diese auch finanziell zu unterstützen. Während der Veranstaltung wurden auch Sprechchöre skandiert. Einer lautete z.B. (sinngemäß übersetzt): »Wir werden die Hände brechen, die uns wehtun«.

Wie eine Jugend i.S. der IGMG auszusehen hat und demgegenüber die angeblich vom Imperialismus gewünschte Jugend aussieht, ist anhand einer beispielhaften Gegenüberstellung aus einem Jugendprogramm der IGMG im Verfassungsschutzbericht des Jahres 1997 dargestellt worden. Zusammengefasst müssten die jugendlichen Mitglieder demnach vor einer Integration in unsere pluralistische Gesellschaft geschützt werden, da diese angeblich eine verdorbene und ehrlose Jugend hervorbringt.

Handlungsanweisungen für Hausgespräche

Im Bereich der IGMG-Frauengruppen existiert eine Handlungsanweisung für Strategien und Methoden, die bei Hausgesprächen angewandt werden sollen. Es werden gezielte Hinweise für die Vorbereitung und Durchführung derartiger Gespräche gegeben, wobei den Gesprächsleiterinnen ausdrücklich empfohlen wird, derartige Gespräche in den Wohnungen von Sympathisanten zu führen und allen Familienmitgliedern »unsere Mission« (d.h. die Ziele der IGMG) darzulegen. Hierzu heißt es weiter:

- »Unsere Aktivität und Methoden des An-die-Macht-Bringens und Vorherrschens des islamischen Rechts
- unser größtes Ziel und unsere größte Aufgabe - sollen in schönster und systematischer Form erklärt werden.«
- Es ist zu veranlassen, dass man Milli Görüs mag, die Milli Gazete bekanntzumachen, Mitglieder werben und Mitglieder für das Lastschriftverfahren zu gewinnen.

Anmerkung

Das sogenannte Lastschriftverfahren, bei dem IGMG-Mitglieder neben den Spenden für ihre Vereine regelmäßige monatliche Zahlungen an die IGMG-Zentrale leisten, stellt eine wichtige Einnahmequelle für die IGMG dar.

Eigener Fernsehsender

Seit 1995 verfügt die IGMG mit dem türkischen Fernsehsender »Kanal 7« über ein wichtiges Propagandainstrument. Der von IGMG-Mitgliedern finanziell unterstützte Sender diene zunächst der Refah-Partei, jetzt der Fazilet-Partei zur Verbreitung ihres Gedankengutes. Der Sender kann auch in Deutschland über Satellit empfangen werden. Es gibt Hinweise, wonach in der Türkei ein weiterer Sender mit finanzieller Hilfe der hiesigen IGMG-Mitglieder errichtet werden soll, um die Medienpräsenz noch zu verstärken.

IGMG im Internet

Die IGMG ist mit einer eigenen Homepage im Internet vertreten. Die weit überwiegend in türkischer Sprache verfassten Beiträge beinhalten neben religiösen Fragen zur Interpretation des Koran und Hinweisen auf Pilgerreisen auch Themenbereiche, die in der Milli Gazete, dem Publikationsorgan der IGMG, thematisiert werden. Daneben werden Pressemitteilungen der IGMG in deutscher Sprache angeboten.



Das Interesse am Internet wird von der IGMG geschickt genutzt. So ist z.B. in jüngster Zeit in Duisburg von der IGMG ein sogenanntes Internet-Cafe eröffnet worden. Auf diesem Wege dürften weitere, vorwiegend junge Leute in den Einflussbereich der Organisation geraten.

Einflussnahme auf den Islamrat

Die IGMG verfolgt ihre Ziele nicht nur innerhalb ihrer eigenen Organisation, sondern auch durch Einflussnahme auf andere Institutionen. So hatte sie z.B. seit Jahren Einfluss auf das Zentralinstitut Islam-Archiv Deutschland i.V. (ZIAD) mit Sitz in Soest. Das ZIAD hatte sich nach dem Kriege den jüdisch-islamischen und christlich-islamischen Dialog zur Aufgabe macht. Der Leiter des ZIAD begründete 1986 den Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland. Im Mai 1990 trat die IGMG (seinerzeit noch unter dem Namen AMGT) in den Trägerverein des ZIAD ein und wurde Mitglied des Islamrates, den sie seitdem trotz aller gegenteiligen öffentlichen Bekundungen dominiert. Seit Ende 1996 steht der ehemalige stellvertretende Generalsekretär der IGMG an der Spitze des Islamrats. Der Islamrat, dem auch nicht extremistische kleinere Organisationen angehören, bezeichnet sich als den größten Spitzenverband der Muslime in Deutschland. Die Aktivitäten des Islamrates lassen direkte Bezüge zu den Bestrebungen der IGMG erkennen. So hat sich der Islamrat im Berichtsjahr schwerpunktmäßig ganz im Sinne der IGMG in den Themenbereichen »Anerkennung als Religionsgemeinschaft« und »Islamischer Schulunterricht an deutschen Schulen« betätigt.

Durch ihr moderates Auftreten in der Öffentlichkeit ist es der IGMG gelungen, zahlreiche

Kontakte zu politischen, gesellschaftlichen und kirchlichen Institutionen zu knüpfen und sich auch in Gremien zu etablieren, in denen demokratische, den Pluralismus bejahende Gruppierungen mitarbeiten.

4.1.3 Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front Devrimci Halk Kurtulus Partisi-Cephesi (DHKP-C)

Sitz

Zentralkomitee Istanbul

Europazentrale Köln (Informationszentrum für freie Völker)

Vorsitzender Dursun Karatas

Mitglieder 1999 1998

Bund (inkl. THKP/-C) 1.100 1.300

NRW 300 300

Publikationen Kurtulus (Befreiung) Die Zeitung wird auch unter anderen Bezeichnungen herausgegeben.

Vatan (Heimat, Vaterland; Ersatzpublikation der Kurtulus) SESIMIZ

TAVIR (Kulturzeitung)

Internet Die DHKP-C ist im Internet vertreten.

Die in der Bundesrepublik Deutschland seit 1983 vom Bundesministerium des Innern verbotene Devrimci Sol hat sich nach der Abspaltung des Oppositionsflügels 1994 in »Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front« (DHKP-C) umbenannt. Sie verwendet jedoch auch die Bezeichnungen Devrimci Halk Kurtulus Cephesi (DHKC), Devrimci Halk Gücleri (DHG/Revolutionäre Volkskräfte) sowie die Verbindung DHKC-DHG.

Die DHKP-C verfolgt das Ziel, das bestehende türkische Staatssystem durch einen bewaffneten Volkskrieg zu zerschlagen, um ein sozialistisches System zu errichten. Hierzu bedient sie sich in der Türkei terroristischer Methoden. Auch in Deutschland zeichnete sie zuletzt 1998 für Gewaltaktionen gegen Anhänger des Oppositionsflügels und bei Spendenerpressungen verantwortlich. Durch diese Aktionen gefährdet die DHKP-C die innere Sicherheit, die öffentliche Ordnung und sonstige erhebliche Belange der Bundesrepublik Deutschland. Wegen der gleichermaßen vorhandenen Gewaltbereitschaft unterliegt auch die wesentlich unbedeutendere Abspaltungsgruppe Türkische Volksbefreiungspartei/Front Revolutionäre Linke (THKP/-C) der Beobachtung durch die Verfassungsschutzbehörden (§ 3 Abs. 1 Nr. 1 und 3 VSG NW).

Nachdem der Bundesgerichtshof Zweifel geäußert hatte, ob das Verbot der Devrimci Sol von 1983 sich auch auf die DHKP-C und THKP/-C erstreckt, hat das Bundesministerium des Innern die vorgenannten Gruppierungen am 13. August 1998 verboten. Beide sind aus der bereits verbotenen Devrimci Sol hervorgegangen und haben deren politische Ziele und ideologische Vorstellungen übernommen. Die Verbote sind rechtskräftig. Alle bisherigen Reaktionen auf dieses Verbot verliefen friedlich.

Aus Gründen der Verschleierung versucht die DHKP-C legale Strukturen aufzubauen. Als örtliche und regionale Basis dienen der DHKP-C formal selbstständige Vereine, die unter Bezeichnungen wie »Volkskulturhaus« oder »Anatolisches Volkskulturhaus« angemeldet werden. In NRW gibt es solche Stützpunkte u.a. in Bielefeld, Dortmund, Duisburg, Hagen, Köln und Wuppertal.

Deutschland ist wegen der Vielzahl der hier lebenden Türken und deren relativen Wohlstandes das nach der Türkei wichtigste Betätigungsfeld der DHKP-C. Hier gibt es einen Deutschlandverantwortlichen und weitere nach festgelegten Strukturen eingesetzte Funktionäre, die grundsätzlich mit wechselnden Decknamen auftreten und öfter ausgetauscht werden. Das Verhalten der Funktionäre ist äußerst konspirativ.

Die DHKP-C finanziert sich aus Mitgliedsbeiträgen sowie regelmäßig durchgeführten Spendenkampagnen, bei denen die »Spenden« z.T. durch Gewaltandrohung oder Gewaltanwendung bei Mitgliedern und Geschäftsleuten erpresst werden. Von den Mitgliedern wird eine Mindestspende in Höhe eines Monateinkommens erwartet. Dies gilt auch für Sozialhilfeempfänger und Asylbewerber, die sich in ihrer Asylbegründung auf die Zugehörigkeit zur DHKP-C beriefen. Um die desolante finanzielle Situation aufzubessern, sollen auch Mitglieder aufgefordert werden, Kredite aufzunehmen und dieses Geld der Organisation zur Verfügung zustellen. Die Rückzahlung soll später erfolgen.

Da diese Spenden in der Regel nicht ausreichen, um z.B. Vereinslokale zu unterhalten, mussten Vereine geschlossen werden.

Die intensiven Strafverfolgungsmaßnahmen und das neuerliche Verbot haben beide Flügel erheblich geschwächt. Die gewaltsamen Auseinandersetzungen gingen weiter zurück. Letzter nennenswerter Vorfall war im Januar 1998 in Hamburg.

Der mutmaßliche ehemalige Europaverantwortliche der DHKP-C wurde am 17. Februar 1999 wegen Totschlags zu einer Haftstrafe von 10 Jahren verurteilt. Die Bundesanwaltschaft warf ihm versuchten Mord, Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung sowie Verstöße gegen das Vereinsgesetz vor. Der Arbeitsstil des Nachfolgers ist nach bisherigen Erkenntnissen moderater.

Das Organ Kurtulus der DHKP-C wurde Ende 1998 in der Türkei verboten. Die Kurtulus erschien in der Folgezeit unter verschiedenen anderen Bezeichnungen z.B. Halkin Sesi Kurtulus.

Weiterhin werden Zeitungen/Zeitschriften herausgegeben, aus denen ein direkter Zusammenhang zur DHKP-C nicht erkennbar ist. Die Zeitung SESIMIZ soll sich an Türken wenden, ohne dass diesen bekannt ist, dass es sich um eine Publikation der DHKP-C handelt. Weiterhin gibt die Organisation die Zeitung TAVIR heraus. Hierbei handelt es sich um eine »Kulturzeitung«. Der Verlag für die neue Zeitung VATAN (Heimat, Vaterland), möglicherweise Ersatzpublikation der Zeitschrift Kurtulus, ist nach hiesigen Erkenntnissen in Köln.

Großveranstaltung in Belgien

Um einem möglichen Verbot der Veranstaltung aus dem Weg zu gehen, führte die DHKP-C auch 1999 ihre Großveranstaltung wieder in Belgien durch. An der Veranstaltung am 10. April in Genk nahmen etwa 5.000 Personen darunter viele aus Deutschland teil. Damit war die Teilnehmerzahl größer als im Vorjahr.

Eine Funktionärin erklärte, mit dem Verbot der DHKP-C in Deutschland sei die Organisation nicht zerschlagen worden. Der revolutionäre Kampf werde fortgesetzt und in Kürze in der Türkei intensiviert. Möglicherweise nur aus taktischen Gründen will die DHKP-C ihre Ziele in Deutschland gewaltfrei durchsetzen und sich nicht von der Polizei und der oppositionellen THKP/-C »provozieren« lassen.



Flyer der DHKP-C

In einer Erklärung im Internet heißt es hierzu. »Die DHKP-C wird alle Demagogien und Verbote des deutschen Imperialismus ins Leere laufen lassen ...«, der bewaffnete Kampf für die Errichtung einer Volksmacht werde nur in der Türkei geführt; weder die Volksbefreiungspartei noch die Front betrieben den bewaffneten Kampf in Deutschland. Die Organisation wendet sich auch mit Nachdruck gegen den Vorwurf, Spendengelder zu erpressen. Die »Spender« werden im Regelfall eingeschüchert, so dass es in den letzten Jahren nur zu wenigen Verurteilungen gekommen ist.

In einer weiteren Stellungnahme im Internet von März 1999 bezeichnet die DHKP-C die Luftangriffe der NATO gegen Jugoslawien als einen Akt des Imperialismus. Die Begründung, die albanische Bevölkerung beschützen zu wollen, sei eine Lüge.

Terroranschläge der PKK verurteilt

In dem Zentralorgan Kurtulus der DHKP-C von März 1999 werden die Terroranschläge der PKK gegen zivile Einrichtungen in scharfer Form kritisiert. Die Anschläge widersprächen den revolutionären Prinzipien des Widerstands und seien ungeeignet, das Volk für den revolutionären Kampf zu gewinnen. Der Feind sei nicht das türkische oder kurdische Volk, sondern die staatliche Autorität und das türkische Regime.

In einer weiteren Erklärung im Internet von April 1999 wird Abdullah Öcalan scharf kritisiert. Es heißt u.a. : »der Kampf zur Befreiung der Türkei müsse bedingungslos fortgesetzt werden...«. Überdies wird das Verhalten Öcalans verurteilt. »Kein wirklicher Revolutionär bittet für sich und seine Genossen um Vergebung«.

Protestaktionen nach Gefängnisrevolte

Nach einer vom 26. - 30. September 1999 dauernden Häftlingsrevolte in der Türkei kam es bundesweit zu Solidaritäts- und Protestaktionen der DHKP-C und anderer linksextremistischer türkischer Organisationen. In NRW kam es u.a. in folgenden Städten zu Demonstrationen, Kundgebungen etc.: Köln, Duisburg und Dortmund. Neben der DHKP-C waren die MLKP und die TKP/ML in diese Aktionen eingebunden. Die DHKP-C hatte im Internet unter der Überschrift »Der Faschismus kann nicht satt werden vom Blutvergießen« alle revolutionären Organisationen zur Unterstützung der Gefangenen aufgefordert. Nahezu alle Aktionen verliefen entgegen einer ähnlichen Kampagne im Jahre 1996 gewaltfrei.

Ob die friedliche Linie zwischen der DHKP-C und der THKP/-C anhält bleibt abzuwarten. Möglicherweise bedarf es nur einer Kleinigkeit, damit alte Rivalitäten wieder aufflammen.

4.1.4 Türkische Kommunistische Partei/Marxisten Leninisten (TKP/ML)

Gründung	1972
Leitung	Zentralkomitee in der Türkei

Leitung in Deutschland	Auslandsbüro	
Mitglieder	1999	1998
Bund	2.000	2.000
NRW	600	600
Publikationen	Özgür Gelecek (Freie Zukunft), jetzt Yeni Demokrasi Yolunda (Neuer demokratischer Weg) (Partizan-Flügel) Mücadele (Kampf); Partizan Sesi (Die Stimme des Partisanen) (DABK)	

Die TKP/ML wurde 1972 durch Ibrahim Kaypakkaya in der Türkei gegründet. Sie vertritt die Lehren des Marxismus/Leninismus, ergänzt durch Ideen Mao Tse-tungs. Ziel der TKP/ML ist die Abschaffung des bestehenden türkischen Staatssystems und die Errichtung eines kommunistischen Systems mit maoistischer Prägung. Dieses Ziel soll durch eine bewaffnete Revolution erreicht werden, die der militärische Arm, die Türkische Arbeiter- und Bauernbefreiungsarmee (TIKKO) erkämpfen soll. Diese Zielsetzung begründet die Beobachtung durch die Verfassungsschutzbehörden (§ 3 Abs. 1 Nr. 3 VSG NW).

Anhänger der TIKKO befinden sich in der Osttürkei im bewaffneten Kampf mit türkischen Sicherheitskräften. Die TIKKO und die PKK haben sich den Kampf gegen den türkischen Staat aufgeteilt. Die PKK kämpft(e) in Kurdistan gegen die türkischen Sicherheitskräfte und die TIKKO im Schwarzmeergebiet.

Die Aktivitäten der TKP/ML und der TIKKO werden in erster Linie durch Mitgliedsbeiträge und jährlich veranstaltete Spendenkampagnen finanziert.

Die TKP/ML ist weiterhin gespalten in den Partizan-Flügel =TKP/ML und das Ostanatolische Gebietskomitee (DABK) = TKP(ML).

Auch für die bisher gemeinsamen Basisorganisationen ATIK und ATIF wurden getrennte Strukturen geschaffen.

TKP/ML (Partizan)

Bei der TKP/ML steht die politische Arbeit im Vordergrund. Das Auslandsbüro ist ebenso arbeitsfähig wie die untergeordneten Gremien.

Die Basisorganisationen haben sich unter den alten Bezeichnungen neu strukturiert:

- Konföderation der Arbeiter aus der Türkei in Europa (ATIK) und
- Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e.V. (ATIF).

Die Zugehörigkeit der ATIF und ATIK zur TKP/ML wird nach außen hin verschleiert.

Bei der europaweiten Spendenkampagne 1998/99 kamen wieder ca. 1,3 Millionen DM zusammen.

Die ATIK forderte Anfang 1999 die Beendigung der Unterschriftenkampagne der Unionsparteien gegen die geplanten Änderungen des Staatsangehörigkeitsrechts.

Am 27./28. Februar 1999 fand der 9. Jahreskongress der ATIK-Jugend (YDG) in Frankfurt statt. Neben dem Rechenschaftsbericht wurde den Kongressteilnehmern das Jugendprogramm vorgestellt. Es soll versucht werden, türkische Jugendliche für eine Mitarbeit in der ATIK-Jugend zu interessieren.

Die ATIK führte am 2./3. April 1999 ihren Jahreskongress in Frankfurt durch. Die politische Arbeit wurde positiv bewertet. So sei es neben der Stärkung der eigenen Organisation auch gelungen, die Konkurrenz des DABK weiter zurückzudrängen. Es wurden Grußbotschaften, u.a.

der Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands (MLPD) verlesen.

Die TKP/ML führte auch 1999 wieder eine Gedenkveranstaltung für I. Kaypakkaya durch. An der Veranstaltung am 24. April 1999 in Gießen nahmen ca. 5.000 Personen teil. Bei der Veranstaltung wurde ein nicht unerheblicher Reinerlös erzielt. Mehrere der Redner forderten eine verstärkte internationale Zusammenarbeit der sozialistischen und sozialrevolutionären Organisationen.

Im Juli 1999 führte die TKP/ML ein dreiwöchiges Feriencamp in Spanien durch. An der Veranstaltung nahmen ca. 120 Personen teil. Neben kulturellem Programm wurden die Teilnehmer auch politisch unterwiesen.

Vom 27. bis 29. August 1999 fand in Frankfurt/M. ein Treffen von Mitgliedern des Europavorstands der ATIK statt. Die Situation der ATIK in Europa wurde als zufriedenstellend aber verbesserungswürdig dargestellt.

Die TKP/ML-Zeitung Özgür Gelecek wurde in der Türkei verboten. Für sie wird nun die Zeitung Yeni Demokrasi Yolunda (Neuer demokratischer Weg) herausgegeben.

TKP(ML) Ostanatolisches Gebietskomitee

Noch immer ist die TKP(ML) im Gegensatz zur TKP/ML vornehmlich mit internen Problemen beschäftigt. Politische Arbeit und Aktivitäten finden nur in vermindertem Maße statt.

Auch bestehen wie bei allen vergleichbaren Organisationen finanzielle Probleme, da Mitgliedsbeiträge und Spenden kaum ausreichen, um den Bestand einzelner Vereine und die Unterstützung der Kämpfer in der Türkei zu sichern. Es mussten bereits Vereine wegen Geldmangels geschlossen werden.

Die TKP(ML) hat im Juli 1997 in Abgrenzung gegenüber dem Partizan-Flügel TKP/ML folgende Basisorganisationen gegründet:

- Konföderation für demokratische Rechte in Europa (ADHK)
- Föderation für demokratische Rechte in Deutschland (ADHF)

Auch die TKP(ML) führte wieder eine Gedenkveranstaltung für den Parteigründer I. Kaypakkaya durch. An der Veranstaltung am 15. Mai 1999 in Leverkusen nahmen 5.000 Personen teil, darunter mehrere hundert PKK-Anhänger.

Anlässlich des 50. Jahrestages der maoistischen Revolution in China veranstaltete die TKP(ML) am 25./26. September 1999 eine internationale Konferenz in Wuppertal. Die etwa 100 Teilnehmer gedachten zuerst der gefallenen Kommunisten. Neben kulturellem Programm wurde über die maoistische Bewegung, Kämpfe und Ziele gesprochen.

Die ADHF führte am 2./3. Oktober 1999 in Stuttgart ihre Jahresversammlung durch. Neben Rechenschafts- und Kassenbericht wurde der gefallenen Revolutionäre gedacht.



Plakat der TKP (ML) aus dem Jahr 1999

Die Bemühungen des DABK, wieder mit dem Partizan-Flügel zusammenzugehen, zeigen erste Früchte. Zumindest in NRW und auch der Türkei sind einige Funktionäre für einen erneuten Zusammenschluss. Man müsse behutsam vorgehen, damit alte Wunden nicht wieder aufplatzen. Grund der Trennung im Jahre 1994 seien mehr oder weniger persönliche Streitigkeiten zwischen den Angehörigen der beiden Flügel gewesen. Man stimme darin überein, dass es der politischen Arbeit dienlich sei, wieder vereint aufzutreten. Man ist weiter der Meinung, das türkische Militär könne bei weiterer Trennung effektiver gegen die Guerilla (TIKKO) vorgehen als bei einem Zusammenschluss. Gemeinsam wird die Haltung der PKK unter Öcalan kritisiert. Das sei kein revolutionäres Verhalten. Die Selbstgestaltung von PKK-Funktionären wurde als Verrat bezeichnet.

4.1.5 Marxistisch Leninistische Kommunistische Partei (MLKP) und Kommunistische Partei-Aufbauorganisation (KP-IÖ)

Gründung	1994	
Sitz	Köln	
Mitglieder	1999	1998
Bund	700	700
NRW	250	250
Publikation	Atilim (Angriff) bzw. Politikada Atilim (der politische Angriff)	

Bei der MLKP handelt es sich um einen 1994 entstandenen Zusammenschluss der TKP/ML-Hareketi (Bewegung) und der Türkischen Kommunistischen Arbeiterbewegung (TKIH). Bereits

im September 1995 kam es zu internen ideologischen Differenzen innerhalb der MLKP, die zur Abspaltung der Kommunistischen Partei-Aufbauorganisation (KP-IÖ) führte.

Die den Marxismus-Leninismus vertretende MLKP strebt durch revolutionären Umsturz des türkischen Staates den Aufbau einer kommunistischen Gesellschaftsordnung an. Diese Zielsetzung begründet die Beobachtung durch die Verfassungsschutzbehörden (§ 3 Abs. 1 Nr. 3 VSG NW).

Die MLKP bedient sich in Deutschland auch ihrer Basisorganisation Föderation der Arbeitsimmigranten in Deutschland (AGIF). Die AGIF-Zentrale befindet sich in Köln; Ortsvereine existieren u.a. in Bielefeld, Dortmund, Duisburg, Düren, Düsseldorf und Hagen. Ein Schwerpunkt der MLKP und anderer linksextremistischer türkischer Organisationen waren auch 1999 viele zumeist kleinere Demonstrationen »gegen das Verschwindenlassen von politischen Gefangenen in der Türkei«. Da diese regelmäßig samstags von türkischen Frauen durchgeführt wurden, prägte sich bald der Begriff der »Samstagsmütter«.

Die MLKP finanziert sich durch eine regelmäßig im Herbst beginnende Spendenkampagne. Über Spendengelderpressungen liegen keine Erkenntnisse vor.

Am 1. Juli 1999 wurde im Vereinslokal der AGIF in Köln ein 33jähriger Türke erstochen. Am nächsten Tag protestierten ca. 300 AGIF-Anhänger gegen die Tötung ihres Mitgliedes. Es kam zu Ausschreitungen auch gegen Polizeibeamte. Am 3. Juli nahmen ca. 700 Personen an einem Trauerzug teil. Auf Transparenten wurden nationalistische türkische Organisationen insbesondere die »Grauen Wölfe« der Tat bezichtigt. An der Trauerfeier am 7. Juli nahmen rund 500 Personen teil. Ob die beiden Tatverdächtigen den Mord tatsächlich begangen haben, lässt sich heute noch nicht endgültig beurteilen.

Am 13. November 1999 führte die MLKP anlässlich ihres 5jährigen Bestehens eine Gedenkveranstaltung durch. An der Veranstaltung in Leverkusen nahmen etwa 3.500 Personen teil. Der Saal war geschmückt mit Fahnen von Marx, Lenin, Mao sowie mit Fahnen der MLKP und der KGÖ (Kommunistische-Jugend-Partei). Die Veranstaltung stand unter dem Motto »Gemeinsam mit der Partei sind wir im 5. Jahr noch stärker«. Neben Vertretern der MLKP und anderen Organisationen sprachen auch Verwandte von verschwundenen und ermordeten Revolutionären der MLKP. Ein Hauptziel der Veranstaltung war die vermehrte Einbeziehung der jungen Generation.

4.1.6 Bündnis linksextremistischer türkischer Gruppierungen und PKK

Am 4. Juni 1998 haben sich sieben türkische Organisationen, darunter TKP/ML, TKP(ML), MLKP, THKP-C und die PKK zu einem Aktionsbündnis für den revolutionären Kampf zusammengeschlossen. Die Revolutionären Kräfte haben sich zwischenzeitlich in Plattform der Vereinten Revolutionären Kräfte (BDGP) umbenannt. Das Bündnis gab die Zeitschrift EYLEM heraus. Die BDGP war stark von der PKK dominiert und setzt sich u.a. für die Freilassung Öcalans ein. In der Vergangenheit hatten solche Bündnisse nur einen kurzen Bestand.

Die TKP/ML ist bereits nach kurzer Zeit aus dem Bündnis ausgetreten. Der Beitritt weiterer kleinerer Organisationen wirkte sich nicht positiv aus.

Es kam zu teilweise erheblichen Interessenkonflikten und Veränderungen. Das Angebot, die bewaffneten Kämpfer der PKK aus der Türkei zurückzuziehen, hat bei den Mitgliedsorganisationen große Verwirrung ausgelöst.

Der »Kurdistan-Rundbrief« berichtet in seiner Ausgabe vom 20. Oktober 1999 über die »freundschaftliche und genossenschaftliche Trennung der PKK von der BDGP«. Unterschiedliche Einstellungen hätten zu der Trennung geführt. Der Austritt der PKK ist das Ergebnis zunehmender Auffassungsunterschiede über den weiteren Weg des Bündnisses. Die PKK war in letzter Zeit wegen ihrer Friedenslinie von anderen linksextremistischen türkischen

Organisationen scharf kritisiert worden. Insbesondere die TKP(ML) will ihren bewaffneten Kampf fortsetzen, weil sie nach wie vor glaubt, ihr Ziel lasse sich nur durch einen Umsturz in der Türkei erreichen.

Nach dem Austritt der beiden großen Organisationen TKP/ML und PKK bleibt der weitere Weg des Bündnisses abzuwarten. Wesentliche Schritte sind nach heutigen Erkenntnissen nicht mehr zu erwarten.

4.2 Kurden: Verbotene Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), Partya Karkaren Kurdistane und unterstützende Organisationen

Sitz	Nord-Irak	
Europavertretung	wenige weisungsberechtigte Funktionäre mit ständig wechselnden Aufenthaltsorten	
Generalsekretär	Abdullah Öcalan (genannt APO)	
Präsidialrat	Leitet die Partei aus dem Nord-Irak, besteht aus 7 Personen	
Mitglieder	1999	1998
Bund	ca. 11.000	ca. 11.000
NRW	ca. 2.000	ca. 2000
Publikationen	Serxwebun (Unabhängigkeit erscheint monatlich; Auflage 30.000 Özgür Politika (Freie Politik) Tageszeitung; Auflage ca. 30.000 Kurdistan-Report erscheint zweimonatlich; Auflage bis 15.000 ZILAN deutschsprachige Frauenzeitschrift; erscheint vierteljährlich; Erstausgabe September 1997	
Agentur	DEM-Nachrichtenagentur, Köln	
Verlag	MEZOPOTAMIEN Verlag & Vertrieb, Köln	
Druckerei	H.A.M.-Druckerei, Düsseldorf	
Fernsehsender	MEDYA-TV, Sitz Paris	

Der PKK und ihrer Nebenorganisation ERNK - Nationale Befreiungsfront Kurdistans - ist die Betätigung in Deutschland seit dem 26. November 1993 verboten.

Trotz des seit Ende März 1996 erkennbaren deutlichen Kurswechsels der PKK hin zu friedlichem Verhalten stellt die PKK- wegen einzelner gewalttätiger Aktionen im Frühjahr 1999 - nach wie vor eine Bedrohung der inneren Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland dar (§ 3 Abs. 1 Nr. 1). Trotz des angekündigten Rückzugs der Kämpfer aus der Osttürkei kommt es zu vereinzelt Kampfhandlungen, so dass zumindest z.Z. davon auszugehen ist, dass sie ihre Ziele mit Gewalt durchsetzen will. Damit gefährdet sie die auswärtigen Belange, so dass auch aus diesem Grunde eine Beobachtung durch den Verfassungsschutz nach § 3 Abs. 1 Nr. 3 VSG NW gegeben ist.

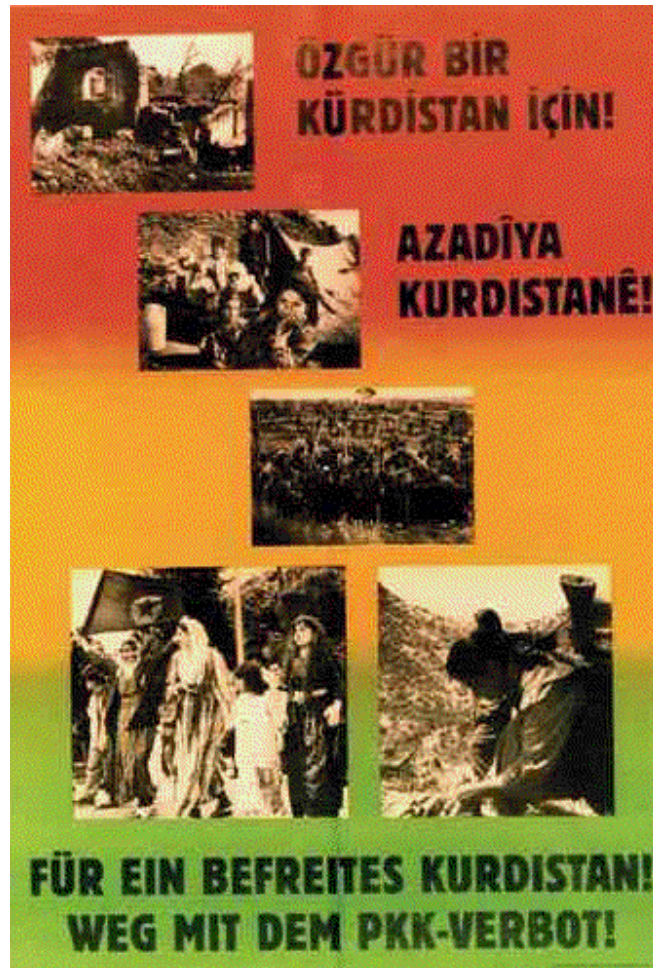
Die PKK wurde im November 1978 in der Türkei gegründet. Eines der Gründungsmitglieder ist Abdullah Öcalan, der bis zu seiner Festnahme in Kenia im Februar 1999 als Generalsekretär an der Spitze der Organisation stand. Die PKK ist eine straff organisierte und zentralistisch geführte Kaderorganisation, deren marxistisch-leninistische Programmatik im Laufe der letzten Jahre immer mehr durch das Propagieren nationalistischen Gedankenguts überlagert wurde.

Hauptziel der Organisation ist aber nicht das Verfolgen einer Ideologie, sondern der Kampf für mehr Rechte der kurdischen Bevölkerung. In Deutschland ist die PKK konspirativ und durch

zahlreiche Neben- und Teilorganisationen tätig. Sie wird seit der Festnahme Öcalans von einem 7-köpfigen Präsidialrat, der seinen Sitz im Nord-Irak hat, geleitet.

Hintergrund/Politische Ziele

Die Ursache des Kurdenkonfliktes ist die soziale, kulturelle und völkerrechtliche Situation der etwa 20 - 25 Millionen Kurden, die im Wesentlichen in der Türkei, im Iran, im Irak und in Syrien leben. Die Kurden bilden das größte Volk ohne eigenen Staat.



Plakat gegen das PKK-Verbot

In der Bundesrepublik Deutschland leben etwa 500.000 - 600.000 Kurden.

Unter den Kurdenorganisationen ist die PKK die bei weitem einflussreichste und anhängerstärkste. Programmatisches Ziel der Organisation war zunächst die Errichtung eines sozialistischen kurdischen Nationalstaates, der die Gebiete Südostanatoliens, den Nordirak, Teile des nordöstlichen Iran und Gebiete im Norden Syrien umfassen sollte.

Eigenen Bekundungen zufolge hat sich die PKK heute vom Separatismusgedanken abgewandt und setzt sich »nur noch« für die Wahrung der kurdischen Identität auf türkischem Territorium ein sowie - natürlich - für Amnestiegesetze in eigener Sache, die ihr das politische Überleben sichern. Organisationsintern bemüht man sich, diesen neuen Kurs durch eine demokratische Umstrukturierung zu begleiten. Diese Organisationsänderung soll mit dem zum Jahreswechsel beginnenden Nationalkongress in Angriff genommen werden. Inwieweit tatsächlich demokratische Strukturen danach vollzogen werden, bleibt abzuwarten; insbesondere wird der Erfolg derartiger Überlegungen davon abhängen, ob es begleitende Unterstützungsmaßnahmen

für den Weg in die Legalität gibt.

Guerillakrieg in der Türkei

Öcalan hat die PKK zunächst mit terroristischen Aktionen und seit 15. August 1984 zusätzlich mit offenem Kampf zu einem Machtfaktor in Ostanatolien gemacht, dem das türkische Militär in weiten, insbesondere gebirgigen Gebieten - vor allem nachts - weichen musste.

Die Volksbefreiungsarmee Kurdistans (ARGK) führte als militärischer Arm der PKK den bewaffneten Kampf in der Türkei und im Nord-Irak. Sie verfügte 1997 noch über ca. 8.000 - 10.000 professionelle Kämpfer. Diese Anzahl hat sich z.Z. deutlich verringert.

Durch die massiven Einsätze des türkischen Militärs im Jahre 1998 gegen Stellungen der ARGK im Nord-Irak, die Schließung des zentralen Ausbildungslagers der PKK in der Bekaa-Ebene Ende Oktober 1998 sowie insbesondere durch die Festnahme Sakiks - einem führenden kurdischen Guerilla-Kommandeur - hatte sich die Kampfkraft der ARGK bis Ende 1998 jedoch entscheidend verschlechtert.

Am 3. August 1999 rief Öcalan aus dem Gefängnis dazu auf, bis zum 1. September den bewaffneten Kampf einzustellen und die Guerillaeinheiten aus der Türkei zurückzuziehen. Der Präsidentsrat begrüßte in einer am 5. August veröffentlichten Erklärung den Aufruf Öcalans und die ARGK erklärte einer Agenturmeldung zufolge: »Wir betrachten den Aufruf von Präsident Apo, den Krieg am 1. September einzustellen, als Befehl und erklären, dass wir ihn einmütig ausführen werden.«

Ob und inwieweit dem Aufruf Öcalans tatsächlich Folge geleistet wurde und wenn ja, in welche Gebiete sich die Armee zurückgezogen hat, kann derzeit nicht beurteilt werden. Es ist jedoch davon auszugehen, dass die Armee nicht endgültig ihre Waffen niedergelegt, sondern sich vielmehr in eine Art »Wartezustand« begeben hat.

Unabhängig von der Lage der Truppen im Nord-Irak gibt es Hinweise, dass auch in Deutschland nach wie vor Jugendliche animiert werden, sich zum Kriegseinsatz zur Verfügung zu stellen.

Strategie in Europa

Die Nationale Befreiungsfront Kurdistans (Eniya Rizgariya Netewa Kurdistan-ERNK) wurde am 21. März 1985 als Propagandaorganisation der PKK gegründet. Sie hat die Aufgabe, die in Europa lebenden Kurden zu organisieren und für den Befreiungskampf zu engagieren.

In Europa tritt die PKK nicht offiziell als Organisation in Erscheinung, sondern wird durch die ERNK aktiv, insbesondere durch Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Propagandatätigkeit. Die ERNK unterhält in verschiedenen anderen europäischen Ländern unter ihrem Namen firmierende Einrichtungen.

Die oberste Funktionärs Ebene, das Europakomitee der ERNK, wird von den sogenannten ERNK-Sprechern gebildet. Die Steuerung der Aktivitäten durch die Europa-Sprecher bzw. die Europazentrale erfolgte früher von Köln aus. Die weisungsberechtigten Funktionäre benutzen heute aber ständig wechselnde Aufenthaltsorte, wobei Orte in Belgien und den Niederlanden bevorzugt werden. Es ist davon auszugehen, dass die Europavertretung nicht mehr über einen ständigen Sitz verfügt.

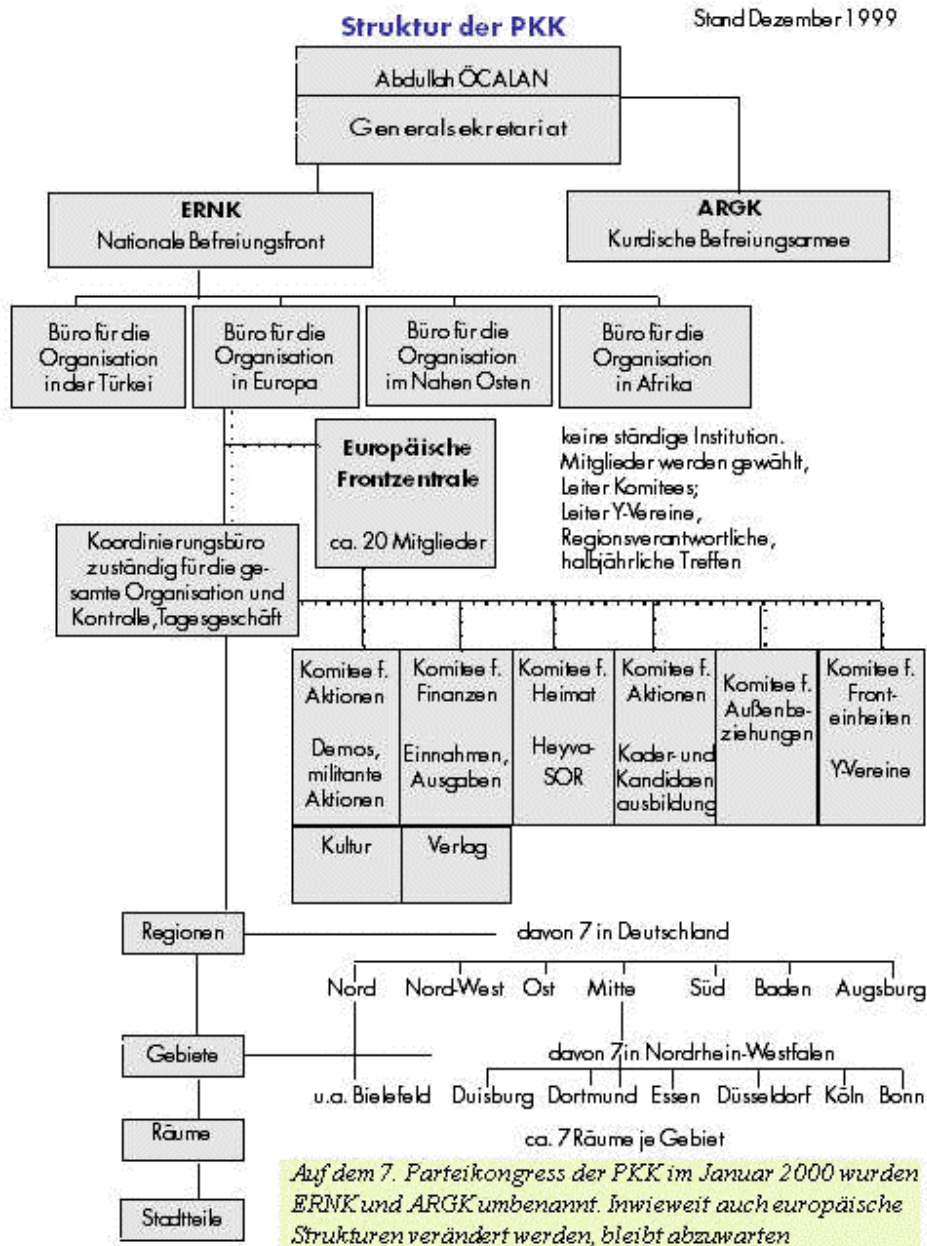
Bis auf einige wenige Funktionäre unterliegt die Führungsriege einem ständigen Funktionswechsel. In der Regel finden fast alle sechs Monate Rotationen statt, mit denen die Organisation ihre eigenen Bemühungen um mehr Effektivität selbst konterkariert. Die Funktionäre sind aufgefordert, ihre Aufgaben derart wahrzunehmen, dass sie den Bezug zur Basis nicht verlieren.

Regionalstruktur und Massenorganisationen

Europa ist in ca. 15 Regionen aufgeteilt, von denen sieben auf Deutschland entfallen. Nordrhein-Westfalen besteht aus einer Region - Region Mitte - sowie einem weiteren Gebiet, das zu einer

zweiten Region (Region Nord) gehört. Die Regionen sind jeweils in Gebiete gegliedert, diese wiederum in Räume und Stadtteile. Jeder Organisationseinheit steht eine Leitung vor, die die Befehle der jeweils nächsthöheren Ebene nach unten umsetzt. Aus Gründen der Konspiration wechseln die Funktionäre - mindestens ab Gebietsleiter - täglich ihren Aufenthaltsort, benutzen Decknamen und sind nur unter Telefonanschlüssen, die auf unverdächtige Personen angemeldet sind, erreichbar.

Der ERNK unterstellt sind sogenannte Massenorganisationen. Sie sollen der Partei über Einzelorganisationen für bestimmte Personen- und Berufsgruppen - wie Frauen, Jugendliche, Lehrer usw. - gezielt weitere Mitglieder zuführen, ohne dass aus dem Organisationsnamen unmittelbar die Verbindung zur PKK hergeleitet werden kann.



Folgende Organisationen sind hier bekannt:

- Partei der arbeitenden Frauen Kurdistans (PJJK)

- Union der Jugendlichen aus Kurdistan (YCK)
- Verband der patriotischen Arbeiter aus Kurdistan (YKWK)
- Verband der Student/Innen aus Kurdistan (YXK)
- Union der Journalisten aus Kurdistan (YRK)
- Union der kurdischen Eltern (YEKMAL)
- Union der Lehrer aus Kurdistan (YMK)
- Union der Schriftsteller aus Kurdistan (YNK)
- Union der kurdischen Juristen (YHK)
- Union der Kinder aus Kurdistan (YZK)
- Union der Gläubigen aus Kurdistan (YDK).

Finanzierung der PKK

Um die enorm hohen Kosten, die in der Vergangenheit in erster Linie für die militärische Auseinandersetzung mit der Türkei benötigt und heute nach eigenen Angaben für die Verteidigung Öcalans sowie die Umstrukturierung der Partei benötigt werden, decken zu können, sind entsprechende Einnahmen in Millionenhöhe erforderlich. Die Finanzierung erfolgt über Mitgliedsbeiträge, den Verkauf von Publikationen, Spendengelder, Abschöpfung von kriminellen Gewinnen und durch die Unterstützung von Drittländern (z. B. Syrien, Irak).

Kurdisches Exilparlament

Das »Kurdische Exilparlament« hat sich am 26. September 1999 auf seiner 11. Generalversammlung aufgelöst und seine Angliederung an den im Mai 1999 konstituierten »Kurdischen Nationalkongress« beschlossen. Begründet wurde dieser Schritt damit, dass das »Kurdische Exilparlament« mit der im Mai 1999 erfolgten Konstituierung des »Kurdischen Nationalkongresses« seine im Parlamentsstatut vorgesehenen Ziele erreicht habe.

Die Arbeit des »Kurdischen Exilparlaments« diente der Darstellung der Friedensstrategie der PKK. Die konstituierende Sitzung fand am 12. April 1995 in Den Haag statt. Seine 65 Mitglieder wurden von einer Delegiertenversammlung gewählt, deren Delegierte weit über die Hälfte der PKK zuzurechnen sind. Der Sitz des »Parlamentes« war in Brüssel.

Kurdischer Nationalkongress (KNK)

Am 24. Mai 1999 gründeten in Amsterdam 189 Delegierte, darunter nach eigenen Angaben Vertreter und Vertreterinnen von 29 kurdischen Organisationen aus allen Teilen Kurdistans sowie aus kurdischen Exilorganisationen und Einrichtungen in Europa, Amerika und Asien den »Kurdischen Nationalkongress« (KNK). Die »Patriotische Union Kurdistans« (PUK) und die »Demokratische Partei Kurdistans/Irak« (DPK/I) sind im KNK nicht vertreten.

Nach Aussage des Gründungskomitees ist Ziel des neugegründeten KNK, die nationale Einheit der in Kurdistan und in der Diaspora lebenden Kurden zu fordern sowie eine politische Lösung für das Kurdenproblem zu finden.

Das Fernbleiben der PUK und DPK/I ist vermutlich darauf zurückzuführen, dass die PKK im KNK eine ähnlich dominierende Rolle spielen wird wie im »Kurdischen Exilparlament« (PKDW). Die dominierende Rolle der PKK ist u.a. daran zu erkennen, dass Abdullah Öcalan einstimmig zum Ehrenvorsitzenden des KNK gewählt wurde.

MED-TV/MEDYA-TV

Dem kurdischen Fernsehsender MEDYA-TV wurde am 22. März 1999 von der britischen Fernsehkommission ITC erst vorübergehend und später endgültig die Sendelizenz entzogen. Die Kommission begründete die Maßnahme damit, dass der Sender bereits mehrfach zu Gewalt aufgerufen habe. Aufgrund der Einstellung des Sendebetriebs kam es in London und in der Bundesrepublik zu zahlreichen friedlichen Kundgebungen kurdischer Volkszugehöriger,

insbesondere vor Rundfunk- und Fernsehanstalten.



Unter der Bezeichnung »ctv« ist seit dem 13. Mai 1999 auf der früheren Frequenz von »MED-TV« über Satellit ein Fernsehsender zu empfangen, der täglich mehrere Stunden Musik und Landschaftsbilder aus Südostanatolien ausstrahlt, jedoch keine Nachrichten oder Wortbeiträge sendet. Das Senderlogo »ctv« ist graphisch in den kurdischen Nationalfarben gestaltet.

Seit dem 30. Juli 1999 ist ein weiterer kurdischer Sender mit der Bezeichnung »MEDYA-TV« in Betrieb, der, wie den Programminhalten zu entnehmen ist, die Nachfolge von MED-TV angetreten hat. Wie es in einer Pressemitteilung des Senders heißt, sende er täglich ein 12-stündiges Programm und habe seinen Sitz in Paris, um von der britischen Fernsehbehörde ITC nicht mehr kontrolliert werden zu können.

Unabhängig vom Adressatenkreis unterscheidet sich die Gestaltung des Programms nicht wesentlich von dem anderer Sender. Die kulturellen Beiträge überwiegen. Die politischen Sendungen haben keine Dominanz.

Propaganda für die PKK

Neben dem Sender MED-TV sind die Print-Medien ein weiteres wichtiges Propagandainstrument für die PKK und ihren Generalsekretär Abdullah Öcalan. In Deutschland werden insbesondere in der Tageszeitung Özgür Politika Artikel veröffentlicht, mit denen die Ziele und Aktivitäten dargestellt werden. Außerdem werden in der Özgür Politika Hinweise zu kleineren Veranstaltungen und ganzseitige Aufrufe zur Teilnahme an Großveranstaltungen abgedruckt. Die Nachrichtenagentur DEM mit Sitz in Köln gibt eine eigene Publikation »DEM News Bulletin« in englischer Sprache heraus.

Daneben sind noch die folgenden Zeitungen/Zeitschriften, in denen Propaganda für die PKK betrieben wird, von besonderer Bedeutung:

- Serxwebun (Unabhängigkeit)
- Jina Serbilind (Die stolze Frau)
- Sterka Ciwan (Stern der Jugend)
- Zilan (Name einer kurdischen Freiheitskämpferin).

Moderne Kommunikationstechniken

Von der PKK werden zunehmend auch die elektronischen Kommunikationsmedien für ihre Belange genutzt. Neben dem Fernsehsender MED-TV und den Print-Medien bietet insbesondere das Internet den Vorzug einer schnellen, unbeobachteten und grenzüberschreitenden Kommunikation. Die PKK ist bisher mit keiner eigenen ihr direkt zuzurechnenden Homepage im Internet vertreten. Verfügbar sind u.a. Informationsangebote von:

- MED-TV; Kurdish Satellite Television
- Kurdistan Informationszentrum Köln
- American Kurdish Information Network (AKIN).

Kindesentziehungen

Trotz der Beendigung des bewaffneten Kampfes auf dem Boden der Türkei waren in der ersten Jahreshälfte 1999 vermehrt Fälle von Kindesentziehungen festzustellen. Unterstellt, dass weiter am friedlichen Kurs seitens der PKK festgehalten wird, scheidet als Zweck die Vorbereitung auf den späteren Einsatz im Guerillakampf aus, so dass angenommen werden kann, dass die Ausbildung der Jugendlichen ausschließlich der späteren Parteilarbeit und der Verwendung als Kaderangehörige dienen soll.

The screenshot shows a website page for 'Kurdistan Informations-Zentrum e.V.' (kiz). At the top, it reads 'NICHTS IST WERTVOLLER ALS DIE FREIHEIT UND UNABHÄNGIGKEIT'. Below this is a 'HERZLICH WILLKOMMEN' section. The main content area contains several paragraphs of text, including a welcome message and information about the organization's activities and goals. There are also several small images and a list of links on the left side of the page.

Internet-Seite des »Kurdistan-Informations-Zentrums«

Mädchen und Jungen aus den Bereichen Dortmund, Essen, Bonn, Duisburg und dem Großraum Niederrhein wurden vorwiegend gegen den Willen der Eltern zu den angesprochenen Schulungsmaßnahmen rekrutiert. Im Einzelfall kann jedoch auch davon ausgegangen werden, dass »Auszubildende« bzw. deren in der PKK aktive Eltern ihr Einverständnis erklärt haben.

Im Januar und April 1999 erfolgten in diesem Zusammenhang Durchsuchungen der PKK-Vereine in Dortmund und Bonn. Hierbei wurden in Dortmund insgesamt sechs Personen, unter ihnen auch der seinerzeit für das PKK-Gebiet Dortmund Verantwortliche, festgenommen.

Von den vermissten Jugendlichen wurde jedoch niemand angetroffen. Die meisten sind inzwischen in die elterliche Obhut zurückgekehrt.

Spendenkampagne

Das »Einsammeln« von Spendengeldern zugunsten der Partei setzt sich auch nach dem Ende des Guerillakampfes fort. Für den Zeitraum 1999/2000 wird eine Spendensumme für den Bereich Nordrhein-Westfalen ohne den Großraum Ostwestfalen in Höhe von 7 bis 8 Mio erwartet.

War bei Beginn der Kampagne zu erwarten, dass die Spendenquote deutlich niedriger als bisher

ausfallen würde, da als Grund die enorm hohen »Kriegskosten« zumindest momentan entfallen, so war bei der Festlegung durch die Verantwortlichen erkennbar, dass eine Steigerung zum Vorjahr erwartet wird. Begründet wird dies mit den extrem hohen Aufwendungen, die die Installierung der PKK als eine anerkannte politische Partei mit sich bringen werde.

Bereits zu Beginn der Kampagne war erkennbar, dass diese Argumentation überwiegend auf Unverständnis stieß. Anders als bei der Sammlung der vorgegebenen Spendengelder für den Guerillakampf ist die Notwendigkeit für den Aufbau von politischer Arbeit den Anhängern nur unzureichend zu vermitteln. Letztendlich wird abzuwarten sein, ob die Gesamtentwicklung dazu beitragen kann - hier ist auch das weitere Schicksal ÖCALANs von Bedeutung - dass sich die Spendenbereitschaft der Mitglieder erhöht und das Spendenziel erreicht wird.

Unter Würdigung der Gesamtumstände kann davon ausgegangen werden, dass es zur Erfüllung der Spendenvorgaben nicht zu genereller Gewaltanwendung kommen wird. Nicht auszuschließen ist, dass in Einzelfällen aufgrund der Initiative sogenannter »Hardliner« der Bitte um Spenden mit Bedrohung oder Ausübung von Gewalt Nachdruck verliehen wird. Dies entspräche nach den Erfahrungen der letzten Jahre jedoch nicht dem eingeschlagenen Weg der Partei.

Vereinsarbeit

Die Gründung weiterer, der PKK nahestehender Vereine hält an. Dies deutet oberflächlich betrachtet darauf hin, dass die »geänderte Situation« der PKK keinen Einfluss auf die Basis und deren Arbeit in den Vereinen genommen hat.

Tatsächlich ist jedoch, zumindest in einzelnen Vereinen, eine mehr oder weniger große Verunsicherung der Anhängerschaft durch die neugeschaffene Situation, insbesondere auch das Ende des bewaffneten Kampfes, festzustellen.

Erwartungsgemäß ist der Beschluss, den Guerillakampf in der Türkei einzustellen, für die sogenannten »Hardliner« innerhalb der PKK weder verständlich noch akzeptabel. In deren Augen ist diese Maßnahme kontraproduktiv, nach außen ein Anzeichen von Schwäche und führt die jahrelangen Bemühungen für ein freies Kurdistan ad absurdum. Nicht vergessen sind in diesem Zusammenhang die nun scheinbar nutzlosen Opfer der kurdischen Märtyrer.

Aber auch in Kreisen der gemäßigten Anhänger werden Rufe laut, die zumindest darauf hinweisen, dass man erwartet, dass der bewaffnete Kampf als Mittel zur Befreiung des kurdischen Volkes nicht vollends außeracht zu lassen ist. Dies führt insgesamt zu einer gewissen Unsicherheit bezüglich notwendigen Handelns hier lebender PKK-Anhänger. Es drückt sich in Teilbereichen in nachlassender Vereinsarbeit und weniger vorhandener Spendenbereitschaft aus (siehe hierzu Spendenkampagne).

YEK-KOM

Im Laufe des Berichtsjahres hat die Föderation kurdischer Vereine in Deutschland e.V. - YEK-KOM - ihren Sitz von Bochum nach Düsseldorf verlegt.

Die Organisation versteht sich weiterhin als politisch legaler Arm der PKK in der Bundesrepublik Deutschland und vertritt nach ihrem Selbstverständnis alle hier lebenden Kurden.

Weitgehend wird YEK-KOM propagandistisch durch Flugschriften sowie mit ihrem im 14tägigen Rhythmus erscheinendes Organ YEK-KOM-BÜLTENI (Nachrichten) tätig. Die Föderation ist jedoch auch z.B. als Anmelder kurdischer Großdemonstrationen in das übrige Geschehen eingebunden.

Selbstverständlich richtete die Organisation 1999 im Rahmen ihres publizistischen Wirkens das Hauptaugenmerk auf den Verlauf des Prozesses gegen Öcalan. Alle diesbezüglichen Ereignisse wurden von YEK-KOM kommentiert. So heißt es u.a. unter der Überschrift

»Nein zur Todesstrafe

Freiheit für ÖCALAN - Frieden in Kurdistan«

in einem Flugblatt vom 14. Juli 1999:

»Kaum ein anderer Prozess ist jemals so rechtswidrig geführt worden, wie der sogenannte Jahrhundertprozess, bei dem der türkische Staat auf der Insel Imrali das Todesurteil gegen Abdullah ÖCALAN verhängt hat. Daher wird niemand von uns erwarten, dass wir dieses Urteil anerkennen. In keinem Rechtssystem ist es möglich, dass eine Kriegspartei über die andere Seite richtet; ein solcher Prozess ist einfach absurd. Dieses in einem unrechtmäßigen Prozess gegen die Führungspersönlichkeit des kurdischen Volkes ausgesprochene Todesurteil sehen wir darüber hinaus als einen Angriff auf unsere nationale Ehre an. Die Kurden sind nicht die Schuldigen in diesem Konflikt, sondern seine Opfer.«

Es ist zu erwarten, vorausgesetzt die PKK hält an der eingeschlagenen Linie fest, dass die Bedeutung von YEK-KOM als politisches Sprachrohr zunehmen wird.

Bedeutsame Entwicklungen innerhalb der PKK und ihrer Unterstützerorganisationen Festnahme Abdullah Öcalans

Der Generalvorsitzende der PKK, Abdullah Öcalan, wurde am 15. Februar 1999 nach Verlassen der griechischen Botschaft in Kenia festgenommen und in die Türkei verbracht. Noch in der Nacht vom 15. auf den 16. Februar 1999 reagierten in Europa und insbesondere in der Bundesrepublik tausende Kurden mit massiven und gewalttätigen Protesten auf die Festnahme. In Köln und Düsseldorf wurde jeweils das griechische Konsulat besetzt und verwüstet. In Bonn wurde ebenfalls die griechische Botschaft besetzt und die kenianische Botschaft von Kurden gewaltsam gestürmt. Hier kam es jedoch zu keinen wesentlichen Sachbeschädigungen. Trauriger Höhepunkt der vorgenannten Aktionen war am 17. Februar 1999 der Versuch, das israelische Generalkonsulat in Berlin zu besetzen. Dabei wurden vier Kurden von israelischen Sicherheitskräften getötet und eine Reihe weiterer Eindringlinge verletzt.

In der Folgezeit kam es fast täglich in der Bundesrepublik zu Kundgebungen und Demonstrationen mit zum Teil mehreren tausend Teilnehmern, die sich gegen die Festnahme Öcalans richteten. So kam es u.a. am 20. Februar 1999 in Bonn zu einer Kundgebung, an der rund 6.500 Personen teilnahmen. Im Anschluss an die Kundgebung legte eine kurdische Delegation an der israelischen Botschaft einen Kranz sowie ein Transparent mit der Aufschrift »Wir sind Menschen - Wir sollen leben wie Menschen« nieder. Alle Demonstrationen verliefen friedlich.

Todesurteil gegen Öcalan

Am 29. Juni 1999 wurde Öcalan vom türkischen Staatssicherheitsgericht auf der Insel Imrali wegen Hochverrats zum Tode verurteilt. Seit der Prozesseröffnung am 31. Mai fanden in der Bundesrepublik zahlreiche Veranstaltungen mit tausenden von Teilnehmern statt, die allesamt ihre Solidarität mit Öcalan bekundeten und einen fairen Prozess für den Generalvorsitzenden der PKK forderten. Auch nach Bekanntgabe des Todesurteils kam es zu Kundgebungen und Demonstrationen, die friedlich verliefen. Gleichzeitig, insbesondere in der Zeit vom 29. Juni bis 4. Juli 1999, kam es in der gesamten Bundesrepublik aber auch zu zahlreichen Brandanschlägen auf türkische Reisebüros, Kulturvereine und Geschäfte, die zum Teil erhebliche Sachschäden anrichteten.

Der Schwerpunkt der Anschläge befand sich in Nordrhein-Westfalen, wo im vorgenannten Zeitraum allein mehr als 20 Anschläge verübt wurden. Wieviele davon konkret der PKK zugerechnet werden können, ist fraglich, da auch von einem hohen Anteil von »Trittbrettfahrern« ausgegangen werden muss. In zwei Erklärungen vom 30. Juni und 2. Juli lehnte die Europavertretung der ERNK die Anschläge in Deutschland ab und forderte die kurdische

Bevölkerung auf, sich im Rahmen der geltenden Gesetze zu verhalten.

Revisionsverfahren

Über die von den Anwälten Öcalans gegen das Todesurteil eingelegte Berufung wurde am 25. November vom türkischen Kassationsgericht entschieden. Das in erster Instanz ergangene Todesurteil wurde als rechtsfehlerfrei bestätigt.

Pressemeldungen zufolge verwarf das Gericht auch den Antrag der Verteidigung, das Urteil wegen »tätiger Reue« Öcalans in lebenslange Freiheitsstrafe umzuwandeln. Der daraufhin von den Anwälten Öcalans angerufene Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg forderte die Türkei am 30. November auf, die Vollstreckung des Urteils solange auszusetzen, bis der Gerichtshof über den Antrag Öcalans entschieden habe. An das endgültige Votum des Europäischen Gerichtshofes ist die Türkei jedoch nicht zwingend gebunden.

Die Bestätigung des Todesurteils gegen Öcalan führte in der PKK-Anhängerschaft nicht zu neuer Aggressionsbereitschaft. Zum einen weil Funktionäre und Anhänger davon ausgehen mussten, dass das Kassationsgericht die erstinstanzliche Entscheidung bestätigt und zum anderen, weil diese Bestätigung noch keine endgültige Entscheidung in der Sache darstellt. In der Zeit vor und nach der Verkündung der Entscheidung des Kassationsgerichts kam es in der Bundesrepublik zwar zu zahlreichen kleineren und größeren Demonstrationen. Sie alle verliefen jedoch friedlich.

Selbstgestellungen

In einer erneuten Friedensgeste rief Öcalan am 22. September 1999 dazu auf, eine Gruppe von PKK-Kämpfern solle als Beweis des guten Willens mit ihren Waffen in die Türkei kommen, um sich der »Demokratischen Republik anzuschließen«. Dies sei ein symbolischer Schritt zu einer friedlichen und demokratischen Lösung.

Nachdem sich daraufhin am 1. Oktober eine achtköpfige Gruppe der PKK unter Führung des ehemaligen Europasprechers der »Nationalen Befreiungsfront Kurdistans« (ERNK), Ali Sapan, an der irakisch-türkischen Grenze dem türkischen Militär ergeben und eine Friedensbotschaft überreicht hatte, folgte am 29. Oktober eine weitere Gruppe von acht PKK-Mitgliedern. Diesem Tag der Selbstgestellung kam eine besondere Symbolwirkung bei, da es sich um den türkischen Nationalfeiertag handelte. Die Gruppe, bei der es sich teilweise um hochrangige PKK-Funktionäre handelte, reiste per Flugzeug von Wien kommend über Istanbul ein und wurde am dortigen Flughafen festgenommen. Als Sprecher der Gruppe fungierte Haydar Erguel, ein ehemaliger Regionsleiter der PKK.

Umstrukturierung

Infolge der Verhaftung Öcalans gab sich die PKK eine neue Führungsstruktur. Ein Präsidialrat, der aus 7 Personen besteht, bestimmt den derzeitigen Kurs der PKK. Dieser Rat entschied, sich der Friedenslinie Öcalans anzuschließen. Ihm gehören u.a. Cemal Bayik, der Bruder Öcalans Osman Öcalan und Nicamettin Tas an.

NEWROZ

Das kurdische Neujahrsfest NEWROZ (21. März) wurde auch 1999 von kurdischen Volkszugehörigen in der Bundesrepublik dazu genutzt, mit Kundgebungen und Demonstrationen, häufig in Form von Fackelumzügen, auf ihre Anliegen aufmerksam zu machen. In Nordrhein-Westfalen beteiligten sich in Düsseldorf etwa 1.000, in Bielefeld etwa 2.000, in Dortmund etwa 3.000 und in Köln etwa 1.000 Kurden an den NEWROZ-Feierlichkeiten. Die Veranstaltungen verliefen allesamt friedlich.

»Freier Frauenverband Kurdistans« (YAJK)

Der »Freie Frauenverband Kurdistans«, eine Teilorganisation der PKK, hat sich nach Aussage der PKK-nahen Tageszeitung »Özgür Politika« vom 17. März 1999 auf seinem zweiten Kongress in »Partei der arbeitenden Frauen Kurdistans« (PJKK) umbenannt. Wie die »Özgür

Politika« am 19. Juli 1999 weiter berichtete, sei die Umwandlung des »Freien Frauenverbandes Kurdistan« in eine Partei mittlerweile erfolgt. Die am 13. Juli 1999 gegründete »Partei kurdischer Arbeiterfrauen« (PJKK) erkenne die Führerschaft Öcalans an. Sie habe - in Anlehnung an die »Nationale Befreiungsfront Kurdistan« (ERNK) - auch eine »Front freier Frauen Kurdistan« (EJAK) ins Leben gerufen.

Großdemonstration am 17. April 1999 in Bonn

Unter dem Motto »Frieden für Kurdistan und Demokratie in der Türkei« demonstrierten am 17. April 1999 mehr als 80.000 Kurden aus dem gesamten Bundesgebiet und den europäischen Nachbarländern sowie Anhänger mehrerer türkischer linksextremistischer Organisationen sowie Personen aus der deutschen »Kurdistan-Solidaritätsbewegung« in Bonn. Dies war die bislang größte kurdische Veranstaltung in der Bundesrepublik Deutschland. Die friedliche Demonstration verlief in drei Marschsäulen zum Freizeitpark Rheinaue in Bonn-Beuel. Im Rahmen der Abschlussveranstaltung, die eine Fülle kultureller Darbietungen umfasste, wurden einige politische Redebeiträge gehalten, in denen u.a. eine internationale Friedenskonferenz unter Beteiligung aller Kriegsparteien, eine Aussetzung des Prozesses gegen Öcalan sowie die Aufhebung des PKK-Verbotes gefordert wurde.

Demonstration vor Prozessbeginn

Am 22. Mai 1999 fand in Düsseldorf im Vorfeld des am 31. Mai beginnenden Prozesses gegen Öcalan eine Kundgebung mit etwa 8.000 Teilnehmern statt. Die Teilnehmer forderten einen fairen Prozess für Öcalan und die Zulassung internationaler Beobachter.

Um das Zusammengehörigkeitsgefühl des kurdischen Volkes zu symbolisieren, formierten sich die Teilnehmer, die aus dem gesamten Bundesgebiet und dem westlichen Ausland angereist waren, zu Menschenketten. Während der friedlich verlaufenen Veranstaltung bemühten sich die Veranstalter, offene Sympathiekundgebungen für die PKK zu unterbinden.

Kurdistan-Festival in Dortmund

Unter dem Motto »Nein zur Todesstrafe - Frieden jetzt - Freiheit für Abdullah Öcalan« fand am 28. August 1999 im Dortmunder Westfalenstadion das »7. Internationale Kurdistan-Festival« statt. Etwa 50.000 Personen aus der Bundesrepublik und dem europäischen Ausland nahmen teil.

Das Programm bestand wie auch auf den vorhergehenden Festivals aus kulturellen Darbietungen sowie verschiedenen Redebeiträgen. U.a. wurde über Lautsprecher eine Rede Osman Öcalans, dem Bruder Abdullah Öcalans, eingespielt, in der dieser erklärte, der Friedenskurs werde beibehalten, weil dieser zur Demokratie und zum Sieg führe.

Die friedliche Veranstaltung wurde von dem der PKK nahestehenden Fernsehsender MEDYA-TV live übertragen.

Festnahme eines PKK-Funktionärs

Am 21. Juli 1999 wurde von türkischen Fernsehsendern berichtet, man habe die »Nr. 2« der PKK in Europa, einen Kurden namens Cevat Soysal in Moldawien festgenommen und in die Türkei verbracht. Die Europaführung der ERNK verurteilte das Vorgehen des türkischen Nachrichtendienstes MIT noch am gleichen Tage als »Ausdruck internationalen Terrors« gegen das kurdische Volk. Zudem sei Soysal lediglich aktives Mitglied der ERNK in Europa gewesen und habe keine herausgehobene Stellung inne gehabt. Pressemeldungen zufolge hat die Staatsanwaltschaft in Ankara für Soysal mittlerweile die Verhängung der Todesstrafe wegen Hochverrates gefordert.

Soysal war in Nordrhein-Westfalen amtlich gemeldet und in der Bundesrepublik als Asylberechtigter anerkannt. Hier vorliegenden Erkenntnissen zufolge war Soysal aber weder die »Nr. 2« der PKK in Europa noch war er nur ein aktives Mitglied der ERNK. Soysal war vielmehr ein hoher Funktionär der PKK, der zuletzt in Osteuropa eingesetzt war.

4.3 Araber

4.3.1 Algerien; Islamische Heilsfront (FIS); Bewaffnete Islamische Gruppe (GIA)

In dem im Laufe des Jahres 1992 in ganzer Schärfe entbrannten Bürgerkrieg in Algerien sollen bisher schätzungsweise mehr als 70.000 Menschen umgekommen sein. Im Verlaufe des Konfliktes zeigt die FIS zunehmend Bereitschaft, eine politische Lösung zu erreichen und auf Gewalt zu verzichten. Nicht so die Bewaffnete Islamische Gruppe (GIA), die sich aus einer militanten Abspaltung der FIS entwickelt hat und aus einer Vielzahl weitgehend autonom agierender Gruppierungen besteht. Sie lehnt jeglichen Dialog ab und agiert in Algerien mit wahlloser Gewalt.

4.3.1.1 Islamische Heilsfront - Front Islamique du Salut (FIS)

Mitglieder Bund	ca. 300
Aktivisten	ca. 70
Schwerpunkt in NRW	Raum Köln/Aachen
Internet	englischsprachige Homepage

Im Zuge der Liberalisierung des Einparteiensystems in Algerien gründete der nationale algerische Zweig der Muslimbruderschaft im März 1989 die FIS als politische Partei. Als sich 1991 ein Wahlsieg der FIS abzeichnete, wurden die Wahlen vom algerischen Regime annulliert und die FIS verboten.



Englischsprachige Internet-Homepage der FIS

Ziel der FIS ist die Errichtung eines islamischen Staatswesens in Algerien. Als Fernziel strebt sie eine weltweite Islamisierung an. Die FIS propagiert den - auch gewaltsamen - Widerstand gegen die algerische Regierung. Hierzu bedient sie sich ihres bewaffneten Arms der Armé Islamique du Salut (AIS). Somit gehen von den in Deutschland lebenden FIS-Anhängern Bestrebungen aus, die durch Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungsmaßnahmen auswärtige Belange gefährden (§ 3 Abs. 1 Nr. 3 VSG NW).

Im Verlaufe der Auseinandersetzungen in Algerien hat sich die FIS gespalten. So bildete sich eine Gruppierung unter der Bezeichnung »Koordinationsrat der FIS im Ausland« (C.C.FIS), der auch ein in Nordrhein-Westfalen lebender Sohn des FIS-Mitbegründers Abbassi Madani angehört. Diese Gruppierung setzt nach wie vor auf eine gewaltsame Lösung des Konfliktes in Algerien und es gibt Hinweise darauf, dass sie teilweise mit der noch radikaleren GIA

sympathisiert. Dieser Gruppierung ist es jedoch anscheinend nicht gelungen, die Meinungsführerschaft zu erreichen. Der mehrheitliche Flügel der FIS ist von der ursprünglichen Strategie der Gewalt zwischenzeitlich abgerückt und setzt auf eine politische Lösung. Die Führung dieser Gruppierung liegt nach wie vor bei dem in Nordrhein-Westfalen lebenden Rabah Kebir, dem Führer der »Exekutiv-Instanz der FIS im Ausland«. Sie will eine Konfliktlösung im Wege des Dialoges mit dem herrschenden Regime erreichen und distanziert sich von der GIA. Die bisherigen Bemühungen führten dazu, dass der bewaffnete Arm der FIS, die AIS, seit dem 1. Oktober 1997 eine Waffenruhe einhält.

Die politische Entwicklung in Algerien nach der Wahl des neuen Staatspräsidenten zeigt erste Schritte auf dem Wege eines langwierigen Prozesses der nationalen Aussöhnung im Wege des Dialoges. Es gibt Hinweise darauf, dass Rabah Kebir in die Bemühungen zur Aussöhnung in Algerien eingebunden ist. Unter den hier lebenden Anhängern der FIS war angesichts dieser Entwicklung ein vorsichtiger Optimismus zu erkennen. Der gewaltsame Tod des FIS-Führers Abdel Kader Hachani hat diesen Bemühungen jedoch einen empfindlichen Schlag versetzt und ist in seinen Auswirkungen derzeit noch nicht absehbar. Sollten sich die Fronten erneut verhärten, steht eine neue Welle der Gewalt in Algerien zu befürchten.

Die hiesigen FIS-Anhänger verhielten sich im Berichtsjahr ruhig. Bisher gibt es keine Anzeichen für eine Gefahr von Anschlägen gegen Ziele in Deutschland.

4.3.1.2 Bewaffnete Islamische Gruppe - Group Islamique Armé (GIA) -

Mitglieder Einzelmitglieder und Aktivisten in Deutschland

Die radikal militante GIA ist eine Abspaltung der FIS. Sie hat sich 1994 von der FIS losgesagt und agiert seither autonom. Die GIA, die nach eigener Auffassung aus besonders streng gläubigen Muslimen besteht, verfolgt die Errichtung eines weltweiten Gottesstaates mit terroristischen Mitteln. Die Gruppierung ist jedoch im Verlaufe der Auseinandersetzungen in Algerien in zahlreiche kleinere Einzelgruppen zersplittert.

Die selbständig agierenden Gruppierungen werden von teilweise miteinander konkurrierenden sog. »Emiren« angeführt. Ein politisches Konzept ist bei diesen Anführern nicht erkennbar. Ihre Gewaltakte, insbesondere an der Zivilbevölkerung, hielten auch im Jahre 1999 an. Die GIA rechtfertigt ausdrücklich Morde auch an Unschuldigen, Frauen, Kindern und damit wahllose Gewalt gegen alles nach ihrer Meinung »Ungläubige und Abtrünnige«. Im Herbst war eine deutliche Zunahme von Gewaltakten in Algerien festzustellen, die der GIA zugeschrieben werden. Bei diesen Terrorakten, die sich größtenteils gegen die Zivilbevölkerung richten, geht die GIA teilweise mit bestialischer Gewalt vor. Sie versucht mit allen Mitteln, die Bemühungen um eine nationale Aussöhnung zu unterminieren. In der Bevölkerung dürfte die GIA kaum noch Rückhalt haben. Die GIA ist denn auch im Gegensatz zur FIS von den Bemühungen um eine nationale Aussöhnung in Algerien ausdrücklich ausgenommen. Die GIA trat in der Bundesrepublik in der Vergangenheit kaum öffentlich in Erscheinung. Es gibt Hinweise darauf, dass hier lebende Einzelmitglieder der GIA in illegale Unterstützungsaktivitäten (Schleusungen, Materialtransfers) eingebunden sind. Derzeit gibt es keine Anzeichen für eine Gefahr von Anschlägen auf Ziele in Deutschland.

4.3.2 Palästinenser: Islamischer Bund Palästina (IBP); Stellvertreter der HAMAS (Harakat Al-Muquawama Al-Islamiya = Islamische Widerstandsbewegung)

Mitglieder Bundesweit ca. 250

Internet englischsprachige Homepage

Der Islamische Bund Palästina (IBP) versteht sich als Stellvertreter der HAMAS im

Bundesgebiet und wurde 1982 von Angehörigen der Muslimbruderschaft (MB) gegründet. Die sunnitisch-extremistische HAMAS entwickelte sich aus dem palästinensischen Teil der Muslimbruderschaft und wurde mit Beginn des Palästinenser-Aufstandes 1987 (Intifada) öffentlich aktiv. Die HAMAS verfolgt das Ziel der völligen Vernichtung Israels und die Errichtung eines islamistischen, palästinensischen Staates auf dem gesamten Gebiet »Palästina«. Somit gehen von den in Deutschland lebenden HAMAS-Anhängern Bestrebungen aus, die durch Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange gefährden (§ 3 Abs. 1 Nr. 3 VSG NW). Die Organisation hat ihren Schwerpunkt in der Westbank und Gaza, wo sie religiös, sozial und politisch aktiv ist. Sie bestreitet den Alleinvertretungsanspruch der von Arafat geführten PLO für die Palästinenser und bekämpft Israel mit terroristischen Mitteln. Die HAMAS hat in der Vergangenheit zahlreiche spektakuläre Mord- und Selbstmordanschläge auf israelische Ziele verübt. Hierzu bedient sie sich ihres bewaffneten Arms, der »Izzeddin-al-Kassam-Brigaden«. Allerdings erscheint die HAMAS durch Operationen israelischer und palästinensischer Sicherheitsdienste in ihren Handlungsmöglichkeiten eingeschränkt zu sein. Außerdem hat Israels Nachbarland Jordanien ebenfalls auf einen harten Kurs gegen die HAMAS umgeschwenkt. Anfang September wurden drei führende HAMAS-Funktionäre auf dem Flughafen in Amman verhaftet als sie von einer Auslandsreise zurückkehrten; das HAMAS-Büro in Amman wurde geschlossen.

Im September 1999 wurden drei Personen aus arabischen Dörfern in Nordisrael durch ihre eigenen Bomben getötet. Sie sollen im Auftrag der HAMAS gehandelt haben. Die Bomben sollten in Autobussen versteckt und dann zur Detonation gebracht werden. Wie schon im Vorjahr ist in 1999 kein spektakulärer Anschlag zu verzeichnen gewesen.

Der Islamische Bund Palästina, der sich als Vertreter der HAMAS in Deutschland versteht, führte am 22. Mai 1999 seinen 18. Jahreskongress in Berlin durch. An der Veranstaltung nahmen zeitweise bis 1.200 Personen teil. Im Vorfeld der Veranstaltung waren Redebeiträge hochrangiger islamistischer Funktionäre und Würdenträger angekündigt worden. Die Wände des Saales waren mit einem großen Bild der AL-AQSA-Moschee in Jerusalem sowie Transparenten geschmückt, auf denen es u. a. hieß »AL-AQSA-Moschee schreit, wer kann sie befreien?«.

Alle Redner der Veranstaltung unterstützten in ihren Redebeiträgen, die in der sog. »Ablehnungsfront« gegen den Nahost-Friedensprozess zusammengeschlossenen Terrororganisationen HAMAS, Hizb-Allah und Palästinensischer Islamischer Jihad. Den Bemühungen Arafats um eine politische Lösung des Nahost-Konfliktes und den Friedensbemühungen wurde eine eindeutige Absage erteilt. Von derartigen Verhandlungen profitiere nur Israel.

Der in Aachen ansässige AL-AQSA e.V. wirbt nach wie vor, auch im Internet, um Spenden für Palästina. Es gibt Hinweise, dass der Verein mittels Spendensammlung für humanitäre Hilfsprojekte in Palästina die Ziele der HAMAS unterstützt.

4.3.3 Libanesen: Hizb-Allah (Partei Gottes)

Mitglieder	1999	1998
Bund	ca. 750	ca. 700
NRW	ca. 350	ca. 350

Die schiitisch extremistische Hizb-Allah hat sich die völlige Vernichtung Israels mit terroristischen Mitteln zum Ziel gesetzt. Sie wurde 1982 im Libanon auf Initiative des Iran gegründet und wird von dort, aber auch von Syrien, stark beeinflusst. Die Hizb-Allah strebt die Errichtung eines islamischen »Gottesstaates« nach iranischem Vorbild im Libanon an. Regionale Schwerpunkte der Hizb-Allah sind die Bekam-Ebene und Süd-Libanon.

Die Hizb-Allah stellt eine stete Bedrohung für den Norden Israels dar und verfügt über mehrere

tausend Kämpfer. Sie hat auch in 1999 zahlreiche Terroranschläge in dieser Region, insbesondere in der von Israel beanspruchten Sicherheitszone im Süd-Libanon verübt. Die in Deutschland lebenden Anhänger der Hizb-Allah befürworten und unterstützen diese terroristischen Bestrebungen und werden daher auf der Grundlage des § 3 Abs. 1 Nr. 3 VSG NW vom Verfassungsschutz beobachtet.

Es gibt Hinweise, wonach die seit einigen Jahren erkennbaren Bestrebungen der Hizb-Allah, eine effizientere Organisationsstruktur aufzubauen, auch 1999 nicht abgeschlossen werden konnten, da es interne Rivalitäten und Richtungskämpfe gibt.

In gemeinsam genutzten Moscheen soll es vermehrt zu Streitereien zwischen Anhängern der verschiedenen Gruppierungen gekommen sein.

Das Islamische Zentrum in Münster ist jedoch nach wie vor die zentrale Anlaufstelle für Hizb-Allah-Aktivisten in Deutschland. Regionale Schwerpunkte bestehen außerdem in Bonn, Bocholt, Dortmund und Löhne.

4.3.4 Demonstration anlässlich des Ghods-Tages in Berlin

Die jährliche Veranstaltung anlässlich des Ghods-Tages (Jerusalem-Tag) fand am 16. Januar 1999 in Berlin statt. An der Veranstaltung beteiligten sich rd. 2.000 Muslime, vorwiegend Türken und Libanesen. Der Ghods-Tag ist 1979 vom damaligen iranischen Revolutionsführer Khomeini initiiert worden und wird jeweils am letzten Freitag des Fastenmonats Ramadan als Zeichen der Solidarität mit dem Kampf der Palästinenser durchgeführt. Jährlich finden weltweit aus diesem Anlass Demonstrationen islamistischer - überwiegend schiitischer Gruppierungen - statt. Die Teilnehmer der Demonstration in Berlin waren aus dem gesamten Bundesgebiet angereist, unter ihnen Anhänger islamistischer türkischer, libanesischer und irakischer Gruppierungen, insbesondere Anhänger der pro-iranischen Hizb-Allah.

Es wurden Sprechchöre in deutscher Sprache skandiert:

Kindermörder Israel

Frauenmörder Israel

Es lebe Hizb-Allah

Israel raus aus Südlibanon

Juden sind Terroristen - Amerikaner sind Faschisten

Tod für Israel

Tod für Amerika.

Auf zahlreichen Transparenten und Plakaten wurde ebenfalls Israel angegriffen und das Autonomieabkommen der PLO Arafats mit Israel verurteilt. Auf einem der Transparente hieß es: »Muslime vereinigt euch, befreit die heilige Stadt Jerusalem«. In der Abschlussrede, die von einem hohen Funktionär des iranisch beeinflussten Islamischen Zentrums Hamburg in arabischer Sprache gehalten wurde, forderte der Redner, dass sich die Muslime das ihnen gehörende Palästina von Israel zurückholen müssten. Die Zionisten träten den Islam mit Füßen, deshalb müssten sich die Muslime zur Wehr setzen und ihre Religion beschützen.

4.4 Iraner

Erwähnenswerte Auseinandersetzungen zwischen Anhängern und Gegnern der iranischen Regierung wurden im Jahre 1999 nicht bekannt.

Im Gegensatz zu den Regimegegnern entfalten die Anhänger der iranischen Regierung kaum noch Aktivitäten.

4.4.1 Anhänger der iranischen Regierung; Union islamischer Studentenvereine in Europa (U.I.S.A.)

Sitz	Berlin
Mitglieder	
Bund	ca. 200
NRW	ca.50

Hauptziel der islamischen Revolution ist die Errichtung eines islamischen Gottesstaates mit der unauflöselichen Einheit von Staat und Religion unter dem Willen Gottes und seiner Vertreter auf Erden als unverzichtbare Grundlage der gemeinschaftlichen Grundordnung. Endziel ist die Islamisierung der ganzen Welt.

Damit richten sich die Bestrebungen der in Deutschland lebenden Anhänger auch gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung und erfüllen die Voraussetzungen nach § 3 Abs. 1 Nr. 1 des Verfassungsschutzgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen (VSG NW).

Die außerhalb des Heimatlandes lebenden Anhänger des Regimes der Islamischen Republik Iran sind in regionalen Vereinen des islamisch-extremistischen Dachverbandes U.I.S.A. organisiert und werden vom Iran finanziert. Die U.I.S.A. setzt sich als einzige überregionale iranische Organisation in Deutschland für die Ziele der islamischen Revolution ein. Zu ihren vordringlichen Aufgaben gehört die Propagierung der Revolutionsideen Khomeinis, die Gewinnung neuer Anhänger sowie Ausspähung und Bekämpfung von Oppositionellen. Die U.I.S.A. - Mitglieder sind verpflichtet, »bis zum Tod den islamischen Glauben und die islamische Revolution zu verteidigen.«

Die U.I.S.A. war auch im Jahre 1999 in Deutschland kaum aktiv. Lediglich Teilnahmen an einzelnen Veranstaltungen des Islamischen Zentrums Hamburg (IZH) konnten registriert werden.

Das IZH ist seit der Machtübernahme Khomeinis die ideologische Zentrale des Irans in Westeuropa für die Verbreitung des Islamismus iranischer Prägung.

4.4.2 Gegner der iranischen Regierung; Nationaler Widerstandsrat Iran (NWRI)

Sitz	Köln
Mitglieder	
Bund	900
NRW	350
Internet	englischsprachige Homepage

Der NWRI - politischer Arm der »Volksmodjahedin Iran« (MEK) - stellt innerhalb des zersplitterten oppositionellen iranischen Spektrums die einzige handlungsfähige Organisation dar.

Die Organisation der »Volksmodjahedin Iran« (MEK) propagiert den Sturz des iranischen Regimes und unterhält zu diesem Zweck im Irak als militärischen Arm die »Nationale Befreiungsarmee« (NLA). Damit werden Bestrebungen verfolgt, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungsmaßnahmen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden (§ 3 Abs. 1 Nr. 3 VSG NW).

Bei den Volksmodjahedin handelt es sich um eine streng hierarchisch aufgebaute, undemokratische Kaderorganisation. Nach außen präsentiert sie sich jedoch als »demokratische

Organisation«.

Nach der Machtübernahme Khomeinis wurde die MEK vom Mullahregime kaltgestellt. Ihr damaliger Leiter Massoud Radschawi floh 1981 nach Paris. Seine Ehefrau, Maryam Radschawi, wurde im Jahre 1993 zur »Exilpräsidentin« gewählt.

Die Bezeichnung »Volksmodjahedin« wird von der Organisation öffentlich nur noch selten verwendet. Um ihre Publizität und wohl auch Akzeptanz von Belastungen der Vergangenheit zu befreien, tritt die Organisation vorwiegend im Rahmen des von ihr majorisierten NWRI auf. Der NWRI ist ein Zusammenschluss von MEK und kleineren oppositionellen Gruppen. Die wichtigsten sonstigen Organisationen sind

Flüchtlingshilfe Iran

Verein iranischer Demokratischer Akademiker e.V. (VIDA)

Frauen für Demokratie im Iran e.V.

Auch die in Deutschland agierende Organisation Iranische Moslemische Studentenvereinigung e.V. (IMSV), die bis 1994 eigenständig die Interessen der MEK vertreten hatte, ist im NWRI integriert.

Die Führung des NWRI nutzte auch im Jahre 1999 verstärkt jede Möglichkeit, das iranische Regime zu diskreditieren.

Ca. 7.000 NWRI-Sympathisanten aus ganz Europa nahmen am 9. März 1999 in Rom an einer Protestaktion gegen den iranischen Staatspräsidenten teil. Auf mehreren hundert Spruchbändern wurde die neue iranische Regierung kritisiert. Redner stellten den NWRI als einzig wahre Alternative zu dem derzeitigen Regime heraus.



Englischsprachige Internet-Homepage des NWRI

Gegen den Besuch des iranischen Staatspräsidenten Khatami am 9./10. März 1999 in Italien haben Anhänger des NWRI am 25. Februar 1999 in Bonn demonstriert. Die im Wesentlichen störungsfrei verlaufene Veranstaltung war der Auftakt weiterer Protestaktionen.

Anlässlich des Besuches des iranischen Außenministers kam es am 22. April 1999 in Bonn durch Angehörige des NWRI zu Störaktionen. Sie bewarfen die Wagenkolonne des Gastes mit Farbiern etc. Mehrere Personen wurden festgenommen.

Im Zusammenhang mit Angriffen Irans auf im Irak befindliche Einrichtungen der »Volksmodjahedin Iran-Organisation« (MEK) protestierten am 11./12. Juni 1999 Anhänger des

NWRI in mehreren deutschen Städten, u.a. in Bonn. Die Demonstranten forderten die Bundesregierung auf, ihre Beziehungen zur Islamischen Republik Iran abzubrechen.

Der NWRI nutzte das G8-Gipfeltreffen vom 18. - 20. Juni 1999 in Köln zu einer Reihe von Protestaktionen und Kundgebungen. Am 18. Juni 1999 waren ca. 4.500 Personen aus dem In- und Ausland zu einer Protestkundgebung nach Köln angereist. Die Repräsentanten der G8-Staaten wurden aufgefordert, sämtliche wirtschaftlichen und politischen Verbindungen zur Islamischen Republik Iran abzubrechen. Weitere, im Verlauf des Gipfels unangemeldete Protestaktionen und Kundgebungen verliefen im Wesentlichen friedlich.

Am 20. Juni 1999 kam es jedoch anlässlich einer unangemeldeten Protestaktion zu einer Auseinandersetzung zwischen NWRI-Anhängern und der Polizei. Mehrere Personen, die sich polizeilichen Sicherheitsmaßnahmen widersetzen, wurden vorübergehend festgenommen.

Im Zusammenhang mit den Studentenunruhen im Iran im Juli 1999 kam es in der Bundesrepublik Deutschland zu mehreren von dem NWRI initiierten Protestkundgebungen. Die friedlich verlaufenen Veranstaltungen fanden durchweg geringes Interesse. Die Demonstranten protestierten gegen die »Ermordung iranischer Studenten in Teheran«. Sie forderten den Abbruch der Handelsbeziehungen zum Iran und skandierten »Nieder mit Khatami«.

Am 27. Oktober 1999 nahmen in Paris aus Anlass des Besuches des iranischen Staatspräsidenten Khatami ca. 2.000 Anhänger der MEK an einer Protestveranstaltung teil. Auch Anhänger des NWRI gehörten zu den Teilnehmern. Sie skandierten regimfeindliche Parolen und forderten erneut den Abbruch der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zum Iran. Die Wagenkolonne des iranischen Staatspräsidenten wurde mit Farbeiern beworfen. Es kam zu vereinzelt Festnahmen von NWRI-Anhängern.

Wegen eines erneuten Angriffs des Iran auf ein NLA-Lager im Irak am 2. November 1999 kam es am 5. November 1999 in mehreren deutschen Städten, u.a. Köln und Bonn, zu Demonstrationen von NWRI-Anhängern. Bei dem Angriff des Iran sollen fünf Angehörige der Volksmodjahedin getötet worden sein.

Zur Durchsetzung seiner Ziele hat der NWRI auch im Jahre 1999 großangelegte Spendensammlungen organisiert. Ehemalige Spender werden sowohl schriftlich als auch mündlich aufgefordert, weitere Spenden für angeblich humane Zwecke zu leisten.

4.5 Kosovo-Albaner-Volksbewegung von Kosovo (LPK)

Gründung 1982 im Kosovo

Mitglieder/Anhänger

Bund 550

NRW 60

Bei der LPK (Levizija Popullore e Kosoves - Volksbewegung von Kosovo) handelt es sich um eine militante linksextremistische Organisation, die im Jahre 1982 im ehemaligen Jugoslawien gegründet wurde. Ziel der LPK ist die Befreiung Kosovos von der serbischen »Fremdherrschaft« und die Errichtung einer unabhängigen Republik Kosovo. Zur Durchsetzung ihrer Ziele legitimierte die LPK jede Form des Befreiungskampfes einschließlich Waffengewalt.

Damit verfolgen die in Deutschland lebenden Anhänger der LPK Bestrebungen, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungsmaßnahmen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährdeten und erfüllen die Voraussetzungen nach § 3 Abs. 1 VSG NW.

Die Kosovaren verlangten vergeblich die Anerkennung als Republik und Nation.

Die seit 1990 betriebene »ethnische Säuberung« - die Verdrängung der Kosovaren aus

Öffentlichkeit und Verwaltung, die Bewaffnung der Serben sowie die Repression durch die serbische Polizei und Sondereinheiten mit willkürlichen Verhaftungen und Folter erhöhten die Spannungen.

Die Kosovaren schufen einen Schattenstaat, die »Republik Kosovo«, die jedoch nur von Albanien anerkannt wurde. Im Jahre 1992 wählten sie als Präsidenten Ibrahim Rugova von der Demokratischen Liga des Kosovo (LDK).

Der mit internationaler Beteiligung im Jahre 1998 unternommene Versuch, dem Kosovo weitreichende politische und kulturelle Autonomie zu verleihen, scheiterte an dem serbischen Präsidenten Milosevic. Die sich aufgrund von Übergriffen der serbischen Polizei auf Kosovaren im Jahre 1998 verschärfende Situation eskalierte. Die seit ca. 1996 bekanntgewordene »Befreiungsarmee Kosovo« (Ushtria Clirimtare e Kosoves/UCK) verschärfte die Lage durch zahlreiche Überfälle auf serbische Einrichtungen, war aber der jugoslawischen Volksarmee und den serbischen Sondereinheiten hoffnungslos unterlegen.

Die UCK hatte im Juli 1998 alle Albaner unter Einschluss Albaniens und der albanischen Minderheiten zum Kampf für die Errichtung eines unabhängigen Staates aufgerufen. Im Hinblick auf die Ankündigung des albanischen Präsidenten, im Konfliktfall nicht untätig zu bleiben, ließ Milosevic Truppen an der Grenze zu Albanien aufmarschieren. Die USA erklärten sich zu einem militärischen Eingreifen bereit. Da diplomatische Bemühungen nicht zu einer Beendigung der Kampfhandlungen im Kosovo führten, griff die NATO am 24. März 1999 die Bundesrepublik Jugoslawien mit Luftstreitkräften an.

Die UCK wurde von den in Deutschland lebenden Kosovaren mit außerordentlich hohen Geldmitteln zur Finanzierung des militärischen Einsatzes gegen jugoslawische Kampfeinheiten unterstützt. Große Geldmengen wurden per Kuriere ins Einsatzgebiet verbracht. Unterstützt wurde die UCK in Deutschland von der Volksbewegung von Kosovo (Levizja Popullore e Kosoves - LPK) und ihrer in Deutschland ansässigen Tarnorganisation »Demokratische Vereinigung von Albanern/innen« (DVAD) sowie weiteren nicht zur Beobachtung der Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder unterstehenden Organisationen. Eine Rekrutierung von in Deutschland lebenden wehrpflichtigen Kosovaren im Alter zwischen 17 und 50 Jahren wurde angeordnet.

Seit März 1999 fanden bundesweit - unter Beteiligung von Vertretern der UCK zunehmend Informationsveranstaltungen der LPK oder ihrer Hilfsorganisation DVAD statt, in denen zu weiteren Spenden für den Fonds »Das Vaterland ruft« aufgerufen wurde.

Unmittelbar nach Beginn der NATO-Militäraktion am 24. März 1999 war die Stimmung unter den Kosovo-Albanern emotional aufgeheizt. Die LPK führte in verschiedenen deutschen und europäischen Städten Demonstrationen durch, die jedoch durchweg friedlichen Charakter hatten. Die Demonstranten führten albanische Nationalflaggen und Transparente mit Aufschriften wie »Stoppt den Völkermord und die ethnische Säuberung im Kosovo« mit sich. Die LPK hatte ihre Anhänger u.a. über das albanische Fernsehen zur Teilnahme an den Demonstrationen aufgerufen.

Ob mit dem Ende des Krieges in Kosovo eine stabile politische Lage eingetreten ist, kann z.Z. noch nicht beurteilt werden. Vertreibung, Massenvergewaltigung, Massenmorde, Zerstörung von Ortschaften und Plünderungen haben bei den über eine Million zählenden Flüchtlingen Hass auf alles Serbische hervorgebracht. Die nun bekanntwerdenden Vergeltungsmaßnahmen von Kosovo-Albanern an Serben im Kosovo lassen weiterhin Schlimmes befürchten. Die Gefahr eines Flächenbrandes auf dem Balkan ist nach wie vor gegeben.

4.6 Sri-Lanker/Tamilien: Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE)

Gründung 1972

Sitz	Deutsche Sektion Mönchengladbach	
Mitglieder	1999	1998
Bund	ca. 700	ca. 700
NRW	ca. 260	ca. 240
Publikation	Tamil Eelam Saithikal (Tamil Eelam Nachrichten)	
Internet	Englischsprachige Homepage	

Die Kämpfe zwischen Regierungstruppen und den tamilischen Separatisten der LTTE im Norden und Osten Sri Lankas hielten auch im Jahre 1999 an.

Die LTTE verfolgt als Ziel der Errichtung eines unabhängigen sozialistischen Staates »Tamil Eelam« auf dem Nord-Ost-Territorium von Sri Lanka, das überwiegend von Tamilen bewohnt wird. Zur Durchsetzung ihrer Ziele führen die LTTE seit ca. 16 Jahren einen erbitterten Guerillakrieg gegen die singhalesisch getragene Zentralregierung. Sie verüben Terroranschläge gegen srilankische und indische Ziele. Hierbei nehmen sie auch billigend den Tod von unschuldigen Zivilisten in Kauf (z.B. Autobombenanschlag auf das »World Trade Center« am 15. Oktober 1997 in Colombo/Sri Lanka, zwei Sprengstoffanschläge am 18. Dezember 1999, bei denen Staatspräsidentin Chandrika Kumaratunga im Gesicht verletzt wurde und 35 Menschen umkamen, Bombenanschlag am 5. Januar 2000 auf das Büro der srilankischen Ministerpräsidentin Sirimavo Bandaranaike. Neben der Selbstmordattentäterin starben 13 weitere unschuldige Menschen, weitere 16 Personen wurden verletzt. Frau Bandaranaike hielt sich zu dem Tatzeitpunkt nicht in dem Gebäude auf).

Damit verfolgen die in Deutschland lebenden Anhänger der LTTE Bestrebungen, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden und erfüllen die Voraussetzungen nach § 3 Abs. 1 des VSG NW.

Die revolutionär-marxistische LTTE und die von ihr gesteuerten Organisationen (z.B. Tamil Rehabilitation Organisation-TRO) haben im vergangenen Jahr in Nordrhein-Westfalen eine Reihe von Veranstaltungen durchgeführt. Am 10. April 1999 fand in Oberhausen der sog. Heldengedenktag statt. Bei der durchweg friedlich verlaufenden Veranstaltung wurde gezielt auf Spendenkampagnen eingestimmt. Am 4. Dezember 1999 fand in Duisburg eine Kulturveranstaltung des Tamilischen Studentenvereins Deutschland e.V. statt, an der ca. 8.000 Personen teilnahmen.



Englischsprachige Internet-Homepage der LTTE

Zur Finanzierung ihres »Befreiungskampfes« sind die LTTE verstärkt auch auf Geldspenden der in Deutschland lebenden Tamilen angewiesen. Sie organisieren Haussammlungen, wobei die Kader auch vor Erpressung und Einschüchterung nicht zurückschrecken. Vor dem Hintergrund militärischer Erfolge der LTTE im Norden und Osten Sri Lankas werden die in Deutschland lebenden Tamilen zu noch größeren Spendenleistungen gedrängt.

Die LTTE-Sektion Deutschland besteht aus konspirativen Zellen; sie setzt ihre Taktik der Abschottung nach außen konsequent fort.

4.7 Sikhs: Babbar Khalsa International (BK): International Sikh Youth Federation (ISYF)

Gründung 1984 (in Indien)

Sitz Frankfurt/Main

Mitglieder 1999 1998

Bund ca. 800 ca. 800

NRW ca. 220 ca. 220

An den Zielsetzungen der terroristischen Sikh-Organisationen, einen unabhängigen Staat »Khalistan« auf dem Gebiet des indischen Bundesstaates Punjab zu errichten, hat sich nichts verändert. Mit gezielten Terroranschlägen, wobei sie den Tod unschuldiger Zivilisten in Kauf nehmen, versuchen sie auf ihre Ziele aufmerksam zu machen.

Die in Deutschland bekanntesten Sikh-Gruppierungen BK und ISYF unterstützen die Ziele der terroristischen Sikh-Organisationen und verfolgen somit Bestrebungen, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden (§ 3 Abs. 1 VSG NW).

Die Sikh-Organisationen in Deutschland sehen ihre Hauptaufgabe darin, die in Punjab kämpfenden terroristischen Einheiten finanziell zu unterstützen. Zu diesem Zweck werden bei sog. »Märtyrer-Feiern« Spendensammlungen durchgeführt.

Der deutsche Zweig der »Babbar Khalsa International« (BK) hat im Frühjahr 1999 die militärischen Aktionen der NATO im Kosovo begrüßt.

5 Spionageabwehr

Im besonderen Blickpunkt der Spionageabwehr standen auch im Jahr 1999 neben Abwehr und Aufklärung der klassischen Spionageaktivitäten (Ausforschung der Bereiche Politik, Militär, Wirtschaft/Wissenschaft) durch die Nachrichtendienste fremder Staaten die Beobachtung von Proliferationsbemühungen*), insbesondere der sog. Krisen- und Schwellenländer.

Selbst Staaten, die ein elementares Interesse am Aufbau/Ausbau freundschaftlicher, zwischenstaatlicher Beziehungen - hauptsächlich Handelsbeziehungen - zur Bundesrepublik Deutschland haben, verzichten häufig nicht auf Spionageaktivitäten gegen unser Land.

Vor allem die Nachrichtendienste der GUS, allen voran die Geheimdienste der Russischen Föderation, haben ihre nachrichtendienstlichen Operationen gegen die Bundesrepublik Deutschland verstärkt fortgesetzt.

Die Geheimdienste Irans, Iraks, Nordkoreas, Algeriens und Libyens sind nach wie vor in die Ausforschung und Unterwanderung der in der Bundesrepublik Deutschland aufhältlichen Oppositionsgruppen eingebunden.

Ein weiterer Schwerpunkt der Nachrichtendienste fremder Staaten ist die konspirative Beschaffung von ausfuhrbehinderten Produkten, insbesondere aus dem Proliferationsbereich, um die eigene Wirtschaft und militärische Machtposition zu stärken.

Der in den letzten Jahren immer wieder in den Medien geäußerte Verdacht, dass der US-amerikanische Geheimdienst »National Security Agency« (NSA) seinen Lausch-Stützpunkt in Bad Aibling/Bayern auch zur Ausforschung insbesondere der Kommunikation deutscher Wirtschaftsunternehmen nutzt, scheint seit November 1999 ausgeräumt zu sein. Der für die Koordinierung der Nachrichtendienste des Bundes zuständige Abteilungsleiter im Bundeskanzleramt Ernst Uhrlau sieht nach einem Besuch des NSA-Stützpunktes »die in der Öffentlichkeit entstandene Geheimniskrämerei um Bad Aibling angemessen und eindeutig beendet«. Der NSA-Chef hatte erklärt, die Aktivitäten der NSA in Bad Aibling seien »weder gegen deutsche Interessen noch gegen deutsches Recht gerichtet.«

Obwohl für die in den letzten Monaten in den Medien verbreiteten Meldungen über eine drastische Zunahme der Wirtschaftsspionage**) durch fremde (auch westliche) Nachrichtendienste keine konkreten Anhaltspunkte vorliegen, wächst mit der zunehmenden Vernetzung auch von Wirtschaftsunternehmen und dem wachsenden Datenaustausch über internationale Datennetze die Gefahr von Wirtschaftsspionage. Es ist anzunehmen, dass bereits heute auf diesem Gebiet ein großes Dunkelfeld besteht.

Die Aufklärung von staatlich gelenkter Wirtschaftsspionage und präventive Maßnahmen dagegen sind daher wichtige Aufgabenfelder der Spionageabwehr, deren Bedeutung in Zukunft noch zunehmen dürfte.

Nachrichtendienste Russlands und weiterer GUS-Staaten

Die Nachrichten- und Sicherheitsdienste der Russischen Föderation haben nunmehr ihren festen Platz im russischen Staatsapparat eingenommen. Interessiert wird derzeit zur Kenntnis genommen, dass ehemalige Nachrichtendienst-Leiter vom russischen Präsidenten Jelzin für höchste Regierungsämter vorgeschlagen und vom russischen Parlament gewählt werden. So zum Beispiel der ehemalige Leiter des Aufklärungsdienstes SWR, Primakow, der Leiter des Inlandsnachrichtendienstes FSB, Stepaschin, und 1999 der ehemalige Leiter des Inlandsabwehr- und Sicherheitsdienstes FSB, Wladimir Putin.



Emblem des »Zivilen Auslandsnachrichtendienstes der Russischen Föderation (SWR)«

Auffällig ist, dass viele dieser Kandidaten eine Tätigkeit in einem der Nachfolgedienste des KGB innehatten und meist eine Verwendung in einem Auslandsstützpunkt (zum Beispiel in der ehemaligen DDR) wahrgenommen hatten.

Die vollständige Übernahme des nachrichtendienstlichen (KGB-) Erbes aus den Zeiten der ehemaligen Sowjetunion - speziell das methodische Wissen und die Hintergrunderkenntnisse sowie die unzähligen Personeninformationen aus aller Welt - stellen eine nicht unerhebliche Bedrohung im nachrichtendienstlichen Sinne dar.

Aktivitäten der russischen Nachrichtendienste

Deutschland ist unverändert eines der bevorzugten Zielobjekte russischer Spionageaktivitäten. Neben den klassischen Bereichen der Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Technologie und Militär haben sich die russischen Ausspähungsbemühungen durch die verschiedenen Auslandsaufklärungsdienste den aktuellen Ereignissen und Entwicklungen angepasst, die für die russische Politik und Wirtschaft von besonderem Interesse sind.

Die hohe Anzahl von Nachrichtenoffizieren in den Legalresidenturen (= Botschaft, Konsulate, Handelsvertretungen) unter dem Schutz diplomatischer Immunität spricht für sich.

Seit der Wiedervereinigung Deutschlands stieg z.B. die Zahl der hier tätigen Wirtschaftsunternehmen mit russischer Kapitalbeteiligung (Joint-Ventures) überproportional. Die offene Beschaffung von Firmeninterna bei Geschäftsverhandlungen und Messebesuchen, die verdeckte oder für die betroffenen Firmen nicht nachvollziehbare Informationsbeschaffung via Internet und der Einsatz von angeworbenen Agenten beschäftigte die Abwehrbehörden des Bundes und der Länder.

Führende russische Politiker erklärten, dass das Schicksal jeder russischen Regierung letztendlich von der ökonomischen Situation ihres Landes abhängt. Nach wie vor müssen gewaltige Entwicklungsrückstände aufgeholt werden, insbesondere in der Mikroelektronik, der Computertechnik wie überhaupt im gesamten Telekommunikationswesen einschließlich der Software. Nachrichtendienstlich interessant sind auch internationale Wirtschafts- und Finanzorganisationen, High-Tech-Unternehmen sowie Technologiezentren.

Die Beschaffung von Forschungs- und Entwicklungsergebnissen, technischem Know-how, Produktionsverfahren und fertigen Endprodukten mit Hilfe von hier tätigen Agenten stellt den schnellsten und billigsten Weg zum Fortschritt dieses Landes dar.

Führende Politiker und Nachrichtendienstler erklärten mehrfach öffentlich, dass Wirtschaftsspionage ein Schwerpunkt Russlands sei, da sie zur Beschleunigung der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung Russlands beitrage.

Die deutschen Abwehr- und Sicherheitsbehörden beobachten daher intensiv die breitgefächerten Aktivitäten der russischen Nachrichtendienste, denn auch nach dem Ende der ehemaligen Sowjetunion hält die Intensität der Beobachtung durch diese Nachrichtendienste in Bezug auf den Wirtschaftsstandort Deutschland unvermindert an.

Aktivitäten des Ex-KGB

Der Ex-KGB-Oberst Wassili Nikititsch Mitrochin ist 1992 mit Aufzeichnungen über das weltweite Netz des sowjetischen Auslandsnachrichtendienstes zum britischen Geheimdienst SIS übergelaufen. Die Briten haben dem Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) im Zuge der Operation WEEKEND Hunderte von Hinweisen auf Agenten und Quellen des KGB in der Bundesrepublik Deutschland geliefert.

Ende September 1999 sind Mitrochins Aufzeichnungen im Berliner Verlag Ullstein / Prophylläen erschienen. Co-Autor ist Christopher Andrew, britischer Geschichtspräsident. Das »Schwarzbuch des KGB« schildert auf mehr als 800 Seiten »Moskaus Kampf gegen den Westen.« Die taktische Zeit der nachrichtendienstlichen Aktivitäten des früheren KGB ist nur in Einzelfällen bekannt. Die Quellenberichte gehen nicht über 1984 hinaus.

Aufgrund von Erfahrungen darf davon ausgegangen werden, dass die nachrichtendienstliche Tätigkeit bis zur Auflösung des Ex-KGB andauert hat und darüber hinaus - zumindest in Einzelfällen - fortgesetzt worden ist.

Der Spionageabwehr liegen Erkenntnisse vor, dass der Nachfolgedienst des KGB, der russische Auslandsnachrichtendienst SWR, einzelne Verbindungen fortführt.

Das Quellenmaterial enthält auch Hinweise auf in Nordrhein-Westfalen wohnhafte Personen, die ins Blickfeld des Ex-KGB geraten sind.

Ein Aussiedler aus der früheren Sowjetunion hat eingeräumt, in seiner Heimat mehr als zehn Jahre für das KGB gearbeitet zu haben. Eine nachrichtendienstlich gesteuerte Aussiedlung hat er jedoch bestritten.

In einem anderen Fall hat der Generalbundesanwalt, u. a. zuständig für Verfolgung von Straftaten wie Landesverrat und Gefährdung der äußeren Sicherheit, die Verfassungsschutzbehörde gebeten, mit nachrichtendienstlichen Mitteln zu versuchen, konkrete Anhaltspunkte zu finden, die den Anfangsverdacht der geheimdienstlichen Agententätigkeit i. S. von § 99 StGB begründen.

Bei der Befragung hat die Person zugegeben, als Student zu Beginn der siebziger Jahre von einem Mitarbeiter der damaligen Sowjetischen Handelsvertretung (SHV) für eine nachrichtendienstliche Tätigkeit geworben worden zu sein und gegen Entgelt Informationen aus dem Universitätsbereich geliefert zu haben.

Anhaltspunkte für eine fortdauernde nachrichtendienstliche Tätigkeit haben sich nicht ergeben.

Mit großer Wahrscheinlichkeit sind auch Personen unwissentlich ins Fadenkreuz des KGB geraten und als Zielperson geführt worden.

Nachrichtendienste anderer GUS-Staaten

Auch die Nachrichtendienste einiger anderer Staaten der früheren Sowjetunion konzentrieren ihre Ausspähung auf die Bundesrepublik Deutschland. Die Dienste Kasachstans, der Ukraine, Usbekistans und Weißrusslands haben großes Interesse an Informationen aus den Bereichen Politik, Wirtschaft, Militär und Sicherheitsdienste.

Die diplomatischen Vertretungen der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Personal stehen im Blickfeld der Dienste, die sich vornehmlich bemühen, Aussiedler für eine Zusammenarbeit zu gewinnen.

Spätaussiedler

Nach hier vorliegenden Erkenntnissen werden vereinzelt Ausreisewillige aus Osteuropa bei der Beantragung und Erteilung von Ausreisegenehmigungen von den entsprechenden Nachrichtendiensten kontaktiert und zur Mitarbeit aufgefordert. Sofern weitere Verwandte im Herkunftsland verbleiben, werden die Aussiedler mit der Angst vor Repressalien für sich und

ihre Familien unter Druck gesetzt. Bei Besuchen z.B. in Russland kann dann die Person abgeschöpft werden, das heißt, sie wird über ihren derzeitigen Aufenthaltsort und Lebenskreis einer intensiven Befragung unterzogen. Auch bürotechnische Abläufe ihrer Integrationsphase sind für die Nachrichtendienste von elementarer Bedeutung.

Aussiedler erhalten z. B. den Auftrag, das Aufnahmeverfahren und die Rolle der Sicherheitsdienste zu skizzieren. Andere werden aufgefordert, sich erst einmal eine angemessene Beschäftigung zu suchen und sich einzuleben. Danach erfolgen weitere Kontakte.

Ost- und Südosteuropa

Im Rahmen der wirtschaftlichen- und militärischen Zusammenarbeit mit Westeuropa haben sich die Staaten Ost- und Südosteuropas verpflichtet, die Spionageaktivitäten gegen die Bündnispartner Westeuropas einzustellen.

Derzeit gibt es in NRW keine Hinweise auf mögliche nachrichtendienstliche Aktivitäten der Staaten Ost- und Südosteuropas.

Zur Zeit der Kosovo-Krise war die Spionageabwehr des Landes NW schwerpunktmäßig auch in die Beobachtung der jugoslawischen Nachrichtendienste eingebunden. Konkrete Hinweise auf verstärkte nachrichtendienstliche Aktivitäten dieser Dienste, insbesondere solche, die sich gegen die in Nordrhein-Westfalen befindlichen militärischen Einrichtungen der Nato hätten richten können, haben sich nicht ergeben.

China

Die Aktivitäten der chinesischen Nachrichtendienste waren 1999 ebenfalls ein Bearbeitungsschwerpunkt der Spionageabwehr. Aufklärungsziele der chinesischen Geheimdienste sind die Informations- und Güterbeschaffung aus den Bereichen Rüstung, Wirtschaft und Wissenschaft. Hierbei verfolgen sie das Ziel, bis zum Jahre 2000 den Anschluss an die führenden Industrienationen zu erreichen.

Die Informations- und Güterbeschaffung seitens der chinesischen Nachrichtendienste wird mit hohem personellen und finanziellen Aufwand durchgeführt.

In die Auslandsspionage sind neben den Nachrichtendienstoffizieren der Legalresidenturen auch geheime Mitarbeiter, die abgetarnt in gemischten oder rein chinesischen Firmen tätig sind, eingebunden. Dabei bieten sich insbesondere zunehmend Joint-Venture-Firmengründungen an, die den Mitarbeitern der chinesischen Nachrichtendienste die konspirative und offene Informationsabschöpfung im Rahmen ihrer Zugänge im Bereich der Wirtschaft und Industrie ermöglichen.

Nordkorea

Nordkorea ist bestrebt, für sein umfangreiches konventionelles Rüstungsprogramm westliche Technologien und Ausrüstungsgegenstände zu beschaffen. Dabei bedienen sich die nordkoreanischen Nachrichtendienste ihrer Verbindungswege in den diplomatischen Vertretungen, ihren Außenhandelsfirmen oder dem weitgespannten Netz von kleinen Beschaffungsfirmen.

Algerische Nachrichtendienste

Trotz weitgehender politischer Zugeständnisse und Amnestieangeboten der algerischen Regierung an radikale islamistische Gruppierungen sind Anzeichen erkennbar, wonach der algerische Auslandsnachrichtendienst DDSE (Direction de la Documentation et de la Sécurité Extérieure/Direktion für Dokumentation und Äußere Sicherheit) in der Bundesrepublik Deutschland algerische Oppositionelle, und hier vor allem Angehörige der FIS (Front Islamique du Salut), beobachtet und dabei nachrichtendienstliche Aktivitäten entwickelt. Die Friedensangebote der algerischen Regierung führten zu einer kurzfristigen innenpolitischen Beruhigung, die jedoch durch erneute schwere Anschläge Ende 1999 vermutlich radikaler

islamistischer Kreise in Algerien gestört wurde. Aus diesem Grund dürfte von weiteren Aktivitäten des algerischen Auslandsnachrichtendienstes innerhalb der Bundesrepublik Deutschland auszugehen sein.

Libysche Nachrichtendienste

Hauptaugenmerk nachrichtendienstlicher Aktivitäten Libyens in der Bundesrepublik Deutschland ist die Ausforschung libyscher Oppositioneller.

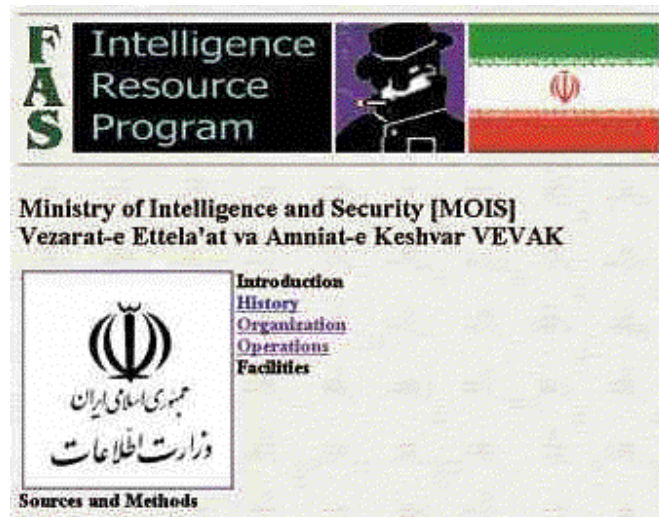
Die bisherigen Bemühungen Libyens, das UN-Embargo aufgrund des Anschlages auf die PAN AM-Maschine am 21. Dezember 1988 über Lockerbie zu umgehen, sind 1999 aufgrund des Einlenkens Ghadaffis überflüssig geworden. Am 5. April 1999 überstellte Ghadaffi in Tripolis die beiden vermutlichen Attentäter an den UN-Chefankläger, so dass der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen einen Tag später das bis dahin geltende Embargo aussetzte und später aufhob. Die beiden Angeklagten erwarten in Zeist bei Utrecht/Niederlande ihren Prozess.

Von den jetzt gelockerten Handelsbeziehungen auch zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Libyen unberührt bleiben die Bemühungen Libyens, mit Unterstützung seiner Nachrichtendienste Proliferationsgüter zu beschaffen.

Iran

Wie in den Jahren zuvor betreibt Iran, insbesondere durch seinen Nachrichtendienst MOIS (Ministry of Intelligence and Security), eine systematische Ausforschung der iranischen Oppositionsgruppen in der Bundesrepublik Deutschland. Ziel ist die Aufklärung und Neutralisierung dieser Gruppen. Um dieses Ziel zu erreichen, schreckt der iranische Geheimdienst nicht davor zurück, aktive Regimegegner auch massiv unter Druck zu setzen.

Am 14. Juli 1999 wurde der Iraner Hamid Khorsand in Berlin unter dem Vorwurf festgenommen, im Auftrag des iranischen Nachrichtendienstes die Strukturen der oppositionellen Volksmodjahedin Iran und des von ihnen dominierten »Nationalen Widerstandsrates Iran« ausgeforscht zu haben. Am 24. November 1999 ist der Prozess gegen den 36jährigen Khorsand vor dem Berliner Kammergericht eröffnet worden.



Englischsprachige Internet-Homepage des MOIS

Als islamische Großmacht mit Führungsanspruch ist Iran bemüht, sein wirtschaftliches und militärisches Potential schnellstmöglich auszubauen. Es liegen Hinweise vor, dass Iran zu diesem Zweck u. a. nachrichtendienstlich gesteuerte Tarnorganisationen und Tarnfirmen in der Bundesrepublik Deutschland betreibt, die ausfuhrbehinderte Waren, insbesondere aus dem Proliferationsbereich, beschaffen.

Dem iranischen »Ministerium für Verteidigung und Unterstützung der bewaffneten Einheit«

(Wezarate Defa va Poschtibani Niruhaie Mosalah) untersteht die Saseman Sanaje Defa (SASADJA), in Englisch: »Defence Industries Organisation« (DIO). In der Zeit von 1983 bis April 1997 unterhielt die letztgenannte Organisation ein Kontaktbüro in Düsseldorf.

Die von der Spionageabwehr zusammengetragenen Erkenntnisse zu diesem Büro bildeten eine maßgebliche Grundlage für die Ermittlungen in dem Ende 1996 von der Staatsanwaltschaft Düsseldorf gegen die Verantwortlichen des Kontaktbüros eingeleiteten Ermittlungsverfahren wegen Verdachts von Verstößen gegen das Außenwirtschaftsgesetz.

Das mit der Bearbeitung beauftragte Zollkriminalamt hat bisher gegen 36 Firmen in Deutschland Ermittlungen durchgeführt. Die ersten Verfahren gegen die Ausführverantwortlichen sind wegen nachgewiesener Verstöße gegen das Außenwirtschaftsgesetz mit Verurteilungen abgeschlossen worden.

Die iranischen Angestellten des DIO-Kontaktbüros haben 1996 und 1997 Deutschland in Richtung Teheran verlassen und sich damit einem Gerichtsverfahren entzogen. Über die Existenz eines neuen DIO-Kontaktbüros in Europa wurde bisher nichts bekannt.

Nachrichtendienstliche Aktivitäten des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) der ehemaligen DDR

Ihrer Verpflichtung nach dem Stasi-Unterlagen-Gesetz (StUG) nachkommend, hat die »Gauck«-Behörde auf eine Person hingewiesen, die Ende der fünfziger Jahre mit einem Interzonenpass in die Bundesrepublik Deutschland gereist und nicht wieder in die DDR zurückgekehrt ist. Bei einer Besuchsreise nach mehr als zehn Jahren ist die Person - quasi als Wiedergutmachung - bei der erforderlichen Anmeldung im Volkspolizeikreisamt (VPKA) von Mitarbeitern des MfS für eine nachrichtendienstliche Tätigkeit geworben worden.

Der Mann, der eine Verpflichtungserklärung mit seinem Decknamen (DN) unterschrieben hat und einer der beiden großen Volksparteien beiträt, forschte - ebenfalls gegen Zahlung von Agentenlohn - seine Partei und andere politische Gruppierungen aus, um die Erkenntnisse dem Staatssicherheitsdienst zu übermitteln.

Im Zusammenhang mit Ermittlungsverfahren gegen ehemalige sowjetische Verbindungsoffiziere des KGB zum MfS wegen des Verdachts der geheimdienstlichen Agententätigkeit gem. § 99 StGB geriet ein Besucher der Leipziger Messe ins Blickfeld der hiesigen Spionageabwehr. Er hatte anlässlich der Frühjahrsmesse in Leipzig 1975 Kontakt zu einer DDR-Bürgerin bekommen. Bei seinen Bemühungen, ihr bei der Übersiedlung ins Bundesgebiet zu helfen, ist er von einem Angehörigen des MfS auf eine Zusammenarbeit angesprochen worden.

Weil die DDR-Behörden eine Übersiedlung der Frau von seiner Mitarbeit für das MfS abhängig gemacht haben, hat der Mann eine Verpflichtungserklärung unterschrieben und bis kurz vor der politischen Wende in der DDR verschiedene Unternehmen ausgespäht und über Mitarbeiter berichtet.

Übergabe von Stasi-Dateien durch US-Dienst CIA

Nach den Worten des Leiters der Abt. VI des Bundeskanzleramtes (Bundesnachrichtendienst - Koordinierung der Nachrichtendienste des Bundes), Ernst Uhrlau, wird der US-Dienst Anfang des Jahres 2000 beginnen, die Daten brisanter Stasi-Unterlagen an die zuständige Behörde zu übermitteln. Es handelt sich dabei um Klarnamen-Listen von etwa 1.900 inoffiziellen Mitarbeitern (IM) des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, die der US-Geheimdienst 1990 beschafft hat.

Zum Ausklang

Eine wirkungsvolle Spionageabwehr ist auf die Unterstützung durch die Bürger unseres Landes angewiesen. Der Verfassungsschutz ist daher für Hinweise dankbar, die Anhaltspunkte für einen Spionageverdacht beinhalten.

In diesem Zusammenhang ergeht erneut der Appell an Wirtschaft und Industrie, unser Angebot, sie über Methoden und Ziele fremder Nachrichtendienste (insbesondere die Wirtschaftsspionage) zu beraten und zu informieren, anzunehmen und die Spionageabwehr über verdächtige Vorkommnisse zu unterrichten.

Erläuterungen

***) Proliferation**

Der Begriff Proliferation bezeichnet die von Entwicklungs- und Schwellenländern (z. B. Iran, Irak, Syrien oder Nordkorea) betriebene Verbreitung bzw. Beschaffung von atomaren, biologischen und chemischen Massenvernichtungswaffen und der zu ihrem Einsatz erforderlichen Trägertechnologie.

Gegenstand der Proliferation dieser sog. ABC-Waffen sind technische Komponenten, Verfahren und Know-how zu ihrer Entwicklung und Fertigung. Wegen der zumeist sowohl militärischen als auch zivilen Nutzbarkeit dieser Potentiale ergibt sich ihre »Proliverationsrelevanz« zumeist erst aus dem Wissen über den Einsatzzweck.

****) Wirtschaftsspionage**

Unter Wirtschaftsspionage ist die staatlich gelenkte oder gestützte, von fremden Nachrichtendiensten ausgehende Ausforschung von Wirtschaftsunternehmen und Betrieben zu verstehen. Gegenstand der Wirtschaftsspionage sind wirtschaftliche bzw. wissenschaftlich-technische Potentiale und wirtschaftliche bzw. wissenschaftspolitische Strategien.

6 Wirtschafts- und Geheimschutz

Das Thema Wirtschaftsspionage fand im Berichtszeitraum ein breites Medienecho. Von Hightech-Spionen auf Datenjagd, von Agenten, die den globalen Telefonverkehr belauschen, in Computernetze eindringen und mit einer zunehmenden Informationsflut kämpfen, war die Rede. Gleichzeitig wurden Sensationsberichte über Wirtschaftsspionage relativiert und als »Humbug« abgetan.

Unabhängig von der öffentlichkeitswirksamen Darstellung der Thematik wurde seitens des Verfassungsschutzes Nordrhein-Westfalen die Beratungstätigkeit für Unternehmen, die im Rahmen des Geheimschutzes in der Wirtschaft betreut werden, fortgeführt. In der Praxis zeigte sich, dass vor allem sachliche und sachkundige Aufklärung in Fragen der Spionageabwehr, aber auch über Erscheinungsformen des Terrorismus und extremistischer Bestrebungen gefragt sind.

Einzelberatungstermine wurden von 26 Firmen nachgefragt, um grundlegende sowie aktuelle Informationen über Aktivitäten fremder Nachrichtendienste im wirtschaftlichen Bereich zu erhalten. Eine Vortragsveranstaltung mit einem Teilnehmerkreis von 45 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern einer Unternehmensgruppe ergänzte das Beratungsprogramm.

Die Einrichtung von Sicherheitsinformationssystemen im Intranet eines Konzernunternehmens und eines Forschungszentrums wurde durch Mitarbeiter des Verfassungsschutzes durch geeignete Publikationen und Materialien unterstützt.

Für das Jahr 2000 ist ein Informationsblatt vorbereitet, mit dem Bedarfsträger hinsichtlich nachrichtendienstlich gesteuerter Wirtschaftsspionage sensibilisiert werden sollen. Vor der Überlegung »Wissen macht sicher« werden Eckpunkte der Wirtschaftsspionage durch Nachrichtendienste angerissen, auf mögliche Spionageziele hingewiesen und eine Prüfliste Spionageabwehr vorgestellt. Die bestehende Infohotline des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes für Fragen des Wirtschaftsschutzes

Telefon: 0211/871-2737

Fax: 0211/871-2980

Internet: <http://www.verfassungsschutz.nrw.de>

e-mail: info@mail.verfassungsschutz.nrw.de

soll auf diese Weise einem noch breiteren Kreis interessierter Bedarfsträger im Bereich der Wirtschaft zugänglich gemacht werden.

7 Scientology-Organisation

Gründung

Bund	1970 in München*
NRW	1980 in Düsseldorf*

Sitz

Bund	München Scientology-Kirche und Deutschland e.V.*
NRW	Düsseldorf Scientology-Kirche* und Celebrity-Center e.V.*

Mitglieder

Bund	5.000 - 6.000
NRW	400

Publikationen Kompetenz (Verbreitung in NRW); Freiheit (bundesweite Verbreitung); Impact, Scientology News, Source, Celebrity (internationale Verbreitung)

Internet breites mehrsprachiges Angebot

*es handelt sich jeweils um rechtlich selbständige, in eine internationale Struktur eingebundene Organisationen, die über das kontinentale Verbindungsbüro in Kopenhagen bzw. vom Managementzentrum in Los Angeles gesteuert werden.

Bei der Beobachtung von Scientology-Einrichtungen mit nachrichtendienstlichen Mitteln verdichtet sich der Eindruck, dass die Umsetzung der scientologischen Programmatik, soweit sie tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung enthält, nicht alleiniges Ziel der Scientologen ist.

Der unbestritten politisch gefärbte Teil der scientologischen Programmatik dürfte eher eine der Facetten des scientologischen Angebots sein. Mit seinen kirchlichen, religiösen, politischen, therapeutischen und pseudointellektuellen Elementen verführt dieses Angebot Menschen und täuscht sie über die kommerzielle Ausrichtung der scientologischen Einrichtungen hinweg.

Zwar bekommt auch derjenige, der sich mit politischen Ambitionen trägt, im scientologischen Angebotsmix einen Rahmen geboten, in dem er sich politisch betätigen und an der Errichtung einer »besseren Zivilisation« mitarbeiten könnte. Letzteres ist indes im tatsächlichen Erscheinungsbild durch die Beobachtung bisher nicht festzustellen gewesen. Denjenigen, die den Weg zu Scientology finden, fehlt nach hiesigen Erkenntnissen eine politische Motivation, Einstellung oder Absicht. Was sich in der Theorie bei Scientology hierzu wiederfindet, dringt zu diesem Personenkreis nicht durch. Dies unterstreicht die Frage, inwieweit die politischen Elemente der scientologischen Programmatik konkret überhaupt in die Praxis umgesetzt werden sollen.



*Der »Kreuzzug für völlige Freiheit« oder Marketing-
Offensive für totalen Kommerz?*

Vor allem aber wirft dieses Erscheinungsbild der SO aus Sicht der Verfassungsschutzabteilung die Frage nach den Wirkmechanismen auf, die das Individuum bei Scientology in ein Abhängigkeitsverhältnis treiben und dort halten. Die Motivation der zu »Scientologen« gewordenen Personen ist insoweit von besonderem Interesse, als sie Aufschluss über mögliche Defizite an alternativen Handlungsmöglichkeiten und persönlichen Perspektiven für diese Personen geben kann.

In Abstimmung mit dem Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit wird diese Fragestellung Gegenstand der gemeinsamen Anstrengungen bleiben, um weiterhin den von Scientology ausgehenden Gefahren für den einzelnen Menschen und seine persönliche Integrität effektiv begegnen zu können. Diesen Gefahren kommt nach dem jetzigen Erkenntnisstand eine größere Bedeutung zu, als den Gefahren, die von dem in der Programmatik der SO formulierten politischen Anspruch für die freiheitlich demokratische Grundordnung zu befürchten wären.

8 Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen

8.1 Strukturdaten

Aufbau, Organisation, Haushalt, Personal

Entsprechend dem föderativen Aufbau gibt es in allen Ländern der Bundesrepublik Deutschland eine Verfassungsschutzbehörde. Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) in Köln nimmt die Aufgaben einer Zentralstelle auf Bundesebene wahr. Die Verfassungsschutzbehörden von Bund und Ländern sind gesetzlich zur Zusammenarbeit verpflichtet.

Verfassungsschutzbehörde für das Land Nordrhein-Westfalen ist seit 1949 das Innenministerium (§ 2 Abs. 1 VSG NW). Für den Verfassungsschutz ist die Abteilung VI des Innenministeriums zuständig. Die Abteilung verfügte 1999 über 303 Stellen. 1999 wurden für Sachmittel und Investitionen 6,08 Mio DM ausgegeben.

Über Aufgabenstellung, Rechtsgrundlagen und Kontrolle des Verfassungsschutzes informiert die Broschüre »Rechtsgrundlagen des Verfassungsschutzes in Nordrhein-Westfalen« umfassend (siehe Bestellkarte am Ende des Berichts).

Verarbeitung personenbezogener Daten

Die Verfassungsschutzbehörde NRW darf zur Erfüllung ihrer Aufgaben personenbezogene Daten u.a. in Dateien verarbeiten. Dies erfolgt vor allem mit Hilfe zweier Instrumente:

Personen-Informationen-Datei der Verfassungsschutzbehörde NRW zur eigenen Aufgabenerfüllung

Nachrichtendienstliches Informationssystem (NADIS) der Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder.

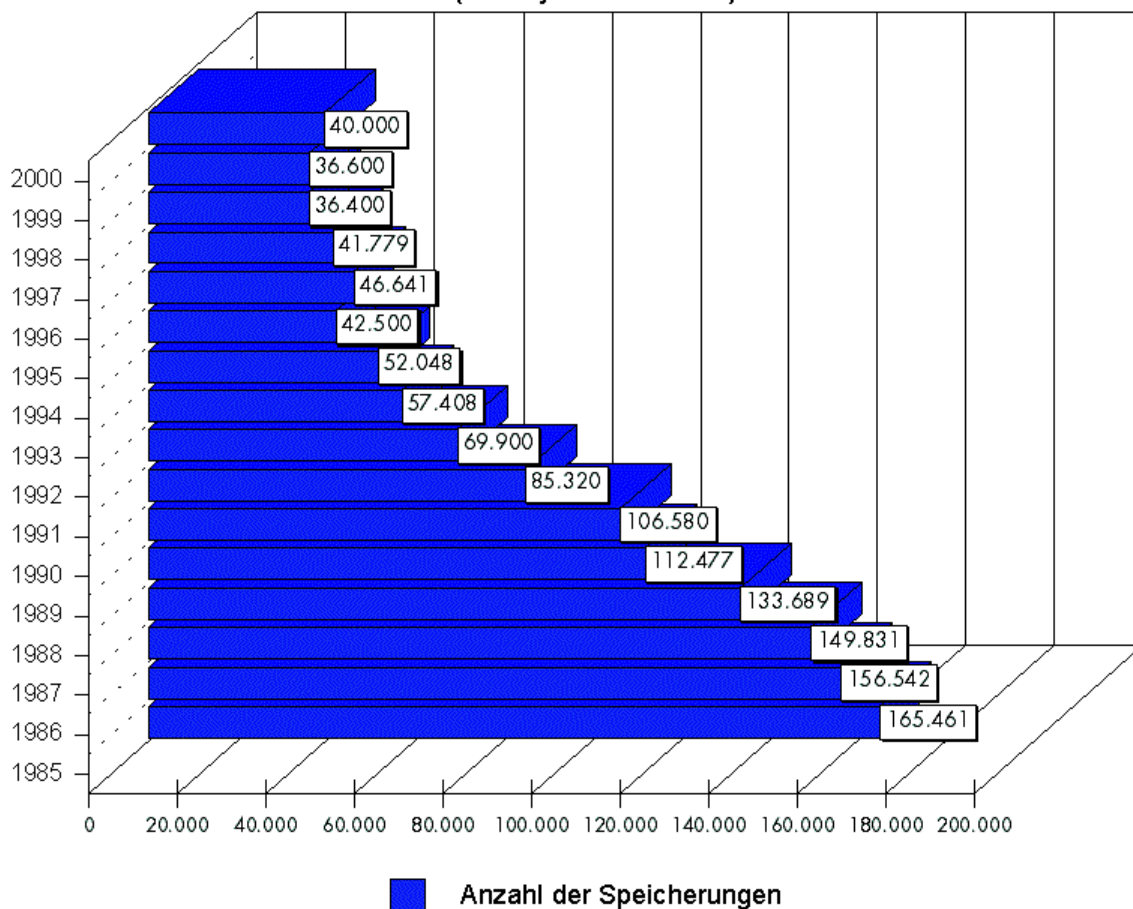
Die nordrhein-westfälische Verfassungsschutzbehörde übermittelt dem Bundesamt für Verfassungsschutz bzw. den Landesverfassungsschutzbehörden die für deren Aufgabenerfüllung erforderlichen Daten. Zu dem Zweck der gegenseitigen Unterrichtung haben die Verfassungsschutzbehörden nach § 6 Bundesverfassungsschutzgesetz (BVerfSchG) eine gemeinsame Datenbank, das sogenannte »Nachrichtendienstliche Informationssystem« (NADIS), errichtet, die beim Bundesamt für Verfassungsschutz geführt wird. Alle Verfassungsschutzbehörden dürfen Daten in das NADIS einstellen und von dort abrufen. Aus Datenschutzgründen kann aus dem NADIS nur erkannt werden, ob über eine Person Erkenntnisse vorliegen, nicht aber, was bekannt ist. Das NADIS enthält lediglich personenbezogene Grunddaten wie Namen, Vornamen, Geburtsort, Staatsangehörigkeit und Anschrift, außerdem einen Hinweis auf die Behörde, die den Datensatz in die Datenbank eingestellt hat. Texte oder Kürzel, die etwas über die Erkenntnisse der für die Einstellung verantwortlichen Verfassungsschutzbehörde aussagen, gehören nicht dazu. Hat eine andere Verfassungsschutzbehörde ein Interesse an Sachinformationen, so muss sie im Einzelfall bei der Behörde nachfragen, die den Datensatz eingestellt hat. Das NADIS ist also eine Hinweisdatei, aus der lediglich zu entnehmen ist, ob - und ggfs. wo - über eine bestimmte Person Akten, also Aufzeichnungen über Sachverhalte, vorliegen. Das NADIS ist aufgrund seiner Konzeption nicht in der Lage, den »gläsernen Menschen« zu schaffen.

Nadis-Speicherungen

Nordrhein-Westfalen hatte Anfang 1999 rund 36.600 Personen im NADIS gespeichert; Anfang 2000 sind es etwa 40.000. Der Datenbestand hat sich auf rund 24% des Datenbestandes von 1985 verringert. Der leichte Anstieg gegenüber 1999 erklärt sich vorwiegend aus einer gestiegenen Zahl von Sicherheitsüberprüfungen. Deren Anteil stieg nämlich von knapp 40% aller erfassten Personen auf gut 45%. Sicherheitsüberprüft und daraufhin im NADIS gespeichert werden Personen, die in sicherheitsempfindlichen Bereichen von Wirtschaft und Verwaltung tätig sind. Diese Speicherungen haben, wie die Speicherungen über gefährdete Personen des öffentlichen Lebens, keinerlei diskriminierenden Charakter.

Entwicklungen des nordrhein-westfälischen NADIS-Datenbestandes 1985 - 2000

(Stand: jeweils 1. Januar)



Die Zahl derjenigen gespeicherten Personen, die mit Erkenntnissen über extremistische, terroristische oder Agententätigkeit in Zusammenhang gebracht werden, beträgt etwa 54% aller Speicherungen oder rund 21.600. Bezogen auf die Bevölkerungszahl Nordrhein-Westfalens am 30. Juni 1999 (17.983.142) sind es gerade einmal 1,2 Promille oder eine Person von 830.

8.2 Verfassungsschutz durch Aufklärung - Öffentlichkeitsarbeit

Schon seit vielen Jahren gehört die Unterrichtung der Öffentlichkeit zu den Aufgaben des Verfassungsschutzes. Bereits 1978 erschien der erste Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen, der der Öffentlichkeit auch in Form einer Broschüre zur Verfügung stand. Im Rahmen seiner Öffentlichkeitsarbeit gibt der NRW-Verfassungsschutz jedes Jahr im Frühjahr einen Jahresbericht und im Herbst einen Zwischenbericht heraus. Sie dienen inzwischen Gerichten und Behörden als Standard-Nachschlagewerke.

Aktuelle Publikationen

Darüber hinaus informiert der NRW-Verfassungsschutz die Öffentlichkeit mit Berichten und Broschüren zu aktuellen Themen. Aktuelle Publikationen sind neben dem Verfassungsschutzbericht und dem Zwischenbericht Veröffentlichungen zu den Themen »Skinheads und Rechtsextremismus«, »Islamischer Extremismus« und »Scientology«. Die Nachfrage nach den neuen Aufklärungsbroschüren des Verfassungsschutzes ist außerordentlich groß, so dass im Frühjahr 1999 aktualisierte Neuauflagen gedruckt wurden. Ein neuer Arbeitsbericht der Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Frage der Beobachtung der Scientology-Organisation ist im Frühjahr 1999 als Broschüre erschienen. Im August 1999 wurde

aus Anlass des 50jährigen Bestehens des NRW-Verfassungsschutzes eine Aufklärungsbroschüre herausgegeben, die wichtige Fragestellungen und Entwicklungen des politischen Extremismus sowie der Arbeit des Verfassungsschutzes seit 1949 aufgreift.



Verfassungsschutz durch Aufklärung - Aktuelle Publikationen

Mit einer im Frühjahr 1999 publizierten CD-ROM stellte das Innenministerium NRW als erste Verfassungsschutzbehörde in Deutschland seine Jahresberichte, Broschüren und weitere Veröffentlichungen in digitalisierter Form, verbunden mit einer komfortablen Suchmaschine zur Verfügung. Die Suchmaschine ermöglicht eine systematische Volltextrecherche in allen Veröffentlichungen seit 1978. Die Bereitstellung der Daten im RTF-Format macht darüber hinaus eine komfortable Textverarbeitung möglich. Über eingerichtete »Links« kann zudem das jeweils aktuelle Internet-Angebot des Verfassungsschutzes aufgerufen werden. Zielgruppen sind vor allem Lehrer, Bildungseinrichtungen, Behörden, Parteien, Presse und die politisch und historisch interessierte Öffentlichkeit. Die CD-ROM hatte bundesweit eine außerordentlich positive Resonanz und war bereits nach einigen Monaten bis auf wenige Exemplare vergriffen.

Deshalb hat das NRW-Innenministerium im Februar 2000 eine noch einmal überarbeitete und wesentlich erweiterte Neuauflage »VS-info NRW 2000« herausgegeben und an Schulen, Hochschulen, Behörden und andere Multiplikatoren verteilt. Die neue CD enthält Berichte, Analysen, Originaldokumente und richtungweisende Gerichtsentscheidungen seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland, aber auch alle aktuellen Publikationen des NRW-Verfassungsschutzes.

Im Internet ist der NRW-Verfassungsschutz mit einem eigenen Angebot bereits seit 1996 vertreten. Rund 2 Mio Zugriffe hat es seither gegeben. Zum Gang ins Internet hatte sich das NRW-Innenministerium als erste Verfassungsschutzbehörde Deutschlands entschieden, um der drastischen Zunahme extremistischer Angebote im Internet ein qualifiziertes Gegengewicht

gegenüberzustellen. Das Internet-Angebot ist im Rahmen der Konzeptionierung der CD-ROM ebenfalls neu strukturiert, überarbeitet und gestaltet worden.

Seit 1996 ist der Verfassungsschutz NRW per E-mail erreichbar (info@mail.verfassungsschutz.nrw.de). Die Möglichkeit, Fragen, Kritik und Anregungen auf diesem - kurzen - Weg an den Verfassungsschutz zu richten, wurde auch 1999 rege genutzt.

Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen

Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit führen Referenten des NRW-Verfassungsschutzes zahlreiche Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen bei Schulen, Bildungseinrichtungen, Universitäten und anderen Multiplikatoren durch. Aktuelle Problemstellungen wie »Extremismus im Internet« oder »Rechtsextremismus unter Jugendlichen« stehen dabei im Vordergrund.



Messetafel des NRW-Verfassungsschutzes aus dem Jahr 2000

Darüber hinaus werden Lehrerfortbildungen durchgeführt und Projektveranstaltungen zu Themen des politischen Extremismus unterstützt.

Teilnahme an Messen

Der Verfassungsschutz NRW präsentiert sich und sein Informationsangebot auch auf Messen, z.B. auf der »didakta« oder der »Security«.

Fairständnis-Kampagne

Als Antwort auf die Eskalation fremdenfeindlicher Anschläge besonders 1992/1993 haben die Innenminister und -senatoren von Bund und Ländern 1993 die »Kampagne gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus« gestartet. 1998 wurde die Fortsetzung der Kampagne beschlossen. Unter dem Motto »Fairständnis-Menschenwürde achten - gegen Fremdenhass« beteiligt sich das nordrhein-westfälische Innenministerium seit 1993 intensiv an dieser Kampagne. In Absprache mit der Landeszentrale für politische Bildung wurden 1998/99 u.a. Publikationen zum Themenschwerpunkt »Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit« gefördert. Durch Verteilung von T-Shirts, Postern und den Verleih von großen Spruchbändern wurden Veranstaltungen wie Sport- und Schulfeste unter das Fairständnis-Motto gestellt. Darüber hinaus leistete NRW mit der Herausgabe der o.g. Skinhead-Broschüre einen eigenen Kampagnen-Beitrag. Die aktuelle CD-ROM des NRW-Verfassungsschutzes enthält die Materialien der Fairständnis-Kampagne zur Ansicht inklusive Bestellmöglichkeit. Auch zwei Computer-Spiele (Dunkle Schatten I und II) zum Themenschwerpunkt Fremdenfeindlichkeit sind auf der CD-ROM vorhanden.

Im Sommer 1999 ist ein neues »basta«-Heft des BMI erschienen, das auch beim Verfassungsschutz NRW angefordert werden kann. Das Magazin wendet sich direkt an Schüler und Jugendliche, es kann aber auch im Unterricht eingesetzt werden.



Verfassungsschutz durch Aufklärung - Förderung und Verteilung von Publikationen im Rahmen der »FAIRSTÄNDIS-Kampagne«.